

12.

Die Akademie der Wissenschaften in Wien im Nationalsozialismus und im Kontext der Akademien im „Altreich“

12.1

Einleitung

12.2

Die Akademie in den Jahren der NS-Herrschaft 1938–1945

12.2.1 März 1938: Das neue Präsidium

Fakten-Box:

Das Akademiepräsidium in der NS-Zeit

12.2.2

Die Entlassung der Institutsleiter und Mitarbeiter/innen jüdischer Herkunft

Fakten-Box:

Forscher/innen an der Akademie der Wissenschaften in Wien, die in den Jahren 1938 bis 1945 Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden

12.2.3

Die Akademie gibt sich eine neue Satzung

12.2.4

Austritt und Ausschluss von Mitgliedern jüdischer Herkunft

Fakten-Box:

Die nach dem „Anschluss“ 1938 ausgetretenen bzw. ausgeschlossenen Mitglieder der Akademie der Wissenschaften in Wien

12.2.5

Die Nachbesetzung der durch Ausschluss vakant gewordenen Stellen

12.2.6

Der Verlust von Lunz und Gastein und die Weiterführung der Sonnblick-Wetterwarte

12.2.7

Nazifizierte Akademiekommissionen

12.2.8

Nazifizierung der Stiftungen und Preise

Fakten-Box:

Die Verleihung des Grillparzer-Preises 1941 führt zu einem politischen Eklat

12.2.9

Srbik scheitert in der Satzungsfrage. Die Satzung bleibt provisorisch

12.2.10

Unbedachte Selbstentmachtung. Die Akademie wird eine Reichsdienststelle

12.2.11

Akademiefinanzierung: mehr Staatszuschuss, weniger Autonomie

12.2.12

Wien provinzialisieren. Die Einschränkung der institutionellen Handlungsräume

12.2.13

Reichsverband und Reichsakademie. Die Zentralisierung der Akademien

12.2.14

Verhindertes Wachstum

12.2.15

Verordnete Zweitrangigkeit

12.2.16

Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs

12.2.17

Die Legende vom Widerstand

12.3

Akademieforschung im Dienst des „Dritten Reichs“

12.3.1

Dialektatlas und Lautdenkmal

12.3.2

Phonographische Sprach- und Tonaufnahmen

12.3.3

Südost-, Raum- und Balkanforschung

12.3.4

Physische Anthropologie – Rasseforschung

12.3.5

Atomkernphysik statt Radiumforschung

12.4

Die Akademie der Wissenschaften in Wien im Kontext der nationalsozialistischen Akademiellandschaft

12.4.1

Die Nazifizierung der institutionellen Forschungspolitik

12.4.2

Die Satzungsänderung der Wiener Akademie und ihre Auswirkung auf die Akademien im „Altreich“

12.4.3

Wie kamen die neuen Akademiepräsidenten an die Macht?

12.4.4

Akademienmitglieder als Parteigenossen im Akademievergleich

12.4.5

Ausschluss und Verfolgung von Mitgliedern im Akademievergleich

12.4.6

Scheinautonomie – aufgegebenen Selbstbestimmung und fremdbestimmte Selbstergänzung

12.5

Resümee: Die Akademie der Wissenschaften in Wien – eine Akademie im Nationalsozialismus oder eine nationalsozialistische Akademie?

12.1 Einleitung

Die nationalsozialistische Machtübernahme und der „Anschluss“ am 11./12. März 1938 bedeuteten für die Akademie der Wissenschaften in Wien eine tiefgreifende Zäsur, von der alle an der Akademie Tätigen und alle Tätigkeitsbereiche betroffen waren. Mit dem Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 wurde Österreich zu einem Land des Deutschen Reichs erklärt.¹ Wie in praktisch allen staatlichen Institutionen wurde auch an der Akademie innerhalb kurzer Zeit die bisherige Leitung abgesetzt und die Institution der Kontrolle durch die NSDAP unterworfen; Mitarbeiter/innen jüdischer Herkunft wurden entlassen. Noch im März ergriff die Gesamtsitzung der Akademie die Initiative zur Ausarbeitung einer neuen, den nationalsozialistischen Prinzipien angepassten Satzung, die die Tätigkeit der Akademie „in den Dienst des deutschen Volkes“ stellte, das Führerprinzip aufnahm und nur für sogenannte Reichsbürger die Zuwahl als ordentliche Mitglieder - so die neue Bezeichnung der wirklichen Mitglieder - vorsah. In der neuen Satzung, die bis 1945 eine provisorische blieb, war der Ausschluss von Mitgliedern jüdischer Herkunft nicht vorgesehen. Dennoch wurden zwischen 1938 und 1941 21 Mitglieder ausgeschlossen - 20 davon, weil sie den rassistischen Kriterien des Reichsbürgergesetzes nicht entsprachen. Der 1940 ausgeschlossene Physiker Erwin Schrödinger (1887-1961, Abb. 1) war politisch unliebsam.

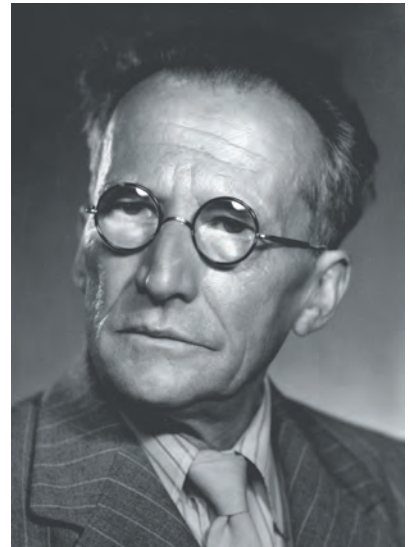
In diesem Kapitel werden die Jahre der NS-Herrschaft an der Wiener Akademie der Wissenschaften über die bereits vorhandene Forschungsliteratur² hinaus anhand neu ausgewerteter und zum Teil bislang noch nicht erschlossener Archivquellen aufgearbeitet.³ Dabei liegt das besondere Augenmerk auf der unmittelbar nach dem „Anschluss“ erfolgten Entlassung von Mitarbeiter/innen jüdischer Herkunft, dem Ausschluss der als Juden verfolgten Akademiemitglieder ab November 1938, der Nazifizierung der Gelehrtenengesellschaft, der Kommissionen und Institute sowie dem Ringen um Handlungsspielräume im Verhältnis zum zuständigen Reichserziehungsministerium (REM) in Berlin, das in der Satzungsfrage und im gescheiterten Experiment der Umwandlung von einer Körperschaft öffentlichen Rechts in eine Reichsdienststelle besonders schlagend wurde. Weiters werden bislang wenig bekannte NS-affine Forschungsunternehmungen der

- 1 Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich v. 13.3.1938, RGBl. I/21/1938.
- 2 Grundlegende Erkenntnisse zur Geschichte der Auswirkungen der NS-Herrschaft auf die Akademie der Wissenschaften in Wien sind in einer umfangreichen, 2013 erschienenen Studie publiziert worden; vgl. FEICHTINGER/MATIS/SIENELL/UHL, Akademie, 2013. Die Forschungsergebnisse dieser Publikation sowie weiterer Veröffentlichungen zur Geschichte der Akademie im Nationalsozialismus (GRAF-STUHLHOFER, Die Akademie, 1995; MATIS, Anpassung, 1997) werden in knapper Form in die vorliegende neue Darstellung integriert.
- 3 Vgl. u. a. AÖAW, Staatsvoranschläge 1915-1945.

Akademie der Wissenschaften in Wien beleuchtet; damit wird die Vorgeschichte jenes langen Schattens des Nationalsozialismus dargelegt, der noch in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik auf der Akademiefor- schung lag.⁴ Schließlich wird die Akademie der Wissen- schaften in Wien erstmals im Kontext der nationalsozia- listischen Akademiellandschaft und -politik vergleichend untersucht.

Folgende forschungsleitende Fragen werden in die- sem Kapitel diskutiert: Wie veränderte sich die Akade- mie der Wissenschaften durch Gleichschaltung im ras- sistischen und totalitären Führerstaat? Wo versuchte sie selbst, Änderungen vorzunehmen, und wo wurden ihr Änderungen aufgezwungen? Und schließlich: Wie ge- staltete sich die Wiener Akademie der Wissenschaften selbst im nationalsozialistischen Sinne um: personell, organisatorisch und hinsichtlich ihrer Forschungen?

Durch den Vergleich der Akademien im NS-Staat in Abschnitt 3 wird ein bislang in der Forschung nicht behandelte(r) Aspekt erkennbar: die Schlüs- selrolle, die die neue, unmittelbar nach dem „Anschluss“ von der Wiener Akademie initiierte nationalsozialistische Satzung für die Akademiapolitik des REM spielen sollte. Es war die Satzungsinitiative der Akademie in Wien, die dem REM erstmals die Möglichkeit eröffnete, eine Akademiesatzung im nationalsozialistischen Sinne durchgängig umzugestalten. Die im Juli 1938 bestätigte Wiener Satzung wurde in der Folgezeit zum willkommenen Instrument für die Gleichschaltung der Akademien im „Dritten Reich“. Ab Herbst 1938 - und insbesondere nach dem Novemberpogrom - unternahm der Reichserziehungsminister Vorstöße, alle anderen Akademien zu Sat- zungsänderungen zu bewegen, die dem Wiener Modell folgten. Wesent- liche Änderungen betrafen die Außerkraftsetzung des Grundprinzips der Freiheit der Wissenschaft durch die ideologisch motivierte Einschränkung auf die Wissenschaft im Dienst des Deutschen Volkes, die Durchsetzung des Führerprinzips innerhalb der Akademie, den Ausschluss der Mitglieder jüdischer Herkunft und das dem Reichserziehungsminister zugestandene Recht der Bestätigung von Mitgliedern und Präsidiumswahlen.



1. Erwin Schrödin-
ger, 1933 Nobel-
preis für Physik,
1928 kM I, 1938
emigriert, 1940
aus der Akademie
ausgeschlossen,
1956 wM

4 Siehe Kapitel 15, 201-248.

2. Heinrich Srbik,
1938–1945 Präsi-
dent der Akademie
der Wissenschaften in Wien



12.2 Die Akademie in den Jahren der NS-Herrschaft 1938–1945

12.2.1 März 1938: Das neue Präsidium

Schon in der ersten Gesamtsitzung der Akademie nach dem „Anschluss“, abgehalten am 18. März 1938, trat der 80-jährige, seit 1919 amtierende Akademiepräsident Oswald Redlich zurück, als Begründung gab er sein hohes Alter an. Auch der 83-jährige Vizepräsident Karl Grobбен legte sein Amt nieder.⁵ Daraufhin stimmte die Gesamtsitzung durch Akklamation über den Vorschlag ab, den 77-jährigen Anatomieprofessor Ferdinand Hochstetter zum Vizepräsidenten zu bestellen und ihn zugleich mit der provisorischen Übernahme der Funktion des Akademiepräsidenten zu betrauen. Hochstetter betonte in seiner Ansprache die „deutsche Aufgabe unserer Akademie“, die sie als „Mehrerin deutscher Kultur“ schon seit ihrer Gründung wahrgenommen habe.⁶ Unmittelbar danach legte er der Akademie den Entwurf eines Willkommenstelegramms an den „Führer“ und Reichskanzler vor, konzipiert vom Sekretär der phil.-hist. Klasse, dem Historiker Heinrich Srbik (Abb. 2).⁷

In der folgenden außerordentlichen Gesamtsitzung, die eine Woche später stattfand, ersuchten Hochstetter und die beiden Klassensekretäre Heinrich Srbik und Egon Schweidler namens der Akademie den kommissarischen Rektor der Universität Wien, kM I Fritz Knoll (Abb. 3), „für die Zeit bis zur entgeltigen Regelung der Akademiestatuten die Wahrung der Interessen der Landesleitung der NSDAP in Oesterreich für den Bereich der Akademie

5 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 18.3.1938 (A 932); MATIS, Akademiepräsidium, 2013, 27.

6 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 18.3.1938 (A 932), Beilage 3.

7 Vgl. SIENELL, Die ersten Reaktionen, 2013, 20.



3. Fritz Knoll, 1938
kommissarischer
Rektor der Uni-
versität Wien und
NSDAP-Beauf-
tragter für die
Akademie der
Wissenschaften,
1939 oM

4. Oswald Menghin,
Unterrichtsminister
im Kabinett Seyß-
Inquart, 1936 wM,
Aufnahme um 1935

der Wissenschaften zu übernehmen“.⁸ Zugleich wurden die Akademiewahlen und die Feierliche Sitzung auf Herbst verschoben und eine Kommission „zur Beratung der notwendigen Statutenänderungen“ eingesetzt.⁹ Diese Kommission, in der nationalsozialistisch gesinnte Mitglieder erstaunlicherweise in der Minderzahl waren, entwarf vorläufige Statuten, die der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksaufklärung Bernhard Rust - in einer überarbeiteten Fassung - per Erlass vom 22. Juli 1938 genehmigte. Zweck der Akademie war auch künftig die Förderung der Wissenschaft, nun aber explizit „im Dienste des deutschen Volkes“.¹⁰

Für das Amt des neuen Akademiepräsidenten wurde nach Absprache zwischen dem Unterrichtsminister wM Oswald Menghin (Abb. 4) und dem Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart der 59-jährige Historiker Heinrich Srbik vorgeschlagen.¹¹ Srbik war der zentrale Vertreter einer „gesamtdeutschen Geschichtsauffassung“. 1936 hatte er mit Josef Nadler, dem Verfechter einer völkisch-deutschen Literaturgeschichte, den Band *Österreichs Erbe und Sendung im deutschen Raum* herausgegeben.¹² Da es keinen Gegenkandidaten gab, war eine Wahl somit nicht möglich. Bei der Abstimmung in der

8 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 25.3.1938 (A 933); AÖAW, Allg. Akten, Nr. 155/1938, Egon Schweidler an Fritz Knoll, 26.3.1938; Fritz Knoll an die Akademie der Wissenschaften, 26.3.1938; vgl. TASCHWER, Die zwei Karrieren, 2013, 49. Die Landesleitung der NSDAP betraute Knoll am 29. März 1938 mit dieser Aufgabe an der Akademie für die Zeit des Übergangs in die Diktatur. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 155/1938, Landesleitung der NSDAP Österreich, 29.3.1938.

9 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 25.3.1938 (A 933).

10 Vorläufige Satzung v. 22.7.1938, § 1.

11 Vgl. SRBIK, Erinnerungen, 2008, 145.

12 Zu Nadler vgl. RANZMAIER, Stamm und Landschaft, 2008; zur kontroversen Haltung zu Srbiks „gesamtdeutscher Geschichtsauffassung“ im „Dritten Reich“ vgl. LERCHENMÜLLER, Neuere und Neueste Geschichte, 2008, 244.

aufserordentlichen Akademiesitzung am 1. April 1938 entfielen 43 von 44 Stimmen auf Srbik.¹³ Diesem wurde schließlich am 26. September 1938 durch Seyß-Inquart im Rahmen einer Feier in den Räumen der Reichsstathalterei die Ernennungsurkunde zum Akademiepräsidenten überreicht.¹⁴ Er übte seine Funktion - nach erneuter „Wahl“ am 4. Juli 1941 und am 23. Mai 1944 - bis zum 18. Mai 1945 aus.¹⁵ Die anderen Präsidiumsmitglieder - Vizepräsident Egon Schweidler, Generalsekretär Ernst Späth und Sekretär Hans Hirsch - wurden in der Maisitzung 1938 gewählt und am 14. November 1938 gemäß der neuen Satzung vom 22. Juli 1938 vom Reichserziehungsminister ernannt (siehe Fakten-Box: Das Akademiepräsidium in der NS-Zeit).¹⁶ Zum Zeitpunkt der Bestellung des neuen Präsidiums war keines der neuen Präsidiumsmitglieder Mitglied der NSDAP, allerdings erfolgte Srbiks Eintritt - er hatte die Mitgliedsnummer 6.104.788 - am 1. Mai 1938.¹⁷ Im März 1939 setzte Srbik die Landesleitung der NSDAP in Österreich davon in Kenntnis, dass mit der Genehmigung der Satzung und der Ernennung des neuen Präsidiums die Aufgabe von Fritz Knoll, die Interessen der NSDAP an der Akademie zu vertreten, beendet sei¹⁸ und „dass nunmehr der Präsident der Akademie selbst die Interessen der Partei bei der Akademie wahrzunehmen übernommen habe“.¹⁹

13 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 1.4.1938 (A 934).

14 Vgl. Dr. Srbik - Präsident der Akademie der Wissenschaften, in: Völkischer Beobachter. Wiener Ausgabe, 27.9.1938, 8, u. bes. Wiener Zeitung, 27.9.1938, 6f.

15 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 4.7.1941 (A 964); AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 23.5.1944 (A 987). Während die Akademie 1941 lediglich über Srbik als einzigen Kandidaten für den Akademiepräsidenten abstimmte, stellte sich Srbik 1944 tatsächlich einer Wahl mit den zwei Gegenkandidaten, Hochstetter und Späth, die jeweils nur eine Stimme - bei 36 Stimmen für Srbik - erhielten. Inwieweit die Präsidentenwahl von 1944 ein das Führerprinzip unterlaufender demonstrativer Akt war, lässt sich aufgrund der derzeitigen Quellenlage nicht eindeutig klären.

16 Zuvor hatte das REM Informationen über diese eingeholt. Über Hirsch hatte sich „der zuständige Gaudozentenbundführer [...] sehr günstig geäußert“ (BArch, R 4901/14039, fol. 53v, Friedrich Plattner an den REM, 25.10.1938); über Späth brachte man in Erfahrung, dass er „in Ordnung“ sei, und über Schweidler heißt es etwas ausführlicher: „[E] in beständ[iger] Nationalsoz[ialist] ist er nicht. Ich [Ministerialrat Wilhelm Dames] habe jedoch keine Bedenken.“ Ebd., fol. 56rv, Notiz von Wilhelm Dames an Herman-Walther Frey, 8.11.1938.

17 Vgl. SIENELL, Die ersten Reaktionen, 2013, 22-25; PESDITSCHKE, Heinrich (von) Srbik, 2013, 40.

18 Vgl. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 155/1938, Heinrich Srbik an die Landesleitung der NSDAP in Oesterreich, 4.3.1939.

19 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 21.4.1939 (A 944).

Das Akademiepräsidium in der NS-Zeit

Heinrich Srbik, Historiker (1878–1951),

1919 kM I, 1923 wM

Präsident der Akademie vom

28. Juni 1938 bis 18. Mai 1945

Sekretär der phil.-hist. Klasse vom

30. Mai 1933 bis 28. Juni 1938

Mitglied der NSDAP vom 1. Mai

1938 bis 27. April 1945, Reichstags-
abgeordneter

Am 1. April 1938 durch Abstim-
mung mit 43 von 44 Stimmen (kein

Gegenkandidat) von der Akade-
mie zum Präsidenten bestellt, er-

nannt am 26. September 1938 durch Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart
mit Ernennungsdekret, datiert auf den 28. Juni 1938, erneut „gewählt“ am
4. Juli 1941 und am 23. Mai 1944, außer Funktion gesetzt durch das Staatsamt
für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung am 23. Mai 1945.

Ferdinand Hochstetter, Anatom (1861–1954), 1900 kM I, 1911 wM

Stellvertretender Vizepräsident der Akademie vom 18. März 1938 bis 22. No-
vember 1938

Am 18. März 1938 von der Akademie zum stellvertretenden Vizepräsidenten
durch Akklamation bestellt und zugleich mit der provisorischen Übernahme
der Funktion des Akademiepräsidenten (bis zur Ernennung Srbiks) betraut.

Egon Schweidler, Physiker (1873–1948), 1921 kM I, 1925 wM

Vizepräsident der Akademie vom 14. November 1938 bis 18. Mai 1945

Zuvor Generalsekretär der Akademie vom 30. Mai 1933 bis 14. November 1938

Am 20. Mai 1938 von der Akademie zum Vizepräsidenten gewählt, vom REM
ernannt am 14. November 1938, erneut gewählt am 23. Mai 1944, außer Funk-
tion gesetzt durch das Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht und Erzie-
hung am 18. Mai 1945.

Ernst Späth, Chemiker (1886–1946), 1925 kM I, 1926 wM

Generalsekretär der Akademie vom 14. November 1938 bis 23. Mai 1945

Am 20. Mai 1938 von der Akademie zum Generalsekretär gewählt, vom REM
ernannt am 14. November, erneut gewählt am 2. Juni 1942, außer Funktion
gesetzt durch das Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung
am 23. Mai 1945 und am selben Tag als interimistischer Leiter der Akademie
bestätigt.



5. Das Präsidium
bei der Feierlichen
Sitzung am
23. November
1938, v. l. n. r. Ernst
Späth, Heinrich
Srbik, Egon
Schweidler und
Hans Hirsch

Hans Hirsch, Historiker (1878–1940), 1927 kM I, 1931 WM

Sekretär der phil.-hist. Klasse vom 14. November 1938 bis 20. August 1940
Antrag auf NSDAP-Mitgliedschaft 1938, bis zu seinem Ableben unerledigt ge-
blieben

Am 20. Mai 1938 von der Akademie zum Sekretär der phil.-hist. Klasse ge-
wählt, vom REM ernannt am 14. November 1938, am 20. August 1940 verstor-
ben.

Dietrich Kralik-Meyerswalden, Germanist (1884–1959), 1925 kM I, 1935 WM

Sekretär der phil.-hist. Klasse vom 14. Juni 1941 bis 23. Mai 1945

Mitglied der NSDAP vom 20. Mai 1938 bis 27. April 1945

Am 16. Oktober 1940 in der Sitzung der phil.-hist. Klasse von der Akademie
zum Stellvertreter des Sekretärs gewählt, als Sekretär gewählt am 27. Mai
1941, vom REM ernannt am 14. Juni 1941, außer Funktion gesetzt durch das
Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung am 23. Mai 1945.

12.2.2 Die Entlassung der Institutsleiter und Mitarbeiter/innen jüdischer Herkunft

Sehr rasch wurden die Leiter der Akademieinstitute aus „rassischen“ Grün-
den ihrer Ämter enthoben und durch illegale Nationalsozialisten ersetzt,²⁰
die schon vor dem „Anschluss“, in der sogenannten Verbotszeit zwischen
dem 1. Juli 1933 und dem 13. März 1938, der NSDAP beigetreten waren. Am
Phonogrammarchiv wurde der langjährige Leiter Leo Hajek (1887–1975), ein
Pionier der Tonaufnahme, für dessen 25-jähriges Dienstjubiläum das Akade-
miepräsidium noch vor dem „Anschluss“ eine Auszeichnung vorbereitet
hatte,²¹ abgesetzt.²² Am 20. Mai 1938 beschloss die Gesamtsitzung auf Antrag
der Phonogrammarchivs-Kommission, „dass sobald die Entpflichtung des
bisherigen Leiters Regierungsrat Dr. Leo Hajek erfolgt sein wird, die bishe-
rige wissenschaftliche Hilfskraft Dr. Walter Ruth (1905–1956) mit der vorläu-
figen Leitung des Phonogrammarchivs zu betrauen“ sei.²³ Am 3. Mai 1939
berichtete Srbik dem REM, dass „der derzeitige kommissarische Leiter Dr.
Walter Ruth wissenschaftlich und weltanschaulich voll qualifiziert“ sei. Ruth
sei „auch von der Partei als ein Illegaler empfohlen“, ihm stehe somit „auf-
grund seiner Verdienste während der Verbotszeit jede Förderung“ zu.²⁴ 1942

20 Das Phonogrammarchiv der Akademie der Wissenschaften in Wien, geführt von der Pho-
nogrammarchivs-Kommission, war personalführend und daher dem Charakter nach ein
Institut, nicht aber formell. Es wurde 1994 in ein ÖAW-Institut umgewandelt. Derzeit führt
es die ÖAW als eine „wissenschaftsorientierte Einheit“.

21 Vgl. AÖAW, Protokoll der Sitzung des Präsidiums v. 25.2.1938.

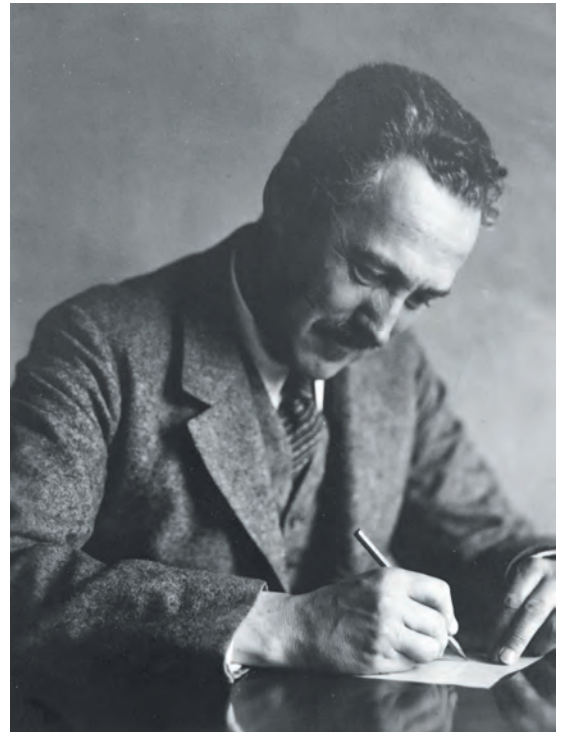
22 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Protokoll der Sitzung der Phonogrammarchivskommis-
sion, 4.5.1938.

23 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 20.5.1938 (A 937).

24 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 4, Nr. 92/1939; vgl. WAHLMÜLLER, Konsequenzen,

wurde Ruth schließlich zum definitiven Leiter des Phonogrammarchivs bestellt. Hajek war zum 30. Juni 1939 aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden und noch im selben Jahr in die USA emigriert.²⁵ Eine seiner fähigsten Mitarbeiterinnen, die prominente Romanistin Elise Richter, die sich 1905 als erste Frau an der Universität Wien im Fach Romanistik habilitiert hatte, wurde ebenfalls entlassen und 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert, wo sie 1943 umkam.²⁶

Anfang April 1938 wurde dem Mitgründer und -leiter, dem international renommierten Zoologen Hans Przibram (1874-1944, Abb. 6), der Zutritt zur Biologischen Versuchsanstalt (BVA) im Wiener Prater verwehrt. Ersetzt wurde er durch einen 1927 als Techniker eingestellten Ingenieur, den Nationalsozialisten Franz Köck.²⁷ Am 4. April 1938 verloren Hans Przibram und



Leopold von Portheim, die die Biologische Versuchsanstalt begründet und über 35 Jahre lang geleitet hatten, auf Anordnung des BVA-Kuratoriumsvorsitzenden und NSDAP-Beauftragten für die Akademie, Fritz Knoll, die Zeichnungsberechtigung für den von ihnen selbst gestifteten Widmungsfonds der BVA und auch den Zugriff auf das BVA-Konto an der Akademie.²⁸ Tags darauf wurde Köck von der NSDAP als BVA-Unterbevollmächtigter und Leiter bestätigt; das Anstaltsgebäude wurde durch Verordnung von Knoll und Srbik am 13. April geschlossen.²⁹ Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde den BVA-Leitern und sämtlichen Mitarbeiter/innen der Zutritt zur Arbeitsstätte verwehrt. Nach der Wiedereröffnung durften die 15 als Juden verfolgten Mitarbeiter/innen die BVA nicht mehr betreten.³⁰ Letztlich verlor die BVA rund zwei Drittel ihres wissenschaftlichen Personals, darunter die drei weltweit angesehenen Abteilungsleiter, den Zoologen Hans Przibram, den Botaniker Leopold von Portheim (1869-1947) und Eugen Steinach (1861-1944), den

6. Hans Przibram, Gründer und Abteilungsleiter der Biologischen Versuchsanstalt, Aufnahme 1924

2013, 78.

25 Vgl. WAHLMÜLLER, Konsequenzen, 2013, 77. Hajek kehrte nach 1945 nicht nach Österreich zurück.

26 Vgl. Elise Richter, Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der ÖAW, 2015, <https://www.oeaw.ac.at/gedenkbuch/personen/q-z/elise-richter> (abgerufen am 23.9.2021).

27 Vgl. FEICHTINGER, Versuchsanstalt, 2017, 65.

28 Vgl. TASCHWER, Vertrieben, 2013, 108f.

29 Vgl. ebd., 110.

30 Vgl. ebd., 108-110; siehe Kapitel 26, 312.

Pionier der Hormonforschung.³¹ Die Entlassung der Angestellten bzw. die Freisetzung der Wissenschaftler/innen ohne Anstellungsverhältnis und die unzureichende Qualifikation des neuen Leiters führten zum raschen Niedergang der Anstalt. Nach der Wiedereröffnung wurde kaum noch seriöse Forschungstätigkeit verrichtet. Schon 1941 stellte die Anstalt ihren Betrieb ein; in ihrem Gebäude im Wiener Prater wurde ein Schauaquarium eingerichtet – damit kehrte man zum Zustand vor der Gründung der BVA im Jahr 1903 zurück.³²

Am Institut für Radiumforschung ersetzte schon im März 1938 der Privatdozent Gustav Ortner (1900-1984), Assistent der Institutsleitung und NSDAP-Mitglied, Stefan Meyer, den Pionier der Radiumforschung, der dem Institut zu Weltruhm verholfen hatte.³³ Im September 1939 wurde der bis dahin provisorische Institutsleiter Ortner vom REM zum Vorstand des Instituts für Radiumforschung ernannt.³⁴ Im Unterschied zum Phonogrammarchiv und zur BVA erfolgte die offizielle Bestellung des neuen Leiters des Radiuminstituts direkt durch den Reichserziehungsminister.³⁵ Aus dem Institut für Radiumforschung schied neben Meyer und seinem Stellvertreter Karl Przibram (1878-1973), dem Bruder von Hans Przibram,³⁶ rund ein Drittel der Mitarbeiter/innen aus – darunter die produktivsten, so u. a. die namhaften Physiker/innen Marietta Blau, Gustav Kúrti, Elizabeth Rona sowie Franz und Anna Urbach. Sie mussten aus „rassischen“ Gründen das Institut verlassen und wurden zur Emigration gezwungen.³⁷

Die Akademiemitglieder reagierten verhalten auf den Austausch ihrer Institutsleiter. Sie nahmen ihn, sofern er in den Gesamtsitzungen angesprochen wurde, einfach zur Kenntnis. Die im Sinne der Nürnberger Rassengesetze als „Juden“, „Mischlinge“ bzw. „jüdisch versippt“ definierten Akademieforscher/innen zählten im Wissenschaftsbereich zu den ersten Opfern der NS-„Säuberung“ in Österreich. Insgesamt konnten 45 Wissenschaftler/innen ihre Tätigkeit an der Akademie nicht mehr fortsetzen. 25 Akademieforscher/innen gelang die Flucht ins Ausland; einige wenige konnten, geschützt durch ihre nichtjüdischen Ehepartner/innen, in Wien überleben. Sieben fielen dem Holocaust zum Opfer: Leonore Brecher, Henriette Burchardt, Martha Geiringer, Heinrich Kun, Elisabeth und Hans Przibram sowie Elise Richter. Zu den Holocaustopfern unter den an der Akademie For-

31 Vgl. TASCHWER/FEICHTINGER/SIENELL/UHL, *Experimentalbiologie*, 2016, 39-45, 50; ROSEN, *Triebe*, 2016, 229-231.

32 Vgl. TASCHWER, *From the Aquarium*, 2017.

33 Siehe unten, 112f.

34 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 27.10.1939 (A 948).

35 Siehe unten, 112f.

36 Vgl. REITER, *Aufbruch*, 2017, 37; FENGLER, *Kerne*, 2014, 237.

37 Vgl. Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der ÖAW, 2015, <https://www.oeaw.ac.at/gedenkbuch/gedenkbuch> (abgerufen am 23.9.2021).

schenden zählt auch Helene Jacobi, die bis 1933 als Mitarbeiterin der Biologischen Versuchsanstalt im Almanach der Akademie der Wissenschaften in Wien erwähnt wird.³⁸ Auch der Jesuit P. Alois Grimm, der in der Akademiekommision zur Herausgabe eines Corpus kritisch berichtiger Texte der lateinischen Kirchenväter mitgearbeitet hatte, wurde ein Opfer des Nationalsozialismus: Er wurde im September 1944 als Regimekritiker im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet (siehe Fakten-Box: Forscherinnen und Forscher an der Akademie der Wissenschaften in Wien, die in den Jahren 1938 bis 1945 Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden).³⁹

FAKTEN-BOX

Forscher/innen an der Akademie der Wissenschaften in Wien, die in den Jahren 1938 bis 1945 Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden⁴⁰

Institut für Radiumforschung

Marietta Blau, Wien 1894 – Wien 1970, emigrierte 1938 nach Mexiko, ging 1944 in die USA, 1960 nach Wien zurückgekehrt.

Fritz Böhm, Wien 1896 (Todesdatum unbekannt), womöglich noch vor den Deportationen 1941/42 geflüchtet.

Hans Dostal, Wien 1909 – Salzburg 1990, wahrscheinlich nach Jugoslawien geflüchtet, nach 1945 nach Österreich zurückgekehrt.

Herbert Phillip Eckstein, Wien 1913 – Huntsville (AL, USA) 1976, emigrierte 1938 in die USA.

Georg Fuchs, Wien 1908 – Wien 1986, emigrierte 1938 nach Palästina, 1945 nach Wien zurückgekehrt.

Eduard Jahoda, Wien 1903 – Manhasset (NY, USA) 1980, emigrierte 1939 nach Großbritannien und anschließend in die USA.

Ernst Walter Kellermann, Berlin 1915 – London 2012, emigrierte im Herbst 1937 nach Großbritannien.

Friedrich Koczy, Wien 1914 – Honolulu (HI, USA) 1967, emigrierte 1939 als Sozialdemokrat aus politischen Gründen nach Schweden.

Gustav Kürti, Wien 1903 – Wien 1978, emigrierte 1938 nach Großbritannien und anschließend in die USA, er verstarb während einer Europareise in Wien.

38 Vgl. ebd.

39 Vgl. SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 157; HORMAYR, *Die Zukunft*, 2015, 81-86.

40 Zu weiteren biografischen Informationen vgl. Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, <https://www.oeaw.ac.at/gedenkbuch/gedenkbuch> (abgerufen am 23.9.2021).

Stefan Richard Pelc, Brünn/Brno 1908 – London 1973, emigrierte 1938 nach Großbritannien.

Elizabeth Rona, Budapest 1890 – Oak Ridge (TN, USA) 1981, emigrierte über Oslo und Budapest 1941 in die USA.

Harald Hermann Rossi, Wien 1917 – Upper Nyack (NY, USA) 2000, emigrierte 1939 nach Großbritannien und anschließend in die USA.

Georg Schwarz, Sächsisch-Regen/Reghin (Rumänien) 1903 – 1962 in den USA, emigrierte 1940 nach Brasilien und anschließend in die USA.

Magda Schwarz, Budapest 1908 – 1993 in den USA, emigrierte 1940 nach Brasilien und anschließend in die USA.

Anna Urbach, Wien 1905 – Chico (CA, USA) 1993, emigrierte 1939 über Schweden in die USA.

Franz Urbach, Wien 1902 – Rochester (NY, USA) 1969, emigrierte 1939 über Schweden in die USA.

Otto Wolf, Wien 1913 – Wharton (NJ, USA) 1990, emigrierte 1938 über die Schweiz in die USA.

Albert W. Wolinsky, Wien 1913 – Los Angeles (CA, USA) 1999, emigrierte vor 1940 in die USA.

Biologische Versuchsanstalt

(Abb. 7)

Leonore Rachelle Brecher, Botoschan/Botoșani (Rumänien) 1886, deportiert am 14. September 1942, nach der Ankunft in Maly Trostinec bei Minsk am 18. September 1942 ermordet.

Henriette Burchardt, Wien 1902, 1942 nach Theresienstadt und von dort 1944 in das KZ Auschwitz deportiert, gest. 1944/45 im KZ Auschwitz-Birkenau, ihr Todestag ist nicht bekannt.

Martha Geiringer, Wien 1912, 1938 nach Belgien geflüchtet, am 15. Jänner 1943 nach Auschwitz deportiert, gest. vermutlich am 18. Jänner 1943 im KZ Auschwitz-Birkenau.

Friedrich Viktor Grünberg, Wien 1905 – Wien 1977, überlebte als „Mischling“, geschützt durch seine nichtjüdische Ehefrau, in Wien.

Walter Karl Häuslmayer, Oderberg/Bohumín (Tschechische Republik) 1912 – gest. nach 1975, überlebte in Wien.

Heinrich Hermann Hausner, Wien 1901 – Salzburg 1995, emigrierte 1939/40 in die USA, kehrte 1985 nach Österreich zurück.

Helene Jacobi, Wien 1878, deportiert am 24. Mai 1942, nach der Ankunft in Maly Trostinec bei Minsk am 26. Mai 1942 ermordet.



7. Die Biologische Versuchsanstalt im Prater hatte die meisten Opfer nationalsozialistischer Verfolgung zu verzeichnen.

Heinrich Rudolf Kun, Wien 1906, gest. im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, nach dem Scheitern der Emigration in die USA nach Jugoslawien geflüchtet, Todesdatum unbekannt.

Rosa Kürti, Wien 1905 – Toronto 2004, emigrierte 1938 nach Großbritannien und in die Türkei, 1939 in die USA.

Oskar Kurz, Wien 1885 – Wien 1970, emigrierte 1938 in die USA, kehrte 1947 nach Österreich zurück.

Oskar Peczenik, Wien 1898, Todesdatum unbekannt, emigrierte 1938/39 nach Großbritannien.

Leopold von Porthem, Prag 1869 – London 1947, emigrierte 1938 nach Großbritannien.

Elisabeth Przibram, Cottbus 1890 – 1944 Theresienstadt/Terezín, 1943 in das Ghetto Theresienstadt deportiert, sie nahm sich dort 1944 das Leben.

Hans Przibram, Wien 1874 – 1944 Theresienstadt/Terezín, 1943 in das Ghetto Theresienstadt deportiert und dort umgekommen.

Oskar Ried, Wien 1881, Todesdatum unbekannt, emigrierte 1938 in die USA.

Carl Michael Rix, Wien 1912 – Berlin 1989, Überlebens- bzw. Emigrationsort sind nicht bekannt.

Gerta Schmid, Wien 1907 – Gainsborough (GB) 2008, emigrierte 1938 nach Großbritannien.

Eugen Steinach, Hohenems 1861 – Territet bei Montreux 1944, emigrierte 1938 in die Schweiz.

Mona Lisa Steiner, Wien 1915 – Wien 2000, emigrierte 1938 auf die Philippinen, kehrte Mitte der 1960er-Jahre nach Österreich zurück.

Alexander Stock, Wien 1912 – 1975 in Australien, emigrierte 1938 nach Großbritannien.

Lore Traub, Geburts- und Todesdatum unbekannt, in der nach dem „Anschluss“ erstellten „Liste der Arbeitenden“ der BVA ist Lore Traub als „Nicht-Arier“ gekennzeichnet, biografische Daten sind bislang nicht bekannt.

Phonogrammarchiv

Leo Hajek, Prag 1887 – Haifa 1975, emigrierte 1939 in die USA.

Elise Richter, Wien 1865 – 1943 Theresienstadt/Terezín, 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert und dort umgekommen.

Kirchenväterkommission

Ludwig Josef Georg Bieler, Wien 1906 – Dublin 1981, als katholisch-konservativer Gegner des Nationalsozialismus nach Großbritannien bzw. Irland emigriert.

Alois Grimm, Kilsheim (Baden-Württemberg) 1886 – Brandenburg an der Havel 1944, äußerte sich als Jesuit gegen das NS-Regime, am 11. September 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet.

Kleinasiatische Kommission

Edmund Groag, Prerau/Přerov (Tschechische Republik) 1873 – Wien 1945, überlebte, geschützt durch seine nichtjüdische Ehefrau, in Wien.

Heidemarie Uhl

12.2.3 Die Akademie gibt sich eine neue Satzung

Die Akademie reagierte nach dem „Anschluss“ unmittelbar auf die neuen politischen Verhältnisse, ergriff die Flucht nach vorn und initiierte selbst die Neufassung ihrer Satzung. Bereits am 25. März 1938 richtete die Gesamtsitzung eine aus 15 Mitgliedern bestehende Kommission „zur Beratung der notwendigen Statutenänderungen“ ein.⁴¹ Über die Tätigkeit dieser Kommission wissen wir nur, dass sie am 31. März erstmalig tagte⁴² und schließlich bereits am 8. April 1938 einen Entwurf präsentierte, der Paragraph um Paragraph von der Gesamtsitzung der Akademie diskutiert und „mit geringen Abänderungen“ angenommen wurde.⁴³ Über die Genese dieses Entwurfes können wir nichts mehr feststellen, da die Akten dieser Kommission im Archiv der ÖAW nicht erhalten sind.⁴⁴ Der Entwurf, der schließlich am 11. April 1938 Unterrichtsminister Oswald Menghin übersandt wurde und den dieser mit einem kommentierenden Begleitschreiben versah, aber ansonsten unverändert an das REM weiterleitete, hat sich in den Beständen des Bundesarchivs Berlin erhalten;⁴⁵ daher lässt sich feststellen, wie der eigenständig formulierte Wiener Entwurf aussah und welche Änderungen

41 AÖAW, Protokoll der außerordentlichen Gesamtsitzung v. 25.3.1938 (A 933). Diese Kommission bestand aus den Mitgliedern des Präsidiums Hochstetter, Srbik und Schweidler, dem Alterspräsidenten der phil.-hist. Klasse, Voltolini, den wM Durig, Hartmann, Himmelbauer, Mache, Späth, dem km I Ficker sowie den wM Redlich, Wenger, Hirsch, Meister, Radermacher und Dopsch.

42 Vgl. AÖAW, Protokollbuch v. 1938, ad Nr. 151/1938. Hierüber berichtete Schweidler am nächsten Tag der Gesamtakademie; vgl. AÖAW, Protokoll der Sitzung der Gesamtakademie v. 1.4.1938 (A 934).

43 AÖAW, Protokoll der außerordentlichen Gesamtsitzung v. 8.4.1938 (A 935).

44 Der relevante Bestand „Satzung, Bundesgesetz u. Geschäftsordnung“ im AÖAW zwischen 1925 und 1945 ist unvollständig und lückenhaft. Es ist daher notwendig, auf die Überlieferung des REM im BArch zurückzugreifen.

45 Abschriftlich überliefert in BArch, R 4901/14039, fol. 15-21, Entwurf Statuten, 8.4.1938; darin enthalten: das Begleitschreiben von Oswald Menghin an das REM v. 12.5.1938 sowie das Begleitschreiben der Akademie an Oswald Menghin v. 11.4.1938.

daran seitens des REM durch den zuständigen Ministerialrat Herman-Walther Frey⁴⁶ vorgenommen wurden.

Unterschiede zwischen der zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ gültigen Fassung der Satzung, die aus dem Jahre 1922 stammte,⁴⁷ und der „vorläufigen“ Satzung von 1938⁴⁸ lassen sich in fünf Bereichen feststellen, nämlich in Bezug auf 1) formale Anpassungen an die nun zuständigen NS-staatlichen Stellen, 2) ideologische Anpassungen, 3) Vorgaben über die Mitgliedschaft, 4) die Einsetzung des Präsidiums und die Funktionen der Präsidiumsmitglieder und 5) den Wirkungsbereich und die Akademiefinanzierung.

In der folgenden Analyse der Begleitumstände der Satzungsneufassung wird kenntlich gemacht, wo sich die Akademie von selbst an das NS-Regime anpasste und wo sie ungewollte Vorgaben des REM hinnehmen musste.

1) *Formale Anpassungen*: Hinsichtlich der formalen Anpassung an die NS-staatlichen Stellen wartete die Akademie die Klärung der Zuständigkeiten vormals österreichischer Angelegenheiten im neuen reichsdeutschen Verwaltungsapparat nicht ab, sondern agierte vorausseilend: In der Satzung von 1922 wurde die Akademie als „eine unter dem besonderen Schutze des Bundes stehende juristische Person“ (§ 2) definiert. Im Satzungsentwurf vom 8. April 1938 lautete der Passus: „eine unter dem besonderen Schutze des Reiches und des Landes Oesterreich stehende juristische Person“. Das REM nahm eine entscheidende Änderung vor: In der am 22. Juli 1938 bestätigten Satzung wurde der Status der Akademie von einer „juristischen Person“ in eine „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ (§ 2) umgewandelt.⁴⁹ „Sie steht unter dem besonderen Schutze des Reiches“ (§ 2), heißt es bereits in der ersten Korrektur des REM, die dann in dieser Form im Juli 1938 genehmigt wurde. Der Passus von 1922 („In ihrem satzungsmässigen Wirkungsbereich ist sie von den Reichs- und Landesbehörden unabhängig, soweit nicht diese Satzung Ausnahmen anordnet“), an dem die Akademie gerne unverändert festgehalten hätte, wurde ersatzlos gestrichen (§ 2). Dem Umstand, dass es keinen (österreichischen) Bundespräsidenten mehr gab, der die Wahlen der Präsidiumsmitglieder „bestätigen“ konnte (§ 8 der Satzung von 1922), trug die Akademie dahin gehend Rechnung, dass sie stattdessen im Entwurf

46 Zu Frey vgl. BORDIN, Bedeutung, 2014.

47 Vgl. Satzung v. 14.2.1922; zu deren Genese KOPETZ, Aufgaben, 2006, 104-114. Seit 1922 hatte es - gemäß Beschluß der Gesamtakademie v. 26.2.1925 und Bestätigung durch den Bundespräsidenten v. 31.3.1925 - nur eine Änderung des § 6 hinsichtlich der Anzahl der wirklichen Mitglieder (33 pro Klasse statt bisher 30, von denen 17 statt bisher 15 ihren Wohnsitz in Wien oder Umgebung haben mussten) gegeben; vgl. Nachtrag, in: Alm. 75 (1925), 18.

48 Vgl. MATIS, Anpassung, 1997, 23-27; KOPETZ, Aufgaben, 2006, 139-142; MATIS, Änderung, 2012; vgl. auch die Kommentare Menghins anlässlich der Weiterleitung des Entwurfes nach Berlin in R 4901/14039, fol. 12r-13v, Oswald Menghin an das Reichs- und Preussische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 12.5.1938.

49 Vgl. KIRSTE, Theorie der Körperschaft, 2017 (ausführlich zum Nationalsozialismus 171-231).

vage von dem „vorgesetzten Ministerium“ sprach.⁵⁰ Darin sowie nicht zuletzt auch in dem Umstand, dass man den Satzungsentwurf nicht nach Berlin, sondern an das österreichische Unterrichtsministerium schickte, spiegelt sich die Unsicherheit bezüglich der für sie verantwortlichen Stellen wider, womöglich aber auch die Strategie, durch das Ansprechen der Wiener Behörde unter der Leitung von wM Menghin die Kommunikation mit dem Berliner Ministerium zu vermeiden.

Aber auch im österreichischen Unterrichtsministerium waren die Verhältnisse am 12. Mai 1938, als der Entwurf der Akademie an das REM weitergeleitet wurde, noch ungeklärt. Menghin schrieb an das REM: „Da die Bestätigung der Satzungen wissenschaftlicher Akademien des Deutschen Reiches, soweit h. o. bekannt, dem Reichsministerium zukommt, darf in Vorwegnahme der bezüglichen Einzelheiten abweichend von dem Entwurf der Wortlaut beantragt werden: ‚Sie bedürfen der Bestätigung durch das Reichs- und Preussische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung‘.“ Das REM korrigierte gleich in Menghins Schreiben: „durch den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.“⁵¹

2) *Ideologische Anpassungen*: Im Hinblick auf die Zweckbestimmung der Akademie in Wien wählte sie selbst eine bemerkenswerte Formulierung: Gleich in § 1 wurde die uneingeschränkte Förderung der Wissenschaft als zentrale Aufgabe der Akademie, wie sie in der bis 1938 gültigen Satzung festgeschrieben war, zu einer Förderung der „Wissenschaft im Dienste des deutschen Volkes“, was Menghin in seinem Begleitschreiben an das REM besonders hervorhob.⁵² In § 6 (b) lautete die Wortwahl hinsichtlich der Auswahlkriterien für die bisherigen kM A (nunmehr als „Ausländer“ bezeichnet): „Unter den korrespondierenden Mitgliedern fremder Staatsangehörigkeit sollen die deutschen Volkszugehörigen entsprechend vertreten sein“⁵³ - auch wenn der Paragraph durch die Verwendung des Begriffs „entsprechend“ unbestimmt bleibt, was aber seitens des REM anstandslos toleriert wurde. Im nachfolgenden § 6 (c) schlug die Wiener Akademie in ihrem Entwurf hinsichtlich der Wahl von Ehrenmitgliedern der Gesamtakademie vor, dass es sich um Personen handeln solle, „die sich um die Wissenschaft oder um Volk, Reich und Land [1922: „Staat und Volk“] ausgezeichnete Verdienste erworben haben“. Das REM machte daraus Personen, „die sich um die deutsche Wissenschaft besondere Verdienste erworben haben“.⁵⁴

50 BArch, R 4901/14039, fol. 18r, Satzungsentwurf der Akademie v. 8.4.1938; ähnlich in § 19, ebd., fol. 21r.

51 BArch, R 4901/14039, fol. 12v, Oswald Menghin an das Reichs- und Preussische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 12.5.1938 (Hervorhebung im Original unterstrichen.)

52 Ebd.

53 BArch, R 4901/14039, fol. 17r, Satzungsentwurf der Akademie v. 8.4.1938. Der Wiener Entwurf hatte von „Staatszugehörigkeit“ gesprochen, was in „Staatsangehörigkeit“ geändert wurde.

54 BArch, R 4901/14039, fol. 18r, Satzungsentwurf der Akademie v. 8.4.1938.

3) *Vorgaben über die Mitgliedschaft*: Die gravierendsten Auswirkungen hatte § 6 (a) der neuen Satzung: „Zu ordentlichen Mitgliedern können nur Reichsbürger, die ihren Wohnsitz im Land Österreich haben, gewählt werden.“ Auffällig ist, dass im Wiener Satzungsentwurf statt des Begriffs „Reichsbürger“ der Begriff „Reichsangehörige“ verwendet wird, womit offenkundig versucht wurde, die Anwendung des rassistischen Reichsbürgergesetzes (Nürnberger Rassengesetze) auf die Akademiemitgliedschaft zu verhindern. Ein weiteres Indiz dafür ist die vom REM in der am 22. Juli 1938 genehmigten Satzung erstaunlicherweise übernommene Formulierung „gewählt werden“.⁵⁵ Nach den Buchstaben der Satzung bezog sich diese Bestimmung somit nur auf künftig zu wählende Mitglieder. Die Begrifflichkeit „gewählt werden“ war neu; sie wurde offenbar bewusst gewählt, denn in der Satzung von 1922 hieß es unter § 6 lapidar: „Die Akademie umfasst 60 wirkliche Mitglieder.“ Dass die Akademie diese Formulierungen ganz bewusst wählte, zeigt sich darin, dass sie noch vor der Übermittlung des Satzungsentwurfs an den Unterrichtsminister bei zumindest einer deutschen Schwesterakademie, der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, nachfragte, wie derzeit mit „nichtarischen“ Mitgliedern verfahren werde. In seiner Antwort auf das Wiener Schreiben vom 1. April 1938 teilte Johann Daniel Achelis, Nationalsozialist und Präsident der math.-nat. Klasse der Heidelberger Akademie, mit, „daß im Reichserziehungsministerium die Absicht bestehe, ‚die ordentliche Mitgliedschaft in den deutschen Akademien auf deutsche Reichsbürger zu beschränken‘, d. h. Juden aus dieser Kategorie auszuschließen“.⁵⁶

Weitere Änderungen des REM betrafen die Bezeichnung und die Kategorien der Mitgliedschaft: Die Bezeichnung wirkliche Mitglieder (wM) wurde konsequent gestrichen und nach dem Vorbild der deutschen Akademien durch die Bezeichnung ordentliche Mitglieder (oM) ersetzt. Bei den kM wurde der Akademie die Aufhebung der kategorialen Unterscheidung zwischen kM I und kM A aufgezwungen. Von den 80 kM pro Klasse sollten künftig mindestens 55 Reichsbürger sein (zuvor hatte es 35 kM I gegeben) und von diesen wiederum mindestens 25 „im Lande Österreich“ wohnhaft sein. Offenbar führte man in Wien eine Erhebung durch, um die Zahl der infolge der neuen Satzung notwendigen Umwidmungen von im „Altreich“ lebenden bisherigen kM A festzustellen. Vor den Wahlen von 1938 hatte die Wiener Akademie in der math.-nat. Klasse 34 kM I sowie 42 kM A, von denen 17 im Deutschen Reich lebten. Gemäß dem Satzungsentwurf wäre man auf 51 Reichsbürger gekommen, was unter der selbst auferlegten Zahl von mindestens 55 gelegen hätte. In der phil.-hist. Klasse gab es 35 kM I und 43 kM A, von denen 27 im Deutschen Reich lebten, das hätte 62 Reichsbürgern entsprochen, womit der Status quo bereits über dem Soll von mindestens 55

55 BArch, R 4901/14039, fol. 17r, Satzungsentwurf der Akademie v. 8.4.1938.

56 WENNEMUTH, Die Wissenschaftsorganisation, 1994, 422.

Reichsbürgern gelegen hätte.⁵⁷ Tatsächlich nennt der Almanach von 1938 42 Reichsbürger in der math.-nat. Klasse und 58 in der phil.-hist. Klasse,⁵⁸ womit die math.-nat. Klasse klar unter den selbstgewählten Vorgaben der Satzung blieb. Die von der Wiener Akademie gewünschte Erhöhung der Zahl der Ehrenmitglieder auf bis zu zehn pro Klasse (zuvor acht) blieb unbeanstandet. In den Mitgliederlisten der Akademie wurden die korrespondierenden Mitglieder in den Almanachen der Jahrgänge 1938 bis (27. April) 1945 unter der neuen Bezeichnung kM Reichsbürger und kM Ausländer geführt.⁵⁹

Die von der Akademie geänderte Anzahl der Mitglieder ließ das REM ebenfalls unberührt.⁶⁰ Hinsichtlich der oM (ordentlichen Mitglieder) entsprach sie der Satzung in der Fassung von 1925;⁶¹ nämlich 66 (33 pro Klasse); von diesen Mitgliedern sollten jedoch fortan nicht mehr mindestens die Hälfte, sondern zwei Drittel ihren Wohnsitz in Wien oder der - nicht näher definierten - Umgebung haben. Auch an dem Begriff „Österreich“ als Wohnort der wM (nun oM) nahm das REM keinen Anstoß, da das „Land Österreich“ zu diesem Zeitpunkt noch existierte und erst im April 1939 zur „Ostmark“ wurde.⁶² Im übermittelten Entwurf (Abb. 8) hatte die Wiener Akademie § 7 der Satzung von 1922 wortgleich und hoffnungsfroh übernommen: „Die Akademie wählt ihre Mitglieder nach der in der Geschäftsordnung bestimmten Wahlordnung. Durch die vollzogene Wahl erwerben die Gewählten ohneweiters die Rechte der Mitgliedschaft.“ Das REM änderte den letzten Satz; er lautete nun: „Die vollzogene Wahl bedarf der Bestätigung durch d. R. Min. für Wiss., Erz. u. Volksbildung. Die Bestätigung ist widerruflich.“⁶³

57 Zahlen gemäß Alm. 87 (1937), 49-71.

58 Nach Alm. 88 (1938) 26-29 (math.-nat. Klasse) u. 36-41 (phil.-hist. Klasse). Die Differenz zu den Zahlen von 1937 ergibt sich aus 1) den Ausschlüssen aus politischen Gründen, 2) der Tatsache, dass 1938 einige Personen zu oM oder EM gewählt resp. umgewidmet wurden, sowie 3) den Verstorbenen. Hinzuzurechnen sind hingegen die gänzlich neu Gewählten.

59 Vgl. Personalstände der Akademie der Wissenschaften vom 1. Juli 1939 (Alm. 88, 1938) bis zum 27. April 1945 (Alm. 95, 1945).

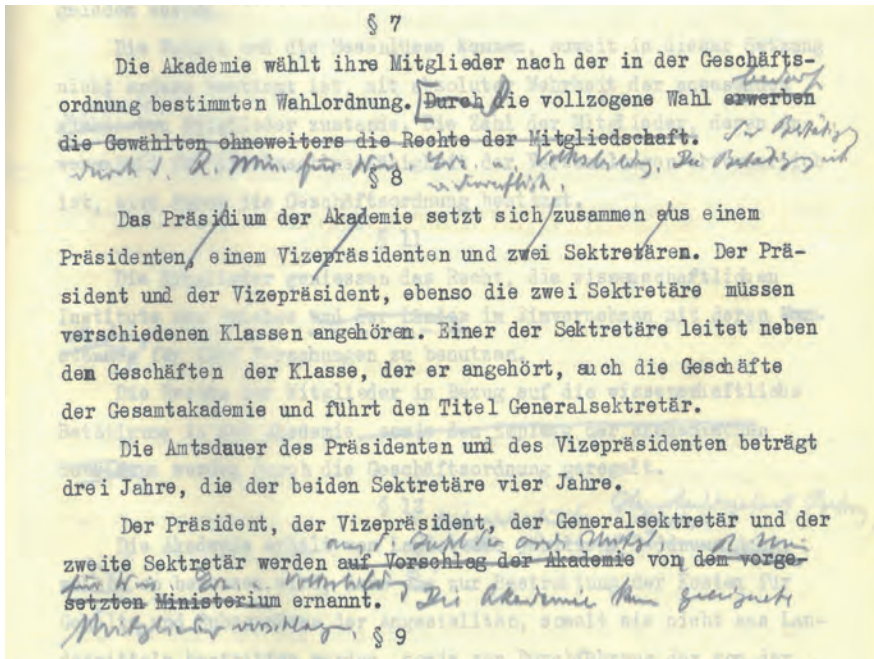
60 Auf Hinweis Srbiks erklärte der Reichserziehungsminister zugleich mit seiner Genehmigung der Satzung am 22. Juli 1938, dass „die ehemaligen ‚wirklichen Mitglieder‘, die auf Grund der alten Satzung infolge ihrer Übersiedlung in das Altreich in die Reihe der ‚korrespondierenden Mitglieder im Ausland‘ übergetreten sind, wieder in die Reihe der ordentlichen Mitglieder, die nicht in die Höchstzahl eingerechnet werden, aufzunehmen“ seien: BArch, R 4901/14039, fol. 45v, REM an Arthur Seyß-Inquart u.a., 22.7.1938.

61 Vgl. Nachtrag, in: Alm. 75 (1925), 18.

62 Gesetz über den Aufbau der Verwaltung in der Ostmark (Ostmarkgesetz) v. 14.4.1939, RGBl. I/74/1939.

63 BArch, R 4901/14039, fol. 18r, Satzungsentwurf der Akademie v. 8.4.1938.

8. Entwurf der Akademie für die neue Satzung, April 1938, § 7 und § 8, mit Änderungen des REM



Die handschriftliche Korrektur des Wiener Entwurfs hätte im Grunde genommen immer noch die Formulierung „durch das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ ermöglicht; das nationalsozialistische Führerprinzip ließ freilich nur eine Auflösung der zitierten Abkürzung in „durch den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ zu, wie aus der schließlich bewilligten Satzung ersichtlich ist. Im späteren Entwurf einer Satzungsänderung vom Februar 1940 versuchte Srbik, den möglichen Widerruf der Bestätigung der Mitgliederwahl durch den REM in § 7 etwas freundlicher zu formulieren, indem er den Nachsatz „Der Widerruf erfolgt nach Anhörung der Akademie“ vorschlug.⁶⁴

4) *Einsetzung des Präsidiums*: Der § 8, in dem es in der Satzung von 1922 um die Wahl des Präsidiums und dessen Zusammensetzung geht, war im Wiener Satzungsentwurf noch identisch mit dem Paragraphen der bisher gültigen Satzung. Im REM wusste man damit zunächst wenig anzufangen. Klar war nur, dass der einleitende Satz, „Das Präsidium der Akademie setzt sich zusammen aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und zwei Sekretären“, gestrichen werden musste.⁶⁵ Auf Verfügung des REM hieß es stattdessen in der im Juli 1938 genehmigten Satzung: „An der Spitze der Akademie steht der Präsident der Akademie. Er wird vertreten und unterstützt durch einen Vizepräsidenten und zwei Sekretäre“ (§ 8).⁶⁶ Mit dieser Formu-

64 BArch, R 4901/14039, fol. 143r, Heinrich Srbik an den REM, 23.2.1940.

65 Vgl. BArch, R 4901/14039, fol. 18r, Satzungsentwurf der Akademie v. 8.4.1938.

66 BArch, R 4901/14039, fol. 39r-40v, hier fol. 40r, finale Fassung des Satzungsentwurfes Freys v. 1.7.1938.

lierung ordnete der Reichserziehungsminister dezidiert die Einführung des Führerprinzips an der Akademie der Wissenschaften in Wien an. Dass die „Bestätigung“ der autonomen Wahlen der Präsidiumsmitglieder fortan nicht ohne Weiteres erfolgen würde (§ 8 der Satzung von 1922), hat man in Wien wohl geahnt und gleich im Entwurf davon gesprochen, dass die Präsidiumsmitglieder „auf Vorschlag der Akademie von dem vorgesetzten Ministerium ernannt“ werden sollten. Auch hier nahm das REM eine Änderung vor: Die vier Mitglieder des Präsidiums „werden aus der Zahl der ordentlichen Mitglieder von dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt. Die Akademie kann geeignete Mitglieder vorschlagen“. Der Reichserziehungsminister war zwar bei seiner Ernennung an den Fundus der oM gebunden, die Beteiligung der Akademie an diesem Prozess war allerdings zu einer reinen Kannbestimmung herabgesunken, die zu berücksichtigen das REM keineswegs verpflichtet war.

5) *Wirkungskreis und Akademiefinanzierung*: Inhaltlich versuchte die Akademie im April 1938, die Satzung von 1922 noch dahin gehend zu modifizieren, dass unter den naturwissenschaftlichen Fächern auch die technischen Wissenschaften und unter den geisteswissenschaftlichen Fächern auch die Volkswirtschaftslehre explizit genannt werden sollten (§ 3). Diesen Absatz strich das REM mit der Bemerkung „Wissenschaftszweige nicht notwendig, zumal sie [die Aufzählung] unvollständig ist, ihr fehlen Vor- u. Frühgesch[ichte], Volkskunde, Rassen-Erblehre“.⁶⁷

Ungelöst war auch noch das Problem, woher die Akademie künftig ihre Gelder erhalten sollte. Zu dem Satz „Die Akademie erhält vom Lande eine jährliche Geldzuwendung“⁶⁸ im Entwurf (§ 12; in der Satzung von 1922 hieß es: „vom Bunde“) bemerkte Menghin, „dass diesem Paragraphen dermalen nicht leicht eine entgeltige Gestalt gegeben werden kann, ohne einer wohl in anderen Zusammenhängen zu treffenden grundsätzlichen Regelung der Beziehungen zwischen dem Reich- und dem österr. Landesetat vorzugreifen“.⁶⁹

Den überarbeiteten Entwurf wollte das REM nicht ohne Abstimmung mit der Wiener Akademie genehmigen. Dem stand auch nicht entgegen, dass „der neuernannte Präsident der Akademie der Wissenschaften in Wien, Professor von Srbik, Wert darauf [legt], möglichst bald die Genehmigung zu der Satzung zu erhalten, wobei [es] ihm nicht darauf anzukommen scheint, daß der vorgelegte Satzungsentwurf unverändert genehmigt wird“.⁷⁰ Srbik war am 28. Juni vom Reichsstatthalter zum Akademiepräsidenten ernannt worden.⁷¹ Da Srbiks Rückfrage beim Reichsstatthalteramt

67 BArch, R 4901/14039, fol. 16r, Satzungsentwurf der Akademie v. 8.4.1938.

68 BArch, R 4901/14039, fol. 19r, Satzungsentwurf der Akademie v. 8.4.1938.

69 BArch, R 4901/14039, fol. 13r, Satzungsentwurf der Akademie v. 8.4.1938.

70 BArch, R 4901/14039, fol. 37r, Frey in einem Vermerk v. 1.7.1938.

71 Die Ernennungsurkunde datiert vom 28. Juni 1938, sie ist abgebildet bei PESDITSCHKE, Heinrich (von) Srbik, 2013, 41. Die Übergabe erfolgte erst ein Vierteljahr später, nämlich am 26. September 1938; vgl. SIENELL, Reaktionen, 24f. Die Zustimmung seitens des REM

ergab, dass sich die Bestätigung der Satzung „lediglich aus formalen Gründen verzögerte“, fühlte er sich berechtigt, namens der Akademie zur Satzungsbearbeitung des REM Stellung zu beziehen.⁷² Da sich die Akademie bereits in der Sommerpause befinde und bis Oktober keine Sitzungen mehr stattfänden, „konnte ich nur einige Herren zu einer Besprechung beiziehen. [...] Die Akademie erklärt sich durch meine Person mit sämtlichen Aenderungsmassnahmen völlig einverstanden.“⁷³ Srbik verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, die Satzung möge nun bald genehmigt werden, „damit die Akademie, soweit es in ihren Kräften liegt, ihre Tätigkeit im Dienste von Volk und Reich beginnen kann“.⁷⁴ Am 22. Juli 1938 genehmigte schließlich Reichsminister Rust die neue NS-Satzung im Wege der Reichsstatthalterei in Österreich.

Die Akademie hatte es eilig gehabt, eine neue Satzung zu bekommen, und es erscheint denkbar, dass sie diese sehr bald nach dem „Anschluss“ selbst initiierte, um noch möglichst viel Spielraum zu haben; ansonsten müsste man den Wiener Entwurf, der im Grunde ohne besondere Berücksichtigung der nationalsozialistischen Grundsätze ausgekommen war, als naiv ansehen. Die einzige wesentliche Selbstanpassung bezog sich auf die vorausgehend gehorsame Beschränkung der Zweckbestimmung der Akademie von der uneingeschränkten Förderung der Wissenschaft (§ 1, Satzung 1922) auf die Förderung der „Wissenschaft im Dienste des deutschen Volkes“ (§ 1, Vorläufige Satzung 1938). Wie unten in Abschnitt 3 gezeigt wird, sollte diese von der Wiener Satzungskommission formulierte Zweckbestimmung Eingang in die später genehmigten NS-Satzungen der Akademien des „Altreichs“ finden.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen: Abgesehen von der auf die neuen nationalsozialistischen Machthaber abgestimmten Zweckbestimmung von der „Wissenschaft im Dienste des deutschen Volkes“ hatte die Akademie versucht, die Satzung aus dem Jahr 1922 nur geringfügig zu verändern. Mit ihrem Satzungsentwurf vom April 1938 hatte sie aber die Rechnung ohne das REM gemacht, das das nationalsozialistische Führerprinzip rasch und effizient in die neue Satzung hineinreklamierte: „An der Spitze der Akademie steht der Präsident der Akademie.“ Auch der Versuch, den Ausschluss der „nichtarischen“ Mitglieder durch geschickte Formulierungen zu verhindern - die bewusste Vermeidung des Begriffs „Reichsbürger“ und die Anwendung nationalsozialistischer Vorgaben auf künftig zu wählende, nicht auf bestehende Mitglieder - war zum Scheitern verurteilt.

war bereits am 25. Mai 1938 erfolgt, das geht aus BArch, R 4901/14039, fol. 53r, Fritz Plattner an den REM, 25.10.1938, hervor.

72 BArch, R 4901/14039, fol. 41r-44r, hier 41v-42r, Heinrich Srbik an Oberregierungsrat Hans Huber [REM], 11.7.1938.

73 Ebd., fol. 42r.

74 Ebd., fol. 43v.

Die Analyse der im Bundesarchiv Berlin erhaltenen Aktenbestände zeigt, dass das REM den Wiener Satzungsentwurf zum Anlass nahm, sich mit den Satzungen der Akademien des „Altreichs“ nachhaltig zu beschäftigen. Der für die Wiener Satzungsfragen zuständige Ministerialrat im REM, Herman-Walther Frey, hatte sich vor der Genehmigung der Wiener Akemiesatzung im Juli 1938 die Satzungen „von sämtlichen Akademien“ beschafft und es für zweckmäßig erachtet, „einen Rahmenentwurf für eine einheitliche Neufassung ihrer Satzungen vorzubereiten“.⁷⁵ Die Neufassung der Satzung für die Akademie der Wissenschaften in Wien wurde damit für das REM zur Initialzündung für die Aufforderung an die kartellierten Akademien im „Altreich“ (Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München), ihre Satzungen im nationalsozialistischen Sinn umzugestalten.

12.2.4 Austritt und Ausschluss von Mitgliedern jüdischer Herkunft

Während die als Juden verfolgten Mitarbeiter/innen der Akademie bereits unmittelbar nach dem „Anschluss“ ihre jeweilige Stelle verloren, sah die vom REM am 22. Juli genehmigte Satzung der Akademie einen Ausschluss der vor 1938 gewählten Mitglieder jüdischer Herkunft nicht dezidiert vor. Laut § 6 konnten „nur Reichsbürger“ zu ordentlichen Mitgliedern „gewählt werden“. Der Ausschluss von bereits gewählten Mitgliedern, die den Nürnberger Rassengesetzen nicht entsprachen, wäre somit satzungsmäßig nicht vorgesehen gewesen.

1945 erinnerte sich Heinrich Srbik, dass „der brutale Staatskommissar für Unterricht, der Tiroler Universitätsprofessor Plattner“, ihm mitteilen habe lassen, dass „er und die anderen Behördenvertreter [...] zur feierlichen Sitzung der Akademie nicht erscheinen [würden], wenn bis dahin die jüdischen Mitglieder nicht ausgeschlossen seien.“⁷⁶ Die Vertreter von Partei und Staat waren bei der Jahressitzung am 7. Juni 1939 anwesend (Abb. 9).⁷⁷ Zu diesem Zeitpunkt war kein – nach nationalsozialistischem Verständnis – Jude, „Mischling“ oder „jüdisch Versippter“ mehr inländisches Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Wien, mit einer Ausnahme: oM Franz Eduard Suess.⁷⁸ Die Entrechtung der jüdischen Akademiemitglieder und der Akademiemitglieder jüdischer Herkunft hatte nach der reichsweiten Pogromnacht am 9. November 1938 eingesetzt,⁷⁹ als das Ministerium für In-

75 BArch, R 4901/14039, fol. 37r, Frey in einem Vermerk v. 1.7.1938.

76 SRBIK, Erinnerungen, 2008, 145.

77 Vgl. Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 89 (1939), 165.

78 Im Sinne eines der sogenannten Nürnberger Rassengesetze, des Reichsbürgergesetzes von 1935, durch das „Nicht-Arier“ entrechtet wurden; vgl. MATIS, Ausschluss, 2013. Zu diesem Zeitpunkt bemühte Srbik sich, die Mitgliedschaft des Geologen Suess in Verhandlungen mit dem REM aufrechtzuerhalten, der Versuch scheiterte aber; siehe unten, 35f.

79 Vgl. Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der ÖAW, 2015, <https://www.oeaw.ac.at/gedenkbuch/gedenkbuch> (abgerufen am 23.9.2021); MATIS, Ausschluss, 2013; MATIS, Anpassung, 1997, 27-35; GRAF-STUHLHOFER, Die Akademie, 1995, 136-138.



9. Feierliche Sitzung der Akademie am 7. Juni 1939, in den vorderen Reihen u. a. kM Edmund Glaise-Horstenau, Vizekanzler im „Anschluss“-Kabinett, Reichstatthalter Arthur Seyß-Inquart, Staatskommissar für Unterricht Friedrich Plattner, EM Julius Wagner-Jauregg und kM Eduard Pernkopf

neres und kulturelle Angelegenheiten in Wien die Akademie in einer durch ein Schreiben des REM initiierten Note zur „Suspendierung nichtarischer Mitglieder“ aufgefordert hatte.⁸⁰ Die Akademie hatte daraufhin auf Anregung des Wiener Ministeriums beschlossen, „durch persönliche Fühlungnahme die jüdischen Mitglieder zum freiwilligen Austritt zu veranlassen“.⁸¹ Um einem Ausschluss zuvorzukommen, erklärten die oM Stefan Meyer (Physiker), Hans Horst Meyer (Pharmakologe, Abb. 10), Bertold Hatschek (Zoologe) sowie die kM I Alfred Francis Přibram (Historiker), Ernst Peter Pick (Pharmakologe) und Emil Abel (Chemiker) sowie kM A Eduard Norden (klassischer Philologe, Berlin) ihren Austritt. In der relativ spät angesetzten Jännersitzung 1939 informierte Srbik schließlich die Gesamtakademie über den vom zuständigen Ministerium in Wien übermittelten Erlass des REM, „nach welchem Juden von den deutschen Hochschulen und wissenschaft-

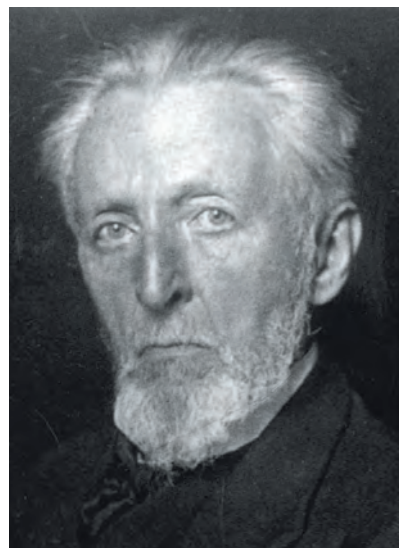
80 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 16.12.1938 (A 941). In dem Schreiben des REM an das Ministerium für Inneres und kulturelle Angelegenheiten, das diese Note initiiert hatte, berief sich dieses unrichtigerweise auf § 6 der neuen Satzung, wonach oM Reichsbürger sein müssten, was Juden und „Mischlinge“ gemäß den Nürnberger Rassengesetzen nicht seien. Bei den Wahlen von kM oder EM sei dies analog zu beachten; vgl. BArch, R 4901/14039, fol. 75r, REM an das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten, Wien, 15.12.1938. „Ich [der Reichserziehungsminister] werde meinerseits auch der Wahl eines ausländischen Mitglieds die Bestätigung versagen, wenn dieser Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes ist. [...] Den heutigen weltanschaulichen Grundsätzen entspricht es auch, daß Mischlinge und jüdisch-versippte Mitglieder aus der Akademie ausscheiden.“ Ebd., fol. 75rv.

81 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 16.12.1938 (A 941).

lichen Anstalten auszuschließen sind“.⁸² Sowohl inländische als auch ausländische Mitglieder, die gewisse „rassische“ Kriterien nicht erfüllten und nicht selbst ihren Austritt erklärten, wurden ab Ende Jänner 1939 aus der Akademie ausgeschlossen. Auf Beschluss der Gesamtsitzung wurde den korrespondierenden Mitgliedern Wolfgang Pauli (kM I, Chemiker) und Richard Willstätter (kM A, Chemiker und Nobelpreisträger) mitgeteilt, dass „ihre Mitgliedschaft als erloschen gelten muss“, und dem Ministerium berichtet, „dass sämtliche Mitglieder, die Juden sind oder nach den Nürnberger Gesetzen als solche gelten, teils durch freiwilligen Austritt, teils durch Streichung aus den Listen der Akademie ausgeschieden sind“.⁸³

In der vorangegangenen Sitzung im Dezember 1938 hatte die Akademie noch einen Beschluss im Vorfeld eines erwarteten weiteren REM-Erlasses für weitgehendere Ausschlüsse gefasst: Da ein Erlass des REM hinsichtlich der „Ausscheidung der Mischlinge und jüdisch versippten Mitglieder“ zu erwarten war, beschloss die Gesamtkademie in ihrer Dezembersitzung, „das Einlangen dieses Erlasses abzuwarten und dann, nach genauer Interpretation des Ausdrucks ‚Mischlinge‘ und ‚jüdisch versippt‘ in ähnlicher Weise den Austritt der Betreffenden zu veranlassen“.⁸⁴ Der diesbezügliche REM-Erlass erreichte die Akademie im neuen Jahr und wurde im Februar in der Gesamtsitzung bekannt gegeben,⁸⁵ woraufhin die kM I Ernst Theodor Brücke (Physiologe), Josef Weninger (Anthropologe) und August Loehr (Numismatiker) die Akademie zwischen Februar und Mai 1939 verlassen mussten.

Den Ausschluss des Geologen oM Franz Eduard Suess, dessen Vater Eduard der Akademie zur Jahrhundertwende als Präsident zu internationalem Ansehen verholfen hatte, versuchte Srbik durch Intervention im REM noch zu verhindern, allerdings erfolglos. In der Februar-Sitzung 1940 musste die Akademie schließlich „zur Kenntnis“ nehmen, dass durch einen REM-Erlass vom 2. Dezember 1939 „Franz Eduard Suess als Mitglied der Akademie ausgeschieden ist“.⁸⁶ Suess war das erste Akademiemitglied, das namentlich vom REM aus der Mitgliederliste gestrichen wurde, wobei die Gesamtkademie den Ausschluss nur zur Kenntnis nehmen konnte. Andere sollten folgen: Am 3. Oktober 1940 gab der Reichserziehungsminister durch einen Erlass



10. Hans Horst Meyer, Pharmakologe, 1920 wM, 1938 durch Austritt seinem Ausschluss zuvorgekommen

82 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 27.1.1939 (A 942).

83 Ebd.

84 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 16.12.1938 (A 941). „Mischlinge‘ und“ [handschriftlich eingefügt].

85 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 24.2.1939 (A 943).

86 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 9.2.1940 (A 950).



ii. Victor F. Hess,
1936 Nobelpreis
für Physik, 1938
emigriert, 1940 aus
der Akademie
ausgeschlossen

der Akademie bekannt, dass sieben weitere vom REM namentlich genannte Akademiemitglieder, „die Herren Walt[h]er Brecht, Alfred Hettner, Hermann Mark, Victor Franz Hess (Abb. 11), Karl Bühler, Erwin Schrödinger und Franz Boas aus der Akademie auszuschneiden sind“⁸⁷ – oM Brecht aufgrund der jüdischen Herkunft seiner Ehefrau, oM Mark aufgrund jüdischer Vorfahren. Mit diesem Erlass wurden schließlich auch die „jüdisch ver-sippten“ und politisch unliebsamen kM A ausgeschlossen: Hettner und Boas wegen ihrer jüdischen Herkunft, Bühler wegen der jüdischen Herkunft seiner Ehefrau, der Entwicklungspsychologin Charlotte Bühler, Hess ebenfalls aufgrund seiner jüdischen Ehefrau sowie als Ständestaatsfunktionär und Schrödinger als politisch Unliebsamer.⁸⁸

Die Gesamtsitzung der Akademie nahm auch die Streichung dieser sieben Mitglieder, unter ihnen die Nobelpreisträger Hess und Schrödinger, „zur Kenntnis“.⁸⁹ Im Februar 1941 schloss das REM schließlich noch ein letztes, im Ausland aufgefundenes „nichtarisches“ Akademiemitglied aus. Im Sitzungsprotokoll heißt es lapidar: „Demgemäss wurde das k. M. Viktor Moritz Goldschmidt in Oslo aus der Mitgliederliste gestrichen.“⁹⁰

Zwischen November 1938 und Februar 1941 mussten insgesamt sechs ordentliche und 15 korrespondierende Mitglieder die Akademie der Wissenschaften in Wien verlassen (siehe Fakten-Box: Die nach dem „Anschluss“ 1938 ausgetretenen bzw. ausgeschlossenen Mitglieder der Akademie der Wissenschaften in Wien). Rund die Hälfte konnte sich der NS-Diktatur durch Emigration entziehen, darunter die Nobelpreisträger Victor Franz Hess, Erwin Schrödinger und Richard Willstätter. Hess hatte sich im Oktober 1938 von der Akademie mit folgendem Schreiben verabschiedet:

Da ich Anfang November nach Amerika (USA) ausreise, so bin ich nicht mehr in der Lage, den weiteren Betrieb der von mir begründeten Forschungsstation auf dem Hafelekar bei Innsbruck zu beaufsichtigen. [...] Ich werde gegen Ende Oktober nach Innsbruck fahren, um die Liquidation der Station – soweit es mein Eigentum betrifft – zu leiten. Ich erlaube mir nun für die schon so oft in früheren Jahren und auch im laufenden Jahre von der Akademie mir gewährten Unterstützungen um Förderung meiner wissenschaftlichen Arbeiten meinen tiefstgefühlten Dank auszusprechen. Ich bitte diesen Dank auch bei der nächsten Sitzung der

87 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 25.10.1940 (A 957).

88 Vgl. Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der ÖAW, 2015, <https://www.oeaw.ac.at/gedenkbuch/gedenkbuch> (abgerufen am 23.9.2021).

89 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 25.10.1940 (A 957).

90 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 16.5.1941 (A 962).

math.-naturwiss. Klasse öffentlich in meinem Namen zum Ausdruck zu bringen. Es tut mir aufrichtig leid, durch äussere Umstände gezwungen zu sein, mein Lebenswerk in der Heimat zu verlassen und in die Fremde ziehen zu müssen.⁹¹

Die anderen ausgeschlossenen Mitglieder überlebten, geschützt durch ihre nichtjüdischen Ehepartnerinnen, oder verstarben noch vor der sogenannten Endlösung.⁹² Die ausgeschlossenen Mitglieder wurden von 1939 bis 1944 in den jährlich erscheinenden Almanachen als „ausgetreten“ geführt.

Jeder Ausschlusserlass des REM, der „nichtarische“ Mitglieder, „Mischlinge“, „jüdisch versippte“ oder politisch unliebsame Mitglieder betraf, wurde von den oM zu Kenntnis genommen und ohne Widerspruch befolgt. Unmutsäußerungen aus den Reihen der verbliebenen Akademiemitglieder sind nicht dokumentiert. Srbik kommentierte seinen Anteil am Ausschluss der als Juden verfolgten Akademiemitglieder in seinen 1945 verfassten *Erinnerungen* lapidar wie folgt: „Ich musste dem Ausschließungsbefehl des Reichswissenschaftsministeriums Folge leisten und habe es in der schonendsten Weise getan.“⁹³

Die Zahl der nach dem „Anschluss“ 1938 aus „rassischen“ oder politischen Gründen ausgeschlossenen Mitglieder (weniger als zehn Prozent, Abb. 12) erscheint im Vergleich zur Universität Wien zunächst gering.⁹⁴ Die Universität Wien verlor aufgrund nationalsozialistischer Verfolgung mit rund 39 Prozent ihrer Lehrenden bzw. 41 Prozent der Ordinarien mehr Personal als jede andere deutschsprachige Hochschule.⁹⁵ Ein wichtiger Grund

91 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 380/1938, Victor F. Hess an die Akademie der Wissenschaften in Wien, 19.10.1938. Im Protokoll der Sitzung der math.-nat. Klasse v. 20.10.1938 (B 2589) heißt es lapidar: „Das k.M. Victor Franz Hess macht Mitteilung von seiner Uebersiedlung nach Amerika, sowie von der Rückzahlung seiner ihm vonseiten der Akademie gewährten Subvention; soweit sie noch nicht verbraucht war. Zur Kenntnis.“ Im Jänner 1939 gab Hess der Akademie seine neue Adresse an der Fordham University in New York bekannt.

92 Vgl. Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der ÖAW, 2015, <https://www.oeaw.ac.at/gedenkbuch/gedenkbuch> (abgerufen am 23.9.2021); MATIS, Anpassung, 1997, 27-35; GRAF-STUHLHOFER, Die Akademie, 1995, 136-138.

93 SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 145.

94 Unter den Akademiemitgliedern befanden sich auch solche, die an der Universität Wien 1938 als NS-Verfolgte ihre Professuren, nicht aber ihre Akademiemitgliedschaft verloren: Der Sozialphilosoph Othmar Spann (kM I 1933), Theoretiker des autoritären Ständestaates, und der Ethnologe Wilhelm Schmidt (kM I 1906, kM A 1941), der Hauptvertreter der Kulturkreislehre in Österreich (vgl. BLUMAUER, Wilhelm Schmidt, 2021), konnten sich aber auch an der Akademie aufgrund ihrer nichtkonformen Lehre nicht weiter betätigen. Spann zog sich in die innere Emigration zurück, Schmidt flüchtete in die Schweiz. Auch der von den Nationalsozialisten als „Halbjude“ eingestufte Physiker kM A Niels Bohr wurde - im Unterschied zu Richard Willstätter und Viktor Moritz Goldschmidt - in der NS-Zeit nicht aus der Akademie der Wissenschaften in Wien ausgeschlossen.

95 Vgl. ASH, *Die österreichischen Hochschulen*, 2017; MÜHLBERGER, *Vertriebene Intelligenz*, 1993; GOLLE, *Die politische Lage*, 2017; WEINGAND, „[...] in möglichst beschleunigtem Tempo“, 2017. Die Universität Innsbruck verzeichnete einen Verlust von 21 Prozent, die Universität Graz von 15 Prozent.

Ausgetreten sind die ordentlichen Mitglieder:

Endlicher, Stephan, am 11. März 1848.
Desseffy, Emil Graf, am 9. März 1849.
Meyer, Stefan, am 24. November 1938.
Meyer, Hans Horst, am 13. Dezember 1938.
Hatschek, Bertold, am 31. Dezember 1938.
Sueb, Franz Eduard, am 2. Dezember 1939.
Brecht, Walter, am 3. Oktober 1940.
Mark, Hermann, am 3. Oktober 1940.

Ferner die korrespondierenden Mitglieder:

Přibram, Alfred Francis, im Dezember 1938.
Norden, Eduard, am 20. Dezember 1938.
Pick, Ernst P., am 1. Jänner 1939.
Abel, Emil, am 4. Jänner 1939.
Pauli, Wolfgang, am 28. Jänner 1939.
Willstätter, Richard, am 28. Jänner 1939.
Brücke, Ernst, am 20. Februar 1939.
Loehr, August, am 29. März 1939.
Weninger, Josef, am 3. Mai 1939.
Boas, Franz, am 3. Oktober 1940.
Bühler, Karl, am 3. Oktober 1940.
Hettner, Alfred, am 3. Oktober 1940.
Hess, Victor, am 3. Oktober 1940.
Schrödinger, Erwin, am 3. Oktober 1940.
Goldschmidt, Viktor M., am 12. Februar 1941.

12. Liste der aus-
geschlossenen
Mitglieder, im
Akademie-Alma-
nach als „ausge-
treten“ geführt

makologe Hans Horst Meyer (1920 wM), der Chemiker Richard Willstätter (1920 kM A), der Physiker Stefan Meyer (1921 kM I, 1932 wM), der Physiologe Ernst Brücke (1922 kM I), der Physiker und Nobelpreisträger Niels Bohr (1925 kM A), der Mineraloge Viktor Moritz Goldschmidt (1928 kM A), der Chemiker Emil Abel (1929 kM I), der Pharmakologe Ernst Peter Pick (1931 kM I), der Zoologe Bertold Hatschek (1932 wM), der Kunststoffforscher Hermann Mark (1934 kM I, 1935 wM) und der Chemiker Wolfgang Pauli sen. (1935 kM I). Die phil.-hist. Klasse wählte nach derzeitigem Wissensstand nur drei Professoren jüdischer Herkunft zu Akademiemitgliedern: 1919 wurden die Historiker Heinrich Friedjung und Alfred Francis Přibram zum wM bzw. kM I gewählt, 1923 der Sozialanthropologe Franz Boas, der der Akademie mit seiner Emergency Society for German and Austrian Science and Art über die Notzeit nach dem Ersten Weltkrieg hinweggeholfen hatte, zum kM A.

Dem weltberühmten Sigmund Freud war die Ehre einer Akademiemitgliedschaft in Wien nicht zuteilgeworden. Zwei der drei vor 1938 in Österreich tätigen Nobelpreisträger - Erwin Schrödinger und Victor Franz Hess, beide nichtjüdisch, waren zu korrespondierenden, nicht aber zu wirklichen Mitgliedern gewählt worden. Der in Graz tätige jüdische Pharmakologe und

für diese Diskrepanz liegt in der Fächerzusammensetzung der Akademie. Jene Fakultäten, die u. a. an der Universität Wien einen hohen Anteil an Wissenschaftlern jüdischer Herkunft aufwiesen, wie die Medizinische und die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, waren an der Akademie nicht gleichwertig vertreten. Eine Vielzahl der namhaftesten Vertreter der philosophischen Fakultäten jüdischer Herkunft (damals inklusive der Naturwissenschaften) war in der Zwischenkriegszeit zu Mitgliedern der Akademie gewählt worden.⁹⁶ In der math.-nat. Klasse waren dies der Phar-

96 Bereits 1915 war der Geologe Franz Eduard Suess, Sohn des berühmten Altpräsidenten Eduard Suess, zum wM gewählt worden.

Nobelpreisträger Otto Loewi wurde nicht zur Wahl vorgeschlagen.⁹⁷ Die selektive, vermutlich teilweise auch antisemitisch motivierte Zuwahlpraxis an der Akademie in der Zwischenkriegszeit korrespondiert mit der gezielten Verhinderung der Habilitation und Berufung von Kandidaten mit jüdischem Hintergrund.⁹⁸

FAKTEN-BOX

Die nach dem „Anschluss“ 1938 ausgetretenen bzw. ausgeschlossenen Mitglieder der Akademie der Wissenschaften in Wien⁹⁹

Wirkliche Mitglieder

Walther Brecht, kM I, wM, kM A, oM, kM A, Berlin 1876 – München 1950, Germanist, 1916 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I), 1919 zum wirklichen Mitglied (wM) gewählt, 1926 zum korrespondierenden Mitglied im Ausland (kM A) umgewidmet, 1938 zum ordentlichen Mitglied (oM) umgewidmet, wegen der jüdischen Herkunft seiner Ehefrau 1937 von der Universität München zwangspensioniert. Durch Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Oktober 1940 gemeinsam mit weiteren sechs namentlich genannten Mitgliedern aus der Akademie ausgeschlossen. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert.

Bertold Hatschek, kM I, wM, Kirwein/Skrbeň (Tschechische Republik) 1854 – Wien 1941, Zoologe, 1896 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I), 1932 zum wirklichen Mitglied (wM) gewählt, nach dem „Anschluss“ aus rassistischen Gründen verfolgt. Hatschek erklärte im Dezember 1938 seinen Austritt, um einem Ausschluss zuvorzukommen.

Hermann Franz Mark, kM I, wM, kM A, EM, Wien 1895 – Austin (Texas, USA) 1992, Chemiker, 1934 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I), 1935 zum wirklichen Mitglied (wM) gewählt, nach dem „Anschluss“ aus rassistischen Gründen verfolgt, emigrierte 1938 nach Kanada und anschließend in die USA. Durch Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Oktober 1940 gemeinsam mit weiteren sechs namentlich genannten Mitgliedern aus der Akademie ausgeschlossen. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert, 1970 wurde er zum Ehrenmitglied der math.-nat. Klasse der ÖAW gewählt.

97 Vgl. FEICHTINGER, Nobelpreise, 2018.

98 Vgl. TASCHWER, Geheimsache Bärenhöhle, 2016, siehe Kapitel 11, 601.

99 Zu weiteren biografischen Informationen vgl. Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, <https://www.oeaw.ac.at/gedenkbuch/gedenkbuch> (abgerufen am 23.9.2021).

Hans Horst Meyer, kM I, wM, Insterburg/Tschernjachowsk (Russische Föderation) 1853 – Wien 1939, Pharmakologe, 1905 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I), 1920 zum wirklichen Mitglied (wM) gewählt, nach dem „Anschluss“ aus rassistischen Gründen verfolgt. Meyer erklärte im Dezember 1938 seinen Austritt, um einem Ausschluss zuvorzukommen.

Stefan Meyer, kM I, wM, Wien 1872 – Bad Ischl 1949, Physiker, Direktor des Instituts für Radiumforschung der Akademie der Wissenschaften (1920–1938, 1945–47), 1921 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I), 1932 zum wirklichen Mitglied (wM) gewählt, nach dem „Anschluss“ aus rassistischen Gründen verfolgt. Meyer erklärte am 24. November 1938 seinen Austritt, um einem Ausschluss zuvorzukommen. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert.

Franz Eduard Suess, kM I, wM, Wien 1867 – Wien 1941, Geologe, 1911 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I), 1915 zum wirklichen Mitglied (wM) gewählt, nach dem „Anschluss“ als „Mischling II. Grades“ aus rassistischen Gründen verfolgt. Suess war der einzige Wissenschaftler jüdischer Herkunft, um dessen Verbleib sich die Akademie der Wissenschaften bemühte. Nachdem der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung das Ansuchen abgelehnt hatte, wurde Suess im Dezember 1939 ausgeschlossen.

Korrespondierende Mitglieder im Inland

Emil Abel, kM I, kM A, Wien 1875 – London 1958, Chemiker, 1929 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I) gewählt, nach dem „Anschluss“ aus rassistischen Gründen verfolgt, emigrierte 1939 nach London. Abel erklärte im Jänner 1939 seinen Austritt, um einem Ausschluss zuvorzukommen. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert.

Ernst Theodor Brücke, kM I, Wien 1880 – Boston (MA, USA) 1941, Physiologe, 1922 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I) gewählt, nach dem „Anschluss“ aus rassistischen Gründen verfolgt, 1939 in die USA emigriert. Seine Mitgliedschaft wurde aufgrund eines Erlasses des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Februar 1939 von der Akademie für „erloschen“ erklärt.

Karl Bühler, kM I, kM A, Meckesheim bei Heidelberg 1879 – Los Angeles (CA, USA) 1963, Psychologe, 1934 zum kM I gewählt, 1938 aus politischen Gründen und wegen der jüdischen Herkunft seiner Ehefrau emigriert, von der Akademie der Wissenschaften als kM A geführt. Durch Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Oktober 1940 gemeinsam mit weiteren sechs namentlich genannten Mitgliedern aus der

Akademie ausgeschlossen. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert.

Victor Franz Hess, kM I, kM A, Deutschfeistritz 1883 – Mount Vernon (NY, USA) 1964, Physiker, 1936 Nobelpreis für Physik, 1933 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I) gewählt, emigrierte aus politischen Gründen 1938 in die USA. Durch Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Oktober 1940 gemeinsam mit weiteren sechs namentlich genannten Mitgliedern aus der Akademie ausgeschlossen. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert.

August Loehr, kM I, wM, Wien 1882 – Wien 1965, Numismatiker, 1933 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I) gewählt, nach dem „Anschluss“ als „Mischling II. Grades“ aus rassistischen Gründen verfolgt. Loehr legte im März/April 1939 seine Akademiemitgliedschaft zurück. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert, im selben Jahr wurde er zum wirklichen Mitglied (wM) gewählt.

Wolfgang Pauli, kM I, kM A, Prag 1869 – Zürich 1955, Physiologe, 1935 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I) gewählt. Nach dem „Anschluss“ wurde er aus rassistischen Gründen verfolgt, er emigrierte 1938 in die Schweiz, seine Mitgliedschaft wurde 1938 in eine korrespondierende Mitgliedschaft im Ausland (kM A) umgewandelt. Nachdem der Erlass des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten in Wien vom Dezember 1938, „nach welchem Juden von den deutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Anstalten auszuschließen sind“, Ende Jänner 1939 in der Gesamtsitzung der Akademie der Wissenschaften referiert worden war, wurde seine Mitgliedschaft – ebenso wie jene von Richard Willstätter – für „erloschen“ erklärt. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert.

Ernst Peter Pick, kM I, kM A, Jermer/Jaroměř (Tschechische Republik) 1872 – New York 1960, Pharmakologe, 1931 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I) gewählt, nach dem „Anschluss“ aus rassistischen und politischen Gründen verfolgt, 1938/39 in die USA emigriert. Pick erklärte im Jänner 1939 seinen Austritt, um einem Ausschluss zuvorzukommen. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert.

Alfred Francis Přibram, kM I, London 1859 – London 1942, Historiker, 1919 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I) gewählt, nach dem „Anschluss“ aus rassistischen Gründen verfolgt, 1939 nach Großbritannien emigriert. Přibram erklärte im Dezember 1938 seinen Austritt, um einem Ausschluss zuvorzukommen.

Erwin Schrödinger, kM A, kM I, kM A, wM, Wien 1887 – Wien 1961, Physiker, 1933 Nobelpreis für Physik, 1928 zum korrespondierenden Mitglied im Ausland (kM A) gewählt, 1936 zum kM I umgewidmet, 1938 aus politischen Gründen emigriert. Durch Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und

Volksbildung vom Oktober 1940 gemeinsam mit weiteren sechs namentlich genannten Mitgliedern aus der Akademie ausgeschlossen. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert, 1956 wurde er zum wirklichen Mitglied (wM) gewählt.

Josef Weninger, kM I, wM, Salzburg 1886 – Wien 1959, Anthropologe, 1937 zum korrespondierenden Mitglied im Inland (kM I) gewählt. Wegen der jüdischen Herkunft seiner Ehefrau wurde seine Mitgliedschaft aufgrund eines Erlasses des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Februar 1939 von der Akademie für „erloschen“ erklärt. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert, im selben Jahr wurde er zum wM gewählt.

Korrespondierende Mitglieder im Ausland

Franz Boas, kM A, Minden/Westfalen 1858 – New York (USA) 1942, Anthropologe, New York, 1923 zum korrespondierenden Mitglied im Ausland (kM A) gewählt. Durch Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Oktober 1940 gemeinsam mit weiteren sechs namentlich genannten Mitgliedern aus der Akademie ausgeschlossen.

Viktor Moritz Goldschmidt, kM A, Zürich 1888 – Oslo 1947, Mineraloge, Oslo, 1928 zum korrespondierenden Mitglied im Ausland (kM A) gewählt. Aufgrund eines Erlasses des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung „betreffend das Ausscheiden der nichtarischen korrespondierenden Mitglieder im Ausland“ wurde Goldschmidt 1941 ausgeschlossen. 1945 wurde seine Akademiemitgliedschaft reaktiviert.

Alfred Hettner, kM A, Dresden 1859 – Heidelberg 1941, Geograf, Heidelberg, 1930 zum korrespondierenden Mitglied im Ausland (kM A) gewählt. Durch Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom Oktober 1940 gemeinsam mit weiteren sechs namentlich genannten Mitgliedern aus der Akademie ausgeschlossen.

Eduard Norden, kM A, Emden 1868 – Zürich 1941, klassischer Philologe, Berlin, 1923 zum korrespondierenden Mitglied im Ausland (kM A) gewählt. Unter dem NS-Regime aus rassistischen Gründen verfolgt, 1939 in die Schweiz emigriert. Norden erklärte im Dezember 1938 seinen Austritt, um einem Abschluss zuvorzukommen.

Richard Willstätter, kM A, Karlsruhe 1872 – Muralto bei Locarno 1942, Chemiker, 1915 Nobelpreis für Chemie, 1920 zum korrespondierenden Mitglied im Ausland (kM A) gewählt. Unter dem NS-Regime aus rassistischen Gründen verfolgt, 1939 in die Schweiz emigriert. Nachdem der Erlass des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten in Wien vom Dezember 1938, „nach welchem Juden von den deutschen Hochschulen und wissenschaftlichen An-

stalten auszuschließen sind“, Ende Jänner 1939 in der Gesamtsitzung der Akademie der Wissenschaften referiert worden war, wurde seine Mitgliedschaft – ebenso wie jene von Wolfgang Pauli – für „erloschen“ erklärt.

Heidemarie Uhl

12.2.5 Die Nachbesetzung der durch Ausschluss vakant gewordenen Stellen

In den Jahren 1938/39 wurden infolge der Ausschlüsse vier Stellen für ordentliche Mitglieder und neun Stellen für korrespondierende Mitglieder vakant. 1939 wählte die Akademie der Wissenschaften in Wien den Grazer Rassenhygieniker Heinrich Reichel (1876-1943) zum kM I. In dem von mehreren Mitgliedern unterzeichneten Vorschlag des Anatomen Ferdinand Hochstetter wurde er als „ein unermüdlicher Vorkämpfer für die rassenhygienischen Bestrebungen in der Ostmark“ bezeichnet.¹⁰⁰ 1941 wurde der Wiener Jurist und Nationalsozialist Adolf Günther (1881-1958) mit einschlägiger NS-naher Begründung ebenfalls zum kM I gewählt. In dem von zahlreichen oM (darunter viele Parteimitglieder) unterzeichneten Wahlvorschlag wurde explizit auf seine prämierte Schrift *Der Rassengedanke in der weltanschaulichen Auseinandersetzung unserer Zeit* verwiesen sowie darauf, dass Günther in der von ihm verfochtenen „neuen Gesellschaftslehre“ „wissenschaftliche Gründlichkeit mit der Treue zum Nationalsozialismus vereint“.¹⁰¹ Bezüglich des nationalsozialistisch gesinnten Juristen Karl Gottfried Hugelmann (1879-1959) betrachteten es die Unterzeichner seines Wahlvorschlages 1942 „als ein Gebot der Gerechtigkeit“, ihn als Mitglied vorzuschlagen. Hugelmann, der Verfechter eines „Volksgruppenrechts“,¹⁰² war an der Universität Wien 1934 „wegen seiner nationalen und grossdeutschen Haltung“ in den zeitlichen Ruhestand versetzt und sogleich auf einen Lehrstuhl in Münster berufen worden.¹⁰³ Auch der national gesinnte Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Wien, Max Layer (1866-1941), war 1933 aufgrund öffentlicher Kritik an der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Umbau der Republik zum autoritären Bundesstaat zwangspensioniert worden. Die Akademie wählte ihn 1934 zu seiner „Genugtuung“ zum kM I. Im Jahr 1940 wurde Layer schließlich auf Vorschlag Ernst Schönbauers (1885-1966), der ihn im Wahlvorschlag als „Märtyrer der Wissenschaft“ bezeichnet hatte, zum oM gewählt.¹⁰⁴

100 AÖAW, PA Heinrich Reichel.

101 AÖAW, PA Adolf Günther.

102 HUGELMANN, Das Nationalitätenrecht, 1934, 282.

103 AÖAW, PA Karl Gottfried Hugelmann; siehe Kapitel 14.

104 AÖAW, PA Max Layer; vgl. OLECHOWSKI/STAUDIGL-CIECHOWICZ, Staatsrecht, 508; siehe Kapitel 11, 602.



13. Eduard Pernkopf,
Anatom, 1940 oM

Wenn, wie der Historiker Graf-Stuhlhofer schreibt, solch dezidierte politische Begründungen in den Wahlvorschlägen auch nur selten vorkamen,¹⁰⁵ so darf nicht übersehen werden, dass zwischen 1938 und 1944 eine Reihe prononcierter Nationalsozialisten, die zugleich namhafte Wissenschaftler waren, wie u. a. der Botaniker Fritz Knoll (1939), der Altorientalist Viktor Christian (1939), der Anatom Eduard Pernkopf (1940, Abb. 13), der Mathematiker Karl Mayrhofer (1941), der Kunsthistoriker Hans Sedlmayr (1941) und der Historiker Otto Brunner (1944), zu ordentlichen Mitgliedern gewählt wurden. Zu den bekanntesten nationalsozialistischen Akademiemitgliedern zählten der Ägyptologe Hermann Junker, der Altgermanist Dietrich Kralik-Meyerswalden, der Musikwissenschaftler Robert Lach, der

Literaturhistoriker Josef Nadler, der Prähistoriker Oswald Menghin, der Unterrichtsminister im „Anschluss“-Kabinett, Seyß-Inquart (Abb. 14), der Historiker und Akademiepräsident Heinrich Srbik und die drei NS-Rektoren der Universität Wien, Fritz Knoll, Eduard Pernkopf und Viktor Christian.

12.2.6 Der Verlust von Lunz und Gastein und die Weiterführung der Sonnblick-Wetterwarte

Der „Anschluss“ hatte nicht nur auf der personellen Ebene direkte Auswirkungen auf die Wiener Akademie, Änderungen ergaben sich auch in ihren Beziehungen zu anderen privaten Forschungseinrichtungen. Die seit 1923 als privater Verein geführte Biologische Station in Lunz wurde nach der Auflösung und Neuordnung der österreichischen Vereine wider Erwarten nicht der Akademie, sondern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), die bereits vor 1938 Kuratoriumsmitglied und Geldgeber gewesen war, zugesprochen. Dass die Akademie, die ebenfalls im Kuratorium vertreten war, darauf gehofft hatte, die Station zu übernehmen, zeigt sich darin, dass der Reichsstatthalter bereit gewesen war, Lunz als Akademieinstitut zu budgetieren.¹⁰⁶ Allerdings entschied der u. a. für die Gleichschaltung bzw. Auflösung von Vereinen zuständige Reichskommissar, der sogenannte Stillhaltekommissar, dass das Institut sowie das Vereinsvermögen in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu überführen sei.¹⁰⁷ Nach der Auflösung des Trägervereins verblieb der Akademie die Position des stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratori-

105 Vgl. GRAF-STUHLHOFER, Die Akademie, 1995, 145.

106 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 1, Amt des Reichsstatthalter an Heinrich Srbik, 11.11.1938.

107 Vgl. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 190/1939, Ernst Telschow an Heinrich Srbik, 31.3.1939. In einem Schreiben von 1946 heißt es, „daß das von Stillhaltekommissar im Jahre 1939 dem Vereine weggenommene und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft übergebene Vermögen in der Höhe von RM 100.000,- zurückgefordert und dem wiedererrichteten Verein übergeben werden“ solle. AÖAW, Biologische Station Lunz I, 4/H4, Akademie der Wissenschaften in Wien an das Bundesministerium für Unterricht v. 21.2.1946.



14. „Anschluss“-
Kabinett Seyß-
Inquart, Aufnahme
12. März 1938,
v. l. n. r.: Michael
Skubl, Wilhelm
Wolf, Rudolf
Neumayer, Franz
Hueber, Arthur
Seyß-Inquart,
Oswald Menghin,
Anton Reinhaller,
Edmund Glaise-
Horstenau, Hugo
Jury, Hans Fisch-
böck

ums (ab Juni 1939 oM Fritz Knoll).¹⁰⁸ Die Station war seit 1924 von Franz Ruttner (1882-1961) geführt worden. Ruttner, der 1945 unter Verdacht stand, ein illegales NSDAP-Mitglied gewesen zu sein - dieser Verdacht war begründet -, führte die Einrichtung in der NS-Zeit mit einer durchgängig nationalsozialistisch gesinnten Belegschaft weiter.¹⁰⁹

1938 verlor die Akademie auch die wissenschaftliche Leitung des ersten balneologischen Forschungsinstituts in Österreich, das zwei Jahre davor, 1936, von dem vermögenden Stifter Emmerich Granichstaedten in Gastein gegründet worden war. Die Akademie hatte durch ihre Kommission für die Untersuchung der radioaktiven Substanzen und durch das Institut für Radiumforschung seit der Jahrhundertwende Radioaktivitätsmessungen von Quellen und Gesteinsproben in Gastein vornehmen lassen.¹¹⁰ Nach der Gründung des Instituts sowie einer Gesellschaft der Freunde Gasteins wurde ein wissenschaftliches Kuratorium mit Mitgliedern der Akademie unter der Obmannschaft des Physiologen Arnold Durig (1872-1961) eingesetzt. Sein Assistent Ferdinand Scheminzky (1899-1973) wurde zum Institutsleiter bestellt. 1938 wurde der Stifter, der jüdischer Herkunft war, enteignet, der Trägerverein aufgelöst und das nunmehr besitzerlos gewordene Institut von der Gasteiner Kurkommission sowie den Orten Badgastein und Badhofgastein übernommen. Auch fand laut dem Altkurdirektor „ein durchgreifender Personenwechsel an allen maßgeblichen Stellen des Institutes“ statt.¹¹¹

108 Vgl. Delegationen, in: Alm. 90 (1940), 90.

109 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung am 7.12.1945 (A 998), Beilage: Bericht über die Biologische Station in Lunz.

110 Siehe Kapitel 7, 347.

111 ZIMBURG, 25 Jahre, 1961, 14.

Scheminzky musste die wissenschaftliche Leitung des Instituts an das illegale NSDAP-Mitglied Gerhard Kirsch (1890-1956), der seit 1938 kommissarischer Vorstand des III. Physikalischen Instituts an der Universität Wien war, abgeben. Dem vormals zuständigen Akademiekuratorium wurde die Aufsichtsfunktion über das nunmehr an die Universität Wien angebundene Institut entzogen.¹¹² Die Behandlung von Kriegsverletzten mit Gasteiner Thermalwasser, durchgeführt in Verbindung mit der Reichsanstalt für das deutsche Bäderwesen, bildete einen Schwerpunkt der Tätigkeit des Instituts, bevor es 1942 aufgrund der Einberufung der Mitarbeiter zum Kriegsdienst seine Tätigkeit einstellen musste.

Die Mitglieder der Akademie hatten die Abgabe beider Institute und die Auflösung der Assoziierungsabkommen ohne Widerstand zur Kenntnis genommen.¹¹³ Ab 1945 wurden die Verhältnisse der Zeit vor 1938 wiederhergestellt. Die ÖAW nahm schließlich beide Institute unter ihre Obhut: Lunz 1947 und Gastein 1952.¹¹⁴

Das Observatorium auf dem Hohen Sonnblick, die bis heute höchstgelegene dauerhafte Wetterwarte Europas, wurde in der NS-Zeit nicht dem Reichswetterdienst einverleibt, sondern weiter vom selbstständig gebliebenen Sonnblick-Verein, dem Eigentümer der Wetterwarte seit ihrer Errichtung 1886, verwaltet. Die Akademie war seit 1926 im Kuratorium des Sonnblick-Vereins vertreten gewesen, neben ihr u. a. auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die den Betrieb der Wetterwarte durch den Sonnblick-Verein zwischen 1926 und 1945 maßgeblich mitfinanzierte.¹¹⁵ 1939 ernannte der Stillhaltekommissar des „Landes Österreich“ den Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, oM Heinrich Ficker (1881-1957), zum Vorsitzenden des Sonnblick-Vereins. Das vor 1938 eingesetzte Kuratorium, bestehend aus NS-fernen Akademiemitgliedern, wurde nicht ausgewechselt. Ab 1939 diente die Wetterwarte auf dem Hohen Sonnblick „militärischen Zwecken der Luftwaffe“, die während des Kriegs gemeinsam mit dem Sonnblick-Verein den Betrieb aufrechterhielt.¹¹⁶ 1945 wurde der Sonnblick-Verein weitergeführt; der Betrieb des Observatoriums wurde ab 1946 von der ZAMG teilfinanziert.¹¹⁷

112 Vgl. KNIERZINGER, Das Gasteiner Forschungsinstitut, 2009.

113 Vgl. FEICHTINGER, Transformationen, 2013, 117f.

114 1947 wurde eine Kommission für die Verwaltung der Biologischen Station Lunz und 1952 eine Kommission für [die] wissenschaftliche Leitung des Forschungsinstitutes Gastein in Badgastein eingesetzt. 1961 wurde Letzteres als „Forschungsinstitut Gastein in Bad Gastein der Österr. Akademie der Wissenschaften“ bezeichnet; vgl. Spezialkommissionen, in: Alm. 97 (1947), 56; Spezialkommissionen, in: Alm. 102 (1952), 148; Berichte über besondere Veranstaltungen, in: Alm. 111 (1961), 448f.; vgl. MEISTER, Beziehung, 1961.

115 Vgl. Bericht des interimistischen Leiters, in: Alm. 95 (1945), 306-308; FICKER, Zentralanstalt, 1951, 15-17.

116 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 91 (1941), 190; Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 92 (1942), 188f.; Bericht des Generalsekretärs, in: Alm 93 (1943), 190.

117 Vgl. FICKER, Zentralanstalt, 1951, 17.

12.2.7 Nazifizierte Akademiekommissionen

Akademiekommissionen waren nicht personalführend, ihre Hauptaufgabe bestand in der Finanzierung und Herausgabe von Publikationen. Dies sollte sich auch in der NS-Zeit nicht grundsätzlich ändern.¹¹⁸ In nahezu allen Akademiekommissionen waren Mitglieder vertreten, die der NSDAP angehörten, aber nicht notwendigerweise in der Mehrzahl.¹¹⁹ 1947 bemühte sich Richard Meister in seiner Akademiegeschichte um den Nachweis, dass die wissenschaftlichen Unternehmungen beider Klassen in der NS-Zeit „in den bisherigen Bahnen fortgeführt“ worden seien.¹²⁰ Meister behauptete sogar: „Die Tätigkeit der Akademie selbst ist sowohl in ihrem Geschäftsgange wie nach Inhalt und Geist der Arbeiten durch die politische Wandlung nicht wesentlich beeinflusst worden.“¹²¹ Zwar wurden in den meisten Kommissionen die laufenden Publikationsvorhaben weitergeführt; welche Aktivitäten im Sinne der NS-Ideologie jedoch zusätzlich gesetzt wurden, bleibt eine offene Forschungsfrage. Sie wäre etwa insbesondere in Bezug auf die Historische Kommission zu stellen, die Meister als Beispiel für die Kontinuität von laufenden Tätigkeiten anführt. 1942 waren fünf von sieben Mitgliedern dieser 1847 eingesetzten ältesten Akademiekommission NSDAP-Parteigenossen (unter ihnen Akademiepräsident Srbik und der Direktor des Haus-, Hof- und Staatsarchivs oM Ludwig Bittner).¹²² Der Obmann der Kommission, oM Alfons Dopsch, war kein Nationalsozialist.

Dort, wo überzeugte Nationalsozialisten die Arbeit der Kommissionen lenkten, war die Bereitschaft, gemäß der neuen Satzung „Wissenschaft im Dienste des deutschen Volkes“ zu betreiben, groß.¹²³ Einige dieser Kommissionen blickten auf eine lange Geschichte zurück, etwa die 1899 gegründete Phonogrammarchivs-Kommission, unter deren 14 Mitgliedern sich acht NSDAP-Angehörige befanden, oder die 1907 gegründete Ägyptische Kommission, von deren sieben Mitgliedern vier Nationalsozialisten waren.¹²⁴ Andere Kommissionen waren noch jung, etwa die Kommission für die öffentlichen Vorträge (1934) oder die Kommission für die Herausgabe der Inschriften des Deutschen Mittelalters (1937). 1942 gehörten acht von 13 bzw. sieben von zehn Mitgliedern der genannten Kommissionen der NSDAP an.

Einen auffällig hohen Anteil an NSDAP-Mitgliedern verzeichneten die zwischen 1938 und 1945 umbenannten bzw. neu eingesetzten Akademiekommissionen: Von den acht Mitgliedern der Prähistorischen Kommission, 1939 umbenannt und unter Oswald Menghin klassenübergreifend weiter-

118 MATIS, *Anpassung*, 1997, 42.

119 Vgl. FEICHTINGER, *Transformationen*, 2013, 126; SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 141; HUBER, Arnold Durig, 2021.

120 MEISTER, *Geschichte*, 1947, 186.

121 Ebd.

122 Vgl. JUST, *Haus-, Hof- und Staatsarchiv*, 2010.

123 Vgl. FEICHTINGER, *Transformationen*, 2013, 125.

124 Vgl. *Spezialkommissionen*, in: *Alm.* 92 (1942), 86-95.



15. Viktor Christian,
Altorientalist,
1939 oM

geführt, waren fünf Nationalsozialisten, sie gehörten sämtlich der phil.-hist.-Klasse an.¹²⁵ In der ebenfalls umbenannten Balkankommission (bis 1940 Kommission für die historisch-archäologische und philologisch-ethnographische Durchforschung der Balkanhalbinsel, ab 1943/44 Südostkommission),¹²⁶ 1940 ebenso zur klassenübergreifenden Kommission erweitert, waren von 13 Mitgliedern sechs Parteimitglieder. Ebenfalls sechs NSDAP-Angehörige (von neun Mitgliedern) bestimmten die Tätigkeit der 1941 eingesetzten Kommission für die Matthäus und Rudolf Much-Preisstiftung. Wenig überraschend ist, dass in der ab 1942 tätigen Kommission zur Herausgabe von Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre vier der acht Mitglieder NSDAP-Parteiangehörige waren.¹²⁷ Auch sechs der acht Mitglie-

der der 1944 errichteten Kommission für Musikforschung gehörten der NSDAP an.

Mitglied in den zuletzt genannten Kommissionen war der prononcierteste Nationalsozialist der Akademie: Viktor Christian (1885-1963, 1938 kM I, 1939 oM, Abb. 15), Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Wien 1938 bis 1943 und 1945 zugleich ihr letzter NS-Rektor, Präsident der Anthropologischen Gesellschaft in Wien, Leiter der Wiener Lehr- und Forschungsstätte für den Vorderen Orient (LFVO) der SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“ (ab 1939) und SS-Mitglied, ab 1941 im Rang eines Hauptsturmführers.¹²⁸ Christian wurde am 9. Februar 1940 anstelle des „rassisch“ verfolgten und am 2. Dezember 1939 aus der Akademie ausgeschlossenen Geologen Franz Eduard Suess zum Mitglied der Prähistorischen Kommission ernannt. Seine Ernennung erfolgte just an dem Tag,¹²⁹ an dem Srbik den Ausschluss von Suess aus der Akademie in der Gesamtsitzung mitteilte.¹³⁰

125 Vgl. MADER, Die personelle Struktur, 2020, 386. Die Kommission hieß seit ihrer Gründung 1878 Kommission zur Förderung von prähistorischen Forschungen und Ausgrabungen auf österreichischem Gebiete.

126 Vgl. AÖAW, Protokoll der Sitzung der phil.-hist. Klasse v. 16.2.1944 (B 2675). Bemerkenswerterweise wird die Balkan-Kommission bereits im Almanach für das Jahr 1943, erschienen im selben Jahr, als Südost-Kommission bezeichnet, vgl. Spezialkommissionen, in: Alm. 93 (1943), 89; inoffiziell wurde sie ab 1941 so genannt. Ob die offizielle Umbenennung noch 1943 oder zu Jahresbeginn 1944 erfolgte, ist aufgrund der nicht erhaltenen Kommissionsakten nicht genau bestimmbar.

127 Vgl. AÖAW, Protokoll der Sitzung der math.-nat. Klasse v. 19.2.1942 (B 2647); AÖAW, Protokoll der Sitzung der phil.-hist. Klasse v. 4.3.1942 (C 2646); siehe unten, 104.

128 Vgl. GINGRICH, Viktor Christian, 2021, 373f.; ders., Völkerkundliche Geheim-Expertise, 2021.

129 Vgl. Spezialkommissionen, in: Alm. 90 (1940), 81. Eine Wahl von Christian in die Prähistorische Kommission ist nicht nachweisbar.

130 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 9.2.1940 (A 950); Franz Eduard Suess, Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der ÖAW, 2015, <https://www.oew.ac.at/>

Die Nazifizierung neu eingesetzter bzw. umbenannter Kommissionen zeigte sich nicht nur in ihrer Zusammensetzung, sondern auch in der aktiven Anpassung ihrer Tätigkeitsbereiche an ideologische Ziele. Zugeständnisse an die neuen Machthaber wurden nicht nur aus politischer Überzeugung und als Beweis der Linientreue gemacht, sondern dienten auch als Legitimation eines erhöhten Finanzierungsbedarfs, vor allem für die Publikationen im Bereich der Volkstums- und Rasseforschung sowie der Balkan- und Orientforschung. 1938 ersuchte Oswald Menghin die math.-nat. Klasse um eine höhere Förderung der Prähistorischen Kommission mit dem Argument, dass „der Urgeschichtsforschung [...] im nationalsozialistischen Staate besondere Beachtung geschenkt“ werde, da „ihre Ergebnisse für Rassen- und Volkstumsfragen von besonderer Wichtigkeit sind“. ¹³¹ 1939 stellte er in Aussicht, bei ausreichender Finanzierung, „auf die urgeschichtliche Forschung der Donau- und Balkanländer befruchtend einzuwirken“. ¹³² 1944 fasste Srbik in einem Positionspapier über „Stand, Aufgaben und Bedeutung der Akademie der Wissenschaften“ für NS-Zentralstellen in Berlin zusammen, wie die Akademie „Wissenschaft im Dienst des deutschen Volkes“ betrieb. ¹³³ Als erwähnenswert betrachtete er die Tätigkeit folgender Kommissionen: der Kommission zur Herausgabe von Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre; der Pösch-Kommission, die seit Langem daran arbeite, die „rassischen“ Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung des europäischen Russland „in der Bolschewistenherrschaft“ festzustellen und zu publizieren; der Balkan- bzw. Südostkommission, die in Südosteuropa „wirkungsvolle Propaganda“ geleistet habe; aber auch der Ägyptischen Kommission, die den deutschen Akademien in der Welt durch die Publikation von Ausgrabungstätigkeiten Ruhm und Aufmerksamkeit verschafft habe. ¹³⁴

Die archäologischen Arbeiten von oM Hermann Junker (1877-1962, ab 1933 Parteimitglied, Abb. 16) in Ägypten waren 1939 eingestellt worden, da nicht zuletzt der Kriegsausbruch weitere deutsche Grabungsaktivitäten in Ägypten vereitelt hatte. ¹³⁵ Junker kehrte nach der Verlegung der Zweigstelle Kairo des Deutschen Archäologischen Instituts nach Berlin 1943 dauerhaft nach Wien zurück. ¹³⁶ Hier machte er die Ägyptische Kommission zu einer

gedenkbuch/personen/q-z/franz-suess (abgerufen am 23.9.2021).

131 AÖAW, Prähistorische Kommission, K. 2, M. B58, Nr. 365/1938. Abgebildet bei MADER, Die personelle Struktur, 2020, 387.

132 AÖAW, Prähistorische Kommission, K. 2, M. B59, Nr. 261/1939; vgl. MADER, Die personelle Struktur, 2020, 388.

133 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 145/1944, Stand, Aufgaben, und Bedeutung der Akademie der Wissenschaften in Wien [verf. v. Heinrich Srbik, exp. an Kurt Knoll, 6.10.1944].

134 Ebd.

135 Vgl. BUDKA/JURMAN, Archäologische Aktivitäten, 2020, 370.

136 Zu Junkers Wirken in den antisemitischen und deutschnationalen Akademikerzirkeln Wiens, seiner NSDAP-Parteimitgliedschaft und seiner glimpflich verlaufenen Entnazifizierung vgl. BUDKA/JURMAN, Hermann Junker, 2013; dies., Ägyptologische Forschung



16. Hermann
Junker, Ägyptolo-
ge, 1919 wM

der fünf höchstdotierten Akademiekommissionen der Jahre 1941 bis 1943 und nutzte diese Finanzierung für die Aufarbeitung seiner zwischen 1912 und 1929 durchgeführten Grabungen auf dem Friedhof von Gizeh/Giza und deren Veröffentlichung in vier Bänden (1940-1944).¹³⁷

In Fällen, in denen das REM Anregungen für neue Unternehmungen gab und auch eine entsprechende Finanzierung in Aussicht stellte, erklärte sich die Akademie schnell bereit, solche Forschungsvorhaben umzusetzen. Im Jänner 1944 griff sie den Berliner Vorschlag zur Errichtung einer Zentralstelle für Schubert-Forschung an der Akademie der Wissenschaften in Wien auf und setzte eine vorbereitende Kommission unter dem Sekretär der phil.-hist. Klasse, Dietrich Kralik-Meyerswalden (1884-1959, Abb. 17), ein.¹³⁸ Die operative Leitung der Zentralstelle sollte Erich Schenk (1902-1974,

Abb. 18), dem Direktor des Musikwissenschaftlichen Instituts der Universität Wien, übertragen werden. Schenk – ein überzeugter Nationalsozialist, aber nicht Parteimitglied – hatte 1941 federführend an der Arisierung der wertvollen Bibliothek seines weltweit bekannten jüdischen Lehrers Guido Adler (1855-1941),¹³⁹ des Nestors der historischen Musikforschung in Wien, mitgewirkt.¹⁴⁰ Als Mitarbeiter der Zentralstelle für Schubert-Forschung waren der Ideengeber, der Leipziger Schubert-Biograf Heinrich Werlé, der Nationalsozialist war, für das Werkverzeichnis und Schenks Assistent Leopold Novak für die Betreuung einer neuen Gesamtausgabe von Schuberts Werken vorgesehen. Am 21. Juni 1944 setzte die phil.-hist. Klasse auf Vorschlag Srbiks eine Kommission für Musikforschung ein, die, wie es im Protokoll heißt, nur noch „gegebenenfalls eine ‚Arbeitsstelle für Schubertforschung‘ einrichten wird“.¹⁴¹ Von der Einrichtung einer Zentralstelle für Schubert-Forschung in Wien war nicht mehr die Rede. Was die Anregung des REM aber bewirkt hatte, war, dass Schenk auf dessen Zuruf hin zum Akademiemitglied gewählt wurde, war es für seine Leitungsfunktion „doch wohl [...] Voraussetzung, daß er als ordentliches – oder korrespondierendes – Mitglied der Akademie gewählt würde“.¹⁴² Schenk wurde noch im Mai 1944 zum kM I und 1946 zum wM gewählt. Er leitete die Kommission für Musikfor-

zwischen Christentum und Nationalsozialismus. Eine Spurensuche zum politischen, sozialen und religiösen Umfeld Hermann Junkers, 2017.

137 MEISTER, *Geschichte*, 1947, 321. Junker veröffentlichte die Ergebnisse seiner Grabungstätigkeit in Gizeh/Giza in insgesamt zwölf Bänden; vgl. JUNKER, *Giza*, 1929-1955.

138 AÖAW, *Allg. Akten*, Nr. 13/1944, Herman-Walther Frey an Heinrich Srbik, 18.12.1943.

139 Vgl. BOISITS, *Guido Adler*, 2002

140 Vgl. SAKABE, *Die Bibliothek*, 2007.

141 AÖAW, *Protokoll der Sitzung der phil.-hist. Klasse v. 21.6.1944* (C 2682).

142 AÖAW, *Allg. Akten*, Nr. 13/1944, Herman-Walther Frey an Heinrich Srbik, 1.5.1944.



17. Dietrich Kralik-Meyerswalden, Altgermanist, wM 1935



18. Erich Schenk, Musikwissenschaftler, 1944 kM

schung bis zu seinem Tod 1974, ohne dem bei der Gründung der Kommission vorgesehenen Schwerpunkt einer neuen Forschungsstelle, der Schubert-Forschung, besondere Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Das erste vollständige Verzeichnis von Schuberts Werken legte ironischerweise ein vom Nationalsozialismus Verfolgter vor, der nach England emigriert war: Otto Erich Deutsch (1883-1967). Im Jahr seiner Rückkehr 1951 veröffentlichte er das weltweit bekannte Deutsch-Verzeichnis.¹⁴³ Er war Ehrenpräsident der Internationalen Schubert-Gesellschaft, die 1965 die Arbeit an der Neuen Schubert-Ausgabe in Tübingen und Wien aufnahm. Dem Herausgeberkomitee dieses Unternehmens trat die ÖAW im Jahr 1978, vier Jahre nach Schenks Tod, als Subventionsgeber bei.¹⁴⁴

Insgesamt wurden in der NS-Zeit nur zwei Akademiekommissionen, die sich wissenschaftlichen Publikationsvorhaben widmeten, gänzlich neu eingerichtet: die Kommission zur Herausgabe von Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre sowie die Kommission für Musikforschung; andere Kommissionen wurden in der NS-Zeit umbenannt. In praktisch alle Kommissionen wurden NSDAP-Angehörige gewählt, in vielen stellten sie die Mehrheit der Mitglieder, in vielen auch den Obmann. In manchen Fällen eröffnete das Freiwerden von Kommissionsmitgliedern durch den Ausschluss von Mitgliedern jüdischer Herkunft eine Möglichkeit für die Nazifizierung der Kommissionen.

143 Vgl. DEUTSCH, Thematic Catalogue, 1951.

144 Vgl. Neue Schubert-Ausgabe 1965, Geschichte, 2021, <https://schubert-ausgabe.de/projekt/geschichte/> (abgerufen am 15.7.2021).

12.2.8 Nazifizierung der Stiftungen und Preise

Die Akademie hatte seit 1922 satzungsgemäß „über ihre sonstigen Geldmittel aus Stiftungen und Widmungen jährlich einen Rechnungsabschluss“ gelegt,¹⁴⁵ war aber darüber niemandem rechenschaftspflichtig. Mit dem „Anschluss“ änderte sich dieser Zustand abrupt: Durch eine Anordnung des Stillhaltekommissars für Organisationen und Verbände vom 22. März sowie vom 30. April 1938 war auch die Akademie verpflichtet, eine bilanzmäßige Vermögensaufstellung (einschließlich der Anlage und der Höhe der Vermögenswerte und unter Angabe des Stiftungszweckes) dem Amt des Reichstatthalters in Österreich bekannt zu geben.¹⁴⁶ Auf Anordnung des REM vom 14. Juni 1938 wurde „Pg. [Parteigenosse] Heinrich Srbik“ zum 23. Juni 1938 zum Unterbevollmächtigten und damit Verantwortlichen für die von der Akademie verwalteten Stiftungen und Fonds ernannt.¹⁴⁷ Die Stiftungskonten wurden gesperrt, sodass ohne vorherige Zustimmung des Stillhaltekommissars monatlich nicht mehr als 1.000 RM abgehoben werden konnten.¹⁴⁸

Um die rechtsfähigen, von der Akademie verwalteten Fonds und Stiftungen wieder „freizustellen“, verlangte der Stillhaltekommissar die Abgabe einer sogenannten Aufbauumlage, einer Form der einmaligen Steuerabfuhr zum Zweck des Aufbaus der NSDAP in der „Ostmark“. Über das Akademievermögen voll informiert, verfügte der Stillhaltekommissar im August 1939, dass die Akademie eine Aufbauumlage von 18.000 RM abzuführen habe. Srbik konnte über die Kreisleitung I der NSDAP im Gau Wien eine Herabsetzung dieser Steuer auf 5.000 RM erreichen,¹⁴⁹ eine Summe, die von der Akademie unverzüglich einbezahlt wurde.¹⁵⁰

Der Stillhaltekommissar hatte bezüglich der Preisstiftungen der Akademie im Juni 1939 verfügt, dass diese als Rechtsperson bestehen bleiben konnten, die Akademie aber Änderungen in den Statuten und Umbenennungen der Stiftungen vornehmen musste.¹⁵¹ Dies betraf auch eine ihrer be-

145 So in § 14 der Satzung v. 14.2.1922 und wortgleich auch in § 15 der Vorläufigen Satzung v. 22.7.1938. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Akademiebuchhaltung die ihr anvertrauten Stiftungsgelder stets genau verzeichnet hat, mit der Kodifizierung in der Satzung von 1922 also bestehende Verhältnisse beschrieben wurden; vgl. den Bestand „Buchhaltung“ im AÖAW.

146 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 221/1938, Anordnung zur Sicherung der Vermögenswerte der Organisationen, Vereine und Verbände und zur Wahrung der Rechte ihrer Mitglieder, 22.3.1938; Anordnung zur Sicherung der Stiftungen und selbständigen Fonds, 30.4.1938; AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 27.10.1939 (A 948).

147 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 278/1938, Adolf Bucher an Heinrich Srbik, 23.6.1938.

148 Vgl. ebd.

149 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 221/1938, Kreisleiter Hans Berner an Heinrich Srbik, 21.8.1939; Gedächtnisprotokoll Viktor Junk, 21.8.1939.

150 Die Aufbauumlage wurde den Erträgen folgender rechtsfähiger Stiftungen entnommen: der Figdor-Stiftung (4.031,03 RM, von 5.500 RM Zinsen), der Hansgirg-Stiftung (43,90 RM), der Kuschenitz-Stiftung (734,97 RM) und der Sederl-Stiftung (93,22 RM). AÖAW, Buchhaltung-Rechnungsabschlüsse, B 14.1 (Jahresabschluss für das Jahr 1939, d. h. April 1939 bis März 1940), 50, 57, 60 u. 69.

151 Das volle Ausmaß dieser aufgezwungenen Änderungen wurde erst 1946 nach der Neufassung der Statuten deutlich; siehe Kapitel 17, 281f.

kanntesten Stiftungen, die Grillparzer-Preisstiftung. 1939 änderte die Akademie den Stiftbrief gemäß einer vom Stillhaltekommissar erteilten Weisung. So musste u. a. ein Vertreter der Reichsschrifttumskammer, nämlich ihr Leiter in Wien, Hans Strobl, in das 1939 neu konstituierte Preisgericht, das oM Josef Nadler (1884-1963, Abb. 19) als Obmann und Vertreter der Akademie leitete, kooptiert werden. Trotz dieser Zusammensetzung führte die einzige in der NS-Zeit durchgeführte Zuerkennung dieses Preises zu einem politischen Eklat (siehe Fakten-Box: Die Verleihung des Grillparzer-Preises führt zu einem politischen Eklat).



19. Josef Nadler, Germanist, 1934 wM, Aufnahme 1925

Die Matthäus und Rudolf Much-Preisstiftung¹⁵² war unter den in der NS-Zeit neu eingerichteten Stiftungen die wohl am stärksten an der NS-Ideologie orientierte. Namensgeber waren - so der Stiftbrief - zwei „um die Urgeschichtsforschung in der Ostmark hochverdiente Männer, die zugleich ein Vorbild nationaler Pflichterfüllung waren“.¹⁵³ Die Stiftung wurde per Erlass des Reichsstatthalters in Wien vom 7. Juni 1941 genehmigt. Stiftungszweck war die „Hebung der urgeschichtlichen Forschung in den Ostalpenländern“ durch Preisverleihungen für publizierte Arbeiten. Im Unterschied zu den anderen Akademiestiftungen saßen im Verwaltungskuratorium der Much-Preisstiftung nicht vornehmlich Mitglieder der Akademie, sondern auch jeweils ein Vertreter der Wiener Prähistorischen Gesellschaft sowie des Instituts für Denkmalpflege in Wien, weiters jeweils ein Vertreter von Institutionen des „Altreichs“, nämlich der Römisch-Germanischen Kommission des Archäologischen Instituts des Deutschen Reichs in Frankfurt am Main und der Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“. Den Vorsitz führte der Vertreter der Wiener Akademie. Im Dezember 1941 wurde Oswald Menghin von der Gesamtsitzung in diese Funktion gewählt.¹⁵⁴ Die Much-Preisstiftung förderte Vorgeschichtsforschung mit der ideologischen Prämisse, die Überlegenheit der „germanischen Rasse“ zu beweisen. Der Matthäus und Rudolf Much-Preis wurde in der NS-Zeit dreimal vergeben (1942, 1943 und 1944). Die Preisträger waren zum Teil bereits von der Prähistorischen Kommission subventioniert worden.¹⁵⁵ Bezeichnenderweise legte die Prähistorische Kommission ab 1942 einen Schwerpunkt auf die „Vorgeschichte der Ostmark betreffende Forschungen“.¹⁵⁶

152 Vgl. hierzu ZAVADIL, Stiftung, 2020, bes. 400-404.

153 Stiftungen, Vermächtnisse und Schenkungen, in: Alm. 91 (1941), 142.

154 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 19.12.1941 (A 967).

155 Vgl. hierzu ZAVADIL, Stiftung, 2020, 403f.

156 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 92 (1942), 177.

Die Verleihung des Grillparzer-Preises 1941 führt zu einem politischen Eklat

Der Grillparzer-Preis war der älteste Literaturpreis Österreichs und zugleich der öffentlichkeitswirksamste Preis, den die Akademie verlieh. Die Grillparzer-Preisstiftung war 1871 anlässlich des 80. Geburtstags des Dichters mit dem Zweck der „Hebung der deutschen dramatischen Production“ eingerichtet worden.¹⁵⁷ Damit sollte „das Andenken des größten Dichters des alten Österreichs, der selbst zu den ordentlichen Mitgliedern der Akademie aus ihrer Gründungszeit gehört hatte, lebendig“ erhalten werden.¹⁵⁸ Die Akademie hatte den Grillparzer-Preis seit 1875 jedes dritte Jahr zu Franz Grillparzers Geburtstag am 15. Jänner für „das relativ beste deutsche dramatische Werk“ verliehen, das auf einer angesehenen deutschsprachigen Bühne zur Aufführung gelangt war.¹⁵⁹ Unter den Preisträgern befanden sich vor 1938 so namhafte Dramatiker wie Ludwig Anzengruber, Gerhart Hauptmann, Arthur Schnitzler. Nach 1945 wurden u. a. Fritz Hochwälder (1956), Friedrich Dürrenmatt (1968) und Thomas Bernhard ausgezeichnet, dem der Preis 1971 verliehen wurde; danach wurde der Preis nicht mehr vergeben.

1941 stand wieder eine Verleihung des Grillparzer-Preises an – in diesem Jahr in besonders feierlichen Rahmen, denn anlässlich des 150. Geburtstags des Dichters wurde in Wien eine Grillparzer-Woche veranstaltet. Diese einzige Grillparzer-Preisverleihung in der NS-Zeit sollte in einen veritablen Konflikt mit dem Reichspropagandaminister münden. Im Dezember 1940 hatte das Preisgericht den Grillparzer-Preis 1941 dem Dramatiker Max Mell (Abb. 20) zuerkannt.¹⁶⁰ In der Akademie-Gesamtsitzung am 20. Dezember desselben Jahres berichtete oM Josef Nadler, dass der Name des Grillparzer-Preisträgers am 15. Jänner 1941 im Rahmen einer Festsitzung der Akademie vom Präsidenten verkündet werde.¹⁶¹ Die feierliche Preisverleihung sollte im Rahmen der Grillparzer-Festwoche (Abb. 21), die unter dem Ehrenschutz von Joseph Goebbels stand, stattfinden. Die Festsitzung der Akademie wurde zwar abgehalten, aber nicht in der geplanten Form.¹⁶² Denn

157 [Grillparzer-]Stiftbrief, in: Alm. 25 (1875), 104. Dem leitenden Ausschuss des Frauenfestkomitees gehörten Christine Hebbel, Iduna Laube, Mathilde Lippich, Gabriele v. Neuwall, Sophie v. Todesco, Josephine v. Wertheimstein und Gräfin Wilhelmine Wickenburg-Almasy an; vgl. MEISTER, Geschichte, 1947, 105.

158 Stiftungen, in: Alm. 89 (1939), 159.

159 [Grillparzer-]Stiftbrief, in: Alm. 25 (1875), 104.

160 Das Preisgericht bestand aus oM Josef Nadler (Obmann) und oM Dietrich Kralik-Meyrswalden als Vertretern der Akademie, Hans Strobl als Vertreter der Reichsschrifttumskammer, Lothar Müthel, dem Direktor des Burgtheaters, und dem – laut neuer Satzung des Preises – von der Akademie nominierten Schriftsteller Josef Wenter.

161 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 20.12.1940 (A 958).

162 Jede Gesamtsitzung der Akademie wird seit 1847 protokolliert und mit einer laufenden Nummer versehen. Die Sitzung vom 15. Jänner 1941 ist vermutlich die einzige Gesamtsit-

Heinrich Srbik hatte kurz zuvor erfahren, dass Max Mell in Berlin in Ungnade gefallen war. Der Reichspropagandaminister hatte zwei von Mells Dramen „wegen ihres christlichen Gehalts“¹⁶³ von den Berliner Bühnen absetzen lassen. Über die weiteren Vorgänge gibt das Rechtfertigungsschreiben Srbiks an Goebbels vom 30. Mai 1941 Aufschluss. Goebbels hatte nach der Bekanntgabe des Preisträgers in einem Telegramm an Srbik protestiert, und Srbik sah sich nun veranlasst, sich vor dem Reichspropagandaminister zu rechtfertigen. Er, Srbik, habe sich „in der peinlichen Lage“ befunden, die von der Gauverwaltung genehmigte Satzung zu verletzen oder den Anschauungen des Reichspropagandaministers nicht Folge zu leisten. „Diese Festsitzung [am 15. Jänner 1941] hat stattgefunden, ich habe aber, da ich von Ihren Einwänden, verehrter Herr Reichsminister, Mitteilung erhielt, [die] damals bereits intern erfolgte Verleihung an Max Mell nicht verlautbart, sondern nur erklärt, dass der Grillparzer-Preis der Akademie noch im Grillparzer-Festjahr werde verkündet werden.“¹⁶⁴



20. Max Mell,
Träger des Grillparzer-Preises 1941

Angesichts des zu erwartenden Ungemachs hatte sich Srbik zu einer ungewöhnlichen Vorgangsweise entschlossen: Der Preis wurde in einer eigens einberufenen „geschlossenen ausserordentlichen Gesamtsitzung“ am 16. Mai 1941 überreicht: „Die Oeffentlichkeit wurde von diesem Vorgang nicht verständigt.“¹⁶⁵ Allerdings sah das Statut des Preises die Veröffentlichung des Preisträgers vor. Diese sollte nun in der Feierlichen Sitzung der Akademie am 28. Mai 1941 möglichst unauffällig erfolgen, wie Srbik dem Reichspropagandaminister zu erklären versuchte: „Ich musste [das Wort ist im Original unterstrichen] auch die bereits erfolgte Verleihung des ‚Grillparzer-Preises‘ an Mell endlich in irgendeiner Form der Oeffentlichkeit bekanntgeben; ich konnte nicht von einem ‚Dichterpreis‘

zung der Akademie, die weder protokolliert wurde noch eine laufende Nummer erhielt. Der Hinweis darauf, dass sie stattgefunden hat, ergibt sich aus dem Manuskript der von Srbik vorbereiteten Rede für die „Verkündigung des Grillparzer-Preises der Akademie der Wissenschaften am 15. Jänner 1941“, die der Präsident schließlich bei der Preisverleihung in der geschlossenen außerordentlichen Gesamtsitzung am 16. Mai 1941 hielt. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 16.5.1941 (A 961).

163 SRBIK, Erinnerungen, 2008, 159.

164 AÖAW, Grillparzer-Preis, K. 1, M. 4, Nr. 380/1940, Heinrich Srbik an Joseph Goebbels, 30.5.1941.

165 Vgl. AÖAW, Protokoll der außerordentlichen Gesamtsitzung v. 16.5.1941 (A 961).

21. Reichsstatthalter Baldur von Schirach bei seiner Eröffnungsansprache zum Auftakt der Grillparzer-Woche der Stadt Wien im Großen Festsaal des Wiener Rathauses, 16. Jänner 1941



schlechthin sprechen, sondern musste die satzungsgemässe Bezeichnung wählen. [...] [I]ch glaubte durch die wenigen Worte, mit denen ich die Verkündigung vornahm, den Schwierigkeiten zu begegnen.“

Als weitere Vorsichtsmaßnahme hatte die Akademie den gefeierten NS-Schriftsteller Ernst Guido Kolbenheyer zum Ehrenmitglied der Gesamtakademie gewählt. Der Antrag dafür erfolgte unmittelbar im Anschluss an die unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführte Preisverleihung an Mell.¹⁶⁶ Srbik hegte die Hoffnung, „durch eine sehr ausführliche Würdigung [des neuen Ehrenmitglieds] [...] ein starkes Gegengewicht zu schaffen, dass die Preisverleihung an Mell an Bedeutung übertreffe“.¹⁶⁷ Tatsächlich hatte Srbik in seiner Ansprache bei der Eröffnung der Feierlichen Sitzung der Akademie am 28. Mai 1941 Kolbenheyer ausführlich mit Lorbeeren bedacht, den Preisträger hingegen mit dem lapidaren Satz abgefertigt: „Sie [die Akademie] hat den Grillparzer-Preis, den zu verleihen sie stiftungsmäßig befugt ist, dem heimischen Dichter Dr. Max Mell verliehen, in dem sie einen besonders würdigen Nachfolger des Unsterblichen [Grillparzer] sieht.“¹⁶⁸

Allerdings machte die Presseberichterstattung Srbik einen Strich durch die Rechnung. Selbst die Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* berichtete ausführlich über den Grillparzer-Preisträger des Jubiläumsjahres 1941. Die öffentliche Aufmerksamkeit war der Anlass für das eingangs erwähnte Protesttele-

166 Den Antrag auf Kolbenheyers Wahl zum Akademieehrenmitglied stellte oM Richard Meister in der Gesamtsitzung vom 16.5.1941, die im Anschluss an die Übergabe des Grillparzer-Preises an Max Mell stattfand; vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 16.5.1941 (A 962). Kolbenheyer hielt auf Einladung der Akademie den Festvortrag bei der Feierlichen Sitzung 1942 mit dem Titel „Die volksbiologische Funktion des Geisteslebens und der Geisteserziehung“, in: Alm. 92 (1942), 322-348.

167 AÖAW, Grillparzer-Preis, K. 1, M. 4, Nr. 380/1940, Heinrich Srbik an Joseph Goebbels, 30.5.1941.

168 Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 91 (1941), 167f.

gramm von Goebbels und für Srbiks unterwürfige Entschuldigung für diesen Affront. Er habe, so versicherte er Goebbels, mit der satzungsgemäßen Bekanntgabe des Preisträgers nicht „den geringsten Anschein einer oppositionellen Haltung, die in keiner Weise gegeben war“, erwecken wollen, und ihm sei „jede Absicht einer Demonstration ganz und gar ferne gelegen“.¹⁶⁹

Der Reichspropagandaminister nahm in einem ebenfalls persönlichen Schreiben an Srbik die Entschuldigung mit der Bemerkung an, dass „die Angelegenheit [...] damit für mich ihre ausreichende Erklärung und Erledigung gefunden“ habe.¹⁷⁰ In seinen *Erinnerungen* stellte Srbik 1945 den Vorfall anders dar: Er habe 1941 auf dem Beschluss der Akademie beharrt, seinen Willen durchgesetzt und den Preis verliehen.¹⁷¹ Auch Richard Meister gab in seiner Akademiegeschichte von 1947 an, die Akademie sei, „trotz des Einspruches des Propagandaministeriums, bei der getroffenen Entscheidung verblieben“ und habe gewissermaßen dem NS-Regime Widerstand geleistet.¹⁷²

Als 1947 die erste Verleihung in der wiederbegründeten Republik Österreich auf dem Programm stand, war es wegen der Entwertung des für den Preis bestimmten Stiftungskapitals notwendig, anderweitig Mittel aufzubringen, u. a. durch eine von Richard Meister konzipierte Vortragsreihe im Auditorium maximum der Universität Wien.¹⁷³ Letzter Preisträger war Thomas Bernhard (1971).¹⁷⁴ Bernhard hat der feierlichen Überreichung durch Wissenschaftsministerin Firnberg und Präsident Hunger im Festsaal der Akademie in seiner Schrift *Meine Preise* ein wenig schmeichelhaftes Zeugnis ausgestellt.¹⁷⁵ Danach wurde der Preis mit der Begründung, das Stiftungskapital sei erschöpft, seitens der Akademie eingestellt, die Stiftung 1975 aufgelöst.¹⁷⁶ Anlässlich des 200. Geburtstags von Grillparzer wurde öffentlich Kritik an der Abschaffung des renommierten österreichischen Literaturpreises laut.¹⁷⁷ Mit den Mitteln einer deutschen Stiftung wurde ein neuer Grillparzer-Preis begründet, der jährlich von der Universität Wien verliehen werden sollte, er wurde jedoch nur dreimal – an Peter Handke (1991), Hans Lebert (1992) und Albert Drach (1993) – vergeben.¹⁷⁸

Johannes Feichtinger und Heidemarie Uhl

169 AÖAW, Grillparzer-Preis, K. 1, M. 4, Nr. 380/1940, Heinrich Srbik an Joseph Goebbels, 30.5.1941.

170 AÖAW, Grillparzer-Preis, K. 1, M. 4, Nr. 380/1940, Joseph Goebbels an Heinrich Srbik, 7.6.1941.

171 Vgl. SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 159.

172 MEISTER, *Geschichte*, 1947, 182.

173 Vgl. ebd., 196. Vortragende waren die wirklichen Mitglieder Eduard Castle, Richard Meister und Erich Schenk. Die Grillparzer-Preisstiftung erhielt den Reinerlös von 1.000 öS, die Journalisten- und Schriftstellervereinigung Concordia steuerte weitere 2.000 öS bei.

174 Vgl. KRESTAN, *Dokumentation*, 1972, 171.

175 BERNHARD, *Grillparzerpreis*, 2009. Verfasst wurde der Text im Jahr 1980; vgl. FELLINGER, *Notiz*, 2009.

176 Vgl. Sigrid LÖFFLER: Ein Preis und sein Gerücht, in: *Profil* 3 (1991), 74f.

177 Vgl. Christian MICHELIDES: Das gestohlene Vermächtnis, in: *Falter* 32 (1990), 12.

178 Vgl. STRALLHOFER-MITTEBAUER, *NS-Literaturpreise*, 1994, 50.

12.2.9 Srbik scheitert in der Satzungsfrage. Die Satzung bleibt provisorisch

Die Akademie der Wissenschaften in Wien, die seit Juli 1938 eine vorläufige NS-Satzung besaß, versuchte 1940, Anpassungen ihrer Satzung durchzusetzen. Anlass dafür waren die durch das Ostmarkgesetz 1939 in Kraft getretenen Änderungen in der Verwaltungsstruktur des ehemaligen „Landes Österreich“. Die Änderungswünsche, die Srbik ab 1940 dem REM unterbreitete, führten dazu, dass die 1938 bereits genehmigte Wiener Satzung in Berlin erneut aufgeschnürt wurde. Zwischen 1940 und 1942 wurden, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der temporären Umwandlung der Organisationsform der Akademie von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts in eine Dienststelle des Reichs (1941), mehrere Anpassungen ausgehandelt. Die langwierigen Satzungsverhandlungen zeigen auf, worauf Wien und worauf Berlin jeweils Wert legten und wie die Änderungswünsche der Akademie der Wissenschaften in Wien in die Mühlen der Berliner Zentralbürokratie gerieten. Die weitgehend ausverhandelte neue Wiener NS-Satzung trat niemals in Kraft.

In der Gesamtsitzung vom 8. März 1940 machte Präsident Srbik „Mitteilung von einigen kleineren [durchgestrichen im Original] Aenderungen, die in der Satzung der Akademie notwendig geworden sind“.¹⁷⁹ In dem Schreiben der Akademie an das REM vom 23. Februar 1940 hatte er - unter Bezugnahme auf einen Erlass vom 2. Oktober 1939¹⁸⁰ - „um die Genehmigung dieser, das Wesentliche der bereits genehmigten Satzung nicht berührenden Abänderungen“ ersucht. Konkret ging es Srbik darum, die infolge des Ostmarkgesetzes veränderten Zuständigkeiten der NS-Behörden in die Akademiesatzung aufzunehmen. Statt von „den Reichs- und Landesbehörden“ sollte nun von „den Reichs- und Gaubehörden“ (§ 1) die Rede sein, und auch die Berechtigung zur Führung des Reichssiegels (Abb. 22)¹⁸¹ und die unmittelbare Unterstellung unter das REM sollten gemäß dem Entwurf gleich eingangs in § 2 festgehalten werden.¹⁸² „In § 6 gab die Ausmerzung des Namens Oesterreich Anlass“, im Folgenden den Begriff „Österreich“ zu streichen und durch „die südöstlichen Reichsgaue“ zu ersetzen.¹⁸³ Weitere Änderungsvorschläge bezogen sich auf Anpassungen des Führerprinzips und auf eine für die Akademie günstigere Form der Finanzierung durch das Reich.

179 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 8.3.1940 (A 951).

180 Dieses Schreiben des REM an Heinrich Srbik (interne Aktenzahl 2307/39 Z II a; „d[urch] d[en] H[errn] Reichskommissar“ für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich Josef Bürckel, Konzept in BArch, R 4901/14039, fol. 93r) gelangte am 4. November 1939 an die Akademie. Inhaltlich ging es ausschließlich um die Genehmigung zur Führung des Reichssiegels gemäß RGBl. I 1937, S. 307-309.

181 Ebd.

182 BArch, R 4901/14039, fol. 142r, Heinrich Srbik an den REM, 23.2.1940. Die Führung des Reichssiegels war der Akademie im Oktober 1939 bewilligt worden, und die direkte Unterstellung unter den REM zum 1. Februar 1940 hatte die Akademie dankend zur Kenntnis genommen (vgl. ebd., fol. 99r, Heinrich Srbik an den REM, 9.2.1940).

183 BArch, R 4901/14039, fol. 143r, Heinrich Srbik an den REM, 23.2.1940.

Aus den Vorschlägen Srbiks für die Bestellung des Präsidiums geht hervor, dass er unter dem Deckmantel der durch das Ostmarkgesetz notwendig gewordenen Adaptionen versuchte, den Handlungsspielraum der Akademie zu erweitern. Der § 8 der Satzung (über die Rolle des Präsidenten, Vizepräsidenten, Generalsekretärs und der Sekretäre sowie deren Ernennung durch den REM) sah vor, dass die Mitglieder des Präsidiums „aus der Zahl der ordentlichen Mitglieder“ vom Reichserziehungsminister ernannt werden; „die Akademie kann geeignete Mitglieder vorschlagen“. Srbik schlug stattdessen vor, dass die Präsidiumsmitglieder „aus der Zahl der ordentlichen Mitglieder vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung auf Vorschlag der Akademie ernannt“ werden.¹⁸⁴ Mit dieser Formulierung wäre die Kannbestimmung aufgehoben und der Akademie ein Vorschlagsrecht für die Ernennung der Präsidiumsmitglieder durch den Minister eingeräumt worden.



22. Dienstsiegel der Akademie ab Oktober 1939

Der vom zuständigen Ministerialrat im REM, Herman-Walther Frey, überarbeitete Entwurf zeigt sogar die Bereitschaft zu einer für Wien vorteilhaften Änderung des § 8.¹⁸⁵ Freys Entwurf wurde vom REM bewilligt, und das entsprechende Schreiben an die Wiener Akademie war bereits aufgesetzt, als durch die von Srbik betriebene Änderung der Organisationsform der Akademie infolge ihrer Umwandlung in eine Reichsdienststelle das Reichsfinanzministerium (RFM) in die Satzungsverhandlungen einbezogen werden musste.¹⁸⁶ So wurde der Akt hinsichtlich der §§ 12, 13 und 15-17 an dieses weitergeleitet.¹⁸⁷ Da eine Antwort des RFM ausblieb – zumindest ist eine solche nicht aktenkundig –, verzögerte sich das Verfahren bis in den Sommer 1941. Am 18. Juli 1941 wurde Srbik schließlich ein Entwurf übermittelt, der in einer Vielzahl von Punkten und Formulierungen von Srbiks Eingabe vom Februar 1940 abwich.¹⁸⁸ An diesem Entwurf übte er in einer handschriftlichen Stellungnahme, verfasst während seiner Sommerfrische in Ehrwald in Tirol,¹⁸⁹ Kritik, die sich im Wesentlichen auf drei Punkte bezog:¹⁹⁰ 1) auf den in der Satzung fehlenden Passus „Die Akademie der Wissenschaft-

184 Ebd.

185 BArch, R 4901/14039, fol. 146, ad § 8, Überarbeitung der Satzung durch Frey.

186 Siehe unten, 62.

187 Vgl. BArch, R 4901/14039, fol. 148rv, Überarbeitung der Satzung durch Frey. Im REM selbst beanstandete im März 1941 Ministerialrat Gerhard Kasper die Satzungsüberarbeitung Freys in zumindest zwei widersprüchlichen Punkten und änderte sie in zahlreichen Details; vgl. BArch, R 4901/14039, fol. 153rv, Gerhard Kasper an den „Herrn Amtschef“, 19.3.1941.

188 BArch, R 4901/14039, fol. 149r-152r, genehmigter Satzungsentwurf, undat.

189 BArch, R 4901/14039, fol. 157rv, Heinrich Srbik an Herman-Walther Frey, 27.7.1941.

190 Weiters sollte – analog den anderen deutschen Akademien – auch die Wiener Akademie „Ersatzmitglieder“ für jene Mitglieder wählen, die bereits das 70. Lebensjahr überschritten hatten; hier fehlte Srbik eine Fachbindung.

ten in Wien untersteht unmittelbar dem Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“ (§ 2), worauf die Akademie „das große Gewicht“ legte. 2) Der § 9 (b) lautete im REM-Entwurf: „Die Vollversammlung und die Klassen beraten den Präsidenten. Die erforderlichen Entscheidungen trifft dieser selbst. Entsprechend entscheidet der Klassensekretär nach Beratung mit der Klasse in deren Angelegenheiten.“ Srbik bat darum, „diesem Passus für die Wiener Akademie eine andere Fassung zu geben“, da der Präsident jene Klasse leitete, der er angehörte, und der Vizepräsident, der der anderen Klasse angehörte, dessen Klasse. 3) Zu § 15 merkte Srbik an: „Die bisherige Fassung über Übertragung nicht vollständig verwendeter Geldmittel war für die Akademie günstiger, doch nehme ich an, dass die vorgenommene Änderung unvermeidbar ist.“¹⁹¹

Nach der Übermittlung seiner Stellungnahme an das REM suchte Srbik offenbar Kontakt mit anderen Akademiemitgliedern bzw. mit den Akademien in Berlin und Göttingen, deren entsprechende Satzungsparagrafen sich in wichtigen Punkten von dem Wiener Entwurf unterschieden. Jedenfalls schickte Srbik zwei Wochen später noch ein weiteres Schreiben an das REM,¹⁹² in dem er auf diese Unterschiede aufmerksam machte und auf bestehende Usancen und Traditionen der Wiener Akademie verwies, die sich „seit nahezu einem Jahrhundert“ bewährt hätten.¹⁹³ Srbiks Einwänden gegenüber dem REM gab die Gesamtakademie in der Oktobersitzung 1941 ihre Zustimmung.¹⁹⁴

Das REM (in Person des Ministerialrats Emil Breuer) überarbeitete den Satzungsentwurf erneut¹⁹⁵ und folgte dabei weitgehend den Wünschen Srbiks: Die unmittelbare Unterstellung unter den REM wurde wieder eingefügt. Aus dem „Klassensekretär“ in § 9 wurde ein „Klassenleiter“ gemacht, somit wurde den Wiener Verhältnissen Rechnung getragen.

Bezüglich der 1938 statutenmäßig festgelegten Übertragbarkeit von Überschüssen auf das nächste Haushaltsjahr war, wie bereits erwähnt, wegen der Änderung der Organisationsform der Akademie - sie war ab 1941 nicht mehr eine Körperschaft öffentlichen Rechts, sondern eine Reichsdienststelle - die Zustimmung des RFM notwendig geworden.¹⁹⁶ Das REM wandte sich am 23. Oktober 1941 erneut an das RFM;¹⁹⁷ dieses ordnete in seiner Antwort vom 27. März 1942 an, dass der seit 1938 gültige § 15(2) - „so bleibt der Überschuss zur Verfügung der Akademie und wird im nächsten Jahr verrechnet“ - ersatzlos zu streichen war. Nun ging der dahin gehend

191 BArch, R 4901/14039, fol. 157rv, Heinrich Srbik an Herman-Walther Frey, 27.7.1941.

192 Dieses Schreiben in BArch, R 4901/14039, fol. 158rv, Heinrich Srbik an Herman-Walther Frey, August 1941 (Eingang im REM am 13.8.1941).

193 BArch, R 4901/14039, fol. 157v, Heinrich Srbik an Herman-Walther Frey, 27.7.1941.

194 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 17.10.1941 (A 965).

195 BArch, R 4901/14039, fol. 160r-166r, Überarbeitung durch Emil Breuer, 27.8.1941.

196 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 2, REM an Heinrich Srbik, 13.1.1942; siehe unten, 62.

197 BArch, R 4901/14039, fol. 169rv, Überarbeitung durch Emil Breuer, 27.8.1941.

überarbeitete Satzungsentwurf am 1. Juli 1942 wieder an die Akademie in Wien.¹⁹⁸ Eine Einigung wurde nicht erzielt. Am 18. September 1942 vermerkte Frey: „W[ieder]vorl[age] nach 1 Jahr. Der Vorgang erscheint nicht kriegswichtig und z[ur] Z[eit] durch die Ereignisse gegenstandslos.“¹⁹⁹ Damit war die Frage der Satzungsänderung für die Wiener Akademie im Grunde genommen im Sand verlaufen. Dennoch lud Frey am folgenden Tag Srbik zu einer Besprechung „in der kommenden Woche“ nach Berlin ein,²⁰⁰ zu der dieser gemeinsam mit dem Aktuar Wilfrid Oberhummer (1900–1982) erschien. In der Besprechung am 6. Oktober 1942 ging es um den § 2: Obwohl zu diesem Zeitpunkt die Akademie als Reichsdienststelle unter die Reichshaushaltsordnung fiel, verlangte Srbik die Einfügung eines Satzungspassus, der diese als öffentlich-rechtliche Organisation erscheinen ließ, was er tatsächlich erreichte.²⁰¹ Srbik erhielt am 30. Oktober 1942 die Zustimmung der Gesamtakademie,²⁰² worüber er am 3. November 1942 das REM informierte.²⁰³ Erst nach einer Urgenz im Mai 1943 erhielt die Wiener Akademie einen vertröstenden „Zwischenbescheid“, wonach der Entwurf aufgrund der Haushaltsverhandlungen und des noch zu klärenden Status der Akademie als einer „eigenen Rechtspersönlichkeit“ und einer damit zusammenhängenden Änderung der entsprechenden Paragraphen in der Satzung noch nicht abschließend hätte genehmigt werden können.²⁰⁴ Im REM wurde im Dezember 1943 und im März 1944 jeweils vermerkt, dass der Akt nach Ablauf von drei Monaten erneut vorzulegen sei,²⁰⁵ wozu es nach dem 20. Juli 1944²⁰⁶ augenscheinlich nicht mehr gekommen ist.

198 Begleitschreiben des REM an Heinrich Srbik in BArch, R 4901/14039, fol. 192rv; der Satzungsentwurf ebd., fol. 193r–195v.

199 BArch, R 4901/13202, Notiz Herman-Walther Freys auf der Stellungnahme Otto von Rottenburg v. 3.8.1942.

200 BArch, R 4901/13202, Herman-Walther Frey an Heinrich Srbik, 19.9.1942.

201 BArch, R 4901/13202, Aktenvermerk über die Besprechung, 6.10.1942. Ein weiterer Termin für eine persönliche Unterredung, die zwischen Oberhummer (Akademie in Wien) und Rottenburg (REM) hätte stattfinden sollen und um den die Wiener Akademie gebeten hatte, wurde vom REM im Dezember 1943 als „derzeit nicht möglich“ abgelehnt; vgl. BArch, R 4901/14040, fol. 112r, Heinrich Srbik an Otto von Rottenburg, 1.12.1943. Die Otto von Rottenburg daraufhin schriftlich gestellten Fragen konnten „durch die Luftangriffe und die Umquartierung des Amtes Wissenschaft“ erst am 24. Jänner 1944 beantwortet werden, ebd., fol. 117rv, Otto von Rottenburg an Heinrich Srbik, 24.1.1944, hier fol. 117r.

202 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 30.10.1942 (A 973). Dass er die Zustimmung der Gesamtakademie einzuholen gedenke, hatte Srbik bereits in der Besprechung am 6. Oktober 1942 in Berlin erklärt, womit er das nationalsozialistische Führerprinzip durchaus ignorierte und auch den § 8 der Vorläufigen Satzung v. 22.7.1938 („An der Spitze der Akademie steht der Präsident der Akademie“) eher traditionell interpretierte.

203 BArch, R 4901/13202, Heinrich Srbik an den REM, 3.11.1942.

204 BArch, R 4901/13202, Konzept für den „Zwischenbescheid“ (REM an Heinrich Srbik), 24.5.1943. Srbik berichtete darüber der Gesamtakademie; vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 2.7.1943 (A 980).

205 Ebd.

206 Gemäß dem letztdatierten Stempelvermerk „Wiedervorgelegt 20. Juli 1944“ auf Herman-Walther Freys Aktenvermerk v. 17.6.1942 in BArch, BArch, R 4901/13202, Aktenvermerk v.

Srbik schreibt rückblickend in seinen *Erinnerungen*, dass es ihm „trotz allen Drängens“ in der Zeit seiner „Akademieführung“ nicht vergönnt war, „die Festlegung endgültiger Satzungen zu erreichen“. Als „Haupthindernis eines Definitivums“ nannte Srbik die Zwistigkeiten, die mit der von ihm selbst aufgeworfenen Frage verbunden waren, „ob die Akademie Reichsdienststelle werden oder Körperschaft öffentlichen Rechts bleiben solle“.²⁰⁷

12.2.10 Unbedachte Selbstentmachtung. Die Akademie wird eine Reichsdienststelle

Die 1940 erneut aufflammende Satzungsänderungsdebatte und der oben erwähnte Zugriff auf die Akademiestiftungen durch staatliche und parteiamtliche Stellen waren das Vorspiel; das Hauptstück, in dem der Kampf um größere Handlungsspielräume in Finanzierungsfragen im Vordergrund stand, folgte. Die zentrale Finanzierungsfrage war zugleich eine Frage der Organisationsform: Sollte die Akademie eine Körperschaft des öffentlichen Rechts bleiben oder zu einer Reichsdienststelle werden? Diese Frage stellte sich Srbik, wie aus seinen *Erinnerungen* hervorgeht, im Jahr 1940. Hier wird erstmals die bislang in der Forschung unbekannte Umwandlung der Akademie in eine Reichsdienststelle (1941-1943) auf der Grundlage umfassender Aktenstudien im Archiv der ÖAW und im Bundesarchiv Berlin - Korrespondenzen zwischen Akademie, REM, RFM, Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen, Dossiers und Erlässe - aufgearbeitet. Dadurch sollen die Hintergründe von Srbiks unbedachtem Experiment zur Verbesserung der Finanzlage der Akademie beleuchtet werden.

Die Organisationsform der Akademie als Körperschaft des öffentlichen Rechts hatte den Vorteil eines - seit 1847 üblichen - jährlich bewilligten Globalbudgets (nun ausbezahlt als sogenannter Reichszuschuss). Das entscheidende Momentum, das Srbik dazu bewog, die Umwandlung der Akademie in eine Reichsdienststelle zu betreiben, war offensichtlich die Kürzung des Reichszuschusses, die die Akademie im Oktober 1939 „im Rahmen der [kriegsbedingt] notwendigen Sparmaßnahmen“ hatte hinnehmen müssen. Sie belief sich auf ganze sieben Achtel der ursprünglich bewilligten Summe.²⁰⁸ Hätten aus dem verbleibenden monatlichen Zuschuss von 2.000 RM neben den anderen Erfordernissen auch noch die Personalkosten bestritten werden müssen, wäre das laut Srbik „praktisch einer vollkommene Stilllegung der wissenschaftlichen Tätigkeit der Akademie“ gleichgekommen.²⁰⁹ Letztlich konnte die radikale Kürzung des Reichszuschusses beträchtlich redu-

17.6.1942. Ein Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler vom selben Tag ist nicht erkennbar.

207 SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 159.

208 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 1, Friedrich Plattner [Ministerium für Inneres und kulturelle Angelegenheiten, Abt. IV] an Heinrich Srbik, 10.10.1939.

209 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 1, Heinrich Srbik, Denkschrift, 14.10.1939.

ziert werden.²¹⁰ Srbik zog daraus jedoch die Lehre, dass sich die Akademie als Körperschaft öffentlichen Rechts im NS-Staat auf finanzierungstechnisch unsicherem Terrain bewegte. Diese Unsicherheit sollte durch eine Umwandlung der Akademie in eine Reichsdienststelle behoben werden. Damit war nämlich eine Budgetzeile im Reichshaushaltsgesetz verbunden, durch die das RFM auf direktem Weg für die Kosten der Akademieangestellten aufkam. Während sich auch das REM von der neuen Organisationsform eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe erwartete, wies das RFM darauf hin, dass „eine solche [Brutto-]Etatisierung [...] nur für Anstalten ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Frage kommt“.²¹¹ In Wien wurde nicht bedacht, dass die Akademie nicht gleichzeitig die Vorteile einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und die einer Reichsdienststelle genießen konnte.²¹² Erst nach der Umwandlung realisierte Srbik, dass sich durch die freiwillige Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Organisationsform und die Unterstellung unter die Reichshaushaltsordnung 1) die Höhe der jährlichen Reichszuschüsse, die die Akademie aus Berlin erhielt, um die Höhe ihrer eigenen Einkünfte aus Druckschriftenverkauf und Stiftungen verminderte und 2) ein Übertrag nicht verbrauchter Sachkosten auf das nächste Budgetjahr nicht vorgesehen war.

Von den Konsequenzen dieses unbedachten Schritts zeugen nicht nur die Praxis der Akademiefinanzierung ab dem Haushaltsjahr 1941, sondern auch die Satzungsverhandlungen Srbiks mit dem REM: Bereits 1941 musste Srbik nämlich erkennen, dass „die bisherige Fassung über Übertragung nicht vollständig verwendeter Geldmittel [...] für die Akademie günstiger“ gewesen war. Er nahm zwar zur Kenntnis, „dass die vorgenommene Änderung unvermeidbar ist“,²¹³ war aber damit nicht zufriedengestellt. Was Srbik im Satzungsentwurf noch zugestanden wurde,²¹⁴ fand in der Finanzierungspraxis keinen Niederschlag. Der Haushaltsplan für 1941 zeigte Srbik, was es hieß, eine Reichsdienststelle zu führen.

1) 1940 hatte der Reichserziehungsminister bezüglich der Weiterverwendung nicht verbrauchter Sachmittel noch per Erlass verfügt, „dass die Akademie [als selbständige juristische Person ...] auch nach Abschluss des

210 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 1, Heinrich Srbik an Herman-Walther Frey [REM], 8.5.1940.

211 BArch, R 4901/13202, Schreiben des RFM an den REM v. 22.7.1942.

212 Vgl. BArch R 4901/13202, Srbiks Denkschrift v. 15.6.1942, in der er - im Sinne aller betroffenen Akademien in Bezug auf die Reichsakademie - ausführlich dahin gehend argumentiert, dass die Akademien (inkl. der Wiener) ihren Status als „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ behalten sollten.

213 Handschriftliche Stellungnahme Srbiks in BArch, R 4901/14039, fol. 157rv.

214 Vgl. BArch, R 4901/14039, fol. 164r, Überarbeitung durch Emil Breuer, 27.8.1941. Das REM wählte für den § 15(2) folgende Formulierung: „Die Akademie der Wissenschaften kann zur Durchführung ihrer wissenschaftlichen Unternehmungen, insbesondere größerer Veröffentlichungen, Verpflichtungen übernehmen zur Verausgabung von Beträgen, die bei den übertragbaren Ausgabebewilligungen der Haushaltstitel 33, 36 und 41 am Schlusse des Rechnungsjahres nicht verwendet sind. Der Reichsminister der Finanzen hat sich hiermit gemäß § 45d der Reichshaushaltsordnung einverstanden erklärt.“

Haushaltsjahres darüber verfügen“ durfte, ohne dass damit eine Verringerung des Reichszuschusses verbunden war.²¹⁵ Als Reichsdienststelle war die Akademie nun laut Reichshaushaltsordnung angehalten, die in diesem Jahr und in den Jahren davor „infolge der Kriegsverhältnisse“ nicht verwendete Gelder in Höhe von rund 60.000 RM an die Reichskassa abzuführen.²¹⁶

2) Das REM zog im Haushaltsplan für 1941 die voraussichtlichen Erträge der Stiftungen der Akademie von der beantragten staatlichen Subvention ab; die Begründung lautete: „Die Akademie kann als Reichsdienststelle kein eigenes Vermögen haben.“²¹⁷ Um diese unerwartete Einbuße zu verhindern, bemühte sich Srbik, darzulegen, dass einzelne rechtsfähige Stiftungen von der Akademie nur treuhänderisch verwaltet würden und deren Erlöse demnach nicht dem Akademiehaushalt zugerechnet werden dürften.²¹⁸ Das REM würdigte dieses Argument, verminderte aber letztlich dennoch den Akademievoranschlag des Jahres 1942 um die Erträge der Stiftungen.²¹⁹ Srbik hatte nicht bedacht, dass sich die Akademie mit der von ihr initiierten Umwandlung in eine Reichsdienststelle eigentumsrechtlich selbst schädigte.

3) Was die Aufnahme von Angestellten betraf, ergab sich in den langwierigen Satzungsverhandlungen eine für die Akademie in Wien wohl nicht zufriedenstellende Lösung: Srbik hatte sich 1942 „unter der Hand“ „zur Prüfung“ der heiklen Angestelltenfrage an den Ministerialrat Frey im REM gewandt.²²⁰ Dieser kontaktierte Ministerialrat Otto von Rottenburg, der gegen den § 17, auf den die Wiener Akademie „großen Wert“ legte, keine besonderen Einwände hatte: „Sie erstrebt Beamtenstellen wie bei der Preuss. Akademie der Wissenschaften, hat vor allem noch Beamte nach oesterreichischen Gesetzen (sog. lebende Subventionen) und erstrebt deren Pensionsfähigkeit.“²²¹ Rottenburg empfahl eine Variante, nach der die Stellen nach dem Ausscheiden der derzeitigen Beamten „in Akademiestellen (mittel[are] Reichsbeamte) umgewandelt“ werden sollten. Eine komplette Neufassung des Entwurfs sollte dem RFM „zur Einverständniserklärung“ vorgelegt werden.²²²

Srbik erkannte bald, dass der Vorteil der direkten Besoldung der Akademieangestellten aus der Reichskassa ab dem Rechnungsjahr 1941 die Nach-

215 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 1, Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien an Heinrich Srbik, 14.9.1940.

216 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 13/1942, Heinrich Srbik an den Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien, 22.1.1942.

217 BArch, R 4901/14039, fol. 19r, RFM an das REM, 27.3.1942.

218 Vgl. AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 2, Nr. 322/1941, Heinrich Srbik an das REM, 1.12.1941.

219 Vgl. AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 2, Nr. 212/1942, Unterlagen zur Beantwortung des Erlasses vom 26.10.1942.

220 BArch, R 4901/13202, Frey in einem Aktenvermerk v. 17.6.1942. Das Wiener Schreiben hat daher keinen Eingang in die Akten des REM gefunden.

221 Ebd.

222 BArch, R 4901/13202, Stellungnahme Rottenburgs v. 3.8.1942.

teile der neuen Organisationsform nicht aufwog. Daher betrieb die Akademie seit 1942 die Rückumwandlung in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die auch tatsächlich - mit Gültigkeit vom 1. April 1943 - gewährt wurde.²²³ Sie war nun wieder eine „Zuschussanstalt“;²²⁴ sogar der nicht verbrauchte Restbetrag aus dem Reichszuschuss 1939 und 1940 in der beträchtlichen Höhe von 30.603,41 RM zur „selbständigen Bewirtschaftung“ wurde zurücküberwiesen.²²⁵ Allerdings wurde das Problem der Finanzierung der Arbeitnehmer der Akademie nun wieder virulent, worauf das RFM das REM am 21. Mai 1943 explizit hinwies.²²⁶

Mit der Rückumwandlung wurde der Akademie wieder zugesagt, „ihre Einnahmen zusätzlich und ohne dass dadurch der Staatszuschuss sich um die Höhe dieser Einnahmen verringern würde für die Drucklegung von wissenschaft[af]lichen] Arbeiten verwenden zu dürfen“.²²⁷ Dennoch musste sich Srbik weiterhin mit dem REM auseinandersetzen, um nicht „von neuem bebraut zu sein“.²²⁸ Als 1944 das REM der Akademie die freie Verfügung über ihre Sachausgaben abermals streitig machte, scheute Srbik nicht davor zurück, das REM darauf hinzuweisen, „dass bis zum Umbruch [1938] der Vorgang im Sinne dieses Vorschlags gehandhabt wurde“.²²⁹

1941 und 1942 hatte die Akademie als Dienststelle des Reichs Finanzierungssicherheit für ihre Angestellten gewonnen, zugleich aber ihre selbstständig erwirtschafteten Einnahmen und damit ein Stück ihrer Autonomie verloren. In diesen Jahren hatte sie um ihrer neuen Organisationsform willen ihre Stiftungserträge und andere Einkünfte verspielt, die zunächst der Reichskassa zugefallen waren. Was ihr blieb, war die Erkenntnis, in der Erwartung finanzieller Absicherung vorschnell gehandelt zu haben.

1943 räumte Srbik in einem Schreiben an das REM ein, die Akademie habe „bei der Umwandlung [...] in eine Reichsdienststelle im Jahre 1941 [...] infolge Unkenntnis der für Reichsdienststellen geltenden Haushaltsvorschriften aus rein formalen Versehen für das Jahr 1941 und 1942 das Recht

223 Das RFM hatte bereits am 22.7.1942 gegenüber dem REM erklärt: „Da jedoch andererseits die Akademien in Wien und Prag den größten Wert darauf legen, die eigene Rechtspersönlichkeit beizubehalten, bestehen meinerseits keine Bedenken dagegen, den haushaltsrechtlichen Zustand von 1940 vom Rechnungsjahr 1943 ab wieder herzustellen.“ BArch, R 4901/13202, RFM an REM, 22.7.1942.

224 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 2, Nr. 187/1943, Otto von Rottenburg [REM] an Heinrich Srbik, 24.1.1944.

225 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 13/1942, Der Reichserziehungsminister an den Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien, 27.4.1943; Herman-Walther Frey [REM] an den Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien, 6.5.1943.

226 Note v. 21.5.1943 in BArch, R 4901/14040, fol. 79rv, RMF an REM, 21.5.1943. Wörtlich übernommen vom REM im Schreiben an Heinrich Srbik v. 8.7.1943, ebd., fol. 87r-88r, hier fol. 87v. Ausfertigung in AÖAW, Staatsvorschlage, K. 2.

227 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 2, Nr. 169/1943, Heinrich Srbik an das REM, 15.11.1943 (Durchschlag). Ausfertigung in BArch, R 4901/14040, fol. 106r-107v, hier fol. 106v.

228 Ebd.

229 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 2, Nr. 212/1942, Heinrich Srbik an das REM, 16.3.1944.

verloren, ihre Einnahmen für sich verwenden zu dürfen“.²³⁰ Die Berliner Reichsstellen zeigten sich durchaus verständnisvoll, als es darum ging, die Rückumwandlung in eine „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ umzusetzen. Das kann freilich nicht Srbiks Kurzsichtigkeit und seinen Mangel an juristischer Kenntnis über Organisationsformen („Körperschaft des öffentlichen Rechts“ versus „Reichsdienststelle“) beschönigen. Er war als Akademiepräsident für das Handeln in diesen Angelegenheiten allein verantwortlich gewesen, auch wenn er gelegentlich nachträglich die Zustimmung der Gesamtakademie für seine Verhandlungen mit dem REM in inhaltlicher wie argumentativer Hinsicht eingeholt hatte.

12.2.11 Akademiefinanzierung: mehr Staatszuschuss, weniger Autonomie

Betrachtet man die Akademiefinanzierung zur Zeit des Nationalsozialismus, so zeigen sich zwei zentrale Entwicklungen: zum einen der enorme Zuwachs an staatlicher Dotation, die bereits im Budgetjahr 1939/40²³¹ (trotz der kriegsbedingten Kürzung, siehe oben) das Vierfache des vor der NS-Ära zur Verfügung stehenden Ordinariums von 1938 betrug, sich 1940 auf das Fünffache erhöhte und bis 1944 auf diesem hohen Niveau verblieb; zum anderen die temporäre Umwandlung der Akademie von einem selbstständig wirtschaftenden Unternehmen in eine direkt von Berlin finanzierte Dienststelle des Reichs. Im Vergleich zur Berliner Akademie, die jährlich ca. 635.000 RM an staatlicher Dotation erhielt,²³² war der Staatsaufwand für die Wiener Akademie relativ gering, er betrug weniger als ein Drittel davon (ca. 180.000 RM), obwohl sie personalführende Institute hatte. Verglichen etwa mit den Forschungsausgaben der IG Farbenindustrie AG von rund 105 Millionen RM²³³ lagen die staatlichen Ausgaben für die Wissenschaftsakademien in der NS-Zeit - und damit auch deren Stellenwert - in der Forschungslandschaft auf einem äußerst niedrigen Niveau.

230 AÖAW, Staatsvoranschläge, K. 2, Nr. 169/1943, Heinrich Srbik an das REM, 15.11.1943 (Durchschlag). Ausfertigung in BArch, R 4901/14040, fol. 106r-107v (abschriftlich auch ebd., fol. 115r-116v), hier fol. 106r.

231 Dies umfasst die 15 Monate von Jänner 1939 bis März 1940, auf zwölf Monate umgerechnet ergäbe dies die Summe von 151.146,40 RM.

232 Vgl. NÖTZOLDT, Die deutschen Wissenschaftsakademien, 2014, 152.

233 Vgl. GRAU/SCHLICKER/ZEIL, Faschistische Diktatur, 1979, 107.

| Rechnungsjahr | | Staatliche Dotation | Stiftungserträge insgesamt ²³⁴ |
|---------------------------|----------------------------------|---------------------------------------|---|
| 1938 | | 37.002 RM | 24.947 RM |
| 1939 (1.1.-31.3.1939) | | 51.733 RM | |
| 1939 (1.4.1939-31.3.1940) | | 137.200 RM | 28.364 RM |
| 1940 (1.4.1940-31.3.1941) | | 184.036 RM | 28.440 RM |
| | bewilligter Voranschlag | tatsächlicher Zuschuss ²³⁵ | |
| 1941 (1.4.1941-31.3.1942) | 220.550 RM | 171.875 RM | 21.420 RM |
| 1942 (1.4.1942-31.3.1943) | 194.788 RM | 182.303 RM | 30.000 RM |
| 1943 (1.4.1943-31.4.1944) | 211.500 RM | 173.828 RM | |
| 1944 (1.4.1944-31.3.1945) | Bedarf 100.988 RM ²³⁶ | | |

Tab. 1: Finanzielle Entwicklung der Akademie 1938–1944/45

Wie Tab. 1 zeigt, belief sich die Förderhöhe der Akademie in der NS-Zeit auf eine Summe von durchschnittlich rund 180.000 RM pro Jahr. Sie zeigt nicht, welche einschneidenden Änderungen in den Modalitäten der Finanzierung die oben ausgeführte Umwandlung der Akademie in eine Reichsdienststelle im Rechnungsjahr 1941 mit sich brachte: Die Akademie musste sämtliche Ausgaben und Einnahmen vorveranschlagen, auch ihre Stiftungserträge, die als Einnahmen verbucht werden mussten. Ab 1941 wurden von der NS-Reichskassa nur noch die nicht durch Stiftungserträge und Verkaufserlöse von Publikationen gedeckten Kosten durch staatliche Mittel erstattet. Somit konnten keine Überschüsse mehr erzielt und auf das nächste Budgetjahr übertragen werden. Eigenständiges Wirtschaften war damit nicht mehr möglich. Die Tabelle spiegelt diese Änderung der Finanzierungsmodalitäten nicht wider, weil sich die Akademie über die Berliner Vorgaben in ihren Rechnungsabschlüssen zunächst dilatorisch hinwegsetzte und sich - letztlich erfolgreich - um die Rückerstattung der von Berlin eingezogenen Mittel bemühte.

234 AÖAW, Buchhaltung, Rechnungsabschlüsse. Da die Akademie ab 1896 drei Prozent der Stiftungserträge für die Deckung des Verwaltungsaufwands an die Akademiekasse abführte, lässt sich aus der betreffenden Einnahmezeile der Jahresabschlüsse die Höhe der Erträge errechnen. Diese standen je nach Stiftungszweck für die Subventionierung von Akademiekommissionen und Einzelforschern zur Verfügung oder waren an die Ausschreibung von Preisen gebunden.

235 Der Staatsaufwand, wie der Reichszuschuss nun hieß, stellte keine fixe Dotation dar, sondern errechnete sich aus der Differenz von Einnahmen und Ausgaben. Diese wurden zunächst veranschlagt und in dem nach Abschluss des Budgetjahrs erstellten Rechnungsabschluss, der die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben in Form von Mehr- oder Minderausgaben bzw. Mehr- oder Mindereinnahmen enthielt, korrigiert. Der Staatsaufwand in den Jahren 1941/42 bis 1943/44 lässt sich daher nur anhand der umfangreichen buchhalterischen Abschlüsse rekonstruieren.

236 Für das Buchhaltungsjahr 1944/45 war der Staatsaufwand im Rechnungsabschluss nur unvollständig dargestellt, da die Belege - vor allem diejenigen für Personalausgaben und Amtsvergütungen für das Präsidium, die sich beim Amt des Kurators der wissenschaftlichen Hochschulen befanden - bei einem Luftangriff am 12. März 1945 verbrannt waren; vgl. AÖAW, Rechnungsabschluss 1944, 13.

Daher hatte die Umwandlung in eine Reichsdienststelle für die Akademie keine gravierenden finanziellen Einbußen zur Folge - der Verlust betrug nur rund 30.000 RM -, verringerte aber ihren Handlungsspielraum: Die Planung längerfristiger Investitionsvorhaben wurde erschwert. Auch durch das Ostmarkgesetz wurde das hohe Gut der Selbstbestimmung empfindlich verletzt. Ab dem 1. Februar 1940 musste für jede Anstellung eines neuen Mitarbeiters die Zustimmung des REM in Berlin eingeholt werden, dem die Akademie - neben anderen vormals österreichischen Bildungseinrichtungen, etwa der Universität Wien - unmittelbar unterstellt war.²³⁷ Somit war auch für die Akademie nicht der jeweilige Gauleiter bzw. Reichsstatthalter, sondern das REM und sein verlängerter Arm, das Amt des Kurators der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien, zuständig. Die NS-behördlichen Verantwortlichkeiten für die Akademie der Wissenschaften waren ab 1940 folgendermaßen geregelt: Das REM in Berlin war die oberste Entscheidungsinstanz in Personal- und (in Verbindung mit dem RFM) in Finanzangelegenheiten; das im selben Jahr geschaffene Amt des Kurators der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien wickelte den allgemeinen Zahlungsverkehr ab, insbesondere die Auszahlung der Gehälter der Akademieangestellten.²³⁸ Allein die Buchhaltung verblieb in der Hand der Akademie. Damit war auch die Akademie der Wissenschaften im Sinne einer nationalsozialistischen „Verreichlichung“ bzw. der Zentralisierung der Wissenschaftslandschaft direkt den Berliner Behörden unterstellt.²³⁹

Im Unterschied zur Akademie setzte sich an der „Reichsuniversität Wien“ das „Gerangel“ um Zuständigkeiten zwischen Wiener Gau- und Berliner Reichsverwaltung offenkundig fort.²⁴⁰ 1943 beklagte sich der scheidende Rektor Fritz Knoll über die vom REM aufoktroierten „neue[n] Verwaltungsformen“, die „nach unserer Meinung nicht immer einen Fortschritt, ja in einigen Fällen eine wesentliche Verschlechterung gegenüber den bisherigen Gepflogenheiten bedeuteten“.²⁴¹ Was der Historiker Albert Müller für die Universität Wien konstatiert, trifft auch auf die Akademie der Wissenschaften zu: Zu beobachten ist „der unaufhaltsame Prozeß der Peripherisierung der Universitätslandschaft des [...] alten Zentrums Wien sowie die zunehmende Bedeutung einer (Berliner) Bürokratie, auf die man keinen allzu großen Einfluß hatte“.²⁴²

237 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 30/1940, Sechste Verordnung über die Übertragung von Aufgaben und Befugnissen des Reichsstatthalters in Österreich (Österreichische Landesregierung) v. 11.1.1940; RBGl. I 1940, S. 52-55; vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 9.2.1940 (A 950); AÖAW, Allg. Akten, Nr. 30/1940; SEEBACHER, Leistungen, 2013, 149-152.

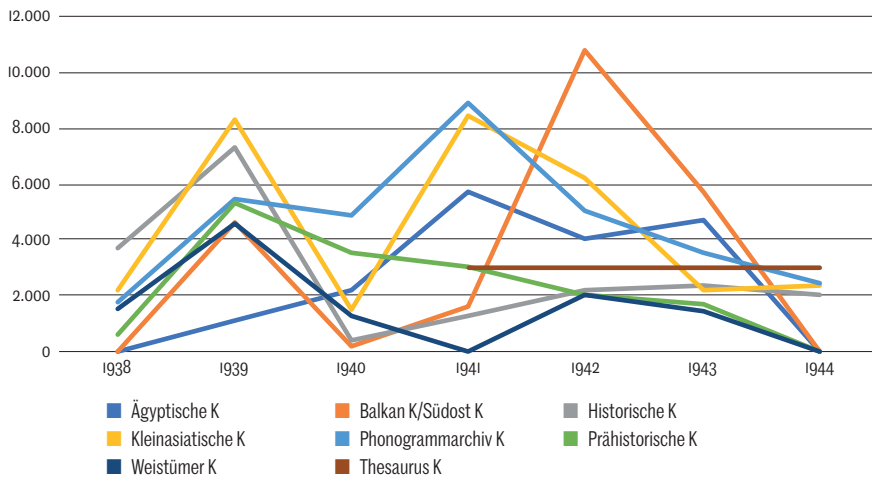
238 Vgl. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 30/1940, Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen Wien an Heinrich Srbik, 30.3.1940.

239 NAGEL, Hitlers Bildungsreformer, 2013, 298, 365f.

240 Vgl. ASH, Die Universität, 2015, 124.

241 Die feierliche Rektorsinauguration der Universität Wien 1943, Wien 1944, 16f., zit. n. MÜLLER, Dynamische Adaptierung, 616.

242 MÜLLER, Dynamische Adaptierung, 616.



Grafik 1: Ausgabenentwicklung der höchstdotierten Akademiekommissionen 1938–1944, Datengrundlage: Jahresabschlüsse der Akademie 1938–1944, Angaben in RM

Was die Aufteilung der zwischen 1940 und 1945 verfügbaren staatlichen Akademedotation betrifft, stellten die Kommissionen die wichtigsten Empfänger dar (Grafik 1). Die Dotationen wurden im Wesentlichen für Personal-, Druck- und Sachkosten verwendet. Das Phonogrammarchiv als einer der Hauptempfänger reichsdeutscher Fördergelder gebrauchte sie für die kostenintensive apparative Ausstattung sowie für laufende Aufnahmetätigkeiten.²⁴³ Wien steuerte als Partner im Thesaurus-Projekt des Kartells jährlich 3.000 RM für das Münchner Thesaurus-Büro und einen temporären Mitarbeiter bei.²⁴⁴ Die Ägyptische Kommission intensivierte ihre aufwendige Publikationstätigkeit über die schon länger vorliegenden Grabungsergebnisse aus Gizeh/Gîza.²⁴⁵ Die Kleinasiat. Kommission ergänzte ihren Corpus der kleinasiatischen Inschriften um zwei weitere veröffentlichte Bände, besetzte die Stelle eines wissenschaftlichen Angestellten mit Friedrich Karl Dörner und schickte diesen nach Istanbul zur Aufnahme lateinischer und griechischer Inschriften.²⁴⁶ Nähere Angaben über die Aktivitäten der 1943/44 offiziell in Südostkommission umbenannten Balkankommission liegen derzeit nicht vor, da die Kommissionsakten nicht erhalten sind.

12.2.12 Wien provinzialisieren. Die Einschränkung der institutionellen Handlungsräume

Wie Heuschrecken stürzten sich die Brüder aus dem Altreich auf die neu gewonnenen Länder und kauften sie aus oder machten Beute, besetzten fast alle leitenden und höheren Amtsstellen mit Landfremden, als ob die Österreicher unfähig oder unzuverlässig wären, und behandelten die

243 Vgl. die Berichte des Generalsekretärs in den Alm. 89 (1939) bis 94 (1944).

244 Vgl. die Berichte des Sekretärs der phil.-hist. Klasse in den Alm. 89 (1939) bis 94 (1944).

245 Vgl. MEISTER, Geschichte, 1947, 321.

246 Vgl. Bericht des Sekretärs der phil.-hist. Klasse, in: Alm. 91 (1941), 239.

traditionsreichen und kulturerfüllten Alpenländer wie eine durch Eroberung geschaffene Kolonie, und so mancher der Stellenjäger leistete zugleich an taktloser Arroganz das Möglichste. [...] Der Glaube, mit österreichischem Geist, österreichischer Kunst, österreichischem Weltsinn und österreichischer Gabe der Völkerbehandlung das Altreich durchtränken und gleichsam vervollkommen zu können, wich alsbald der Resignation und dem Verteidigungswillen. [...] Immer deutlicher stellte sich heraus, daß meine Arbeit als Akademiepräsident weniger auf Neuschaffen als auf Bewahren und Retten der Kultursubstanz gerichtet sein müsse; aber diese Arbeit wurde mir von Partei und Staat nicht leicht gemacht.²⁴⁷

Diese Chronik enttäuschter Hoffnungen schrieb Akademiepräsident Heinrich Srbik, der im Februar 1945 Wien vor dem Eintreffen der sowjetischen Truppen verlassen hatte, in seinem Zufluchtsort Ehrwald in Tirol noch im gleichen Jahr nieder. Zweifellos haben Srbiks *Erinnerungen* angesichts der Tatsache, dass nach dem „Anschluss“ er selbst und die Mehrheit der Akademiemitglieder Parteiangehörige der NSDAP gewesen waren, einen starken Rechtfertigungscharakter, was das eigene Handeln als Präsident der Wiener Akademie betrifft. Neben dem Versuch der Relativierung seiner Verantwortung enthalten Srbiks *Erinnerungen* wesentliche Hinweise darauf, dass die Machtübernahme der Nationalsozialisten für die Akademie auch zahlreiche Bedrohungen mit sich gebracht hatte. Auf dem Spiel stand nichts weniger als die noch verbleibende institutionelle Selbstbestimmung der Akademie, die es vor weiteren Übergriffen durch das REM zu bewahren galt.

Im Folgenden wird untersucht, inwiefern und wodurch die Zentralstellen in Berlin die Handlungsräume der Akademie der Wissenschaften in Wien beschränkten und damit den Akademiestandort Wien zu provinzialisieren versuchten. Gezeigt wird an Fallbeispielen, wie innerhalb weniger Jahre nach dem „Anschluss“ die Hoffnung auf größere internationale Aufmerksamkeit im großen Reichsverband und auf institutionelles Wachstum schwand und letztlich in Resignation angesichts der zunehmend deutlich werdenden Wissenschaftsprovinzialität Wiens mündete. Die Entwicklung der Akademie in Wien von einem gleichberechtigten Mitglied im Kartell, dem Verband wissenschaftlicher Körperschaften (Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München, Wien), zur untergeordneten „Sozietät der Reichsakademie“, der verhinderte Ausbau der Akademie und die verordnete Zweitrangigkeit legen davon beredtes Zeugnis ab.

247 SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 145.

12.2.13 Reichsverband und Reichsakademie. Die Zentralisierung der Akademien

Vom „Anschluss“ 1938 hatte sich die Akademie der Wissenschaften in Wien eine größere Annäherung an die deutsche und an die internationale Wissenschaft erwartet.²⁴⁸ Die Hoffnung auf Internationalisierung wurde schon binnen kurzer Zeit enttäuscht. Im Mai 1938 erlosch die Vertretungsfunktion Österreichs in der geisteswissenschaftlichen Union Académique Internationale (UAI), der die Akademie erst 1935 im Fahrwasser der kartellierten deutschen Schwesterakademien beigetreten war.²⁴⁹ Ludwig Radermacher verließ den Ausschuss der Union.²⁵⁰ Im selben Jahr wurde der Antrag auf Mitarbeit am naturwissenschaftlichen International Council of Scientific Unions (ISCU) „auf Weisung des Reichskommissars f[ür] d[ie] Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Altreich abgelehnt, da Deutschland nicht Mitglied des Conseil ist“.²⁵¹ Zunächst wurde der Schriftentausch mit der Sowjetunion eingestellt; durch den Krieg beschränkten sich die Auslandsbeziehungen weitgehend auf das von der Wehrmacht besetzte Gebiet sowie auf neutrale Staaten.²⁵² Ab 1938 fand sich die Akademie in Wien in jener international isolierten Stellung wieder, in der sie sich schon 1918 befunden hatte.²⁵³ Die in Republik und autoritärem Ständestaat bewiesene Treue zur deutschen Wissenschaft machte sich nach dem „Anschluss“ für die Akademie in Wien nicht bezahlt.

12.2.13.1 Die nationalsozialistische Machtübernahme in der Union Académique Internationale

Vor der Jahressitzung der Union Académique Internationale (UAI), der geisteswissenschaftlichen internationalen Akademieunion, in London im Mai 1939 ernannte der Reichserziehungsminister den Berliner Altphilologen Johannes Stroux und Heinrich Srbik zu Vertretern des Verbandes wissenschaftlicher Körperschaften in der UAI.²⁵⁴ Stroux wurde in London zum Vizepräsidenten der Akademieunion gewählt, was dem Plan des REM, die UAI unter deutsche Führung zu stellen, entsprach.²⁵⁵ Im Dezember 1940 berichtete Srbik den Wiener Akademiemitgliedern von einer von Rudolf Mentzel,

248 Vgl. SRBIK, *Die deutsche Wissenschaft*, 1938.

249 Im Verband der wissenschaftlichen Körperschaften, dem sogenannten Kartell, arbeiteten die Akademien in Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München, Wien und (ab 1940) Prag zusammen. Die Leopoldina in Halle/Saale gehörte nicht zum Kartell.

250 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: *Alm* 88 (1938), 186.

251 AÖAW, Protokoll der Sitzung des Präsidiums v. 21.10.1938.

252 Vgl. AÖAW, Protokoll der Sitzung des Präsidiums v. 11.4.1938. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt wurde der Schriftentausch mit der Sowjetunion vorübergehend wieder aufgenommen; zum Schriftentausch der Akademien vor und in der Zeit des „Dritten Reichs“ vgl. THIEL, *Internationalität*, 2020, 100; DAFINGER, *Wissenschaft*, 2014, 123-125; SEEBACHER, *Building a New Europe*, 2021, 209f.; siehe Kapitel 26, 315.

253 Siehe Kapitel 11, 606.

254 Vgl. AÖAW, *Union Académique Internationale*, K. 1, M. „1939“, Heinrich Srbik an Ministerialdirektor Wilhelm Groh, 22.4.1939.

255 Vgl. SEEBACHER, *Nationale Würde*, 2013, 142f.; dies., *Building a New Europe*, 2021, 211f.

dem Chef des Amtes Wissenschaft im REM, einberufenen Tagung über die internationale Organisation der Wissenschaft, die im November in Berlin stattgefunden hatte, und die dort erhobene Forderung bezüglich „der künftigen internationalen Zusammenarbeit und den dabei erhobenen Anspruch auf deutsche Führung“.²⁵⁶ In diesem Zusammenhang legte Srbik, der selbst an der Tagung teilgenommen hatte, den Wiener Akademiemitgliedern eine Zuschrift des Berliner Akademiepräsidenten Theodor Vahlen vor, „wonach die Akademie Vorschläge in Bezug auf den Führungsanspruch der deutschen Geisteswissenschaften im Verbands der künftigen internationalen Gemeinschaftsarbeit erstatten möge“.²⁵⁷ In dieser Zuschrift teilte Vahlen (1869-1945) den deutschen Akademien die Absicht mit, durch einen Vertreter Deutschlands die Führung der noch in Brüssel ansässigen UAI zu übernehmen und deren Sitz ins „Altreich“ zu verlegen.²⁵⁸ Brüssel blieb schließlich UAI-Sitz. Die Amtsführung der Union übernahm nach dem turnusmäßigen Ausscheiden des amtierenden UAI-Präsidenten Waldo G. Leland im Jahr 1941 - wie bereits im Mai 1939 in London vorbesprochen - Johannes Stroux.²⁵⁹ Wien profitierte von der Machtübernahme Berlins in der internationalen geisteswissenschaftlichen Akademieunion nicht. Das einzige UAI-Projekt, an dem sich eine Wiener Akademiekommission beteiligte, war die Neubearbeitung des Mittellateinischen Wörterbuchs. Die zentrale Arbeitsstelle befand sich in München, Wien förderte das Unternehmen jährlich mit 1.000 RM.²⁶⁰

12.2.13.2 Ein Reichsverband der Akademien, aber keine Zentralakademie des „Dritten Reichs“

Der Übernahme der Amtsführung in der UAI durch einen Vertreter des „Dritten Reichs“ ging ein Zentralisierungs- und Vereinheitlichungsprozess im seit 1893 bestehenden Akademiekartell voraus. Das Kartell wurde im August 1940 in den Reichsverband der deutschen Akademien der Wissenschaften umgewandelt, der Reichsverband noch im September desselben Jahres in die Reichsakademie der deutschen Wissenschaft überführt.²⁶¹ Am 13. September 1940 „erhob“ der Reichserziehungsminister auf Antrag des Berliner Akademiepräsidenten Theodor Vahlen den Reichsverband zur Reichsakademie.²⁶²

Auf Vorschlag Vahlens vom März 1939 hatte der Reichserziehungsminister schon am Tag nach der Londoner UAI-Jahressitzung im Mai 1939

256 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 20.12.1940 (A 958); vgl. SEEBACHER, Building a New Europe, 2021, 211f.

257 Ebd.

258 Vgl. NÖTZOLDT, Strategien, 2000, 267.

259 Vgl. ebd., 268.

260 Bericht des Sekretärs der phil.-hist. Klasse, in: Alm. 92 (1942), 240.

261 Vgl. SEEBACHER, Leistungen, 2013.

262 Vgl. NÖTZOLDT, Strategien, 2000, 265, 271.

Berlin zum ständigen Vorort und Verwaltungssitz des Kartells bestimmt.²⁶³ Der Proteststurm, den dieser Zentralisierungsakt unter den im Kartell vereinten Akademien entfachte,²⁶⁴ verzögerte zwar die Zentralisierung des Akademie-Verbandes, verhinderte sie aber nicht.²⁶⁵ Die Akademien wurden zwar nicht aufgelöst und in eine neue vereinheitlichte Organisationsform überführt, der Berliner Akademie wurden verwaltungsmäßig aber vorrangige und übergreifende Kompetenzen eingeräumt, einschließlich „einer einheitlichen Vertretung der deutschen Wissenschaft nach außen“ und gegenüber dem REM.²⁶⁶ Der jährliche Wechsel der Verbandsführung war aufgehoben, der Verband wissenschaftlicher Körperschaften (Kartell) – 1940 um die Deutsche Gesellschaft der Wissenschaft und Künste, Prag (ab 1941 Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag) erweitert – zentralisiert. Ständiger Verwaltungssitz war Berlin und der Berliner Akademiepräsident „Führer“ der Reichsakademie. Im August 1940 bestätigte der Reichserziehungsminister schließlich die neue Satzung des Reichsverbandes der deutschen Akademien der Wissenschaften.²⁶⁷ 1939 hatte in Leipzig die letzte Versammlung des Verbands wissenschaftlicher Körperschaften stattgefunden, 1940 war das Kartell funktionslos geworden. Das Nahziel von Zentralisierung und Vereinheitlichung war, wie bereits erwähnt, die Übernahme der Führungsarbeit in den von Nazideutschland besetzten Ländern, das Fernziel die Wiederherstellung der 1918 verlorenen Vorherrschaft der deutschen Geisteswissenschaften im Rahmen der UAI im nachkriegszeitlichen Europa.²⁶⁸

Die Akademien betrachteten die Berliner Zentralisierungs- und Vereinheitlichungsinitiativen als Angriff auf ihre Selbstverwaltung und verweigerten ihre Unterstützung.²⁶⁹ Argumente, wie sie der Präsident der Göttinger Akademie, Friedrich Karl Drescher-Kaden (1894-1988), vorbrachte, schlugen sich in den Satzungsentwürfen der Reichsakademie nicht nieder: „Die deutsche Wissenschaft ist durch Dezentralisierung groß geworden. [...] Deshalb ist es auch heute notwendig, alle sieben Akademien [Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München, Prag und Wien] zu belassen und ihren Lebens- und Schaffensraum nicht durch engen Anschluß und Unterordnung unter eine Zentralstelle zu beschränken.“²⁷⁰ Vielmehr drohe den Akademien in einer um zusätzliche anwendungsorientierte Forschungseinrichtungen

263 Vgl. GRAU, *Wissenschaftsakademien*, 1995, 49.

264 Vgl. WENNEMUTH, *Wissenschaftsorganisation*, 1994, 493; NÖTZOLDT, *Strategien*, 2000, 265.

265 Zum „Tauziehen“ um die neue Satzung des Reichsverbandes der deutschen Akademien der Wissenschaften vgl. NÖTZOLDT, *Strategien*, 2000, 260-263.

266 Satzung des Reichsverbandes der Deutschen Akademien der Wissenschaften, vom REM genehmigt am 21.8.1940, in: *Alm.* 90 (1940), 147f.

267 Vgl. NÖTZOLDT, *Strategien*, 2000, 262-266.

268 Vgl. ebd., 267.

269 Vgl. ebd., 269; ders., *Die deutschen Wissenschaftsakademien*, 2014, 152.

270 DRESCHER-KADEN, *Tätigkeit der Akademie 1940/1941*, 16f., zit. n. NÖTZOLDT, *Strategien*, 2000, 272.



23. Titelblatt des Akademie-Almanachs 92 (1942) mit dem Zusatz „Societät der Reichsakademie“

24. Schreiben der Akademie an das REM mit dem Zusatz „Societät der Reichsakademie“

erweiterten, „völlig überwucherten“ Reichsakademie ein weiterer Verlust von Selbstbestimmungsrechten und Bedeutung.²⁷¹ Dass die Reichsakademie letztlich nicht verwirklicht wurde, wird heute weniger auf den Widerstand der Akademien zurückgeführt als vielmehr darauf, dass jegliche Subventionen durch die Reichsregierung ausblieben, da das Vorhaben Reichsakademie nicht als kriegswichtig galt.²⁷² Es wurde, was nicht zuletzt dem Kriegsverlauf geschuldet war, 1942 zurückgestellt und auf die Nachkriegszeit verschoben.²⁷³ Der Reichsverband blieb indes aktiv, hatte aber wenig kooperative Forschungserfolge vorzuweisen. Die Akademie der Wissenschaften in Wien steuerte zu den Aktivitäten des Reichsverbandes weniger als ein Zehntel der von der Akademie in Berlin aufgewandten Summe bei.²⁷⁴ Unternehmungen wie der Thesaurus Linguae Latinae oder die Herausgabe der Inschriften des Deutschen Mittelalters wurden in Wien auf niedrigem Niveau weitergeführt. Was von der Reichsakademie blieb, war, dass die Akademien jeweils den Untertitel „Societät der Reichsakademie“ führten, die Akademie in Wien in den Almanachen von 1941 bis 1943 (Abb. 23). Die Akademie ließ allerdings nie ein Briefpapier drucken, das neben der Bezeichnung „Akademie der Wissenschaften in Wien“ auch die „Societät der Reichsakademie“ im Kopf geführt hätte, und sie verzichtete sogar in der Kommunikation mit dem REM, abgesehen von wenigen Schreiben aus dem Juni bzw. Oktober/November 1942,²⁷⁵ auf einen maschinenschriftlichen Nachtrag (Abb. 24).

12.2.14 Verhindertes Wachstum

Die definitive Unterordnung der Bildungs- und Forschungsinstitutionen im „Land Österreich“ unter die Berliner Zentralstellen erfolgte mit der Auflösung des Unterrichtsressorts in Wien infolge des Ostmarkgesetzes 1939.²⁷⁶

271 Stellungnahme der Göttinger Akademie zum Satzungsentwurf, 14.9.1940, zit. n. NÖTZOLDT, Strategien, 2000, 272.

272 Vgl. NÖTZOLDT, Strategien, 2000, 270.

273 Vgl. NÖTZOLDT, Die deutschen Wissenschaftsakademien, 2014, 152.

274 Vgl. NÖTZOLDT, Strategien, 2000, 270.

275 BArch, R 4901/13202, Denkschrift v. 15.6.1942 u. Schreiben v. 3.11.1942; BArch, R 4901/14040, fol. 26r u. 29r, Schreiben v. 27.10.1942 u. 7.11.1942.

276 Gesetz über den Aufbau der Verwaltung in der Ostmark (Ostmarkgesetz) v. 14.4.1939, RGBl. I/74/1939.

Die Wiener Ministeriumsbeamten wurden freigesetzt; die Bildungs- und Wissenschaftsagenden wurden auf das zum 1. April 1940 eingeführte Amt des Kurators der wissenschaftlichen Hochschulen übertragen. Das REM stellte weiterhin die oberste Entscheidungsinstanz der Akademie in Personalangelegenheiten dar, der Kurator war für den allgemeinen Zahlungsverkehr, insbesondere die Auszahlung der Gehälter der Akademieangestellten, zuständig.²⁷⁷ In der Verwaltung der Akademie verblieb die Buchhaltung, während die Entscheidungskompetenz in Berlin lag. Die im Folgenden vorgestellten Fallbeispiele zeigen, wie Berliner Behörden und andere Stellen im „Altreich“ die Angliederung bestehender und neuer Institute an die Wiener Akademie unterbanden und ihre Forschung in die zweite Reihe drängten. In der NS-Zeit verstärkte sich damit die 1918 einsetzende Entwicklung Wiens zur Wissenschaftsprovinz.²⁷⁸

Als etwa der Reichstatthalter Arthur Seyß-Inquart (1892-1946) im April 1938 ein neues Südost-Institut in Wien errichten wollte und die Akademie lebhaftes Interesse an einer Mitarbeit bekundete, torpedierte das REM diesen Vorstoß mit einem Gegenvorstoß, um keine Konkurrenz zu den bereits mit der sogenannten Südostforschung befassten Institutionen im „Dritten Reich“ (u. a. in Leipzig, Breslau, München und Königsberg) aufkommen zu lassen. Der Reichserziehungsminister verfügte die Ausarbeitung eines Vorschlags, „wie sowohl die bisher im Altreich bestehenden Forschungseinrichtungen und Institute weiterzuführen sind, als auch in Österreich bestehende einschlägige Einrichtungen zusammenzufassen und zu erweitern sind“.²⁷⁹ Von Erweiterung sollte allerdings künftig nicht mehr die Rede sein. Seyß-Inquarts Initiative wurde letztlich durch das REM vereitelt, weil es – wie sich zeigen sollte – Widerstände seitens der einschlägig arbeitenden Institutionen des „Altreichs“ zu befürchten hatte. Zur Gründung eines Südost-Instituts in Wien kam es nicht – zum Leidwesen der Akademie, die sich um die Chance auf einen Südost-Forschungsschwerpunkt betrogen sah. Erst 1942 bot sich ihr mit dem Beitritt der Balkankommission zur NS-Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen²⁸⁰ eine neue Möglichkeit, in diesem wissenschaftlichen Schwerpunkt präsent zu sein.²⁸¹

Ein anderes Beispiel für vereitelte Wachstumsambitionen der Akademie ist die nicht zustande gekommene Übernahme der Biologischen Station Lunz. Nach dem „Anschluss“ hatte sich die Akademie die Übernahme

277 Vgl. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 30/1940, Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen Wien an Heinrich Srbik, 30.3.1940.

278 Vgl. FEICHTINGER, *Wissenschaft*, 2020, 160-163.

279 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 165/1938, Amt des Reichsstatthalters, Runderlass, Südost-Institut, Wien, 13.4.1938; Beschluss der phil.-hist. Klasse, 27.4.1938; Amt des Reichsstatthalters, Erlass betreffend die Zusammenfassung der Einrichtungen zur wissenschaftlichen Erforschung Südost-Europas, 30.5.1938.

280 Vgl. KNOLL, *Südostgemeinschaft*, 1941, 84-92.

281 Siehe unten, 93.

erhofft, der Stillhaltekommissar übertrug die Station jedoch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.²⁸²

Auch bei dem Versuch, ein neues Institut mitzugestalten und zu übernehmen, scheiterte die Akademie: Der Gauamtsleiter von Kärnten hatte Srbik 1941 ersucht, „einen Haushaltsentwurf für ein neu zu errichtendes und der Akademie der Wissenschaften in Wien anzugliederndes Forschungsinstitut in Kärnten“ zu erstellen.²⁸³ Srbik zeigte sich in höchstem Maße interessiert an der neuen Einrichtung und arbeitete einen detaillierten Finanz- und Organisationsplan nach dem Vorbild der Biologischen Versuchsanstalt im Prater (Vivarium) aus. Schließlich wurde am 10. Oktober 1942 ein Institut für Kärntner Landesforschung in Klagenfurt eröffnet, allerdings nicht als Akademieinstitut, sondern - wie der Kärntner Gauamtsleiter dem Akademiepräsidenten mitteilte - auf Führerentscheid als „Reichsinstitut“, das „nicht als Teil einer anderen wissenschaftlichen Arbeitsstätte, sondern möglichst selbständig bestehen soll“.²⁸⁴ Diesen Anspruch auf Selbstständigkeit betonte auch Gauleiter Rainer in seiner Eröffnungsansprache, sollte das Institut doch Hilfsdienste für die politische Aufgabe der „Eindeutschung“ Oberkrains - u. a. durch die Aussiedlung der slowenischen Bevölkerung - verrichten. Der Charakter der Wissenschaftlichkeit sollte durch die Anbindung des Instituts an die Universität Graz gewahrt werden, über die es auch größtenteils finanziert wurde.²⁸⁵

12.2.15 Verordnete Zweitrangigkeit

Welch geringe Bedeutung die Berliner Zentralstellen der Wissenschaft im vormaligen Österreich und speziell der Akademie der Wissenschaften zuschrieben und wie diese durch Zentralisierung und Vereinheitlichung in die zweite Reihe gedrängt wurde, soll durch drei Fallbeispiele verdeutlicht werden. In einem Erlass vom 21. Oktober 1940, der die seit 1937 unterbrochenen und nunmehr wiederaufzunehmenden wissenschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion betraf, forderte das REM Wissenschaftler des Deutschen Reichs auf, Überblicke „über den Stand der sowjet-russischen Wissenschaft“ in den jeweiligen Fächern durch jeweils einen ausgewiesenen Fachmann zu erstellen.²⁸⁶ Unter den 58 ausgewiesenen Berichterstattern war ein einziger an einer vormals österreichischen Universität tätiger Professor, nämlich Friedrich Plattner, Physiologe an der Universität Wien und Staatskommissar für Erziehung, Kultus und Volksbildung im Ministerium für In-

²⁸² Siehe oben, 44.

²⁸³ AÖAW, Allg. Akten, Nr. 305/1941, Heinrich Srbik an [Gauamtsleiter Kärnten] Ernst Dlaska, 22.11.1941.

²⁸⁴ Ebd., Ernst Dlaska an Heinrich Srbik, 28.1.1942.

²⁸⁵ FRITZL, „... für Volk und Reich“, 1992, 131.

²⁸⁶ AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 20.12.1940 (A 958); AÖAW, Allg. Akten, Nr. 52/1941, REM betr. die wissenschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland, 21.10.1940.

neres und kulturelle Angelegenheiten. Bezeichnenderweise war Plattner auch Bürger des „Altreichs“.²⁸⁷

Die Zentralisierungsabsichten besonders deutlich zeigt der Plan des Präsidenten der Preußischen Akademie der Wissenschaften, die Publikations-tätigkeit der deutschen Akademien im naturwissenschaftlichen Bereich in Berlin zu konzentrieren.²⁸⁸ Vahlen regte bei den einzelnen Sozietäten der Reichsakademie die Gründung einer neuen Zeitschrift an, in der wichtige Originalarbeiten der sieben Akademien des Deutschen Reichs veröffentlicht werden sollten. Die Akademie der Wissenschaften in Göttingen lehnte dieses Vorhaben vehement ab, Wien schloss sich „vollinhaltlich“ an.²⁸⁹ Der Göttinger Akademiepräsident brachte mehrere Argumente vor, darunter, „dass jedem deutschen Stamm in seinem Lebensraum die vollste Freiheit in der Entwicklung und Organisation der von ihm entwickelten Wissenschaft gelassen werde“. Schließlich befürchteten Göttingen und Wien, „auf das Mass zweitklassiger nachgeordneter Stellen herabgedrückt zu werden“ und ihre bestehenden Publikationsorgane einzubüßen, wenn „keine wesentlichen Mengen wissenschaftlich belangvoller Druckerarbeiten“ mehr übrig“ blieben.²⁹⁰ Der Plan Vahlens wurde nicht weiterverfolgt.

Die Berliner Akademie der Wissenschaften erhob als Vorort der Reichsakademie einen klaren Führungsanspruch, was die sieben Akademien des „Dritten Reichs“ betraf, obwohl dieser zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht durch eine Satzung der Reichsakademie geregelt war. Dieser Anspruch wird in einer Auseinandersetzung zwischen der Berliner und der Wiener Akademie im Jahr 1944 deutlich: Srbik hatte auf Anfrage des Reichsdozentenbundführers zum Stand, zur Stellung und zu den Aufgaben der Akademien der Wissenschaften sowie zu ihrem Verhältnis zum NS-Dozentenbund ein Positionspapier der Akademie der Wissenschaften in Wien übermittelt.²⁹¹ Die Berliner Akademie, die darüber von Wien informiert worden war, ließ Srbik ausrichten, dass „die Anfrage der Reichsleitung des Reichsdozentenbundes nur von der Berliner Akademie als Vorort der sieben deutschen Akademien der Wissenschaften beantwortet werden kann“.²⁹² An dieser Reaktion ist klar zu erkennen, dass die Berliner Akademie ihren

287 Zu Plattner vgl. ASH, Die Universität Wien, 2015, 124f.

288 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 105/1941, Der kommissarische Präsident der Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft (Vahlen) an Heinrich Srbik, 25.4.1941.

289 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 4.7.1941 (A 964); AÖAW, Allg. Akten, Nr. 105/1941, Heinrich Srbik an die Akademie der Wissenschaften in Göttingen, 5.7.1941.

290 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 105/1941, Akademie der Wissenschaften in Göttingen an Heinrich Srbik, 15.5.1941; vgl. GRAF-STUHLHOFER, Die Akademie, 1995, 141; MATIS, Anpassung 1997, 60.

291 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 145/1944, Stand, Aufgaben, und Bedeutung der Akademie der Wissenschaften in Wien [verf. v. Heinrich Srbik, exp. an Kurt Knöll, 6.10.1944].

292 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 145/1944, Helmuth Scheel (Direktor der Preußischen Akademie) an Wilhelm [recte: Wilfrid] Oberhammer, 2.10.1944.

Führungsanspruch geltend machte und die Wiener Akademie auf einen untergeordneten Rang verwies.

Die hier angeführten Beispiele zeigen, dass die institutionelle Autonomie der Wiener Akademie trotz der Verteidigungsinitiativen ihres Präsidenten empfindlich gefährdet war. Nachdem sich das Problem der Berliner Zentralisierungswünsche mit dem Kriegsende von selbst erledigt hatte, deutete die Wiener Akademie ihr Ringen um Selbstständigkeit als Widerstand gegen den Nationalsozialismus um.

12.2.16 Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs

In der ersten Feierlichen Sitzung nach Beginn des Zweiten Weltkriegs bekundete Akademiepräsident Heinrich Srbik in seiner Eröffnungsansprache am 31. Mai 1940 die „unwandelbare Treue“ der Akademie zum Großdeutschen Reich „in der Zeit des Krieges“.²⁹³ Treuebekundungen dieser Art wie auch Siegesparolen gab Srbik auch noch in den Folgejahren aus. Zugleich machten allerdings die Jahresberichte, die traditionell anlässlich der Jahressitzungen erstattet wurden, die zunehmende Beeinträchtigung der Tätigkeit der Akademie durch den Krieg deutlich. 1940, ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn, bezogen noch 500 Institute und Stellen „des [...] befreundeten und neutralen Auslandes“ die Akademiepublikationen auf dem Tauschweg.²⁹⁴ Der Schriftentausch mit der Sowjetunion wurde zwar in der Folge des Hitler-Stalin-Paktes bis zum Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wiederaufgenommen, der Tausch mit wichtigen US-Institutionen aber 1940 für beendet erklärt. Auch Wissenschaftseinrichtungen anderer Staaten wie die Royal Irish Academy in Dublin stoppten daraufhin das Austauschprogramm mit Wien, 1941 schließlich auch das American Institute of Physics und die American Geographical Society of New York.²⁹⁵

Der Krieg wirkte sich, wie es im Bericht des Generalsekretärs 1942 heißt, „naturgemäß im wissenschaftlichen Leben der Akademie etwas aus“. Die Anzahl der einlaufenden Zeitschriften verringerte sich „auf einen Bruchteil des Friedensumfanges“ mit weit geringerer Seitenzahl, und auch die Anzahl der wissenschaftlichen Beiträge in den Druckschriften der Akademie selbst sank erheblich.²⁹⁶ Im Arbeitsjahr 1943/44 konnte die math.-nat. Klasse infolge der kriegswirtschaftlichen Papierbeschränkungen kein einziges Heft ihrer *Sitzungsberichte* und *Denkschriften*, die phil.-hist. Klasse nur je einen Band der *Sitzungsberichte* und ihres *Anzeigers* erscheinen lassen.²⁹⁷ Die Publikationsstätigkeit der Akademie wurde durch den Krieg „beträchtlich gehemmt“.²⁹⁸

293 Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 90 (1940), 156.

294 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 90 (1940), 163; siehe Kapitel 26, 315.

295 Vgl. SEEBACHER, Building a New Europe, 2021, 209f.

296 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 92 (1942), 176.

297 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 94 (1944), 105; Bericht des Sekretärs der phil.-hist. Klasse, in: Alm. 94 (1944), 152.

298 Bericht des Sekretärs der phil.-hist. Klasse, in: Alm. 94 (1944), 152.

Während geplante Ausgrabungen aufgrund der Kriegshandlungen zurückgestellt wurden und die Beobachtungstätigkeit wegen militärischer Nutzung von Forschungsstationen wie derjenigen auf dem Hohen Sonnblick eingeschränkt werden musste, profitierten Akademieeinrichtungen vereinzelt auch vom Krieg: Das Phonogrammarchiv berichtete 1942, dass seine Tätigkeit „planmäßig fortgesetzt [...] und mit der Durchführung kriegsbedingter Aufgaben eine Steigerung“ erfahren habe, u. a. durch einen „namhaften Zuwachs“ von Sprachaufnahmen der rüksiedelnden Dobrudscha- und Bessarabien-Deutschen.²⁹⁹ Die größten Hemmnisse stellten die verzögerte Lieferung angekaufter Apparate und Gerätschaften sowie die Einziehung der jüngeren wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie zur Wehrmacht dar. 1942 beklagte die Akademie erstmals den Tod eines ihrer Angestellten: Alexander Laky, Mitarbeiter der Wörterbuchkanzlei, war in der Ukraine gefallen.³⁰⁰ 1943 fiel ein weiterer Mitarbeiter der Kanzlei des Österreichisch-Bayerischen Wörterbuches, Wolf Isebrand Much, Sohn des Germanisten Rudolf Much (1912 wM), an der südlichen Ostfront.³⁰¹ 1944 wurden im Verzeichnis der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie zwei Frauen - Hannah Kralik und Maria Jechl (später Hornung) - mit dem Zusatz „Kriegsersatzkraft“ (für die Kommission für das Österreichisch-Bayerische Wörterbuch) angeführt.³⁰² Bis zum Jahresende 1945 waren drei wissenschaftliche Akademiemitarbeiter noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt: Walter Ruth, der Leiter des Phonogrammarchivs, Friedrich Karl Dörner, Assistent der Kleinasiatichen Kommission, und Franz Roitinger, Angestellter der Wörterbuchkanzlei.³⁰³ Drei Mitglieder waren noch in den letzten Kriegstagen 1945 dem Bombenkrieg zum Opfer gefallen: der Slawist und Historiker Carl Patsch (1928 wM) in Wien sowie der klassische Philologe Karl Prinz (1939 kM I) und der Jurist Paul Puntschart (1927 kM I) in Graz.³⁰⁴

12.2.17 Die Legende vom Widerstand

Ebenso wie die fünf deutschen Akademien gab die Akademie der Wissenschaften in Wien ab 1945 den Kampf gegen die Fremdbestimmung durch die Berliner NS-Zentralstellen als Widerstandshandlung aus. Zusätzlich konnte auf die Suprematie der Berliner Akademie in der NS-Zeit verwiesen werden. Das gescheiterte Projekt der Reichsakademie bot dafür einen wichtigen Ansatzpunkt. In Wien betonte Richard Meister in seiner 1947 zum 100-jährigen Jubiläum erschienenen Akademiegeschichte, dass „die alten Akademien und insbesondere die Wiener Akademie [...] diesem Plane [einer Reichsaka-

299 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 92 (1942), 180.

300 Bericht des Sekretärs der phil.-hist. Klasse, in: Alm. 92 (1942), 231.

301 Bericht des Sekretärs der phil.-hist. Klasse, in: Alm. 94 (1944), 150.

302 Vgl. Angestellte der Kommissionen und Institute, in: Alm. 94 (1944), 14.

303 Vgl. Bericht über die personelle Neuordnung der Akademie nach dem 27. April 1945, in: Alm 95 (1945), 91.

304 Vgl. Bericht des Stellvertreters des interim. Leiters, in: Alm. 95 (1945), 128-130.

demie] von Anfang an Widerstand geleistet“ hätten, was wesentlich dazu beigetragen habe, dass er nicht ausgeführt worden sei.³⁰⁵ Letztlich, so Meister in der ersten regulären Gesamtsitzung nach Kriegsende am 22. Juni 1945, sei Srbik, der die Akademie „durch die ganze Zeit in keiner Weise im Geiste des Nationalsozialismus geleitet hat“, „mit mannhaftem Einsatz seiner ganzen Person gegen untragbare politische Zumutungen selbst des Reichswissenschaftsministeriums aufgetreten“.³⁰⁶

Tatsächlich hatte sich Wien mit zunehmend resignativer Haltung dem Widerstand der Akademien in Göttingen, Heidelberg, Leipzig und München gegen Berlin als Zentrale, der sich die anderen Akademien unterordnen sollten, angeschlossen. Die Rede vom Widerstand war aber eine – wie es der Historiker Peter Nötzoldt formuliert – 1945 erfundene „Legende“ zum Zweck der notwendig gewordenen Selbstbehauptung angesichts der prekären politischen Verhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren. Die Akademien hatten die Umformung des Kartells in eine hierarchisch strukturierte Reichsakademie nicht deswegen abgelehnt, weil sie von Nationalsozialisten betrieben wurde, sondern wegen des Berliner Anspruchs auf Vorherrschaft, Zentralisierung und Vereinheitlichung sowie die damit verbundene Fremdbestimmung der dezentralen Akademien: „Nichts davon war spezifisch nationalsozialistisch.“³⁰⁷

12.3 Akademieforschung im Dienst des „Dritten Reichs“

Während der NS-Zeit wahrten vornehmlich ältere, der NSDAP nicht angehörende Mitglieder der Wiener Akademie in den meisten Kommissionen „weitgehende Kontinuität in der Forschungsarbeit“.³⁰⁸ Zugleich begann die Akademie im Sinne ihrer seit Juli 1938 in der Satzung festgelegten ideologischen Zweckbestimmung, „die Wissenschaft im Dienste des deutschen Volkes durch selbständige Forschungen ihrer Mitglieder und durch Anregung und Unterstützung fremder Leistungen zu fördern“ (§ 1),³⁰⁹ neue Forschungsunternehmungen in zwei Kernbereichen: in der Volkstums- und Rasseforschung sowie der Erforschung neuer Methoden der Energiegewinnung durch Kerntechnologie. Wie zu zeigen sein wird, versuchte die Akademie, sich durch die Schwerpunktsetzung auf für Staat und Partei relevante Zweckforschung im nationalsozialistischen Sinn zu profilieren. Ihre 1910 institutionalisierte Radiumforschung stellte sie auf kernphysikalische Forschung um, statt traditioneller Sammelforschung betrieb sie projekt- und

305 MEISTER, Geschichte, 1947, 183.

306 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 22.6.1945 (A 995).

307 NÖTZOLDT, Die deutschen Wissenschaftsakademien, 2014, 152.

308 MATIS, Anpassung, 1997, 42.

309 Vorläufige Satzung v. 22.7.1938, § 1.

gruppenförmig organisierte deutsche Volkstumsforschung. Der räumliche Forschungsfokus lag eindeutig auf dem deutschen Südosten. Innerhalb der Akademie beschäftigen sich Sprachwissenschaftler, Archäologen und Anthropologen in einschlägigen Spezialkommissionen und im Phonogrammarchiv mit der Erforschung des sogenannten Grenz- und Inseldeutschtums. Parallel dazu widmeten sich an den Hochschulen und Universitäten vor allem Humangeografen der deutschen Volkstumsarbeit. Mit der sogenannten Südostforschung an der Universität Wien war die Akademie der Wissenschaften vor allem durch die Zentralfigur der sich etablierenden Raumforschung, wM Hugo Hassinger (1877-1952), verbunden. Hassinger leitete als Professor für Geografie an der Universität Wien die universitären Arbeitsgruppen und war Mitglied in den einschlägigen Akademiekommissionen. Eines der zentralen Ziele der Südostforschung war, wie Hassinger selbst es formulierte, Vorarbeit für „die Flurbereinigung des deutschen Volkstums im Donaauraum“ zu leisten.³¹⁰ Zu diesem Zweck wurden noch junge Forschungsfelder wie die Raumforschung und die Lautgeografie gestärkt sowie innovative Darstellungsformen wie Sprach- und Grenzlandatlanten innerhalb und außerhalb der Akademie verwendet. Im folgenden Abschnitt werden Neuerungen in den Forschungsaktivitäten der Akademie und ihren strategischen Wiener Partnerinstitutionen in der NS-Zeit untersucht.

12.3.1 Dialektatlas und Lautdenkmal

Das „erste Heil Hitler und [Heil] Österreich“³¹¹ erreichte die Wörterbuchkommission der Wiener Akademie der Wissenschaften telegrafisch am 13. März 1938; es war von den Leitern der Zentralstelle für den Sprachatlas des Deutschen Reichs in Marburg/Lahn, Walther Mitzka und Bernhard Martin, gesendet worden. Tage später wünschte auch die Wörterbuchkommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, deren Vorsitzender der nationalsozialistische Sprachwissenschaftler Erich Gierach (1927 kM A) war, „ihren [Wiener] Freunden im neuen Großdeutschland Glück“.³¹² Der Deutsche Sprachatlas in Marburg, die Münchner und die Wiener Wörterbuchkanzlei, Dienststellen der jeweiligen Wörterbuchkommissionen, standen seit rund zweieinhalb Jahrzehnten in Verbindung. Durch den „Anschluss“ ergaben sich erweiterte Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die

310 HASSINGER, Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 1941, 94; AUW, Nachlass Hugo Hassinger, K. 27, Hugo Hassinger (Ms.), Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen und die Geographische Gesellschaft zu Wien. Aus dem Protokoll der Tagung deutscher wissenschaftlicher Ost- und Südostinstitute in Breslau am 25. bis 27. Sept. 1941.

311 AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Deutscher Sprachatlas, Marburg/Lahn [unterzeichnet von Walther Mitzka und Bernhard Martin] an die Akademie der Wissenschaften in Wien, 13.3.1938.

312 AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Bayerische Akademie der Wissenschaften. Wörterbuchkommission [unterzeichnet von Erich Gierach u. a.] an die Wörterbuchkanzlei der Akademie der Wissenschaften, 18.3.1938.

sich im neuen wissenschaftlichen Programm der Wiener und der Münchner Wörterbuchkanzlei niederschlugen: Die Arbeiten am *Österreichisch-Bayerischen Wörterbuch* wurden zurückgestellt, dafür wurden zwei neue nationalsozialistische Projekte von volkstumpolitischer Relevanz auf den Weg gebracht: der Bayerisch-österreichische (ab 1940 Ostoberdeutsche) Dialektatlas (mit Gierach) und, in Verbindung mit Mitzka und Martin, die Aufnahme der „Ostmark“ in das „Lautdenkmal reichsdeutscher Mundarten“. Handelnde Akteure aus Wien waren Anton Pfalz (1885–1958, Abb. 25) und Eberhard Kranzmayer (1897–1975, Abb. 26).³¹³ Pfalz leitete von 1920 bis 1945 die Wörterbuchkanzlei in Wien, Kranzmayer von 1938 bis 1945 die Wörterbuchkanzlei in München.

Der Ostoberdeutsche Dialektatlas: Die beiden Wörterbuchkanzleien waren Einrichtungen des 1911 zwischen der kaiserlichen und der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vereinbarten Unternehmens „Bayerisch-Österreichisches Wörterbuch“.³¹⁴ Um ein solches zu erstellen, zeichneten Sprachwissenschaftler der beiden Kanzleien ab 1913 auf der Basis von Fragebögen und später von Erhebungen bei sogenannten Kundfahrten den Wortschatz der bairischen Mundarten auf, teilweise gestützt durch phonographische Aufnahmen. Dabei beschränkte sich die Münchner Kanzlei auf Bayern, während die Wiener Kanzlei ihr Augenmerk auf die Erforschung der deutschen Sprachinseln in den anderssprachigen Provinzen der Monarchie (und der Nachfolgestaaten) legte. Ab 1924 widmete sich die Wiener Wörterbuchkanzlei unter Pfalz und unter Mitwirkung von Walter Steinhauser³¹⁵ verstärkt der Dialektgeografie, einer Methode zur kartografischen Darstellung der Verbreitung von Mundarten, und richtete dabei ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die bairischen Dialekte des Grenz- und Auslandsdeutschtums.³¹⁶

Das Deutsche Reich förderte die auslandsdeutsche Lexikografie in seinem eigenen volkstumpolitischen Interesse: Zum einen sollte durch die

313 Als NSDAP-Mitglieder (Pfalz 1937; Kranzmayer 1940) wurden beide 1945 mit Berufsverbot belegt. Pfalz (kM I 1939) wurde 1945 als Professor der Universität Wien entlassen und 1949 in den Ruhestand versetzt, Kranzmayer kehrte 1949 an die Wiener Wörterbuchkanzlei zurück, deren Leitung er 1964 als Professor für Deutsche Sprachwissenschaft an der Universität Wien und Mitglied der ÖAW (kM I 1951, wM 1967) übernahm; vgl. FENGLER, Biogramme, 2013, 228 u. 238.

314 Die am 15. März 1911 an der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften eingesetzte Kommission zur Herausgabe eines Österreichisch-Bayerischen Wörterbuches wurde 1930/31 umbenannt in Kommission zur Schaffung des Österreichisch-Bayerischen Wörterbuches und zur Erforschung unserer Mundarten; vgl. Spezialkommissionen, in: Alm. 81 (1931), 101.

315 Walter Steinhauser war von 1913 bis zu seiner Ernennung zum ao. Professor der germanischen Sprachgeschichte und Altertumskunde an der Universität Wien 1935 Mitarbeiter der Wiener Wörterbuchkanzlei. Als NSDAP-Mitglied (seit 1932) wurde er 1945 an der Universität Wien entlassen und nach Aufhebung der Entlassung 1947 in den Ruhestand versetzt. 1940 war er zum „korrespondierenden Mitglied, Reichsbürger“ gewählt worden; vgl. FENGLER, Biogramme, 2013, 249.

316 Vgl. PFALZ, XII. Bericht, 1925, 4.



25. Anton Pfalz,
Leiter der Wörter-
buchkanzlei in
Wien 1920–1945,
1939 kM



26. Eberhard
Kranzmayer, Leiter
der Wörterbuch-
kanzlei in München
1938–1945

Dokumentation der Gegenwartsdialekte der Sprachinseln der kulturellen Anpassung des sogenannten auslandsdeutschen Volkstums an die fremdsprachige Umgebung entgegenwirkt werden;³¹⁷ zum anderen sollte für gemischtsprachige Grenzgebiete der Nachweis deutscher „Kulturbringerschaft“ und Aufbauarbeit erbracht werden. Diese Absichten wurden von österreichischen Sprachforschern wie Kranzmayer, der als Student - wie er selbst von sich behauptet - im sogenannten Kärntner Abwehrkampf „für das Deutschtum Oesterreichs [...] mit Leben und Blut eingestanden“ war, bereitwillig mitgetragen.³¹⁸ Er hatte sich als junger Mitarbeiter der Wörterbuchkommission mit Sprachgrenzen beschäftigt und diese bis 1940 auf 1.441 Sprachkarten festgehalten - eine Methode, die sein Lehrer Pfalz ab 1924 angewandt hatte.³¹⁹ Kranzmayer erforschte mit einem solchen dialektgeografischen Fokus in den frühen Jahren seiner wissenschaftlichen Karriere u. a. die von Tirol aus besiedelten sieben Sprachinseln nördlich von Vicenza (Italien); seine Forschungen wurden zwischen 1926 und 1929 von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gefördert. Für „Forschungen über die Mundarten im südlichen und östlichen deutschen Grenzland“ erhielt er zwischen 1933 und 1937 Beihilfen von der Deutsch-Österreichischen Wissenschaftshilfe.³²⁰ Seine Absicht bestand u. a. darin, zu zeigen, dass „das moderne deutsche Grenzland in Kärnten seinen kulturellen Aufbau einzig und allein nur deutscher Kulturarbeit zu danken hat und dass die

317 EHLERS, Wörterbuchpolitik, 2014, 183f.

318 AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 13.5.1942.

319 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 15.11.1940.

320 Vgl. EHLERS, Wille, 2010, 131.

Kultur unserer Nachbarvölker in überraschend vielen Punkten an spezifisch deutsche Lebensformen anknüpft“.³²¹

Im Jänner 1938 übernahm er die Leitung der Münchner Wörterbuchkanzlei mit dem Ziel, „die Gleichrichtung der Arbeitsweise bei den beiden Kommissionen“ sicherzustellen.³²² Schon wenige Monate später, nach dem „Anschluss“, wurden Pfalz und Kranzmayer aufgrund ihrer kartografischen Vorarbeiten mit der Herausgabe des Bayerisch-Österreichischen Sprachatlases betraut. Dem Atlasprojekt kam im Nationalsozialismus die wichtige Rolle zu, völkische Besitzstände zu definieren.³²³ In diesem Sinne setzte der Wiener Geograf Hugo Hassinger, Mitglied der Wörterbuchkommission der Wiener Akademie, in seinem Artikel in der Festschrift für Erich Gierach Sprach- und Volkstumskarten gleich. Die Sprache wurde „als entscheidendes Merkmal der Zugehörigkeit [...] des einzelnen zu einem Volk“, die Mundart als wichtigstes Merkmal seiner Zugehörigkeit zu „Gliedern eines Volkes“ betrachtet. Karten dienten „als Belege für Rechtsansprüche im volkspolitischen Kampf“.³²⁴ Am 10. Mai 1939 beschlossen die Wiener und die Münchner Wörterbuchkommission in einer Sitzung an der Akademie der Wissenschaften in Wien die Herausgabe und Drucklegung des Bayerisch-österreichischen Sprachatlases. Anfang 1941 lagen die ersten beiden Kartenblätter vor.³²⁵

Kranzmayer und Pfalz hatten bei ihrem Atlasprojekt ständig neue Herausforderungen zu bewältigen, so etwa die Notwendigkeit einer permanenten Anpassung der Grundkarte durch die Verschiebung der Grenzverläufe des „Dritten Reichs“; die Einholung der Zustimmung im Auswärtigen Amt für die Verwendung der deutschen Ortsnamen in Südtirol trotz der Aussiedlung vieler deutschsprachigen Bewohner/innen; die Verschleierung der Sprachgrenzverhältnisse nach der Besetzung der Untersteiermark durch die Wehrmacht 1941; den Streit um die Herausgeberschaft des Atlases, der zwischen Pfalz und Kranzmayer entbrannte, sowie über die vom Reichspropagandaministerium geforderte, von Kranzmayer vertretene, von Pfalz aber abgelehnte und als „Diskriminierung des Namens Österreich“ empfundene Umbenennung des Kartenwerks in „Ostoberdeutscher Atlas“; schließ-

321 Arbeitsbericht und Folgeantrag Kranzmayers an die Deutsch-Österreichische Wissenschaftshilfe, 13.7.1934, zit. n. EHLERS, Wille, 2010, 131.

322 PFALZ, XXIII. Bericht, 1938, 18.

323 Die politische Bedeutung der Sprach- und Lautgeografie in der Zeit des Nationalsozialismus zeigt sich auch darin, dass die „ostmärkische Mundartforschung“ 1940 in den Lehr- und Forschungsbetrieb der Universität Wien durch Schaffung der Abteilung Mundartforschung und Phonetik unter der Leitung von Anton Pfalz in das Germanistische Institut eingegliedert wurde; vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Anton Pfalz an Walther Mitzka, 5.12.1940.

324 HASSINGER, Bemerkungen, 1941, 47f. Hassinger schlug in der Wörterbuchkommission vor, dass in der der neuen Reichsgrenze angepassten Grundkarte für den Bayerisch-Österreichischen Dialektatlas „das nichtdeutsche Gebiet grau angelegt wird“; AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 31.1.1939.

325 PFALZ, XXIV. Bericht, 1942, 24.

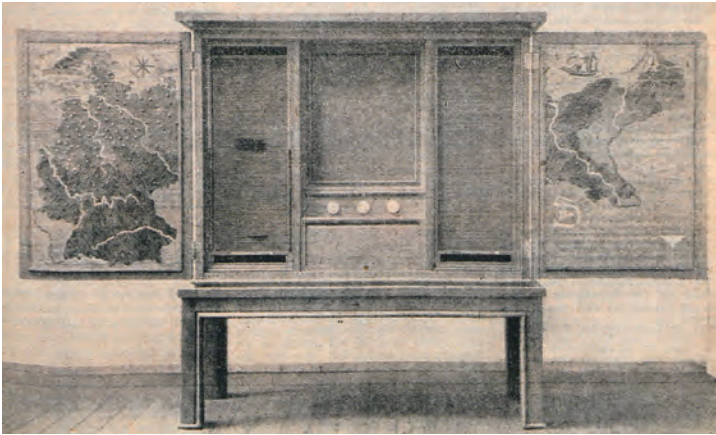


lich die Verzögerungen, die sich durch die Einberufung des Kartografen und durch Kranzmayers Bestellung zum Leiter des Instituts für Kärntner Landesforschung der SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“ im Jahr 1942 ergaben.³²⁶ Obwohl die Kartenentwürfe und Begleittexte bis 1944 druckfertig ausgearbeitet waren,³²⁷ konnte der Atlas vor Kriegsende nicht mehr erscheinen, und er sollte auch danach - wie in Kapitel 15 ausgeführt - trotz eifriger Bemühungen Kranzmayers nicht publiziert werden.

27. Grundkarte für Eberhard Kranzmayers Sprachatlas

326 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, daraus folgende Dokumente: Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 11.11.1940; Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 15.11.1940; Ergebnisse der Besprechung in Wien am 8. und 9.1.1941 [über die Herausgabe des Dialektatlases durch die Münchner und Wiener Akademie]; Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 20.2.1941; Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 7.5.1942; Anton Pfalz an Eberhard Kranzmayer, 11.5.1942; Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 13.5.1942; Anton Pfalz an Eberhard Kranzmayer, 16.5.1942; Eberhard Kranzmayer an Anton Pfalz, 24.7.1942.

327 Vgl. MEISTER, Vorwort, 1963, 13-15.



28. a) Lautdenkmal reichsdeutscher Mundarten, Fassung von 1937
 b) Lautdenkmal, Landesteil Oesterreich, archiviert im Phonogrammarchiv der ÖAW, Aufnahme 2021

Das Lautdenkmal reichsdeutscher Mundarten: Das zweite Projekt, mit dem Kranzmayer und Pfalz in den Wörterbuchkanzleien der Wiener und der Münchner Akademien der Wissenschaften beschäftigt waren, war ebenfalls von politischer Bedeutung: Es handelte sich um die Aufnahme der „Ostmark“ in das „Lautdenkmal reichsdeutscher Mundarten“, gedacht als „Geburtstagsgeschenk für unseren Führer“, wie es Kranzmayer in einem 1939 veröffentlichten Artikel formulierte.³²⁸ Der Reichsbund der deutschen Beamten hatte zum 20. April 1937 dem Reichskanzler eine Sammlung von rund 300 Schallplatten mit Aufnahmen der wichtigsten Mundarten des Deutschen Reichs in seinen damaligen Grenzen übergeben.³²⁹ Das Lautdenkmalprojekt wurde politisch von Fritz Debus und Julius Vogel, beide hochrangige Funktionäre im NS-Beamtenbund, und wissenschaftlich von den eingangs erwähnten Marburger Dialekt- und Volkstumsforschern Walter Mitzka und Bernhard Martin geleitet. Mit der technischen Umsetzung wurde die Telefunken GmbH betraut.³³⁰

Im März 1938 erteilte Debus Kranzmayer und Pfalz den „ehrvollen Auftrag“, „zunächst auch in der Ostmark ein ähnliches Lautdenkmal zu schaffen“.³³¹ Die Wiener Ausgabe des *Völkischen Beobachters* berichtete am 22. April 1938, dass dem „Führer und Reichskanzler [zu seinem Geburtstag] die Ergänzung des Lautdenkmals reichsdeutscher Mundarten zur Zeit Adolf Hitlers durch Aufnahme der deutschen Mundarten im Lande Österreich gemeldet“

328 KRANZMAYER, Lautdenkmal, 1939, 113-115.

329 Die Schallplattensammlung wurde mit einem Plattenspieler in einem aufwendig gefertigten Schrank untergebracht, dessen Flügeltüren in Einlegearbeit die Karte der Aufnahmeorte zeigte. Eine Abbildung des Plattenschranks befindet sich bei N. N., Das Lautdenkmal deutscher Mundarten, in: Radio-Helios 14 (1937), 1064, und in der Nationalsozialistischen Beamten-Zeitung 6/15 (1937), 385.

330 Vgl. BRAUN, „Lautdenkmal“, 2015; WILKING, Der Deutsche Sprachatlas, 2003, 203-220; PURSCHKE, Lautdenkmal, 2021.

331 KRANZMAYER, Lautdenkmal, 1939, 113.

worden war. Nach der Fertigstellung war die Überreichung des ergänzten Lautdenkmals als Geburtstagsgeschenk vorgesehen (Abb. 28a und b).³³²

Zwischen April und Juli 1938 unternahmen Kranzmayer und Pfalz, ausgestattet mit einer „fahrbaren Apparatur der Telefunktengesellschaft“, zwei „Kundfahrten“ durch das „befreite Österreich“. ³³³ Ziel der Unternehmung war die Erzeugung eines Tondokuments, um „das große Glück des Anschlusses“ – wie es Kranzmayer formulierte – in Form eines Sprachdenkmals zu verewigen und dem „Führer“ die Ergriffenheit der Ostmärker angesichts des „gewaltigen Geschenk[s] der Befreiung“ zu bekunden.³³⁴ Das Lautdenkmal bezeichnete Kranzmayer als „ein unersetzliches Werk“ für die Sprachforschung, ergab sich für ihn doch die einzigartige Chance, die „echte, unverfälschte Mundart“ in Österreich mit modernster Aufnahmetechnik auf einen Tonträger zu übertragen.³³⁵

Die erste Station war Hitlers Geburtsstadt Braunau am Inn. An den dort durchgeführten Aufnahmen beteiligten sich neben Kranzmayer, Pfalz und Debus auch Dietrich Kralik-Meyrswalden, wM und Mitglied der Wiener Wörterbuchkommission, sowie ein Techniker der Telefunken GmbH.³³⁶ Die Lautdenkmal-Aufnahmen wurden anschließend in Wien und München transkribiert, außerdem wurden volkskundliche Texte für ein Beiheft verfasst. Im März 1939 stand schließlich die Reihenfolge der für die Drucklegung vorbereiteten Sprachproben und Lautdenkmal-Texte fest.³³⁷ Das ostmärkische Lautdenkmal umfasste Aufnahmen von Mundartsprechenden in 64 Erhebungsorten aus sämtlichen Alpen- und Donau-Reichsgauen. Auffallend ist, dass in der Millionenstadt Wien nur eine einzige Aufnahme gemacht wurde. Durch das Kranzmayer-Pfalz'sche Lautdenkmal sollte offenbar nicht die Sprache der Stadtbewohner, sondern der zeitgenössische bäuerliche Sprachschatz verewigt werden.³³⁸ Das Ziel, Hitler die Aufnahmen im Jahr 1939 zu seinem 50. Geburtstag zu überreichen,³³⁹ wurde wegen Zeitmangels nicht erreicht.³⁴⁰ 1940 berichtete die Zeitschrift *Das deutsche Volkslied*, dass „inzwischen [...] durch den Anschluß Österreichs und des Sudetenlandes die 300 Schallplatten aus dem Altreich durch 100 weitere ergänzt und ebenfalls dem Führer übergeben worden“ seien. Die Aufnahmen werden darin als „das schönste Geschenk“ bezeichnet, „das man unserem Füh-

332 Völkischer Beobachter, Wiener Ausgabe, 22.4.1938, 9.

333 AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Anton Pfalz an Heinrich Weigl, Obersulz, 5.4.1938.

334 KRANZMAYER, Lautdenkmal, 1939, 114.

335 Ebd., 113f.

336 Vgl. BRAUN, „Lautdenkmal“, 2015, 48.

337 Vgl. ebd., 52.

338 Vgl. ebd., 58.

339 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Fritz Debus an Anton Pfalz, 11.11.1938.

340 In den „Randgebieten von Ober- und Niederdonau“ war die Mitwirkung von Pfalz vorgesehen; vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Fritz Debus an Anton Pfalz, 23.11.1938; Anton Pfalz an Fritz Debus, 26.11.1938.

rer geben konnte“. Die Bedeutung des Lautdenkmals für Hitler meinte der Autor aufgrund der „Tatsache“ feststellen zu können, „daß er [der „Führer“] sich diese Platten immer dann anhört, wenn er mit seinem Volk allein sein will“.³⁴¹

Dass die Wörterbuchkommission der Akademie der Wissenschaften im Hinblick auf die Lautdenkmal-Aufnahmen Handlanger einer politischen Unternehmung des NS-Staats war, liegt auf der Hand. So ist es auch nicht verwunderlich, dass vom Lautdenkmal niemals in einer offiziellen Publikation der Akademie die Rede war, obwohl diese Unternehmung neben dem Bayerisch-Österreichischen Dialektatlas (ab 1940 Ostoberdeutscher Dialektatlas) das Leitprojekt der Wörterbuchkanzlei (1994 Institut für Österreichische Dialekt- und Namenlexika DINAMLEX, bis 2021 Arbeitsgruppe Variation und Wandel des Deutschen in Österreich VaWaDiÖ, heute Forschungsabteilung Sprachwissenschaft am ACDH-CH) der Akademie in der Zeit des Nationalsozialismus darstellte. Die Serie der Lautdenkmal-Aufnahmen in NS-Österreich befindet sich heute im Phonogrammarchiv der ÖAW, ebenso wie eine von der Universität Marburg übertragene Sammlung der Schellackplatten des Lautdenkmals reichsdeutscher Mundarten (1936-1938). Die Aufnahmen liegen seit 2014 in digitalisierter Form vor, sie sollen in historisch-kritischer Form ediert werden.³⁴²

12.3.2 Phonographische Sprach- und Tonaufnahmen

Auch das Phonogrammarchiv stellte sich ab 1938 durch seine Forschungsaktivitäten „in den Dienst nationalsozialistischer Erziehung“.³⁴³ „Den Anforderungen der neuen Zeit entsprechend“, machte es sich das Archiv zur Aufgabe, mit seinen Forschungen, insbesondere den Sprachforschungen, „ein gegenwartspolitisches Interesse“ zu bedienen.³⁴⁴ Das Phonogrammarchiv der kaiserlichen Akademie hatte seit 1899 - später in Zusammenarbeit mit der Wörterbuchkanzlei - die „lebende Muttersprache“ der Monarchie dokumentiert und dabei vorwiegend Proben der deutschen Mundarten aufgenommen.³⁴⁵ Es dokumentierte auch in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie durch Aufnahmen die Verwendung des Deutschen, u. a. in der Tschechoslowakei, und widmete sich ebenso der konservierenden Bewah-

341 N. N., [Buchbesprechung], Bernh. Martin, Die deutsche Volkssprache, München 1939, 3. Band der Sammlung Deutsches Volkstum. Eine Schriftenreihe über deutsche Volkskunde für die Schulung und Erziehungsarbeit der NSDAP, in: Das deutsche Volkslied. Zeitschrift für seine Kenntnis und Pflege 42 (1940) 1/2, 18.

342 Vgl. KOWAR, Anlage, 2017, 15; PURSCHKE, Lautdenkmal, 2021.

343 RUTH, Phonogrammarchiv, 1940, 90.

344 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 4, Heinrich Srbik an Generalleutnant Schwarzenecker, 23.12.1941.

345 RUTH, Phonogrammarchiv, 1940, 88.

„mancher aussterbenden Mundart“ in den deutschen Sprachinseln in Ungarn, Slowenien und Italien.³⁴⁶

Die Mundartforschung bildete auch in der NS-Zeit einen Tätigkeits-schwerpunkt. Hatte das Phonogrammarchiv noch vorwiegend sogenannte oberdeutsche, bairische Mundarten (ab 1912 im Auftrag der Wörterbuchkanzlei) aufgenommen, erweiterte es nunmehr seinen Fokus und ergriff selbst die Initiative: 1940 nahm es Sprachproben von „rüksiedelnden“ Südtirolern auf.³⁴⁷ Die deutschsprachigen Südtiroler waren durch ein Abkommen zwischen Hitler und Mussolini (1939) vor die „Option“ gestellt worden, in das Deutsche Reich umzusiedeln oder Italiener zu werden. 1941 dokumentierte das Phonogrammarchiv die dem Niederdeutschen zugerechnete Mundart sogenannter Volksdeutscher aus Bessarabien und der Dobrudscha (1941), die in verschiedene „Gae der Ostmark rüksiedelten“.³⁴⁸ Die Bessarabiendeutschen sollten nach der Aufteilung der Einfluss-sphären in einem geheimen Zusatzabkommen des sogenannten Hitler-Stalin-Pakts (1939) „heim ins Reich“ geholt werden.³⁴⁹

1940 bewilligte das Präsidium der Akademie den Antrag von Anton Pfalz, Leiter der Wörterbuchkanzlei, Walter Ruth, Leiter des Phonogrammarchivs, und Friedrich Wild (1888-1966), Obmann der Phonogrammarchivs-Kommission, „aus wissenschaftlichen wie aus nationalen Gründen [...] die Mundarten und wenn möglich auch die Volkslieder und -tänze der Südtiroler in ihrer jetzigen Gestalt festzuhalten und dadurch unverfälscht der zukünftigen Forschung zugänglich zu machen“.³⁵⁰ Die Aufnahmen fanden vom 1. bis zum 4. Juli 1940 im Geologischen Institut der Universität Innsbruck statt. Das Phonogrammarchiv, vertreten durch Walter Ruth, verwendete für die Aufnahme die 1939 neu angekaufte Schallplattenapparat-ur von Telefunken. Mit der Projektleitung vor Ort wurde oM Josef Schatz (1871-1950) betraut. Da sich die Umsiedler nur kurze Zeit im Nordtiroler Durchgangslager aufhielten und auf die Sprachaufnahmen nicht vorbereitet werden konnten, zog Schatz anstelle der Umsiedler Südtiroler Studenten in Innsbruck zu Aufnahmen heran. Ergänzend wurden Aufnahmen von tatsächlichen Umsiedlern im Lager Mühlau bei Innsbruck angefertigt. Als Leiter der Wörterbuchkanzlei unterstützte Anton Pfalz das Unternehmen des Phonogrammarchivs mit 1.000 RM. Die Sprachaufnahmen der Südtiroler in Innsbruck wurden in Verbindung mit der 1940 - auf Pfalz' Initiative errichteten

346 Ebd., 89.

347 Vgl. RUTH, Bericht, 1940, 104-106.

348 AÖAW, Phonogrammarchiv K. 1, Konv. 4, Protokoll der Sitzung der Phonogrammarchivskommission, 28.11.1941; Tätigkeitsbericht des Phonogrammarchivs über das Jahr 1941, 25.3.1942.

349 Vgl. SCHMIDT, „Heim ins Reich“?, 2009.

350 AÖAW, Phonogrammarchiv K. 4, Anton Pfalz, Walter Ruth und Friedrich Wild an das Präsidium der Akademie der Wissenschaften in Wien, 29.4.1940.

und von ihm geleiteten³⁵¹ - Abteilung für Mundartforschung und Phonetik des Germanistischen Instituts der Universität Wien durchgeführt.³⁵² In der Jahressitzung der Akademie 1940 berichtete der Generalsekretär, dass sich das Phonogrammarchiv mit dieser „bedeutendsten Arbeit des Jahres [...] in den Dienst der kulturellen Aufgaben der Gegenwart gestellt hat“.³⁵³

1941 bot „die vorübergehende Unterbringung von Rücksiedlern aus Bessarabien und der Dobrudscha in verschiedenen Gauen der Ostmark [...] die einmalige Gelegenheit zur Aufnahme von Proben der betreffenden deutschen Südostmundarten“.³⁵⁴ Auch dieses Projekt führte das Phonogrammarchiv in Verbindung mit der Abteilung für Mundartforschung des Germanistischen Instituts der Universität Wien durch. Die wissenschaftliche Leitung hatten Anton Pfalz und der Musikwissenschaftler Erich Schenk. Unterstützt wurde das Projekt - nach der Bewilligung eines entsprechenden Förderansuchens des Akademiepräsidenten Srbik - durch das Vereinigte Grenzlandamt des Gaus Wien und Niederdonau.³⁵⁵ Diese Initiative erweiterte den Phonogrammbestand des Archivs um Aufnahmen von schwäbischen und niederdeutschen Mundarten.

Ein anderes Forschungsvorhaben, um dessen Genehmigung Srbik im Juli 1940 beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW) ansuchte, kam nicht zustande. Geplant waren - analog den Tonaufnahmen von Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg³⁵⁶ - „Schallplattenaufnahmen von Sprachen und Gesängen polnischer Kriegsgefangener sowie verschiedener Völker und Stämme des französischen und britischen Reiches [...] in Lagern der Ostmark“.³⁵⁷

1940 berichtete der Generalsekretär bei der Feierlichen Sitzung der Akademie, dass auch „einige Aufnahmen von jüdischem Deutsch ostgalizischer Färbung [...] durch die Vermittlung des SS-Oberabschnittes ermöglicht worden waren“.³⁵⁸ Diese von Ruth und Pfalz aufgenommenen Phonogramme finden sich unter dem Titel „Jüdischer Jargon“ aus Lemberg/Lwów, Stanislaw/Iwano-Frankiwsk und Kolomea/Kolomyja in Ostgalizien (Ukraine) in einem „Verzeichnis der Grammophonenaufnahmen“, das Ruth einer NS-affinen Darstellung der Tätigkeit des Phonogrammarchivs im *Anzeiger* von 1940 ange-

351 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Anton Pfalz an Walther Mitzka, 5.12.1940.

352 Vgl. RUTH, Bericht, 1940, 104-106; AÖAW, FE-Akten, Wörterbuch-Kommission, K. 4, Anton Pfalz an Walther Mitzka, 5.12.1940.

353 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 91 (1941), 176.

354 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 4, Tätigkeitsbericht des Phonogrammarchivs über das Jahr 1941, 25.3.1942.

355 Vgl. u. a. AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 4, Tätigkeitsbericht des Phonogrammarchivs über das Jahr 1941, 25.3.1942; Protokoll der Sitzung der Phonogrammarchivkommission v. 25.10.1940.

356 Siehe Kapitel 10, 498.

357 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 4, Heinrich Srbik an OKW, 18.7.1940; Heinrich Srbik an OKW, 19.12.1940.

358 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 90 (1940), 167.

fügt hatte.³⁵⁹ Die Aufnahmen sind bis heute im Onlinekatalog des Phonogrammarchivs angeführt, über die Umstände ihres Zustandekommens liegen derzeit noch keine Forschungen vor.

Zu nennen sind an dieser Stelle auch zwei archivalisch dokumentierte Fälle der Übernahme entzogenen Kulturguts aus dem Jahr 1942 durch das Phonogrammarchiv: Erstens überließ die Nationalbibliothek dem Archiv „131 Walzen in Karton-Rollen, 2 Pliaphon Tonplatten und ein[en] zu den Walzen gehörige[n] Apparat“ aus dem ehemaligen Besitz des enteigneten Missionshauses St. Gabriel.³⁶⁰ Im Einvernehmen mit dem Generaldirektor der Nationalbibliothek stellte Srbik für das Phonogrammarchiv einen Antrag auf Überlassung der Aufnahmen von malaiischen Sprachen auf Walzen, hergestellt durch Paul Schebesta, vorgefunden im aufgelösten Missionshaus St. Gabriel bei Mödling, an den Reichsstatthalter des Reichsgaus Wien.³⁶¹ Der Antrag wurde bewilligt. In der Jahressitzung 1942 berichtete der Generalsekretär der Akademie: „Eine wertvolle Bereicherung erfuhr die Phonogrammsammlung des Institutes durch Übereignung von Beständen des ehemaligen Missionshauses St. Gabriel-Mödling, die über Antrag des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften in Wien vom Herrn Reichsstatthalter in Wien verfügt wurde.“³⁶² Der Verbleib der Aufnahmen ist derzeit unbekannt.

Zweitens beantragte Srbik im Mai desselben Jahres bei der sogenannten Verwaltungsstelle für jüdisches Umzugsgut der Geheimen Staatspolizei (Vugesta), „Tonaufnahmen, die 1915 zu Gunsten des Militärwaisenfonds hergestellt wurden (11 ganze und einige beschädigte Platten, Stimmportraits von Kaiser Franz Josef, 7 Stück, ferner von Erzherzog Friedrich, Erzherzog Josef, Feldmarschall Hötzendorf und Generaloberst Dankl)“ dem Phonogrammarchiv der Akademie zu überlassen.³⁶³ Die 15 der Akademie 1942 übereigneten Grammophonplatten³⁶⁴ wurden 1993 der Österreichischen Mediathek übergeben, bevor sie 2013 schließlich den rechtmäßigen Erb/innen zurückgegeben wurden.³⁶⁵

1942 erweiterte das Phonogrammarchiv seine Sammlung, u. a. durch Schallplattenaufnahmen von zur Einschmelzung vorgesehenen wertvollen Kirchenglocken - auf Antrag der Reichshochschule für Musik in Wien - und durch die Aufnahme von Ansprachen des Reichsleiters Baldur von Schirach

359 RUTH, Phonogrammarchiv, 1940, 97f.

360 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 5, Paul Heigl, Generaldirektor der Nationalbibliothek, an Heinrich Srbik, 13.3.1942.

361 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 5, Heinrich Srbik an den Reichsstatthalter des Reichsgaues Wien, 10.3.1942.

362 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 92 (1942), 182.

363 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 5, Heinrich Srbik an den Beauftragten Dr. Herder, Vugesta, 15.5.1942.

364 AÖAW, Phonogrammarchiv, K. 1, Konv. 5, Dr. Herder, Vugesta, an die Akademie der Wissenschaften, 19.5.1942.

365 Vgl. KLÖSCH, Paul Herzfeld, 2019.

und anderer führender Persönlichkeiten des „Dritten Reichs“ bei der Gründungstagung des Europäischen Jugendverbands im September 1942.³⁶⁶ Als 1942 der Leiter, Walter Ruth, sowie mehrere Mitarbeiter aufgrund ihrer Einberufung zur Wehrmacht ausfielen, verminderte sich die Aktivität des Phonogrammarchivs zusehends. Bis Kriegsende nahm das Archiv noch die Sprechweise von „Sprach- und Stimmgestörten“ (für die Hals-, Nasen- und Ohrenklinik sowie die Poliklinik), von „Geistesgestörten“ (für die Heil- und Pflegeanstalt Wagner-Jauregg und für die Nervenklinik) und von „Hirnversehrten“ (für das Lazarett für Hirnversehrte), insbesondere von kriegsbedingten Fällen, für medizinische Lehrzwecke auf.³⁶⁷

1944 konnte das Phonogrammarchiv schließlich noch „unter Ausnützung kriegsgegebener Möglichkeiten“ Sprachaufnahmen von (ehemaligen) Angehörigen der Sowjetarmee (u. a. eine unerforschte Kaukasussprache aus Daghestan) durchführen.³⁶⁸ Die Hintergründe der Aufnahmen von Kaukasus- und zentralasiatischen Turksprachen hat Andre Gingrich in seiner Untersuchung zur Wiener Lehr- und Forschungsstätte für den Vorderen Orient im SS-Ahnenerbe umfassend rekonstruiert.³⁶⁹ Die Sprachaufnahmen fanden im institutionellen Rahmen von Viktor Christians Wiener Lehr- und Forschungsstätte für den Vorderen Orient (LFVO) der SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“ statt. Hintergrund waren Bemühungen der SS zur Bildung eines „Osttürkischen Waffenverbandes“ (OTWV).³⁷⁰ Die Erhebungen der Sprachforscher wurden ab 1944 unter kaukasischen und zentralasiatischen Kriegsgefangenen in den Lagern Kaisersteinbruch (Burgenland) und Gneixendorf/Krems (Niederösterreich) und unter Überläufern der Roten Armee zur Wehrmacht am Phonogrammarchiv in Wien von den LFVO-Mitarbeitern Johann Knobloch (1919-2010) (Kaukasussprachen) und Stefan Wurm (1922-2001) (Turksprachen) durchgeführt. Die Akademie veröffentlichte noch 1945 die von dem Turkologen Herbert Jansky (1898-1981, seit 1937 NSDAP-Mitglied) betreute Dissertationsschrift Wurms.³⁷¹ Im Februar 1945 genehmigte die Gesamtsitzung noch nach Befürwortung durch Viktor Christian die Anträge der beiden LFVO-Forscher Knobloch und Wurm auf eine Subvention für Untersuchungen der nordwestkaukasischen Sprachen bzw. der türkisch-mongolischen Dialekte Innerasiens.³⁷²

Knobloch, der für seine Dissertation 1943 Erhebungen unter den von der Deportation bedrohten Sinti und Roma im „Zwischenlager“ Lackenbach

366 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 93 (1943), 185.

367 Vgl. ebd., 184.

368 Vgl. GRAF, Aus der Geschichte, 1964, 28; Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 94 (1944), 110.

369 Vgl. GINGRICH, Völkerkundliche Geheim-Expertise, 2021, 1254-1270.

370 Vgl. ebd., 1256-1263.

371 Vgl. WURM, Der özbekische Dialekt, 1945 (veröffentlicht unter neuem Titel, Teil 2 erschien nicht mehr).

372 Vgl. GINGRICH, Völkerkundliche Geheim-Expertise, 2021, 1266.

(Burgenland) durchgeführt hatte, und Wurm bauten auf ihrer Tätigkeit für die LFVO beachtliche Karrieren auf: Knobloch als Linguistikprofessor in Innsbruck, Greifswald und Bonn, Wurm als Sprachprofessor in Canberra und als weltweit geachteter Experte für sterbende Sprachen (von ihm stammen die ältesten Sprachaufnahmen der Aborigines). Beide verschwiegen zeitlebens den Ausgangspunkt ihrer beruflichen Laufbahn: die mit Unterstützung des Phonogrammarchivs der Akademie der Wissenschaften in Wien durchgeführten Forschungen für die von Viktor Christian geleitete LFVO, eine Abteilung des SS-Ahnenerbes.³⁷³

Am 7. Februar 1945 wurde der Aufnahmesaal des Phonogrammarchivs durch einen Bombentreffer in der Liebiggasse 5 zerstört.³⁷⁴ Die Matrizen, Sammlungsbestände und Aufnahmegeräte waren durch rechtzeitige Auslagerung überwiegend gerettet worden.³⁷⁵

12.3.3 Südost-, Raum- und Balkanforschung

Die politisch motivierte Südost- und Raumforschung wurde in Wien in der NS-Zeit an den Hochschulen und der Universität in großem Stil gepflegt. Wie eng diese Wiener Forschungsbereiche mit nationalsozialistischer Volkstums-, Wirtschafts- und Raumplanung verbunden waren, zeigen die Referate der Wiener Teilnehmer bei der ersten Arbeitstagung der deutschen wissenschaftlichen Ost- und Südostinstitute in Breslau/Wroclaw im September 1941.³⁷⁶ An der Akademie der Wissenschaften waren sie hingegen weniger präsent. Hier wurde vielmehr zunächst noch traditionelle linguistische und archäologische Balkanforschung im Rahmen der Arbeiten der 1897 eingesetzten Balkankommission betrieben. Die Akademie beabsichtigte jedoch, stärker in den Forschungsbereich Südosteuropa einzusteigen, trat sie doch mit ihrer Balkankommission 1942 der nationalsozialistisch geprägten Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen (SOG) bei, einer Abteilung der dort ansässigen Südosteuropa-Gesellschaft, die sich als „Mittelstelle für die gesamte deutsche wissenschaftliche Südostarbeit im Auftrag der zuständigen Reichsstellen, insbesondere des Reichserziehungsministeriums“ verstand.³⁷⁷

Im Folgenden wird gezeigt, wie das einflussreiche Akademiemitglied Hugo Hassinger (1877-1952, 1931 kM I, 1934 wM) ab 1938 die Südostforschung als für die NS-Volkstumspolitik relevante Raumforschung in einer Arbeitsgemeinschaft außerhalb der Akademie institutionalisierte und wie sich die

373 Zur ethischen, rechts- und wissenschaftshistorischen Bewertung der vom Phonogrammarchiv unterstützten Forschungsaktivitäten der LFVO vgl. GINGRICH, Völkerkundliche Geheim-Expertise, 2021, 1272, 1289.

374 Bericht des Stellvertreters des interimistischen Leiters, in: Alm. 95 (1945), 142.

375 Vgl. KOWAR, Anlage, 2017, 28.

376 Vgl. KNOLL, Südostgemeinschaft, 1941; HASSINGER, Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 1941; BRUNNER, Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft, 1941.

377 BArch, R 63/3, Fragebogen für wirtschaftswissenschaftliche Planung, zit. n. SVATEK, Südosteuropagesellschaft, 2017, 2038.

Balkankommission der Akademie aktiv in die NS-Südostarbeit einzubringen versuchte. Damit wird die Vorgeschichte von Kapitel 14 skizziert, wo gezeigt wird, wie es Hassinger nach 1945 gelingen konnte, die Südost- und Raumforschung unter veränderten Vorzeichen in Form von zwei neuen Kommissionen der Akademie der Wissenschaften „in die Nachkriegszeit herüberzueretten“.³⁷⁸

Hugo Hassinger, nationalsozialistisch gesinnter Kulturgeograf, Raum- und Südostforscher - der allerdings nie der NSDAP beitrug -, war auf zwei Wiener Wissenschaftsbühnen präsent: in der Akademie als Mitglied verschiedener Kommissionen (der Pöschl-Kommission, der Wörterbuchkommission und ab 1940 der Balkankommission) und außerhalb der Akademie in federführender Funktion im Südost- und Raum-Forschungscluster der Wiener Hochschulen. 1931 hatte Hassinger an der Universität Wien die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft (SODFG), eine von sechs Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften, gegründet und diese bis 1934 selbst geleitet. Ab 1938 stand Hassinger der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen vor, einer Zweigstelle der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) mit Sitz in Berlin.³⁷⁹ Schließlich war er auch stellvertretender Leiter der erwähnten Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen (SOG), einer Abteilung der 1940 gegründeten Südosteuropagesellschaft unter der Führung von Gauleiter Josef Bürckel (1895-1944) Breslau (heute: Wrocław) als Präsident und Reichswirtschaftsminister Walther Funk (1890-1960) als Schirmherr.³⁸⁰

12.3.3.1 Die Balkankommission der Akademie

An der Akademie der Wissenschaften wurde die Balkankommission im Dezember 1940 umbenannt (bis dahin hieß sie Kommission für die historisch-archäologische und philologisch-ethnographische Durchforschung der Balkanhalbinsel) und zur klassenübergreifenden Kommission erweitert;³⁸¹ ab diesem Zeitpunkt gehörte ihr auch Hugo Hassinger an. Sechs der 13 Kommissionsmitglieder waren zugleich NSDAP-Parteigenossen,³⁸² u. a. die 1940 in die Kommission aufgenommenen oM Viktor Christian und Oswald Menghin. 1942 wurde zusätzlich eine naturwissenschaftliche Abteilung eingerichtet, in der ein anderes NSDAP-Mitglied, Fritz Knoll, die math.-nat. Klasse vertrat. 1943 dehnte die Balkankommission ihren Tätigkeitsbereich regional auf Ungarn und die Slowakei aus und benannte sich infolgedessen in Südostkommission um.³⁸³

378 Nachruf auf Hugo Hassinger, in: Alm. 102 (1952), 287.

379 Vgl. SVATEK, Hugo Hassinger, 2010.

380 Vgl. Handbuch Reichsgau Wien, 65./66. amtlich redigierter Jg., Wien 1944, 463; SVATEK, Südosteuropagesellschaft, 2017.

381 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 10.12.1940 (A 958).

382 Vgl. FEICHTINGER, Wissenschaft, 2013, 135.

383 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 94 (1944), 111f.

Für die Zeit des Zweiten Weltkriegs sind keine größeren Forschungen der Balkankommission dokumentiert, ihre Aktivität beschränkte sich auf zwei archäologische und linguistische Publikationsunternehmungen in den Jahren 1939 und 1940. Dabei handelte es sich zum einen um das international gefeierte Buch von Edmund Groag über die römischen Reichsbeamten von Achaia bis Diokletian.³⁸⁴ Für die Veröffentlichung musste Srbik zuerst die Genehmigung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda einholen, da Groag „nach den Nürnberger Gesetzen als Jude“ galt³⁸⁵ und aus rassistischen Gründen verfolgt wurde. Er überlebte die NS-Zeit, geschützt durch seine nichtjüdische Ehefrau, unter prekären Umständen in Wien.³⁸⁶ Die andere Publikationsunternehmung war die Vorbereitung des Buchs *Thrakische Sprachreste*.³⁸⁷ Darüber hinaus hatte die Kommission keine wissenschaftlichen Leistungen, Ausgrabungs- oder Sammeltätigkeiten in Südosteuropa zu vermelden. Rohstoffforschung in größerem Stil, wie sie die Akademie im Ersten Weltkrieg im Zusammenhang mit der militärischen Besetzung des Balkans gezielt vorangetrieben hatte, spielte keine Rolle mehr.³⁸⁸

12.3.3.2 Die Akademie und der Wiener Südost-Forschungscluster

In der NS-Zeit etablierte sich in Wien ein Südost-Forschungscluster,³⁸⁹ in dem die Akademie institutionell zunächst nicht vertreten war. Allerdings gestalteten ihn ihre Mitglieder federführend mit. Der Forschungscluster umfasste 1) die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft (SODFG, gegr. 1931), 2) die Südosteuropa-Gesellschaft (gegr. 1940), 3) die Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen (SOG), eine Abteilung der Südosteuropa-Gesellschaft, 4) die Balkankommission der ÖAW, 1943/44 umbenannt in Südostkommission, und 5) die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen mit ihrem „Südost-“ und „Ostmark-Programm“.³⁹⁰

Die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft war seit ihrer Gründung 1931 fest in der Hand von Akademiemitgliedern, namentlich durch ihre Leiter und Vorstände (Hugo Hassinger, Hans Hirsch und Otto Brunner) sowie durch ihre Arbeitsausschussmitglieder (u. a. Fritz Machatschek und

384 GROAG, Die römischen Reichsbeamten, 1939.

385 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 3, H. 13, Nr. 464/1938, Heinrich Srbik an die Reichsschrifttumskammer, 20.12.1938; vgl. ebd., Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda an die Akademie der Wissenschaften in Wien, 14.2.1939; AÖAW, Protokoll der Sitzung der phil.-hist. Klasse v. 22.2.1939 (C 2599).

386 Vgl. Edmund Groag, Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der ÖAW, 2015, <https://www.oeaw.ac.at/gedenkbuch/personen/a-h/edmund-groag> (abgerufen am 23.9.2021); STOCK/NÖTZOLDT, Vertrieben aus rassistischen Gründen, 2014, 74f.

387 DETSCHEW, Sprachreste, 1957.

388 Siehe Kapitel 10, 488.

389 Zur Geschichte der Südostforschung vgl. BEER/SEEWANN, Südostforschung, 2004.

390 Einen Überblick über die Südostforschungslandschaft in Wien bietet SVATEK, Das südöstliche Europa, 2016; SVATEK, Die Wiener Hochschularbeitsgemeinschaften, 2020.

Josef Nadler, später u. a. Hans Sedlmayr).³⁹¹ Ihre Arbeit erstreckte sich nach 1938 vor allem auf die Volksgruppenforschung in Südosteuropa und die Erstellung von Volksgruppenkarten und verfolgte u. a. das Ziel, das vordergründige „Problem der ‚Dissimilation‘“ zu bewältigen. Den nationalsozialistischen Südostforschern, die sich 1941 in Breslau versammelt hatten, berichtete der Historiker km Otto Brunner als Leiter der SODFG von dem konkreten prioritären Forschungsziel: „bodenständige Volksgruppenkräfte nach Möglichkeit zu fördern und dort zu halten“, zugleich aber das Problem zu lösen, dass „der deutschen Volksgruppe in Ungarn Menschen von oft nicht eindeutiger Haltung zuströmen“.³⁹² Das größte vor dem „Anschluss“ initiierte Projekt der SODFG war der Burgenlandatlas, der unter Hassingers Leitung von einem interdisziplinär zusammengesetzten Team (19 Geistes- und 14 Naturwissenschaftler sowie zehn Lehrer und Heimatforscher) erstellt wurde.³⁹³ Der Atlas war vor dem „Anschluss“ weitgehend durch deutsche Fördergeber finanziert worden, von der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur hatte das Projekt hingegen keinerlei Unterstützung erhalten. Im Vorwort zu dem 1941 veröffentlichten, allerdings nur für den Dienstgebrauch zugelassenen Atlas schreibt Hassinger:

Das Atlaswerk wurde zeitweilig mit Mißtrauen, da es der gesamtdeutschen Sache diene, betrachtet, sein Herausgeber und eine Anzahl Mitarbeiter wurden wegen ihrer nationalsozialistischen Gesinnung gemäßregelt. Es ist bezeichnend für die Zeit, in der der Atlas entstand, daß seine Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft [...] als eine vertrauliche Angelegenheit behandelt werden mußte.³⁹⁴

Aus dem Zitat geht hervor, dass Hassinger und sein Kollege Fritz Bodo nach ihrem Verständnis mit dem Burgenlandatlas schon vor 1938 nationalsozialistisch motivierte Grenzlandforschung betrieben hatten. Der Atlas hatte in dieser Hinsicht einen gewissen politischen Wert, da er Auskunft über Bevölkerungszusammensetzung und wirtschaftliche Grundlagen von Gebieten gab, die für die „Rücksiedlung“ deutschsprachiger „Volkssplitter“ aus Südosteuropa im Gespräch waren.³⁹⁵ Die Tätigkeit der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft (SODFG) wird heute von Historikern als „ein bedeutender Faktor der nationalsozialistischen Volkstums- und Vernichtungspolitik in Südosteuropa“ bezeichnet.³⁹⁶

Die Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen (SOG) war eine Abteilung der 1940 gegründeten Südosteuropa-Gesellschaft.³⁹⁷ Sie wurde eben-

391 Vgl. FAHLBUSCH, Wissenschaft, 1999, 251f.

392 Vgl. BRUNNER, Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft, 1941, 82.

393 Vgl. SVATEK, „Der Burgenlandatlas“, 2009, 124.

394 Vgl. HASSINGER/FRITZ, Burgenland, 1941, Vorwort.

395 Vgl. SVATEK, „Der Burgenlandatlas“, 2009, 132f.

396 FAHLBUSCH, Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft, 2017, 2031.

397 Vgl. SVATEK, Südosteuropagesellschaft, 2017.

falls 1940 gegründet und sollte die bestehenden Wiener Südostforschungseinrichtungen an den Hochschulen zusammenfassen. Leiter der SOG war Kurt Knoll (1889–1959), Gaudozentenführer und Rektor der Hochschule für Welthandel.³⁹⁸ 1942 trat die Akademie der Wissenschaften mit ihrer Balkankommission der SOG bei und brachte sich damit in den nationalsozialistischen Wiener Südost-Forschungscluster ein. Schon 1941 hatte Heinrich Srbik das Nichtparteimitglied Paul Kretschmer (1866–1956) als Kommissionsobmann (bis 1945) abgelöst.³⁹⁹ 1943/44 benannte sich die Balkankommission offiziell in Südostkommission um; laut dem Almanach war sie bereits 1943 unter diesem Namen geführt worden.⁴⁰⁰

Das Akademiemitglied Hugo Hassinger trat im nationalsozialistischen Wiener Südost-Forschungscluster dreifach hervor: in der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft (SODFG), in der Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen (SOG) und schließlich in der von ihm geleiteten Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen.⁴⁰¹ Als Inhaber dieser Funktionen etablierte Hassinger die Südost- und Ostmarkforschung als Hauptarbeitsgebiete einer neuen Disziplin,⁴⁰² der Raumforschung, die er – nachdem sie 1935 als Hochschulfach im „Altreich“ eingeführt worden war – ab 1938 in Österreich an den Hochschulen und ab 1946 an der Akademie der Wissenschaften institutionalisierte. Das Ziel war, durch „Gemeinschaftsarbeit [...] die wissenschaftlichen Grundlagen für Raumplanung, also Landes-, Regional- und Stadtplanung zu erarbeiten“.⁴⁰³ Ausgangspunkt war für Hassinger die „Volkstumsarbeit“: „Raumforschung und Schutz der südostdeutschen Volksgruppen in den Nachfolgestaaten [der Habsburgermonarchie] waren [...] nicht voneinander zu trennen.“⁴⁰⁴ Raumforschung war ihm zufolge durch einen starken Anwendungscharakter, 1942 bezogen auf den

398 Vgl. KNOLL, Südostgemeinschaft, 1941, 86.

399 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 6, Bericht über die Tätigkeit der Südost-Kommission von 1938 bis 1947 [an den Alliierten Rat, Entwurf], erstattet vom Vizepräsidenten Meister, 6.2.1948. In diesem Bericht an die Alliierten wurde kein zum Nachteil der Akademie auslegendes Faktum erwähnt, so auch nicht die Obmannschaft Srbiks in der Balkan- bzw. Südostkommission, die in den Almanachen von 1941 bis 1945 nicht angeführt worden war.

400 Vgl. Spezialkommissionen, in: Alm. 93 (1943), 89.

401 Arbeitsgemeinschaften dieser Art wurden auch in Graz und Innsbruck eingerichtet, Wien bildete die Schnittstelle zur RAG in Berlin unter dem Vorsitz von Paul Ritterbusch (Aktion Ritterbusch) und zu den Planungsbehörden der Reichsgaue; vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung an den ostmärkischen Hochschulen, undat. [1939].

402 Vgl. RÖSSLER, Die Institutionalisierung, 1987, 177–180.

403 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Hugo Hassinger, Referat über die Erneuerung des „Balkan-Institutes“ an der Universität Wien und über die Aufgaben und Möglichkeiten der wissenschaftlichen Südostarbeiten in Wien. Mit dem Vorschlag einer Begründung einer Österreichischen Forschungsgemeinschaft für den Südosten in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 6.6.1947.

404 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 26, Hugo HASSINGER, Raumforschung und Raumordnung in Österreich [1950].

NS-Staat, gekennzeichnet, war sie doch „nicht Erkenntnis allein“, sondern die Erfüllung „einer sittlich nationalen Verpflichtung“. Sie verschrieb sich der Sicherung „des Volks- und Staatswohles [... durch ihre] Nutzenanwendung [... im] Geist des Nationalsozialismus“, um im Sinne des bestehenden Regimes Volkstums- und Siedlungsfragen, Böden- und Rohstoffnutzung, Wasser und Verkehrsfragen, Standortfragen der Industrie und allgemeine Wirtschaftsfragen effizient zu gestalten.⁴⁰⁵ Raumforschung sollte also nach Hassinger zu einer Raumordnung führen, die es ermögliche, „aus dem Lebensraum des deutschen Volkes mit den Kräften, die uns die Natur gegeben hat, das herauszuholen, was aus dem deutschen Lebensraum herausgeholt werden kann u. zw. in sinnvoller Ordnung, sinnvoller Anpassung an die Natur und sinnvoller Anpassung an die kulturellen Verhältnisse“.⁴⁰⁶ Der „deutsche Lebensraum“ umfasste für Hassinger insbesondere die Sprachinseln in Südosteuropa, deren raumwissenschaftliche Erforschung er zur Aufgabe Wiens bzw. der hier ansässigen wissenschaftlichen Institutionen erklärte. Rückblickend begründete Hassinger sein Engagement für Wien als Zentrum der Südostforschung wie folgt: Wien hatte seine führende Stellung in der Erforschung des südöstlichen Europas nach dem Ersten Weltkrieg verloren und sollte als Zentrum der Südostforschung reetabliert werden. Dabei galt es - so Hassinger - „der drohenden Provinzialisierung Wiens [...] [entgegen] zu steuern und zu verhindern, daß über den Kopf Wiens hinweg und ohne Einvernehmen mit ihm, von Breslau, Leipzig, München, Marburg und Tübingen Südostarbeit betrieben wurde, für die doch Wien kraft seiner Lage und Tradition der gegebene Standort war“.⁴⁰⁷

Hassingers Absicht, Wien zum Zentrum der Südostforschung im „Dritten Reich“ zu machen, fand einen beredten Ausdruck in seinem 1941 erschienenen Artikel „Wiens deutsche Sendung im Donauraum“.⁴⁰⁸ Die Umsetzung des ambitionierten Vorhabens stieß jedoch auf erhebliche Hindernisse, vor allem hinsichtlich der Finanzierung. So wurden die für 1939 von der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) in Aussicht gestellten Subventionen für die 26 noch im Jahr 1938 angemeldeten Arbeitsvorhaben nicht bewilligt - sie waren von ihr „abgesetzt“ bzw. zurückgestellt worden, „unter dem Hinweis darauf, dass nunmehr nur ein Programmpunkt gelte:

405 HASSINGER, Geographische Aufgaben, 1942, 2-4.

406 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, Protokoll Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien, 10.11.1938.

407 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Hugo Hassinger, Referat über die Erneuerung des „Balkan-Institutes“ an der Universität Wien und über die Aufgaben und Möglichkeiten der wissenschaftlichen Südostarbeiten in Wien. Mit dem Vorschlag einer Begründung einer Österreichischen Forschungsgemeinschaft für den Südosten in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 6.6.1947.

408 HASSINGER, Wiens deutsche Sendung, 1941; erweiterte Version: HASSINGER, Wiens deutsche Sendung, 1942.

der Osten“.⁴⁰⁹ Der Angriff auf Polen hatte den Wiener Raumforschern, deren Fokus auf Südosteuropa lag, einen Strich durch die Rechnung gemacht. Hassinger sah sich dadurch gezwungen, der RAG politisch relevante Projekte vorzulegen, beispielsweise den in einer vertraulichen Denkschrift im Jänner 1940 projektierten Plan einer geschlossenen Ansiedlung der aussiedelnden Südtiroler in den Beskiden, „im Bereich der alten Herzogtümer Teschen, Auschwitz und Zator“.⁴¹⁰ Durch die „Verbindung von Südost und Nordostfragen“ (etwa den Vorschlag der Ansiedlung der Südtiroler in Polen oder eine Studie zum projektierten Donau-Oder-Kanal) hoffte er,⁴¹¹ Subventionen aus der Berliner Zentrale zu lukrieren - zunächst jedoch vergebens.

Hassinger beschränkte sich daher zunächst auf Raumforschungsprojekte in „Niederdonau“ und Wien, die von lokalen Stellen finanziert wurden. Bereits im Juli 1938 hatte er im Auftrag des Wiener Bürgermeisters Hermann Neubacher eine Denkschrift für die Neugestaltung des Donaugeländes im 2., 20. und 21. Bezirk erarbeitet. Ab 1940 wurde für die Planungsbehörde bei der Reichsstatthalterei in Wien ein Entwurf einer Gaugrenzteilung für die Gaue der „Ostmark“ erstellt.⁴¹² Ab demselben Jahr arbeitete eine Forschungsgruppe im Auftrag von Gauleiter Hugo Jury am Gau-Atlas von Niederdonau nach dem Vorbild des 1941 für den Dienstgebrauch erschienenen Burgenlandatlas, u. a. mit Volkstums-, Stammes- und Mundartkarten.⁴¹³ Auf Wunsch des Reichsarchitekten von Wien, Hanns Dustmann, verfasste Hassinger 1941 auch eine Denkschrift über das kulturelle Erbe Wiens als Grundlage seiner Neugestaltung.⁴¹⁴ Zu den weiteren Arbeiten, die mit Unterstützung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) von der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen durchgeführt wurden, zählte u. a. die ab 1940 von der Planungsbehörde gewünschte geobotanische Aufnahme des Gaus Wien einschließlich klimatischer, statistischer, wasserwirtschaftlicher und bodenkundlicher Arbeiten.⁴¹⁵

409 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, 2. Rundschreiben der AG für Raumforschung der Wiener Hochschulen, 8.2.1940.

410 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 25, Hugo Hassinger, Die Zukunft der Deutsch-Südtiroler, Jänner 1940; UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, 2. Rundschreiben der AG für Raumforschung der Wiener Hochschulen, 8.2.1940.

411 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, 2. Rundschreiben der AG für Raumforschung der Wiener Hochschulen, 8.2.1940.

412 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, Bericht über die Arbeiten, Pläne und Organisation der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen, 1.11.1940; ZIPPEL, Hugo Hassinger, 2006, 40.

413 Vgl. HASSINGER/BODO, Burgenland, 1941, if.; SVATEK, „Der Burgenlandatlas“, 2009, 120-133.

414 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 18, Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien f. das Jahr 1940/41, April 1941; HASSINGER, Landschaftliches und kulturelles Erbe, 1942.

415 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, Bericht über die Arbeiten, Pläne und Organisation der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen, 1.11.1940;

Der auf „Wien als die deutsche Grenzstadt und die Ostmark als ein Grenzbollwerk“ beschränkte Aufgabenkreis erweiterte sich nach dem Wien-Besuch des Obmanns der RAG mit Sitz in Berlin, Paul Ritterbusch (1900-1945), im Juni 1940, dem Hassinger den zweiten wichtigen „Aufgabenkreis“, die Erforschung der „Raumfunktion Wiens als Zentrum im Südosten“, vorstellte.⁴¹⁶ Im Sommer 1940 bewilligte die RAG die ersten Subventionen,⁴¹⁷ und ab Herbst desselben Jahres konnte Hassinger, der die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Wiener Hochschulen fortan in ein „Ostmark-Programm“ und in ein „Südost-Programm“ teilte, die geplanten Arbeiten in Angriff nehmen.⁴¹⁸ Letzteres umfasste folgende von der RAG unterstützte Forschungsvorhaben: die Untersuchung der zentralen Raumfunktion Wiens für das Deutsche Reich in Südosteuropa, eine Bibliografie der über die „Ostmark“, die Sudetenländer und den Südostraum in Wien vorhandenen Hilfsmittel, Projekte zur volkspolitischen Entwicklung von Brünn/Brno und zur wirtschaftlichen Bedeutung des Donau-Oder-Kanals sowie Forschungen zur Festlegung der naturwissenschaftlichen und „rassisch“-nationalen Grundlagen für die Neugestaltung der Besiedlung im Grenzraum der südlichen und östlichen Steiermark und zur Neuordnung der deutschen Volksgruppegebiete im innerkarpatischen Raum.⁴¹⁹ Im Zusammenhang mit dem Projekt zu Wiens Funktion als Zentralort im Deutschen Reich für das südöstliche Mitteleuropa hatte Hassinger bereits 1940 auf Wunsch der Planungsbehörde der Reichsstatthalterei in Wien eine Denkschrift über Wien als kulturelle Hauptstadt des Donauraumes vorgelegt und 1941 unter dem Titel „Wiens deutsche Sendung“ publiziert.⁴²⁰ Im Auftrag der RAG erarbeitete er auch einen *Wegweiser zu den in Wien vorhandenen Hilfsmitteln für die Raumforschung in den Gebieten der Ostmark, der Sudetenländer und im Südostraum* (1942).⁴²¹

1941/42 wandte sich Hassinger wieder verstärkt der Südosteuropaforschung zu. Das Ziel eines neuen Projekts mit der Bezeichnung „Bestandsaufnahme“ zur Neuordnung der deutschen Volksgruppegebiete

UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 18, Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien über das Jahr 1940/41, April 1941.

416 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, Protokoll der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen, 29.6.1940.

417 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 18, Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien über das Jahr 1940/41, April 1941.

418 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 18, Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen 1941/42, 27.5.1942.

419 Vgl. UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 18, Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien über das Jahr 1940/41, April 1941.

420 Vgl. HASSINGER, *Wiens deutsche Sendung*, 1941; UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, Bericht über die Arbeiten, Pläne und Organisation der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen, 1.11.1940; UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 18, Tätigkeitsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Wien über das Jahr 1942/43, 18.5.1943; SVATEK, „Wien als Tor ...“, 2010, 118f.

421 Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, *Wegweiser*, 1942.

war es, die verstreuten deutschen Siedlungsgebiete in Ungarn, Rumänien, Serbien, Kroatien und der Slowakei im Hinblick auf bestehende nationalsozialistische Aussiedlungspläne und eine Neuformung der „zersplitterten und unökonomisch geformten [deutschen] Sprachinseln“ zu erforschen.⁴²² Hassinger beabsichtigte damit, „wissenschaftliche Vorarbeit für eine Volksraumplanung“ zu leisten.⁴²³ Auftraggeber waren neben der RAG das Auswärtige Amt, die Volksdeutsche Mittelstelle und der Reichsforschungsrat. In einem im Zusammenhang mit der „Bestandsaufnahme“ verfassten Schreiben an das Auswärtige Amt in Berlin hatte Hassinger seinen Auftraggebern die von ihm als „hochpolitisch“ bezeichnete „Anwendungsfähigkeit“ seiner Forschungen für die NS-Umvolkungspolitik klar und deutlich vor Augen gestellt: „Eine solche Untersuchung [... sei] notwendig, damit nicht wieder einmal die Wissenschaft zu spät kommt, wenn politische Taten zu setzen sind.“⁴²⁴

Hassingers „Südostprogramm“ erübrigte sich mit dem Ende der NS-Herrschaft. Manche zwischen 1938 und 1945 begonnenen und noch nicht abgeschlossenen lokalen Raumforschungsprojekte hingegen konnte Hassinger unter dem Schirm der Akademie der Wissenschaften und in neuer Form nach 1945 wieder aufgreifen. In der Zeit des Wiederaufbaus sollte vor allem die raumwissenschaftliche Wienforschung auf der Basis von Vorarbeiten, die Hassinger in der NS-Zeit durchgeführt hatte, wesentliche Impulse erhalten.⁴²⁵

12.3.3.3 Rivalitäten in der Südostforschung

Bald nach dem „Anschluss“ entbrannten zwischen der Wiener Akademie, anderen Wiener Institutionen und dem „Altreich“ Streitigkeiten um Zuständigkeiten in der Südostforschung. Im April 1938 konsultierte das Amt des Reichsstatthalters Arthur Seyß-Inquart u. a. die Akademie im Hinblick auf die Installierung eines Südost-Instituts in Wien. Die phil.-hist. Klasse antwortete auf das Schreiben „betreffend Vorschläge für die Errichtung eines Südost-Institutes“ in Wien, dass die Akademie der Wissenschaften derzeit kein solches habe, wohl aber Kommissionen, „die an der Errichtung eines solchen lebhaft interessiert und zur Zusammenarbeit bereit seien“.⁴²⁶ Die Wiener NS-Landesbehörden hatten aber offenbar die Rechnung ohne den

422 HASSINGER, Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, 1941, 92; UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 27, Hugo Hassinger (Ms.), Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an den Wiener Hochschulen und die Geographische Gesellschaft zu Wien. Aus dem Protokoll der Tagung deutscher Wissenschaftlicher Ost- und Südostinstitute in Breslau am 25. bis 27. Sept. 1941.

423 UAW, Hugo Hassinger, Nachlass, K. 15, Hugo Hassinger an Legationsrat Helmuth Triska, 7.5.1942.

424 Ebd.

425 Siehe Kapitel 15, 223.

426 AÖAW, Protokoll der Sitzung der phil.-hist. Klasse v. 27.4.1938 (C 2579).

Wirt gemacht: Das REM vereitelte - wohl wegen der befürchteten Konkurrenz für die einschlägig arbeitenden Forschungseinrichtungen des „Altreichs“ - Seyß-Inquarts Initiative. Sämtliche in Wien geplanten Gründungen von Instituten für die Südostforschung verliefen im Sand, u. a. ein kolporiertes Südosteuropäisches Forschungsinstitut der vom NS-Chefideologen Alfred Rosenberg (1892-1946) betriebenen NS-Dienststelle „Amt Rosenberg“. Die laufende Südostforschung wurde ab 1940 in der Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen, einer Abteilung der Südosteuropa-Gesellschaft, zusammengefasst.⁴²⁷

Die Zurückweisung von Wiener Forschungsinitiativen manifestierte sich auch 1939 im Konflikt mit Vertretern der Balkanarchäologie im „Altreich“. Das Österreichische Archäologische Institut (ÖAI) wurde auf Anordnung des REM ab dem 1. April 1939 als „Zweigstelle Wien“ des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches (AIDR) weitergeführt, die Zweigstelle des ÖAI in Athen in die Zweigstelle des AIDR in Athen überführt, die Balkanarchäologie aber Wien als Aufgabenbereich überlassen.⁴²⁸ Diese Aufgabenteilung stieß am Römisch-Germanischen Institut in Frankfurt, einer Abteilung des AIDR, die sich für den Balkan, insbesondere seine Prähistorie, zuständig sah, auf Kritik.⁴²⁹ Die beiden Direktoren der AIDR-Zweigstelle Wien, oM Camillo Praschniker und oM Rudolf Egger, zugleich Mitglieder der Balkankommission der Akademie, versuchten, den Anspruch Wiens auf archäologische Forschungen in Südosteuropa zu verteidigen.⁴³⁰ Das zur Zweigstelle herabgestufte ehemalige ÖAI setzte weder am Balkan noch in Ephesos seine Ausgrabungen fort.⁴³¹ Diese sollten erst 1955 - nun unter der Patronanz der ÖAW - wiederaufgenommen werden.⁴³² Nach derzeitigem Kenntnisstand hatte die Akademie in der NS-Zeit jedwede Ausgrabungsaktivität in Südosteuropa unterlassen. 1940 hieß es in der Balkankommission, dass angesichts „der großen Begebenheiten“ nationalsozialistischer Expansion „eine ausgreifendere Feldarbeit nicht rätlich“ sei.⁴³³

Trotz des Stillstands der Forschung schlitterte die Balkankommission durch ein ab 1942 geplantes Zeitschriftenprojekt in einen veritablen Konkurrenzkonflikt.⁴³⁴ 1942 regte der Vizepräsident des Südosteuropa-Instituts an der Universität Leipzig, Georg Stadtmüller (1909-1985), auf der Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft der wissenschaftlichen Ost- und Südostins-

427 Vgl. KNOLL, Südostgemeinschaft, 1941, 86.

428 Vgl. WLACH, Das Österreichische Archäologische Institut, 2020, 422f.; KANDLER, Unter fremdem Namen, 1998, 50f.

429 WLACH, Das Österreichische Archäologische Institut, 2020, 423.

430 Ebd.

431 Vgl. KANDLER, Unter fremdem Namen, 1998, 59.

432 Vgl. WLACH, Das Österreichische Archäologische Institut, 2020, 422f.; Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 105 (1955), 239; WIPLINGER/WLACH, Ephesos, 1996, 1; STIGLITZ/KNIBBE, Wiederbeginn und Aufstieg, 1998.

433 Bericht von Carl Patsch, Balkan-Kommission, in: Alm. 90 (1940), 234.

434 ZAVADIL, Stiftung, 2020.

titute in Wien die Gründung einer Zeitschrift für Balkanforschung an. Die Wiener Balkankommission sollte eine Trägerorganisation des neuen Zeitschriftenprojektes sein. 1942 scheint die Balkankommission auch als Mitherausgeber der *Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa* auf.⁴³⁵ Die Fachvertreter der Balkankommission (vermutlich Srbik und Bittner) hatten den „dringenden Wunsch“ geäußert, den ursprünglich auf die Zeit bis 1000 n. Chr. beschränkten Bearbeitungszeitraum der neuen Zeitschrift auf das Mittelalter und die Neuzeit auszuweiten.⁴³⁶ Zum zentralen Streitpunkt wurde, dass das neue Zeitschriftenprojekt angestammte Zuständigkeiten des Münchner Südost-Instituts, Herausgeber der historisch-landeskundlichen Zeitschrift *Südost-Forschungen*, für die neuere Geschichte missachtete. Dieses war nicht als Mitherausgeber vorgesehen. Durch den als mutwillig erachteten Eingriff in seinen Kompetenzbereich sah sich das Münchner Südost-Institut übergangen - es war in der Südosteuropa-Gesellschaft in Wien vertreten, die Akademie jedoch noch nicht. Vor diesem Hintergrund erklärte Srbik 1942 offiziell den Eintritt der Akademie in die Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen (SOG), einer Abteilung der Südosteuropa-Gesellschaft, und die Bereitschaft der Akademie, „durch ihre Balkankommission an den Arbeiten der Südostgemeinschaft teilzunehmen“.⁴³⁷ Die Balkankommission der Akademie in Wien erhoffte sich offenkundig finanzielle Unterstützung von der Südosteuropa-Gesellschaft.

Die Zeitschriftenfrage stand auch auf einer Sitzung im REM in Berlin am 22. Jänner 1943 zur Diskussion.⁴³⁸ Den Standpunkt der Akademie vertrat Hugo Hassinger, der Multifunktionär der Wiener Südostforschung. Ein Kompromiss wurde offenbar nicht gefunden. Die Balkankommission war indes selbst aktiv geworden und verkündete am 3. März 1943 in der phil.-hist. Klasse, „eine wissenschaftliche Zeitschrift zur Südostarbeit, betitelt *Südosteuropa* herauszugeben“.⁴³⁹ Die Zeitschrift wurde nie publiziert, doch war die Akademie nun Mitglied der Südosteuropa-Gesellschaft in Wien. Ab 1943/44 führte die Balkankommission offiziell den Namen Südostkommission,⁴⁴⁰ den sie erst 1950 wieder ablegte.

Die Zeitschriftenaffäre ist nicht weiter dokumentiert. Die betreffenden Sitzungsprotokolle der Balkan- bzw. Südostkommission mit Angaben zu ihrer Tätigkeit in den Jahren 1942 bis 1945 sind im ÖAW-Archiv nicht erhalten. Die ÖAW vermied es nach 1945, den mit der Zeitschriftenaffäre verknüpften Beitritt zu einer Abteilung der Südosteuropa-Gesellschaft zu erwähnen. Als die Alliierte Kommission für Österreich 1948 der ÖAW einen Nachweis über

435 Vgl. *Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa*, 1942.

436 Vgl. ZAVADIL, Stiftung, 2020, 406.

437 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 3, H 17, Heinrich Srbik an Kurt Knoll, 28.7.1942.

438 Vgl. ZAVADIL, Stiftung, 2020, 407.

439 AÖAW, Protokoll der Sitzung der phil.-hist. Klasse v. 3.3.1943 (C 2661).

440 Vgl. AÖAW, Protokoll der Sitzung der phil.-hist. Klasse v. 16.2.1944 (C 2675); vgl. Spezialkommissionen, in: Alm. 93 (1943), 89.

die Tätigkeit der Akademie in der Südostforschung abverlangte, argumentierte die Akademie, „daß die Südost-Kommission der Akademie sich durchwegs mit Themen, die der Zeit der Antike angehören, befaßt hat und daher gar nicht in der Lage war, Absichten des Nationalsozialismus staatspolitischer oder nationalitätenpolitischer Art dienstbar gemacht zu werden“.⁴⁴¹

12.3.4 Physische Anthropologie – Rasseforschung

Der „Anschluss“ 1938 verhalf der physischen Anthropologie in Wien zu einem Bedeutungszuwachs. Im Sog des nationalsozialistischen Interesses an rassenkundlichen Forschungen ergriff auch die Akademie die Möglichkeit, ihre Unternehmungen in diesem Bereich zu stärken und auszubauen. Wichtigste Initiativen waren die nahtlose Fortsetzung der Herausgabe des Pöch-Nachlasses durch die Pöch-Kommission in der Tradition anthropologisch-rassenkundlicher Forschung und die 1942 eingesetzte Kommission zur Herausgabe von Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre. Darüber hinaus förderte die Akademie externe Forschungsprojekte mit rassenkundlicher Zielrichtung. Die Fäden zog der Orientalist und Nebenfach-Völkerkundler Viktor Christian (1938 kM I, 1939 oM), der prononcierteste Nationalsozialist der Akademie, der dort „weder eine Rand- noch eine Führungsfigur“ war, aber dennoch ihr Potenzial (Material und Ressourcen) für seine wissenschaftlichen Ziele zu nutzen wusste.⁴⁴² Der Anthropologe Josef Weninger war sein wichtigster Verbündeter.⁴⁴³

12.3.4.1 Josef Weninger. Physischer Anthropologe, Rasseforscher und NS-Opfer

Die Zentralfigur der Rasseforschung an der Akademie der Wissenschaften war der physische Anthropologe und Pöch-Schüler Josef Weninger (1886-1959), der gleichzeitig aufgrund seiner Ehe mit einer Jüdin, der Anthropologin Margarete Weninger, geb. Taubert, zu einem Opfer nationalsozialistischer Verfolgungspolitik wurde.⁴⁴⁴ Im April 1938 wurde er infolge eines selbst gestellten Antrags von seiner Professur, die er seit 1927 innehatte, enthoben.⁴⁴⁵ Als Mitglied der Akademie der Wissenschaften wurde Weninger (1937 kM I) aufgrund des Erlasses des REM vom Februar 1939 im Mai desselben Jahres ausgeschlossen. Damit erlosch auch seine Mitgliedschaft in der Pöch-Kommission, in die er durch seine fortwährende Bearbeitung des „Kriegsgefangenenmaterials“ seit ihrer Gründung 1922 eingebunden gewe-

441 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 6, Josef Keil an den Alliierten Rat, Nachweis über die Tätigkeit der Akademie in der Südost-Forschung, 9.2.1948.

442 GINGRICH, Viktor Christian, 2021, 410, 416; zur Tätigkeit Viktor Christians an der Akademie der Wissenschaften vgl. ebd., 409-415.

443 Vgl. LEITNER, „Bis an die Grenzen“, 2010, 57-64.

444 Vgl. ebd., 57; GINGRICH, Viktor Christian, 2021, 385f.

445 Vgl. BERNER/DICK/GOHM-LEZUO/KWIATKOWSKI/MATIASEK/MIHOLA/WILFING, Wiener Anthropologien, 2015, 45; GEISENHAINER: Auseinandersetzungen, 2021, 834f.

sen war. Schließlich musste er auch die Anthropologische Gesellschaft in Wien verlassen. Seine wissenschaftliche Tätigkeit stellte er allerdings nicht ein, sondern betätigte sich weiter rege im Feld der anthropologischen Rasseforschung. So erschien 1940 der zweite Band des *Handbuchs der Erbbiologie des Menschen zur Methodik. Genetik der Gesamtperson*, für das Weninger den ersten Abschnitt, „Die anthropologischen Methoden der menschlichen Erbforschung“, verfasst hatte.⁴⁴⁶

Die Akademie blieb während der NS-Zeit sein Schaffensort; sein Freund Viktor Christian, Akademiemitglied und mächtiger Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Wien, sicherte ihm sein wissenschaftliches Überleben an der Akademie. Christian ging in seinem Bemühen um den Freund sogar so weit, dass er versuchte, für Weninger ein eigenes erbbiologisches Institut an der Akademie einzurichten. Zwar scheiterte er damit,⁴⁴⁷ aber es gelang ihm, den an der Universität pensionierten Anthropologen ab 1940, veranlasst vom Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien, „mit der Aufgabe [zu betrauen], das in den Kriegsgefangenenlagern des Weltkrieges 1914-1918 gesammelte Material über Nordafrikaner und die Kaukasusvölker zu bearbeiten und die Arbeiten hierüber demnächst unter seinem Namen zu veröffentlichen“.⁴⁴⁸ Die Verwendung Weningers als wissenschaftlicher Bearbeiter des Pöch-Nachlasses wurde mit der Genehmigung durch das REM „im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Herrn Reichminister des Innern“ abgesichert.⁴⁴⁹ Diese Genehmigung wurde zugleich als Beauftragung ausgelegt, durch die nicht nur Weningers Status als Akademieforscher, sondern auch seine Finanzierung durch Forschungsbeihilfen aus den Fonds der Akademie gesichert war. Die math.-nat. Klasse gewährte ihm unter anderem 1943 aus den Mitteln der Treitl-Erbenschaft eine Subvention von 2.400 RM, um eine Statistikerin für rechnerische Auswertungen des Kaukasus-Materials anzustellen.⁴⁵⁰

Ausgangspunkt für Weningers Tätigkeit im Rahmen der Pöch-Kommission während der NS-Zeit war das in Kriegsgefangenenlagern des Ersten Weltkrieges gesammelte Material, das im Hinblick auf Mechanismen der „Rassenmischung“ ausgewertet wurde. Damit leistete die Pöch-Kommission einen anwendungsorientierten wissenschaftlichen Beitrag zur nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik. 1942 berichtete Viktor Christian über

446 WENINGER, Die anthropologischen Methoden, 1940.

447 Vgl. LEITNER, „Bis an die Grenzen“, 2010, 58; MAYER, Das Rassenbiologische Institut, 2015, 146f.; GEISENHAINER: Auseinandersetzungen, 2021, 832f.

448 Vgl. MAYER, Das Rassenbiologische Institut, 2015, 34f.; AÖAW Pöch-Kommission, M. 2, Der Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien an den Rektor der Universität in Wien, 20.6.1940; Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 91 (1941), 177.

449 AÖAW, Pöch-Kommission, M. 2, Der Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien an den Rektor der Universität in Wien, 20.6.1940.

450 AÖAW, Pöch-Kommission, M. 2, Heinrich Srbik an Josef Weninger, 9.7.1943; Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 94 (1944), 109.

die Tätigkeit der Kommission, dass das „russische Material [...] durch Vergleich mit den jetzt durchgeführten Messungen einen Einblick gewähren [wird], inwieweit die bolschewistischen Regierungsprinzipien in ihrer Tendenz, alle Rassenunterschiede zum Verschwinden zu bringen, eine Änderung der rassischen Zusammensetzung der Bevölkerung des europäischen Rußland erzielt haben“.⁴⁵¹

Viktor Christian war am 8. März 1940 als Mitglied der Pöch-Kommission aufgenommen und gleichzeitig als ihr Obmann eingesetzt worden.⁴⁵² In dieser Funktion und als Dekan stellte Christian 1940 für Weninger den erwähnten Antrag auf eine Forschungsbeihilfe an das Reichsministerium mit dem Ziel der „Aufhellung des sehr verwickelten Problems der Herkunft und der Verbreitung der vorderasiatischen Rasse.“⁴⁵³ Die Tätigkeit der Pöch-Kommission erstreckte sich in der NS-Zeit auf die Koordination, Neubearbeitung und Herausgabe an der Universität Wien abgeschlossener und vorgelegter Dissertationen und Habilitationen. Mit der Unterstützung der physischen Anthropologie durch die Herausgabe der rassenkundlichen Pöch-Materialien verfolgte Viktor Christian, Obmann der Pöch-Kommission und Präsident der Anthropologischen Gesellschaft in Wien, das Ziel, „die Rassenideologie der NSDAP zu stützen und zu untermauern“.⁴⁵⁴

Die erste „rassenkundliche Untersuchung“ im Rahmen der Reihe *Rudolf Pöch Nachlaß* hatte Josef Weninger mit seiner Studie über die Albaner 1934 veröffentlicht, die er explizit als „Beitrag zur Rassenkunde der Balkanhalbinsel“ verstand. Damit hatte er den morphologisch-anthropologischen Ansatz seines Lehrers Pöch zum „anthropologisch-rassenkundlichen“ Ansatz weiterentwickelt und eine Schule begründet,⁴⁵⁵ zu der sämtliche Autoren zählen, die in der Zeit des Nationalsozialismus „Beiträge zur Klärung von Rassenproblemen“ Ost- und Südosteuropas vorlegten: Josef Wastl, ab 1932 NSDAP-Mitglied, veröffentlichte 1938 als fünften Band des *Rudolf Pöch Nachlaß* seine Studie *Baschkiren. Ein Beitrag zur Klärung der Rassenprobleme Osteuropas*. Karl Tuppa, illegales NSDAP-Mitglied und Verfasser einer Rassenkunde von Niederdonau, publizierte 1941 seine Arbeit *Mischeren und Tipteren. Ein Beitrag zur Anthropologie der Turkvölker in Rußland* als sechsten Band, SS-Hauptsturmführer Anton Rolleder 1943 *Rassenkundliche Un-*

451 Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 92 (1942), 177.

452 AÖAW, Pöch-Kommission, M. 2, Protokoll der Sitzung der Pöch-Kommission am 8.3.1940; Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 91 (1941), 177.

453 AÖAW, Pöch-Kommission, M. 2, Viktor Christian an den REM, 3.10.1940.

454 GINGRICH, Viktor Christian, 2021, 411.

455 Vgl. WENINGER, Rassenkundliche Untersuchungen, 1934, 1. GEISENHAINER, „Rassenkunde“, 2021, 104-116; dies., Anmerkungen, 2021, 936, 959, vertritt den Standpunkt, Josef Weninger habe sich Zwillings- und familienanthropologischen Untersuchungen zugewandt und am Anthropologischen Institut die Erbbiologische Arbeitsgemeinschaft gegründet, die „Rassenforschung“ aber „in Distanzierung zu der regimegefälligen Anthropologie in Deutschland und Österreich jener Jahre“ vernachlässigt; zu Weningers Forschungen nach 1945 siehe Kapitel 15, 218.

tersuchungen an Serben und Montenegrinern als siebten Band des *Rudolf Pöch Nachlaß*. Tuppa führte in der Zusammenfassung die praktische politische Relevanz seiner Studie aus:

Wenn einmal die Auswirkungen des Weltkrieges und der Revolution ganz überwunden sind, könnte es bei der starken Vermehrung dieser überwiegend bäuerlichen Bevölkerung dazu kommen, daß mongolische Formen in verstärktem Ausmaß nach Westen, vor allem in die großen Städte kommen. [...] Dieses biologische Geschehen bei unserem großen östlichen Nachbarn bedarf unserer dauernden Beobachtung.⁴⁵⁶

Die von der Anthropologischen Gesellschaft in Wien mit Unterstützung der Akademie der Wissenschaften herausgegebene Reihe *Rudolf Pöch Nachlaß* erschien durch Vermittlung Viktor Christians ab 1941 in Berlin-Dahlem im Verlag der SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“.⁴⁵⁷

12.3.4.2 Die Kommission zur Herausgabe von Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre

Auf „Anregung“ der math.-nat. Klasse setzte die Akademie am 19. Februar und 4. März 1942 die Kommission zur Herausgabe von Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre ein.⁴⁵⁸ Die math.-nat. Klasse entsandte auf Antrag des Anatomen Ferdinand Hochstetter die oM Hochstetter, Knoll, Tschermak und Pernkopf. Von der phil.-hist. Klasse wurden Oberhummer, Menghin, Christian und Hassinger in die Kommission aufgenommen. Vier der acht Kommissionsmitglieder waren NSDAP-Mitglieder (Christian, Knoll, Menghin, Pernkopf), weitere eindeutig nationalsozialistisch gesinnt. Vorausgegangen war die „Anregung des oM Christian“ in der Gesamtsitzung der Akademie am 6. Februar 1942, eine Sonderserie *Untersuchungen zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre* herauszugeben.⁴⁵⁹ Als einzige Publikation in dieser Reihe erschien 1942 das Heft *Familienanthropologische Untersuchungen in dem ostschwäbischen Dorfe Marienfeld im Rumänischen Banat* (Abb. 29) von Robert Rutil, einem Mitarbeiter der Anthropologischen Abteilung des NHM.⁴⁶⁰

Dabei handelte es sich um die Ergebnisse einer groß angelegten anthropologischen Studie aus den Jahren 1933/34 unter der Leitung von Josef Weninger. Das Dorf Marienfeld/Teremia-Mare im rumänischen Banat war eine

456 TUPPA, *Mischeren*, 1941, 5

457 Vgl. FEICHTINGER, *Transformationen*, 2013, 119; GINGRICH, Viktor Christian, 2021, 411f.

458 AÖAW, Protokoll der Sitzung der math.-nat. Klasse, 19.2.1942 (B 2647); AÖAW, Protokoll der Sitzung der phil.-hist. Klasse, 4.3.1942 (C 2646).

459 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 6.2.1942 (A 968); vgl. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 39/1942, Protokoll der Präsidialsitzung, undat. Die math.-nat. Klasse hatte schon 1940 5.000 RM „zur Herausgabe einer Sonderserie rassenkundlicher Arbeiten aus dem Südosten“ veranschlagt und bewilligt. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung, 25.10.1940 (A 957).

460 Vgl. TESCHLER-NICOLA, *Volksdeutsche*, 2007, 73-75.



29. Robert Routil, *Familienanthropologische Untersuchungen*, 1942, Buchcover

der Enklaven der sogenannten Inseldeutschen in Südosteuropa und schien den Anthropologen daher für ihre Rasseforschungen besonders geeignet. Von der Untersuchung des Auftretens von „Rassenmerkmalen“ innerhalb der deutschsprachigen Familien, die über Generationen hinweg unter sich geblieben waren, wurden neue Erkenntnisse über Vererbungsvorgänge erwartet. Weninger und sein Team untersuchten hierfür 1.081 Personen aus 251 Familien und legten eine umfangreiche Sammlung von 9.000 Datenblättern und 8.000 Fotografien an.⁴⁶¹ Im Unterschied zu den anthropologischen Vermessungen von Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg wurden in dieser Unternehmung Personen in jedem Lebensalter berücksichtigt, auch sehr kleine Kinder.⁴⁶² Der Umstand, dass der Fokus auf rassenkundlichen und deutsch-völkischen Fragestellungen lag, sowie die Teilnahme der (späteren) NSDAP-Mitglieder Eberhard Geyer (Parteimitglied 1933)

und Friedrich Stumpf (Parteimitglied 1941) lässt ebenso auf eine nationalsozialistische Färbung der Unternehmung schließen wie das Faktum, dass die Forschungsreise zu einem gewichtigen Teil durch das Deutsche Reich finanziert wurde. Weninger gelang es in den folgenden Jahren jedoch nicht mehr, die Publikation der Ergebnisse zu finanzieren. Vonseiten reichsdeutscher Fördergeber wurde zwar seine politisch untadelige Haltung bestätigt, und auch der politische Wert der Marienfeld-Studie wurde gewürdigt; Weningers Ehe mit einer Jüdin wurde allerdings als Argument gegen eine Förderung ins Treffen geführt.⁴⁶³

Eine zweite Arbeit über „Altpreußenschädel und Skelettreste aus dem 14. Jahrhundert“ von Lotte Tiemann, die der Leiter des Rassenbiologischen Instituts der Universität Wien, Lothar Loeffler (1901-1983), der Akademie zur Publikation vorgeschlagen hatte,⁴⁶⁴ war 1943 bereits im Druck.⁴⁶⁵ Sie wurde allerdings zurückgestellt, weil Viktor Christian die Arbeit des Rassenphysiologen und flammenden Nationalsozialisten Robert Stigler (1878-1975, NSDAP-Mitglied ab 1934) mit dem Titel „Rassenphysiologische Untersuchungen in

461 Vgl. ebd., 62.

462 Vgl. ebd., 73-75.

463 Vgl. TESCHLER-NICOLA, *Volksdeutsche*, 2007, 69-71.

464 Vgl. MAYER, *Das Rassenbiologische Institut*, 2015, 203f.

465 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: *Alm.* 93 (1943), 180.

Uganda“ bevorzugte.⁴⁶⁶ Auch dieses Manuskript blieb wegen Papiermangels bis 1944 liegen und verbrannte schließlich nach der Bombardierung der Staatsdruckerei.⁴⁶⁷

Die Kommission zur Herausgabe von Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre und die Pöch-Kommission verfestigten durch die Veröffentlichung der Ergebnisse älterer Vermessungsunternehmungen in der NS-Zeit den „anthropologisch-rassenkundlichen“ Ansatz, den Weninger mit der Wiener Schule der Anthropologie auf den Weg gebracht hatte. Die beiden Schriftenreihen ergänzten einander: In der Pöch-Reihe wurden die rassenkundlichen Forschungsergebnisse über fremde Völker in Osteuropa und am Balkan publiziert, mit der Schriftenreihe *Untersuchungen zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre* wurden die „rassischen“ Eigenheiten des eigenen Volkes zu klären versucht.

Die rassenkundliche Schriftenreihe wurde 1945 eingestellt; „Rassenunterschiede“ blieben aber eine bedeutsame Frage, die auch nach 1945 in Publikationen der Akademie der Wissenschaften behandelt wurde. Weninger veröffentlichte ab 1951 seine in der NS-Zeit ausgewerteten Vermessungsergebnisse an Kriegsgefangenen des Ersten Weltkriegs aus dem Kaukasus in der Pöch-Reihe.⁴⁶⁸

12.3.4.3 Rassenkundliche Akademie-Antragsforschung in der „Ostmark“

Im Juli 1940 bewilligte das Akademiekomitee für die Verwaltung der Erbschaft Treitl dem Antragsteller Hans Kummerlöwe (1903-1995), Direktor des Naturhistorischen Museums, 1.400 RM für eine umfangreiche Untersuchungsreihe der Anthropologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums im Kriegsgefangenenlager Kaisersteinbruch (Stalag XVII A) im nördlichen Burgenland.⁴⁶⁹ Abgedeckt wurden damit die Remuneration der Hilfskräfte, Zubaßen der Museumsanthropologen und der große Sachaufwand (u. a. Fotoplatten, Schwarz-Weiß- und Agfa-Color-Filmrollen).⁴⁷⁰ Zusätzlich bewilligte das Treitl-Komitee den Antrag des Völkerkundlers Martin Gusinde (1886-1969), dem 200 RM Subvention für die Mitwirkung an dieser Unternehmung zuerkannt wurden.⁴⁷¹ Srbik hatte das Bewilligungsschreiben

466 Vgl. MAYER, Das Rassenbiologische Institut, 2015, 203f.; AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 22.7.1943 (A 980).

467 Vgl. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 1160/1950, Robert Stigler an die Österreichische Akademie der Wissenschaften, 23.6.1950.

468 Vgl. BERNER, Forschungs-„Material“, 2005, 178f.; siehe Kapitel 15, 218.

469 Vgl. PAWLOWSKY, Erweiterung, 2005, 76f.; FEICHTINGER, Wissenschaft, 2013, 128f.; GINGRICH, Karriere, 2018, 259f.; GINGRICH, Viktor Christian, 2021, 412f.; BERNER, Kriegsgefangenenuntersuchungen, 2021, 1091-1095, 1100f.

470 AÖAW, Subventionen, K. 11, Nr. 264/1940, Die Auslagen für die anthropologischen Aufnahmen im Kriegsgefangenenlager Kaisersteinbruch; Mitglieder des Treitl-Komitees an Heinrich Srbik (bzw. an die Akademiekanzlei) v. 17.7.1940 (Redlich, Schweidler), v. 20.7.1940 (Kretschmer), v. 18.7.1940 (Eder) sowie v. 19.7.1940 (Hochstetter).

471 AÖAW, Subventionen, K. 11, Nr. 265/1940, Heinrich Srbik an Martin Gusinde, 18.7.1940. Zur

schon vor dem Einlangen der Zustimmungserklärungen der Treitel-Komitee-Mitglieder und der Bestätigung durch die Gesamtakademie⁴⁷² konzipiert und vermutlich auf Anraten des Anatomen Hochstetter in einem Schreiben an Kummerlöwe angeregt, dass „die Leichen von in Kaisersteinbruch verstorbenen Afrikanern zur wissenschaftlichen Untersuchung in das Anatomische Institut der Wiener Universität überführt werden, weil nur sehr wenige Untersuchungen darüber vorlägen, wie weit die Verschiedenheit der Rassen in den inneren Organen ihre Ausprägung“ finde.⁴⁷³ Die Akademie finanzierte die rassenkundlichen Untersuchungen im „Einvernehmen“ mit dem Wissenschaftsorganisator oM Viktor Christian, der selbst allerdings weder in die Planung noch in die Finanzierungsentscheidung der Akademie eingebunden war.⁴⁷⁴ Die Ergebnisse der zwischen Juli und November 1940 in Kaisersteinbruch (Burgenland) durchgeführten Vermessungen an 3.517 Kriegsgefangenen wurden 1941 im *Anzeiger* der Akademie veröffentlicht.⁴⁷⁵

Schließlich unterstützte Srbik im Sommer 1941 durch ein Schreiben auch einen Antrag Kummerlöwes an das OKW zur Errichtung einer „Wehrmachtamtlichen Kommission für anthropologisch-rassenkundliche Untersuchungen an Kriegsgefangenen“.⁴⁷⁶ Der Antrag wurde abgelehnt. Wenige Tage später verordnete das REM „im Einvernehmen mit dem Oberkommando

mitverantwortlichen Mitwirkung des Styler Missionars und Anthropologen Pater Martin Gusinde (SVD, Societas Verbi Divini) an den von Akademie geförderten rassenkundlichen Untersuchungen von Kriegsgefangenen vgl. ROHRBACHER, Martin Gusinde, 2021, 1137-1152. Peter Rohrbacher porträtiert auf der Grundlage des in Rom befindlichen Nachlasses Gusinde in seiner Rolle „zwischen NS-Regime und Ordenszensur“. Zum Vorschein komme „Gusindes unverblümter Opportunismus zum Nationalsozialismus“ (1152), u. a. in seiner „Loyalitätserklärung“ für den NS-Dozentenbund“ und in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit als physikalischer Anthropologe. Die Akademie bewilligte dem Privatgelehrten Gusinde zwischen 1939 und 1945 mehrfach Subventionen für die Durchführung anthropologischer und ethnologischer Untersuchungen, deren „rassenbiologische“ Ausrichtung gezeigt wird. 1939 führte Gusinde in seinem Antrag an die Akademie auf einen Druckkostenzuschuss für seine *Anthropologie der Feuerland-Indianer* das Argument der „in unseren Tagen berechtigterweise geförderten Rassenkunde“ ins Treffen. Die Akademie bewilligte 2.000 RM. 1945 bewilligte sie 5.000 öS Druckkostenzuschuss für das Manuskript *Die Rassenform der Ituri-Pygmäen*. Das Buch erschien 1948 unter dem Titel *Urwaldmenschen am Ituri* im Springer-Verlag; vgl. ROHRBACHER, Martin Gusinde, 2021. Rohrbacher bietet in Band 3 der *Völkerkunde zur NS-Zeit aus Wien (1938-1945)* eine differenzierte historisch-kritische Auseinandersetzung mit den im „Dritten Reich“ verbliebenen oder nach dem „Anschluss“ 1938 ins Exil vertriebenen Styler Missionaren, Ethno- bzw. Anthropologen und Akademiemitgliedern Wilhelm Schmidt (1906 kM I, 1941 kM A), Wilhelm Koppers (1946 kM I, 1951 wM), Paul Schebesta (1956 kM I) und Martin Gusinde (1967 kM I); vgl. ROHRBACHER, Wilhelm Schmidt, 2021; ders., Wilhelm Koppers, 2021; ders., Martin Gusinde, 2021.

472 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 25.10.1940 (A 957).

473 AÖAW, Subventionen, K. 11, Nr. 264/1940, Heinrich Srbik an Hans Kummerlöwe, 9.7.1940.

474 Vgl. GINGRICH, Viktor Christian, 2021, 413.

475 Vgl. WASTL, Anthropologische Untersuchungen, 1941. Zu Jahresende 1940 hatten die Anthropologen im Kriegsgefangenenlager Kaisersteinbruch insgesamt 4.795 Männer untersucht und vermessen; vgl. BERNER, Kriegsgefangenenuntersuchungen, 2021, 1094.

476 AÖAW, Subventionen, K. 11, Nr. 264/1940, Hans Kummerlöwe an OKW v. 16.4.1941; vgl. ebd., Hans Kummerlöwe an Heinrich Srbik, 11.8.1941; Heinrich Srbik an OKW v. 21.8.1941; OKW an Heinrich Srbik, 10.9.1941.

der Wehrmacht“ bezüglich „Kriegsgefangene[r] als Objekte wissenschaftlicher Arbeiten“, dass aufgrund der Häufung der Anträge solche künftig an das REM zu richten seien und das OKW nur noch von diesem befürwortete Anträge genehmigen werde.⁴⁷⁷

1941 bewilligte die math.-nat. Klasse der Akademie schließlich Karl Tuppa (1899-1981), Anthropologe der Universität Wien und Nationalsozialist, aus den Mitteln der Erbschaft Franz Czermak 600 RM für vorbereitende Arbeiten zu einer anthropologischen Aufnahme der Bevölkerung des Gaus Niederdonau.⁴⁷⁸ Tuppas von der Akademie geförderte *Rassenkunde von Niederdonau* erschien 1942 in der Schriftenreihe *Niederdonau, Ahnengau des Führers*, herausgegeben vom Gaupresseamt Niederdonau der NSDAP und war versehen mit einem Vorwort des Gauamtsleiters für Rassenpolitik in Niederdonau.⁴⁷⁹

12.3.5 Atomkernphysik statt Radiumforschung

„Die Veränderungen in unserem Institut gehen flott vor sich“.⁴⁸⁰ So schilderte im Mai 1938 Stefan Meyer, der langjährige Vorstand des Instituts für Radiumforschung, der dieses Amt im selben Monat niedergelegt hatte, seinem ehemaligen Akademiekollegen Victor Franz Hess die unmittelbaren Auswirkungen der NS-Machtübernahme am Institut für Radiumforschung. Die kommissarische Institutsleitung hatte im März 1938 der bisherige Assistent Gustav Ortner (1900-1984) übernommen.⁴⁸¹ Das Radiuminstitut war als Akademieeinrichtung durch seinen Vorstand, der gemäß der Institutsatzung eine Professur für Physik innehaben musste, mit der Universität Wien verknüpft. Unter der Leitung von Gustav Ortner wurde die Ausrichtung des Radiuminstituts auf Atomkernphysik und Neutronenforschung verstärkt. Im Folgenden wird gezeigt, wie sich das Institut für Radiumforschung durch seine als „wehrwichtig“ deklarierten kernphysikalischen Untersuchungen⁴⁸² im Feld der deutschen Kernphysik zu behaupten versuchte und warum seine Aktivitäten für den Uranverein (NS-Atomwaffenprojekt) letztlich „von marginaler Bedeutung“ blieben.⁴⁸³

477 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 225/1941, Das REM betr. Kriegsgefangene als Objekte wissenschaftlicher Arbeiten [Erlaß], 25.8.1941. Zum gescheiterten Versuch Kummerlöhnes, seine Wiener Arbeitsgruppe als Wehrmachtsamtliche Kommission für anthropologisch-rassenkundliche Untersuchungen an Kriegsgefangenen zu etablieren vgl. BERNER, Kriegsgefangenenuntersuchungen, 2021, 1094f.

478 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 4.7.1941 (A 964); Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 92 (1942), 192.

479 Vgl. TUPPA, Rassenkunde, 1942.

480 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 13, Stefan Meyer an Victor Franz Hess, 13.5.1938.

481 Vgl. ÖStA-AdR, BMI/GA Gustav Ortner, SD-Leitabschnitt Wien, Sicherheitsdienst des Reichsführers SS an das Gaupersonalamt der NSDAP-Gauleitung Wien, 23.12.1942.

482 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 32, M. „Neutronengenerator“, Gustav Ortner an Hubert Meth, Reichsamt für Wirtschaftsausbau, 1.10.1941; BArch, R 73/13486, Prof. Dr. G. Ortner - Wien, Höchstspannungsanlage zur Erzeugung schneller Korpuskularstrahlen, undat. [1941].

483 REITER, Aufbruch, 2017, 33.

12.3.5.1 Die NS-Machtübernahme am Institut für Radiumforschung: Meyer geht, Ortner kommt

Die Einsetzung einer neuen Institutsleitung vollzog sich stufenweise: Stefan Meyer, Professor für Physik an der Universität Wien, hatte am 18. März 1938 um Versetzung in den Ruhestand angesucht. Durch Erlass des Unterrichtsministeriums vom 22. April 1938 wurde er, ebenso wie andere Universitätsangehörige jüdischer Herkunft, umgehend „beurlaubt“.⁴⁸⁴ Am 26. April übergab Meyer den universitären Unterrichtsbetrieb am Institut für Radiumforschung an Gustav Ortner,⁴⁸⁵ behielt jedoch weiter seine Stelle als Institutsvorstand. Zum „vorläufigen ‚Leiter‘“ des Akademieinstituts „mit den Funktionen eines ‚Stellvertreters‘“ bestimmte die Akademie wenige Tage darauf Gustav Ortner.⁴⁸⁶ Am 28. April 1938 setzte die math.-nat. Klasse der Akademie ein Kuratorium des Instituts für Radiumforschung ein, in das auch Meyer berufen wurde.⁴⁸⁷ Das Kuratorium hatte die Aufgabe, „die der Akademie zukommenden Rechte zu wahren und die Führung des Institutes zu überwachen“.⁴⁸⁸ Am 12. Mai 1938 sah sich Meyer schließlich veranlasst, sein Amt als Institutsvorstand zur Verfügung zu stellen.⁴⁸⁹ 1946 schilderte Stefan Meyer die Vorgänge des Jahres 1938 wie folgt: „Als 1938 der damalige Vorstand des Inst. für Radiumforschung ausschied und kein als Vorstand geeigneter Nachfolger vorhanden war, wurde [...] der Vorstand des Institutes durch ein Kuratorium ersetzt, damals bestehend aus: Meyer St., Schweidler, Mache, Himmelbauer, Späth. Ende 1938 schied Meyer auch hier aus.“⁴⁹⁰

Ein halbes Jahr danach, im Dezember 1938, ersuchte das Ministerium für Inneres und kulturelle Angelegenheiten die Akademie um eine Stellungnahme „zu dem Vorschlage, den Privatdozenten Dr. Gustav Ortner zum Vorstand des Institutes für Radiumforschung und zugleich zum o. Professor am II. Physikalischen Institut der Universität zu ernennen“.⁴⁹¹ Auf Antrag des Vizepräsidenten, des Physikers Egon Schweidler, stimmte die Akademie

484 Vgl. REITER, Aufbruch, 2017, 176f.

485 Vgl. AÖAW, Institut für Radiumforschung, K. 1, M. „B. Personalangelegenheiten 1938-1940“, Nr. 189/1938, Übergabeprotokoll, 26.4.1938; abgebildet bei FEICHTINGER, Transformationen, 2013, 120. Ortner wurde vom kommissarischen Dekan Viktor Christian mit der interimistischen Fortführung der Lehre Meyers betraut.

486 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 13, Stefan Meyer an Victor Franz Hess, 13.5.1938; ÖStA-AdR, UWFuK, BMU, PA Ortner Gustav, Das Präsidium der Akademie der Wissenschaften (F. Hochstetter, E. Schweidler) an das Oesterreichische Unterrichtsministerium, 27.5.1938.

487 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 29.4.1938 (A 936).

488 ÖStA-AdR, UWFuK, BMU, PA Ortner Gustav, Das Präsidium der Akademie der Wissenschaften (F. Hochstetter, E. Schweidler) an das Oesterreichische Unterrichtsministerium, 27.5.1938.

489 Vgl. AÖAW, Institut für Radiumforschung, K. 2, M. „C 1938“, Protokoll der Sitzung des Kuratoriums des Institutes für Radiumforschung, 12.5.1938; abgebildet bei FEICHTINGER, Transformationen, 2013, 121.

490 AÖAW, Geschichte der Akademie, K. 1, Stefan Meyer an Richard Meister, 6.12.1946.

491 AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 16.12.1938 (A 941).

zu.⁴⁹² Im September 1939 ernannte der Reichserziehungsminister Ortner zum ao. Professor für Physik, insbesondere Radioaktivität, an der Universität Wien und zum Vorstand des Institutes für Radiumforschung an der Akademie der Wissenschaften. Ortner hatte davor die eingehende politische Prüfung durch das Gaupersonalamt und den Dozentenführer der Universität Wien sowie eine wissenschaftliche Begutachtung durch die deutschen Physiker Walter Bothe und Hans Geiger bestanden. An der Universität Wien erhielt Ortner die durch Karl Przibrams Entlassung frei gewordene Professorenstelle.⁴⁹³ Przibram war es - ebenso wie Meyer - ab Jänner 1939 verboten, das Akademieinstitut für Radiumforschung zu betreten. Der Reichserziehungsminister hatte per Erlass vom 8. Dezember 1938 die Genehmigung zurückgezogen, dass „Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze“ privat und ausnahmsweise in wissenschaftlichen Instituten weiterarbeiten konnten. Ortner musste aufgrund einer drohenden Anzeige seinen ehemaligen Vorgesetzten ersuchen, das Institut nicht mehr aufzusuchen.⁴⁹⁴ Przibram überlebte im belgischen Exil, Meyer - der im Jahr 1938 am Institut noch seine Tätigkeit als Vorsitzender der Internationalen Radium-Standard-Kommission ausgeübt hatte - in seinem Sommersitz in Bad Ischl.⁴⁹⁵ 1938 waren am Institut neben dem wissenschaftlichen Stammpersonal noch 42 Wissenschaftler/innen tätig. Viele von ihnen wurden aufgrund ihrer jüdischen Herkunft verfolgt und vertrieben - 1941 arbeiteten hier nur noch 14 Forscher/innen.⁴⁹⁶ In noch höherem Maß reduzierte sich zwischen 1938 und 1945 die Zahl der publizierten Forschungsergebnisse.⁴⁹⁷

12.3.5.2 Neutronenforschung zur Energiegewinnung aus Kernprozessen

1941 umriss Gustav Ortner den Tätigkeitsbereich des Institutes für Radiumforschung wie folgt: „Gegenwärtig liegt das Schwergewicht der Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der künstlichen Atomumwandlung, die sowohl im hiesigen Institut als auch am II. Physikalischen Institut der Universität Wien mit den Mitteln des hiesigen Institutes durchgeführt werden.“⁴⁹⁸ Diese Mittel waren bescheiden, denn Wien verfügte nicht über jene kostspieligen Apparatu-

492 Vgl. ebd.

493 Vgl. BArch, R 4901/23262, Personalakt Gustav Ortner, REM an Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, 28.9.1939. 1942 bestellte ihn der Reichserziehungsminister noch zum Direktor des Institutes für Radiumforschung an der Akademie; vgl. ebd., REM an Gustav Ortner, 13.8.1942.

494 Vgl. AÖAW, Allg. Akten, Nr. 469/1938, Ministerium für Inneres und kulturelle Angelegenheiten, Abt. IV. an die Herren Rektoren der Hochschulen (einschließlich der Akademie der Wissenschaften), 17.12.1938 [mit dem Vermerk: Abschrift an Dr. Ortner, exp. 22.12.1938]; KARLIK, 1938-1950, 1950, 35.

495 REITER, Aufbruch, 2017, 231f.; FENGLER, Kerne, 2014, 238f.

496 Vgl. Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 88 (1938), 187; Bericht des Generalsekretärs, in: Alm. 91 (1941), 177.

497 Vgl. REITER, Aufbruch, 2017, 230 (Diagramm).

498 AÖAW, Institut für Radiumforschung, K. 1, Gustav Ortner an die Dienststelle des Kurators der wissenschaftlichen Hochschulen Wiens, 19.6.1941.

ren zur Erzeugung von künstlicher Strahlung, die mittlerweile in der modernen Kernforschung verwendet wurden. Die Kernforschung in Wien konnte auf die Verwendung radioaktiver Naturstoffe als Ausgangsbasis zurückgreifen.⁴⁹⁹

Der „Anschluss“ hatte unter den Wiener Kernphysikern die Hoffnung geweckt, durch neue Subventionen aus dem „Altreich“ zum Stand der internationalen Atomforschung aufschließen zu können. Bald wurde diese Hoffnung aber enttäuscht, denn die sogenannten Soforthilfen waren unzureichend: Im Mai 1938 gewährte das Unterrichtsministerium dem Institut für Radiumforschung und dem II. Physikalischen Institut eine Subvention von 1.400 RM „für die Fortsetzung der experimentellen Untersuchungen auf dem Gebiete der Atomphysik, insbesondere der Atomzertrümmerung und des Atomaufbaues“.⁵⁰⁰ Im März 1939 konnten weitere 2.670 RM lukriert werden.⁵⁰¹ Im selben Jahr bewilligte die Deutsche Forschungsgemeinschaft Ortner auch die Übernahme der bislang im Besitz von Stefan Meyer befindlichen Leihgeräte zur Durchführung von „Untersuchungen über die Wechselwirkung schneller Neutronen mit verschiedenen Gasen“.⁵⁰² Auf Mittel zur Anschaffung eines Teilchenbeschleunigers bestand in den ersten Jahren keine Aussicht, sodass das seit 1938 angestrebte Ziel, „das ursprünglich nur der Radiumforschung gewidmete Haus dem größeren Aufgabenkreis eines modernen kernphysikalischen Institutes möglichst rasch anzupassen“,⁵⁰³ Anfang 1943 noch in weiter Ferne lag.

Zwischenzeitlich hatten Mitarbeiter des Instituts für Radiumforschung dennoch auf konventionelle Art und Weise aufsehenerregende Entdeckungen gemacht. So war Friedrich Prankl, ab 1939 Assistent am Radiuminstitut, gemeinsam mit Willibald Jentschke (1911-2002) vom II. Physikalischen Institut kurz nach der Entdeckung der Kernspaltung durch Otto Hahn (1879-1968), Fritz Straßmann (1902-1980) und Lise Meitner (1878-1968) mithilfe der vorhandenen Neutronenquellen gleichzeitig mit anderen Forschern des Auslandes der physikalische Nachweis der Uranspaltung und die Messung der frei werdenden Kernenergie „mit überlegener Genauigkeit“ gelungen,⁵⁰⁴ später auch der Nachweis der Spaltung von Thorium und Ionium durch Neutronen (gemeinsam mit Friedrich Hernegger, ab 1938 Assistent am Radiuminstitut).⁵⁰⁵ Ohne die Anschaffung neuer Apparate konnte das Institut

499 Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 325.

500 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 201/1938, Österreichisches Unterrichtsministerium (Alfred Schaller) an das Rektorat der Universität Wien, 2.5.1938.

501 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 183/1939, Ministerium für Inneres und kulturelle Angelegenheiten (Alfred Schaller) an den Rektor der Universität Wien, 20.3.1939.

502 Vgl. BArch, R 73/13486, Aktennotiz Dr. Ortner, Übertragung von Leihgaben des Professors Dr. Meyer, Wien.

503 ÖStA-AdR, K. 19/6147A, Georg Stetter, Antrag auf Umwandlung der ao. Professur für Physik (Radiumforschung) in eine o. Professur, undat. [Jänner 1943], zit. n. FENGLER, Kerne, 2014, 270f.

504 KARLIK, 1938-1950, 1950, 36.

505 Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 264, 290.

in der Kernforschung aber nicht mit anderen Ländern Schritt halten - seine Existenz „als konkurrenzfähige Forschungsstelle“ stand auf dem Spiel.⁵⁰⁶

Der im September 1939 offiziell als Institutsvorstand bestätigte Gustav Ortner bemühte sich sogleich darum, verschiedene Fördergeber (wie die DFG) für den Bau bzw. Ankauf eines Teilchenbeschleunigers zu finden.⁵⁰⁷ Ein Jahr später bewilligte schließlich die Akademie der Wissenschaften selbst aus Mitteln der math.-nat. Klasse eine Subvention von 12.000 RM „zur Konstruktion einer Hochspannungs-Entladungsröhre“ für Untersuchungen auf dem Gebiet der Kernphysik (Erzeugung schneller Kanalstrahlen).⁵⁰⁸ 1941 stellte Ortner beim REM den Antrag auf einen Sonderzuschuss von 40.000 RM für den Ankauf eines Neutronengenerators. Sein Argument lautete, dass „eine grosse Zahl von Fragen, die besonders jetzt im Mittelpunkt des Interesses stehen, [...] nicht behandelt werden [können], weil die radioaktiven Strahlungsquellen zu ihrer Lösung nicht ausreichen“.⁵⁰⁹ Sein Engagement machte sich bezahlt, denn das REM gab seinem Ansuchen auf Beschaffung einer Hochspannungsanlage zur Erzeugung von Neutronen statt⁵¹⁰ und gewährte 1942 Ortner die beantragte Subvention.⁵¹¹ Im März 1943 bewilligte schließlich das Reichsamt für Wirtschaftsausbau (RWA), mit dem Ortner seit 1941 Verhandlungen führte,⁵¹² weitere 118.000 RM für den Aufbau einer „Höchstspannungsanlage zur Erzeugung schneller Korpuskularstrahlen“. Ortner hatte argumentiert, dass mit der „Anlage zu Untersuchungen mit Neutronen“ in Kooperation mit dem Uranverein, dem deutschen Atomwaffenprojekt in der Zeit des Zweiten Weltkriegs, ein wehrwichtiger Zweck erfüllt würde.⁵¹³ Die Höhe an Fördermitteln, die Ortner für die Anschaffung eines Neutronengenerators einwarb, ist insofern besonders beachtlich, als sie zu dieser Zeit in etwa einer staatlichen Jahresdotations der Wiener Akademie entsprach. Mit dem Einstieg des RWA hatte Ortner nicht nur die nötige Finanzierung für den Ankauf eines Neutronengenerators für das Radiuminstitut aufgebracht, sondern zugleich auch einen willigen Investor für institutionelle Erneuerungen gefunden.⁵¹⁴

506 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 32, M. „Neutronengenerator“, Gustav Ortner an Hubert Meth, Reichsamt für Wirtschaftsausbau, 1.10.1941.

507 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 11, M. „Berlin, Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, Gustav Ortner an DFG, 13.10.1939.

508 AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 32, M. „Neutronengenerator“, Akademie der Wissenschaften an Gustav Ortner, 7.11.1940.

509 Ebd., Gustav Ortner an REM, [3.2.1941].

510 Ebd., Der Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien an den Leiter des Institutes für Radiumforschung der Universität, 22.4.1941.

511 Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 271.

512 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 11, M. „Berlin, Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, Beilage zum Antrag auf Bewilligung einer Forschungsbeihilfe von Gustav Ortner an das Reichsamt für Wirtschaftsausbau, undat. [1941].

513 BArch, R 73/13486, Prof. Dr. G. Ortner - Wien, Höchstspannungsanlage zur Erzeugung schneller Korpuskularstrahlen, undat. [1941].

514 Vgl. FLACHOWSKY, Das Reichsamt, 2015. Das RWA errichtete als maßgebliche NS-For-

Auf Initiative des RWA schlossen sich 1943 das Akademieinstitut für Radiumforschung und das II. Physikalische Institut der Universität Wien zum Vierjahresplan-Institut für Neutronenforschung des Reichsamts für Wirtschaftsausbau zusammen. Dieser Zusammenschluss war Resultat der langjährigen Zusammenarbeit beider Institute in Kernforschungsfragen. Die Leitung des Vierjahresplan-Instituts, das vom RWA zum Zweck der Durchführung „wehrgewichtiger Untersuchungen“ finanziert wurde,⁵¹⁵ übernahmen der Vorstand des II. Physikalischen Instituts, Georg Stetter (1895–1988), und Gustav Ortner (Abb. 30).⁵¹⁶ Die Dienstaufsicht über das neue Institut, dem auch das Institut für theoretische Physik zugeordnet wurde, übte das REM stellvertretend für das RWA aus.⁵¹⁷ Das Bestreben der Forschungen war die Gewinnung nutzbarer Energie durch Kernspaltung; die Arbeitsgrundlage bildeten die natürlichen Strahlungsquellen des Radiuminstituts.⁵¹⁸ Der Reichsforschungsrat (RFR), der 1942 die Aufsicht im Uranverein vom Heereswaffenamt übernommen hatte, unterstützte die Forschungstätigkeit bis zum Kriegsende.⁵¹⁹ 1943 vergab er an Stetter den Forschungsauftrag „Energiegewinnung aus Kernprozessen“.⁵²⁰ Das Fernziel war der Bau einer sogenannten Uranmaschine, mit der bezweckt wurde, „im technischen Ausmasse durch Kernspaltung an Uran Energie zu gewinnen“.⁵²¹ Der Auftrag wurde in die zweithöchste Dringlichkeitsstufe SS eingereiht, die Wiener Physik Institute wurden zu Rüstungsbetrieben erklärt und ihre Mitarbeiter unabkömmlich gestellt.⁵²² Der für die Energiegewinnungsforschung notwendige leistungsfähige Neutronengenerator, der auf Kosten des RWA gebaut und bereits bezahlt worden war, wurde von der Hamburger Firma C. H. F. Müller aufgrund der Kriegseinwirkungen allerdings nicht mehr geliefert.⁵²³

1945 ergab sich aus den Verhören der in Wien verbliebenen Atomphysiker durch sowjetische Fachvertreter und den für die US-Armee angefertigten Berichten eine ambivalente Bilanz zum Stand der Kernforschung in Österreich: Die Wiener Kernforscher/innen hatten zwischen 1938 und 1945 das

schungs- und Wirtschaftsfördereinrichtung eigene Institute und vermittelte Forschungsergebnisse an die kriegswichtige Industrie. In Wien betrieb dieses Reichsamt drei Vierjahresplan-Institute.

515 BArch, R 73/13486, Prof. Dr. G. Ortner - Wien, Höchstspannungsanlage zur Erzeugung schneller Korpuskularstrahlen, undat. [1941].

516 Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 272f.

517 Vgl. KARLIK, 1938–1950, 1950, 36; FENGLER, Kerne, 2014, 273.

518 Vgl. AÖAW, FE-Akten, Radiumforschung, K. 5, Bericht über das Institut für Radiumforschung der Akademie der Wissenschaften in Wien (1939–1946), 4.1.1947.

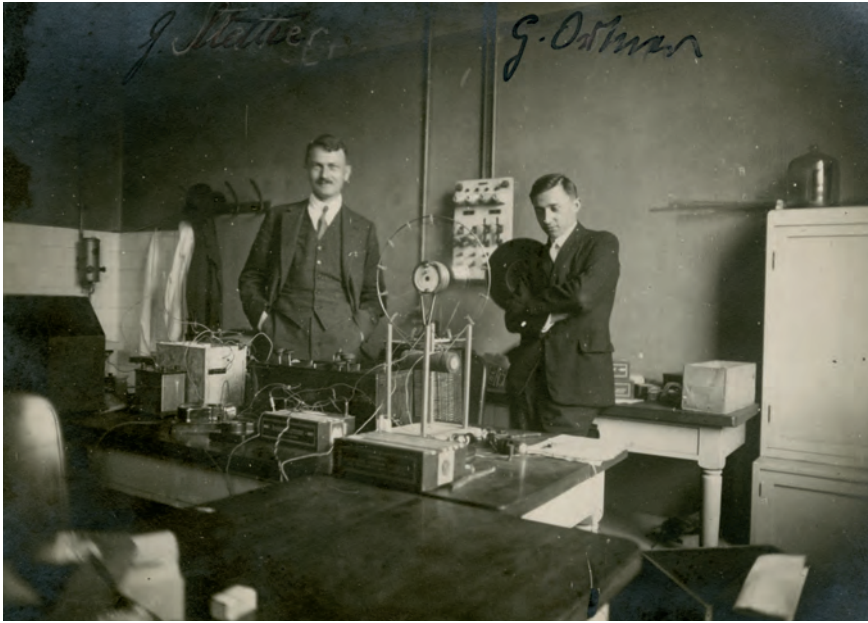
519 Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 268; zum Uranverein vgl. WALKER, Die Uranmaschine, 1990, 49–51.

520 Forschungsauftrag „Energiegewinnung aus Kernprozessen“, Antragsteller: Georg Stetter, 1943 bewilligt, Dringlichkeitsstufe: SS.

521 [Georg Stetter,] Bericht, 1.7.1945.

522 Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 269.

523 Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 273.



30. Georg Stetter und Gustav Ortner, Leiter des Vierjahresplan-Instituts für Neutronenforschung 1943–1945, Aufnahme im Institut für Radiumforschung um 1927

Grundlagenwissen über Spaltprozesse erheblich erweitert. Georg Stetters Arbeitsgruppe hatte die neutroneninduzierten Spaltungsprozesse erforscht und Wirkungsquerschnitte für die Spaltungs- und Absorptionsprozesse bestimmt.⁵²⁴ Das Radiuminstitut hatte dafür – laut Ortners Angaben – seine natürlichen Strahlungsquellen und Apparate zur Verfügung gestellt.⁵²⁵ Obwohl Stetter, Ortner und ihre Mitarbeiter/innen „keineswegs nur randständige Forschungen betrieben“,⁵²⁶ beschränkte sich die Relevanz ihrer Forschungen für den Uranverein auf vorbereitende „Zuarbeiten“⁵²⁷ in Form „klassischer Laborarbeit“. ⁵²⁸ In Wien fanden keine Reaktorversuche statt;⁵²⁹ die Wiener Gruppe blieb somit in der NS-Kernforschung „Peripherie“, ⁵³⁰ ihre Aktivitäten waren für den Uranverein letztlich „von marginaler Bedeutung“. ⁵³¹

Anlässlich seines 40-jährigen Bestehens im Jahr 1950 berichtete die neue Vorständin des ÖAW-Instituts für Radiumforschung, Berta Karlik (1904–1990, Abb. 31), über die Jahre 1938 bis 1950 und verwies auf die Erfolge der „Arbeitsgemeinschaft“ der beiden Institute – namentlich erwähnte sie Willibald Jentschke, Friedrich Prankl und Friedrich Hernegger, die mit ihren Forschungsergebnissen „an der neuesten Entwicklung der Kernfor-

524 Vgl. KARLSCH, Sowjetische Missionen, 2012, 146f.

525 Vgl. ebd., 135f.

526 SACHSE, Einleitung, 2012, 22.

527 FENGLER, Kerne, 2014, 293.

528 FORSTNER, Kernphysik, 2019, 236.

529 Vgl. KARLSCH, Sowjetische Missionen, 2012, 154.

530 FENGLER, Kerne, 2014, 264–304.

531 REITER, Aufbruch, 2017, 33.

31. Die Physikerin
Berta Karlik, Aufnahme im Institut
für Radiumforschung um 1927



schaftung teilhatten“.⁵³² Weiters nannte sie sich selbst und Traude Bernert (1915-1998) – die beiden Wissenschaftlerinnen hatten 1943 unabhängig vom Neutronenforschungsprogramm am Radiuminstitut das Element 85 (Astat) als natürliches Zerfallsprodukt von Uran entdeckt und damit die letzte Lücke im periodischen System der natürlichen Elemente geschlossen.⁵³³ Die Forschungen zur Energiegewinnung aus Kernprozessen im Rahmen des Uranvereins verschwieg Karlik diskret, verwies aber auf die gute Ausstattung des Instituts in der NS-Zeit.⁵³⁴ Der Neutronengenerator war zwar nicht mehr geliefert worden, andere, kleinere und günstigere Apparaturen hatten Wien aber noch vor Kriegsende erreicht.⁵³⁵ Auf diesen aus der NS-Zeit herausgeschlagenen Profit verwies Karlik – die ab 1945 das Radiuminstitut leitete –, als sie festhielt, dass die zwischen 1938 und 1945 „zur Verfügung stehenden Mittel [...] im Vergleich zu den staatlichen Dotationen der vergangenen Jahre gute [waren] und manche moderne apparative Anschaffung [...] gemacht werden [konnte], die auch heute noch den beiden Instituten zugute kommt“.⁵³⁶

⁵³² Vgl. KARLIK, 1938-1950, 1950, 36.

⁵³³ Vgl. KARLIK/BERNERT, Element 85, 1943.

⁵³⁴ Vgl. KARLIK, 1938-1950, 1950, 36.

⁵³⁵ Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 273.

⁵³⁶ KARLIK, 1938-1950, 1950, 36.

12.4 Die Akademie der Wissenschaften in Wien im Kontext der nationalsozialistischen Akademielandschaft

Vier Punkte charakterisieren laut dem Berliner Akademiehistoriker Peter Th. Walther die Gestaltung der Akademien der Wissenschaften im „Dritten Reich“:⁵³⁷ 1) der Ausschluss „rassisch“ verfolgter und politisch unliebsamer Mitglieder und Mitarbeiter/innen, 2) die Nazifizierung der Personalpolitik, 3) die Nazifizierung der institutionellen Forschungspolitik und 4) die Frage der Selbstverpflichtung der Akademien gegenüber dem NS-Regime.⁵³⁸ Um die Entwicklungen an der Wiener Akademie in den Kontext der nationalsozialistischen Akademielandschaft einzuordnen, ist ein Vergleich mit den Akademien im „Altreich“ zielführend. Als Vergleichskategorien bieten sich dazu in erster Linie Handlungsformen zwischen institutioneller Selbstbehauptung und aktiver Selbstgleichschaltung mit Partei und Staat an. Im Zentrum steht die Frage, inwiefern NS-konforme Veränderungen in den Jahren 1938 bis 1945 auf die Eigeninitiative der Akademien in vorausgehendem Gehorsam, auf den Zuruf bzw. die Anweisungen oder direkten Druck von Staat und Partei zurückzuführen sind. Vergleichend analysiert werden konkret 1) die Nazifizierung der Forschungspolitik,⁵³⁹ 2) die Auswirkung der Satzungsänderung von 1938 in Wien auf die Akademiepolitik des REM, 3) die Etablierung der neuen nationalsozialistischen Akademiepräsidenten, 4) der Ausschluss „rassisch“ verfolgter und politisch unliebsamer Mitglieder, 5) die Zuwahl von NSDAP-Mitgliedern und 6) die Reaktion der Führungsgremien bzw. Präsidien auf die verordnete Scheinautonomie.

Die Akademie der Wissenschaften in Wien unterschied sich stark von ihren kartellierten Schwesterakademien im „Altreich“ (Berlin, Göttingen, Heidelberg, Leipzig, München, Wien und ab 1940 Prag): Da in Österreich weder ein mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vergleichbarer Träger von Forschungsinstituten noch eine Dachorganisation zur Forschungsförderung wie die 1929 eingerichtete Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG (vormals Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft) existierte, hatte die Akademie der Wissenschaften in Wien eine Mehrfachfunktion zu erfüllen: Sie war Gelehrtenengesellschaft, Forschungsförderer und zugleich der einzige außeruniversitäre Institute führende Forschungsträger. Damit war sie die einzige Akademie im deutschsprachigen Raum, die zu diesem Zeitpunkt über eigene personalführende Forschungsinstitute verfügte. Allein die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin hatte 1930 in der Denk-

537 Wir bedanken uns bei Peter Nötzoldt und Jens Thiel für die ausführliche Kommentierung dieses Abschnitts sowie für Hinweise.

538 Vgl. WALTHER, „Arisierung“, 2000, 89.

539 Verglichen wird hier die Forschungspolitik, nicht die konkrete Forschungstätigkeit, da diesbezüglich nach wie vor erheblichen Forschungsbedarf gibt. Eine umfassende wissenschaftshistorische Untersuchung der Akademiegeschichte im Nationalsozialismus ist nach wie vor ein Desiderat.

schrift „über die Erweiterung ihrer Tätigkeit“ versucht, das Kultusministerium für die Einrichtung von Instituten zu gewinnen. Diese Initiative blieb allerdings ohne Erfolg.⁵⁴⁰

12.4.1 Die Nazifizierung der institutionellen Forschungspolitik

Insgesamt zeigt sich, dass die deutschen Akademien in die zentralen Forschungsvorhaben des „Dritten Reichs“ nur marginal involviert waren.⁵⁴¹ Die Forschungstätigkeit in den Naturwissenschaften konzentrierte sich auf die Institute der 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Das Budget der KWG verdoppelte sich zwischen 1933 und 1939, während das der Preussischen Akademie der Wissenschaften in Berlin in diesem Zeitraum nicht signifikant anstieg.⁵⁴² Nennenswerte NS-motivierte Akademieforschung betrieben ohnehin nur noch wenige Akademien, und auch nur in einem insgesamt bescheidenen Ausmaß: so die Akademie in Berlin, u. a. mit dem *Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa*,⁵⁴³ sowie die Heidelberger Akademie, die ab 1934 das ebenfalls volkstumpolitisch motivierte Kartellprojekt Sammlung der deutschen Inschriften des Mittelalters und der Neuzeit angeregt und federführend betrieben hatte.⁵⁴⁴ Keine der Wissenschaftsakademien im „Dritten Reich“ führte eigene Forschungsinstitute, keine betrieb Laborforschung in größerem Stil - mit Ausnahme Wiens. Hier hatte die Akademie schon ab der Mitte des 19. Jahrhunderts eine zentrale Stellung in der Forschungslandschaft inne. Bald nach dem „Anschluss“ 1938 ergriff sie die Chance, durch Eigenforschung und durch Förderung von Antragsforschung (wie z. B. der anthropologischen Projekte des Naturhistorischen Museums) im Sinne der NS-Ideologie und „im Dienst des deutschen Volkes“ selbst wissenschaftliche Impulse zu setzen. In ihrer Eigenforschung führte sie bestehende Institute und Unternehmungen weiter, die sie aber teilweise selbst ideologisch neu ausrichtete: So schwenkte die Akademie programmatisch etwa von der Radiumforschung auf die Kernenergieforschung und von der Wörterbuch- zur Sprachatlantenforschung um. Auch die Umbenennung der Balkankommission in Südostkommission weist auf eine Programmänderung hin, die bislang aufgrund fehlender Aktenbestände noch nicht genauer analysiert werden kann. Einschlägige Wiener Akademiekommissionen setzten von sich aus solche Prioritäten, ohne dass Partei oder Präsidium diese vorgegeben hätten. Letzteres bewilligte die Kommissionsinitiativen lediglich. In den der NS-Ideologie affinen Akademiekommissionen spielten Parteimitglieder eine federführende Rolle, u. a. als Kommissionsobmänner. So initiierte

540 Vgl. NÖTZOLDT, Strategien, 2000, 252-259.

541 Vgl. BERG, Nationalsozialistische Akademie, 2013, 182.

542 Vgl. NÖTZOLDT, Die deutschen Wissenschaftsakademien, 2014, 151.

543 Vgl. SCHLEIERMACHER, Nationalsozialistische Raumplanung, 2014.

544 Vgl. FISCHER/HOHLFELD/NÖTZOLDT 2000, 524; CUCUEL, Das deutsche Inschriftenwerk, 1939; DRÖS, Deutsche Inschriften, 2009.

der Orientalist Viktor Christian ab 1940 nicht nur die Einsetzung der Kommission zur Herausgabe von Schriften zur Rassenkunde und menschlichen Erblehre, er wurde auch in andere einschlägige Kommissionen - die Prähistorische Kommission, die Balkankommission, die Kommission zur Schaffung eines Wörterbuches des Altsüdarabischen (eingesetzt 1943), die Kommission für Musikforschung (eingesetzt 1944) - kooptiert.⁵⁴⁵

Diese Art Selbstgleichschaltung der Akademie in Wien erfüllte unterschiedliche Zwecke. Zum einen brachte sich die Institution selbst als für Partei und Staat relevanter Wissensproduzent ins Spiel, wobei wohl das Ziel war, die vom Regime scheinbar gewährten autonomen Handlungsspielräume zu behaupten und eine Steigerung der Dotation bzw. des Reichszuschusses zu erwirken. Zum anderen war die Selbstinvolvierung einzelner Akteure in politische Vorhaben beglaubigende Forschungsaktivitäten mit der Absicht verbunden, für sich oder für Verbündete einen Vorteil herauszuschlagen, sei es die Verwendung von Reichssubventionen für Eigenforschung, sei es die Hoffnung, sich damit die eigenen Karrierewege zu ebnen. Die Übernahme des Radiuminstituts brachte für Gustav Ortner, NSDAP-Mitglied, eine Professur für Physik und die Errichtung eines Vierjahresplan-Instituts mit sich. Viktor Christian beantragte für seinen Freund Josef Weninger ein letztlich nicht bewilligtes erbbiologisches Institut.⁵⁴⁶ Präsident Srbik bemühte sich noch 1944 in einem Positionspapier darum, die Wiener Akademieforschung als für Partei und Staat besonders relevant zu definieren.⁵⁴⁷ Somit präsentierte sich die Akademie in Wien als ein für den Nationalsozialismus hochrelevantes Forschungsunternehmen. Die Forschungsergebnisse stützten zwar die NS-Ideologie - wie etwa in der Volkstumsforschung -, fanden aber keine konkreten Anwendung; die Wiener Neutronenforschung etwa wurde vom deutschen Uranverein als randständig erachtet.⁵⁴⁸ Vor allem gescheiterte Initiativen wie die nicht erfolgte Angliederung des hoch dotierten SS-Ahnenerbe-Instituts für Kärntner Landesforschung zeigen,⁵⁴⁹ dass die Akademie der Wissenschaften in Wien sich noch stärker in die für Partei und Staat relevante Forschung eingebracht hätte, hätten die Berliner Zentralstellen diesem Ansinnen stattgegeben.

545 Siehe oben, 106.

546 Vgl. LEITNER, „Bis an die Grenzen“, 2010, 58; MAYER, Das Rassenbiologische Institut, 2015, 146f.

547 AÖAW, Allg. Akten, Nr. 145/1944, Stand, Aufgaben, und Bedeutung der Akademie der Wissenschaften in Wien [verf. v. Heinrich Srbik, exp. an Kurt Knoll, 6.10.1944].

548 Vgl. FENGLER, Kerne, 2014, 306, 308f., 325.

549 Neben dem SS-Ahnenerbe-Institut für Kärntner Landesforschung wurden in der NS-Zeit im ehemaligen Österreich weitere Forschungsinstitutionen außerhalb der Akademie gegründet: das Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung in Tuttenhof bei Klosterneuburg und die Südosteuropa-Gesellschaft in Wien. Diese Einrichtungen waren in der Hand von Partei- und Staatseinrichtungen des „Altreichs“.

12.4.2 Die Satzungsänderung der Wiener Akademie und ihre Auswirkung auf die Akademien im „Altreich“

Die Wiener Akademie war 1938 die erste des „Dritten Reichs“, die eine Satzungsänderung im großen Stil vollzog.⁵⁵⁰ Die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 hatte für die Akademien der Wissenschaften im „Altreich“ zunächst keine gravierende Zäsur dargestellt. Die neuen gesetzlichen Bestimmungen über die Entlassung „nichtarischer“ „Berufsbeamter“ betrafen die Gelehrtenengesellschaften zunächst kaum. Für internationales Aufsehen sorgte erst Albert Einstein (1879-1955), als er im März 1933 seine Mitgliedschaft in der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin öffentlichkeitswirksam niederlegte und kurz darauf auch aus der Bayerischen Akademie der Wissenschaften austrat. Auch die Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen und die Leopoldina in Halle/Saale führten ihn fortan nicht mehr als Mitglied.⁵⁵¹ Statutenänderungen erfolgten vorerst nicht. 1936 mussten die Akademien in Berlin und Leipzig allerdings die Erweiterung des Aufsichtsrechts der staatlichen Organe akzeptieren. In Leipzig erhielt der sächsische Minister für Volksbildung auf der Grundlage einer Satzungsänderung vom April 1936 das Recht, einen Sekretär für jede Klasse auf deren Vorschlag aus der Mitte der ordentlichen Mitglieder zu ernennen und die Wahl neuer Mitglieder zur Erlangung der Gültigkeit der Mitgliedschaft zu bestätigen.⁵⁵² In Berlin wurde im Mai 1936 durch eine Satzungsänderung die Ernennung der Sekretäre durch das REM festgelegt, wodurch den beiden Klassen der Preußischen Akademie der Wissenschaften nur noch das Vorschlagsrecht zustand.⁵⁵³

Das Recht auf die autonome Wahl des neuen Akademiepräsidenten wurde allein an der Münchner Akademie außer Kraft gesetzt. Anlass war eine vakante Präsidenschaft, sodass im Jänner 1936 eine Satzungsänderung verfügt und im März desselben Jahres ein Nationalsozialist, der Historiker Karl Alexander Müller (1882-1964), vom Reichserziehungsminister zum Akademiepräsidenten ernannt wurde.⁵⁵⁴ Der Akademie war allein das Vorschlagsrecht für den Präsidenten und die Abteilungssekretäre, die ebenfalls ernannt wurden, verblieben. Die Bayerische Akademie war die erste Akademie im „Altreich“, in der das Führerprinzip in Satzung und Leitungspraxis eingeführt wurde. Den Satzungsänderungen des Jahres 1936 lag aber noch kein

⁵⁵⁰ Siehe oben, 73.

⁵⁵¹ Vgl. NÖTZOLDT, Vertrieben aus rassistischen Gründen, 2014, 26-33; SCHAUZ, Wissenschaft und Politik, 2020, 199; SCHAUZ, Umkämpfte Identitäten, 2022 [im Erscheinen]; GERSTENGARBE, Die Leopoldina, 2016, 392.

⁵⁵² Vgl. PAUL, „stark sein im Geiste ...“, 2015, 107.

⁵⁵³ Vgl. GRAU/SCHLICKER/ZEIL, Die Jahre, 1979, 48.

⁵⁵⁴ Vgl. BERG, Karl Alexander von Müller, 2014, 277f.; die „Verordnung über die Organisation der Bayerischen Akademie der Wissenschaften“ v. 10.1.1936 ist bei HEYDENREUTER, Dokumente, 2011, 469-471, abgedruckt und ausführlich kommentiert; vgl. BERG, Nationalsozialistische Akademie, 2013, 184.

„dezidierter Plan“ zur nationalsozialistischen Umgestaltung aller Akademien zugrunde.⁵⁵⁵ Mit Ausnahme von München lassen sich bei den deutschen Akademien bis zu diesem Zeitpunkt keine einschneidenden Strukturveränderungen erkennen. Die Übergriffe des REM blieben bis Oktober 1938 – als Reichserziehungsminister Rust die Preußische Akademie der Wissenschaften aufforderte, „entsprechend den Grundanschauungen, auf denen das staatliche und geistige Leben der deutschen Gegenwart beruht, umzugestalten“⁵⁵⁶ – punktuell und weitgehend „sporadisch“.⁵⁵⁷

Durch den „Anschluss“ 1938 stand das REM vor der Frage, wie wissenschaftliche Institutionen des vormaligen Österreich organisatorisch ins Deutsche Reich einzugliedern seien. Gleichzeitig eröffnete sich in Bezug auf die anderen Akademien die Chance auf eine umfangreichere wissenschaftspolitische Neugestaltung.⁵⁵⁸ Wie oben gezeigt, nahm das REM die Satzungsänderung der Wiener Akademie der Wissenschaften zum Anlass, sich nicht nur mit der Wiener Satzung, sondern auch mit den Satzungen der Akademien im „Altreich“ näher auseinanderzusetzen. Im REM kam der Gedanke auf, die Satzungen der Akademien im nationalsozialistischen Sinne generell zu vereinheitlichen und auch hier das Führerprinzip allgemein durchzusetzen, was direkten Einfluss auf das Kartell und dessen Umwandlung in eine – letztlich gescheiterte – Reichsakademie unter der Präeminenz der Berliner Akademie hatte.⁵⁵⁹ Die neue Wiener Satzung (erlassen von REM am 22. Juli 1938) enthielt schon jene Grundsätze nationalsozialistischer Akademiepolitik,⁵⁶⁰ die vom REM am 15. November 1938 an sämtliche Akademien im „Altreich“ ausgegeben wurden, verbunden mit der Aufforderung, ihre Statuten dementsprechend zu reformieren und vorzulegen. Die wichtigsten Vorgaben lauteten: „An der Spitze der Akademie steht der Präsident. Ihm zur Seite stehen der Vizepräsident als sein ständiger Vertreter und 2 Sekretäre. [...] Zu den ordentlichen Mitgliedern können nur Reichsbürger gewählt werden. [...] Die Wahl aller Mitglieder der Akademie unterliegt meiner Bestätigung. Die Bestätigung ist widerruflich.“⁵⁶¹

Während das Führerprinzip in ähnlicher Formulierung schon 1936 zwischen Bayerischem Kultusministerium und REM für die Akademie der Wis-

555 Vgl. BERG, Karl Alexander von Müller, 2014, 278.

556 Archiv der BBAW, II-I-13, Erlass des REM v. 8.10.1938, gerichtet an die Preußische Akademie der Wissenschaften, zit. n. THIEL, Vom Sekretarsprinzip, 2014, 299.

557 WALTHER, „Arisierung“, 2000, 99.

558 Vgl. NAGEL, Hitlers Bildungsreformer, 2013, 296-314.

559 Vgl. NÖTZOLDT, Strategien, 2000, 259-270.

560 In der Vorläufigen Satzung v. 22.7.1938 heißt es in § 8: „An der Spitze der Akademie steht der Präsident der Akademie. Er wird vertreten und unterstützt durch einen Vizepräsidenten und zwei Sekretäre.“

561 HAW (Archiv der Heidelberger Akademie der Wissenschaften) 930/2, Erlaß des REM v. 15.11.1938, zit. n. WENNEMUTH, Wissenschaftsorganisation, 1994, 462.

senschaften in München vereinbart worden war, der Wiener Akademie 1938 aufgezwungen und in analoger Formulierung auch den Akademien im „Altreich“ vorgegeben wurde,⁵⁶² wurde die künftige ideologische Zweckbestimmung der Akademie der Wissenschaften in Wien von ihren Mitgliedern selbst formuliert. Die Mitglieder der Satzungscommission hatten die neue Zweckbestimmung, „Wissenschaft im Dienste des deutschen Volkes [...] zu fördern“ (§ 1, Vorläufige Satzung 1938) im Frühjahr 1938 in vorausseilend gehorsamer Anpassung an die neuen Machthaber selbst in den Satzungsentwurf aufgenommen. Zuvor war es satzungsgemäß Aufgabe der Akademie gewesen, „die Wissenschaft [...] zu fördern“ (§ 1, Satzung 1922) oder wie es in dem Akademiegesetz heißt: „die Wissenschaft in jeder Hinsicht zu fördern“.⁵⁶³ Diese gravierende Selbstbeschränkung auf eine ideologische Zweckbestimmung war der Wiener Akademie nicht vom REM aufgezwungen worden. Ab Dezember 1938 mussten auch die Akademien im „Altreich“ auf Anweisung des REM neue Satzungsentwürfe beschließen und dem Minister zur Genehmigung vorlegen - zuletzt die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig im Juni 1940;⁵⁶⁴ das REM erließ sie anschließend mit Abänderungen.⁵⁶⁵ So wie in Wien bestand der Tätigkeitszweck der Akademien in Berlin, Göttingen, Heidelberg, München und Leipzig darin, „im Bereich der Forschung dem deutschen Volke zu dienen“ (§ 1).⁵⁶⁶

Eine weitere vonseiten der Akademie in Wien vorgeschlagene und vom REM bestätigte Satzungsbestimmung wurde paradoxerweise in den vom REM am 15. November 1938 an sämtliche Akademien im „Altreich“ ausge-

562 Vgl. Gesetz- und Verordnungs-Blatt für den Freistaat Bayern, Nr. 4 v. 23.1.1936. Der diesbezügliche § 3 lautete nun: „An der Spitze der Akademie steht der vom zuständigen Reichsminister aus der Reihe der ordentlichen Mitglieder ernannte Präsident. Die Akademie kann eine geeignete Persönlichkeit vorschlagen.“ Zit. n. BERG, Nationalsozialistische Akademie, 2013, 183; vgl. Satzung der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen v. 17.7.1939, abgedruckt in: Jahrbuch der Akademie 1940, 76-83 (beinahe wortidentisch zu Wien): „An der Spitze der Gesellschaft steht der Präsident. Er wird bei der Führung seines Amtes unterstützt und vertreten durch den Vizepräsidenten“, zit. n. SCHAUZ, Wissenschaft und Politik, 2020, 202.

563 Bundesgesetz v. 14.10.1921, BGBl. 569/1921.

564 Vgl. THIEL, Vom Sekretarsprinzip, 2014, 300; WENNEMUTH, Wissenschaftsorganisation, 1994, 463f.; BERG, Nationalsozialistische Akademie, 2013, 190; SCHAUZ, Wissenschaft und Politik, 2020, 199f.; SCHAUZ, Umkämpfte Identitäten, 2022 [im Erscheinen]; PAUL, „stark sein im Geiste ...“, 2015, 109.

565 Für die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin mit Erlass vom 8. Juni 1939; für die Bayerische Akademie der Wissenschaften mit Erlass vom 12. Juli 1939; für die Göttinger Akademie der Wissenschaften mit Erlass vom 17. Juli 1939; für die Heidelberger Akademie der Wissenschaften mit Erlass vom 5. September.1939; für die Sächsische Akademie der Wissenschaften in Leipzig mit Erlass vom 24. September.1940; vgl. WENNEMUTH, Wissenschaftsorganisation, 1994, 467; PAUL, „stark sein im Geiste ...“, 2015, 109f.

566 Satzung der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen v. 17.7.1939, abgedruckt in: Jahrbuch der Akademie 1940, 76-83 (beinahe wortidentisch zu Wien), zit. n. SCHAUZ, Wissenschaft und Politik, 2020, 200; SCHAUZ, Umkämpfte Identitäten, 2022 [im Erscheinen]; WENNEMUTH, Wissenschaftsorganisation, 1994, 465; Satzung der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin v. 8.6.1939, § 1, zit. n. HOFFMANN, Arbeitswelten, 2011, 70.

sandten Erlass zur Umgestaltung ihrer Satzung im nationalsozialistischen Sinn übernommen. Die Bestimmung lautete, dass zu ordentlichen Mitgliedern nur Reichsbürger „gewählt werden“ können.⁵⁶⁷ In den schließlich vom REM bestätigten Satzungen lautete die Bestimmung allerdings, dass ordentliche Mitglieder Reichsbürger sein müssen. Im Unterschied zu Wien, wo der Passus unverändert blieb, wurde der Ausschluss von Mitgliedern jüdischer Herkunft durch die jeweiligen Satzungen der Akademien im „Altreich“ scheinlegalisiert.

Mit dem Ausschluss der „nichtarischen“ Mitglieder und Mitarbeiter/innen, der Etablierung des Führerprinzips und einer ideologisch nationalen Zweckbestimmung hatte das REM die Akademien der Wissenschaften entscheidend im nationalsozialistischen Sinne umgestaltet. Weitere strukturelle Zugriffe auf die Akademien gab es bis zum Ende des „Dritten Reichs“ nicht mehr.

12.4.3 Wie kamen die neuen Akademiepräsidenten an die Macht?

In sämtlichen Wissenschaftsakademien des „Dritten Reichs“ kamen neue Akademiepräsidenten an die Macht. Keiner von ihnen musste sich einer Wahl stellen - mit Ausnahme des Leipziger Präsidenten Ludwig Weickmann (1882-1961) und Heinrich Srbiks, über den 1938 ohne Gegenkandidaten abgestimmt wurde. Während Srbik vom Reichsstatthalter in Wien ernannt wurde, erhielten alle anderen Präsidenten ihre Ernennungsurkunde vom Reichserziehungsminister. Die Präsidenten der Akademien in Göttingen, Heidelberg und Leipzig ernannte Minister Rust im Einvernehmen mit der jeweiligen Akademie. Die Präsidenten von München und Berlin ernannte er unter Missachtung des bislang geltenden Vorschlagsrechts dieser Akademien und, zumindest in Berlin, auch gegen Widerstände aus den Reihen der Mitglieder. In Wien hatten die wirklichen Mitglieder (wM) in einer Abstimmung im April 1938 der von Unterrichtsminister wM Menghin in Absprache mit Reichsstatthalter Seyß-Inquart empfohlenen Präsidentschaft Srbiks mit einer Enthaltung zugestimmt.⁵⁶⁸ Mit Ausnahme Srbiks und Weickmanns waren alle neuen Akademiepräsidenten zum Zeitpunkt ihrer Bestellung Mitglieder der NSDAP oder eines angeschlossenen Verbandes (so Friedrich Panzer (1870-1956) in Heidelberg, der ab 1933 Mitglied des NS-Lehrerbundes war).⁵⁶⁹ Srbik wurde unmittelbar nach der Abstimmung Parteigenosse, Weickmann noch im Jahr seiner Bestätigung ohne eigenen Antrag als NSDAP-Mitglied geführt.⁵⁷⁰

Mit dem Antritt der neuen Akademiepräsidenten waren einschneidende Strukturveränderungen und eine zunehmende Nazifizierung der Akade-

567 Erlass des REM v. 15.11.1938, zit. n. WENNEMUTH, Wissenschaftsorganisation, 1994, 462.

568 Vgl. SIENELL, Erste Reaktionen, 2013, 22-25.

569 Vgl. BUSELMEIER, Friedrich Panzer, 2003, 1365.

570 Vgl. BÖRNGEN/JACOBS/WEICKMANN, Ludwig F. Weickmann, 2007, 12.

mien, besonders jener im „Altreich“, verbunden. Mit Ausnahme der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München hatten Sekretare und Klassensekretäre die Akademien nach dem Kollegialprinzip geleitet, wobei der Vorsitz jährlich wechselte. Laut den neu erlassenen Satzungen musste diese Praxis zugunsten des Führerprinzips aufgegeben werden – in Berlin, Göttingen, Heidelberg und Leipzig wurde daraufhin das Amt eines Akademiepräsidenten neu geschaffen. In München und Berlin zwang das REM den Akademien einen neuen Präsidenten auf, an der Bayerischen Akademie auf der Grundlage einer Satzungsänderung im Jänner 1936. Die Akademie hatte im Februar 1936 nahezu einstimmig (abgesehen von einem leeren Stimmzettel) ihren Wunschkandidaten zum Präsidenten gewählt, der Reichserziehungsminister ignorierte diese Wahl jedoch und ernannte auf Anregung des bayerischen NS-Kultusministers im März 1936 den Historiker Karl Alexander Müller zum Akademiepräsidenten. Müller leitete die Akademie bis zu seinem durch die Akademie erzwungenen Rückzug im Jahr 1944.⁵⁷¹

An der Preußischen Akademie der Wissenschaften setzte Minister Rust unter Missachtung des Vorschlagsrechts der Akademie und gegen ihren Willen im Dezember 1938 den Mathematiker Theodor Vahlen, zuvor Ministerialdirektor im REM, zunächst als kommissarischen Präsidenten ein. Die vier Sekretare traten zurück, an ihre Stelle rückten ein Vizepräsident (der als Einziger kein NSDAP-Mitglied war), ein Akademiedirektor sowie zwei Klassensekretäre.⁵⁷² Die Akademie in Berlin ließ sich das Recht auf die Wahl des Präsidenten jedoch nicht nehmen und stellte auf einer außerordentlichen Gesamtsitzung im Juni 1939 einen Gegenkandidaten auf, der die gleiche Stimmenanzahl wie Vahlen erzielte. Obwohl Vahlen nicht die erforderliche Stimmenmehrheit erhalten hatte, wurde er vom REM zum Präsidenten ernannt und blieb es bis zu seinem Rücktritt 1943.⁵⁷³

In Göttingen wurde am 1. April 1939, noch vor der Genehmigung der neuen Satzung, der Mineraloge Friedrich Drescher-Kaden (1894–1988) zum ersten Präsidenten der Gesellschaft der Wissenschaften (ab 1940 offiziell umbenannt in Akademie der Wissenschaften) ernannt.⁵⁷⁴ Schon im Dezember 1938 war in Sitzungsprotokollen von einem „Präsidium“ die Rede gewesen; im April 1939 wurde den Mitgliedern in einer Akademiesitzung mitgeteilt, dass „auf Antrag [...] der Minister [...] mit 1.4.1939 Herrn F. K. Drescher-Kaden kommissarisch zum Präsidenten der Gesellschaft ernannt“ hat.⁵⁷⁵ Drescher-Kaden übte dieses Amt bis zu seinem Wechsel an die Uni-

571 Vgl. BERG, Nationalsozialistische Akademie, 2013, 183f., 195f.; BERG, Karl Alexander von Müller, 2014, 278.

572 Vgl. FISCHER/HOHLFELD/NÖTZOLDT, Die Berliner Akademie, 2000, 556.

573 Vgl. THIEL, Vom Sekretarsprinzip, 2014, 302.

574 Vgl. SCHUBERT, Wissenschaftliche Unabhängigkeit, 2000, 106; SCHAUZ, Umkämpfte Identitäten, 2022 [im Erscheinen].

575 Archiv der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Chron. 4.8 (Prot.), Bl. 413, zit. n. SCHUBERT, Wissenschaftliche Unabhängigkeit, 2000, 105.

versität Straßburg 1942 aus. Auch seine beiden Nachfolger in der NS-Zeit waren Mitglieder der NSDAP.⁵⁷⁶ Die Sächsische Akademie in Leipzig beugte sich ebenfalls der verordneten Preisgabe ihrer Organisationsstruktur und der „Umorganisation des Präsidiums“.⁵⁷⁷ Im Dezember 1939 wurde der Geophysiker Ludwig Weickmann zum Präsidenten und der nationalliberale Historiker Erich Brandenburg (1868-1946) zum Vizepräsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Letzterer hatte sich zwar offen zur NSDAP bekannt und „wiederholt auf die geschichtliche Notwendigkeit des nationalsozialistischen Regimes“ hingewiesen,⁵⁷⁸ war aber wie Weickmann zum Zeitpunkt seiner Wahl in die Präsidialfunktion der Leipziger Akademie nicht Parteimitglied gewesen.⁵⁷⁹ Weickmann wurde am 1. April 1940 vom REM zum Akademiepräsidenten ernannt und blieb es bis Juni 1945. Schließlich ordnete sich auch die Akademie der Wissenschaften in Heidelberg den Vorgaben des REM bezüglich der geforderten Präsidialstruktur unter. Mehr als ein Jahr nach der Genehmigung der neuen Statuten schlug sie dem REM als Präsidenten Friedrich Panzer (1870-1956), Mitglied des NS-Lehrerbundes, und als Vizepräsidenten den Physiologen Johann Daniel Achelis (1898-1963), einen überzeugten Nationalsozialisten, vor. Beide hatten zugleich das Amt des Klassensekretärs inne. Der Reichserziehungsminister stimmte diesen Vorschlägen zu und ernannte Panzer und Achelis im Jänner 1941.⁵⁸⁰

12.4.4 Akademiemitglieder als Parteigenossen im Akademievergleich

Die jährlichen Wahlsitzungen an der Akademie der Wissenschaften in Wien nahmen in der NS-Zeit den üblichen und gewohnten Verlauf, ein Abweichen von der traditionellen Wahlpraxis ist nicht erkennbar. Die Klassen schlugen Kandidaten vor, die in der Gesamtsitzung zur Wahl standen. Ordentliche Mitglieder gaben Wahlvorschläge ab, die mehr oder minder zahlreich von anderen oM unterstützt wurden. Von einer „besonderen politischen Qualifikation“⁵⁸¹ als Voraussetzung für die Wahl zum Akademiemitglied war in Wien - im Unterschied zu Berlin - nicht offen die Rede. Derzeit liegen auch keine Hinweise auf politisch oktroyierte Zuwahlen von Parteimitgliedern für die Akademie der Wissenschaften in Wien vor.⁵⁸² Dass dennoch zwei Drittel der in der NS-Zeit neu gewählten Akademiemitglieder

576 Vgl. SCHAUZ, *Wissenschaft und Politik*, 2020, 200; SCHAUZ, *Umkämpfte Identitäten*, 2022 [im Erscheinen].

577 Archiv der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Gesamtsitzung am 3.12.1938 (B2.1), 206, zit. n. PAUL, „Stark im Geiste ...“, 2015, 108.

578 Vgl. FRIEDRICH, Erich Brandenburg, 1997, 205-207.

579 Vgl. ebd.

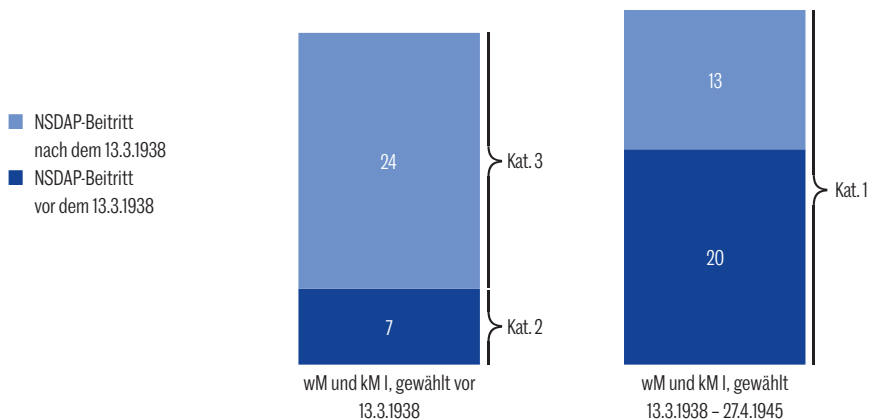
580 Vgl. WENNEMUTH, *Wissenschaftsorganisation*, 1994, 462.

581 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, II-5-139, Bl. 64f., Sitzung der physik.-math. Kl. v. 19.1.1939, Mitteilung von Bieberbach, zit. n. WALTHER, „Arierisierung“, 2000, 108.

582 Vgl. SIENELL, *Nachbesetzungen*, 2013.

Grafik 2: NSDAP-Angehörige unter den Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften, Datengrundlage: ÖAW M|I|N|E; AÖAW, Allg. Personalakten, K. 3, M. 16, Übersicht über das Verhältnis der inländischen Mitglieder der Akademie der Wissenschaften in Wien zur NSDAP, Jänner 1946

NSDAP-Beitritte und Akademiewahlen



zum Zeitpunkt ihrer Wahl schon Parteimitglieder waren, wurde bereits erwähnt.

Angaben zur Zahl der Parteimitglieder unter den Akademiemitgliedern sind für die jeweiligen Akademien in unterschiedlichem Umfang vorhanden. Über Leipzig liegen derzeit keine genauen Angaben vor. Der Nazifizierungsgrad der Akademien in Berlin, Heidelberg und München lässt sich anhand der Zahl der 1945 und danach ausgeschlossenen Mitglieder zumindest annähernd erschließen. Wie konsequent ehemalige NSDAP-Mitglieder aus den deutschen Akademien nach 1945 ausgeschlossen wurden, muss offenbleiben. Die verlässlichsten Zahlen gibt es derzeit für die Akademie der Wissenschaften zu Göttingen⁵⁸³ und die Akademie der Wissenschaften in Wien.⁵⁸⁴

An der Berliner Akademie der Wissenschaften wurden in der Akademiewahl im März 1939 unter Federführung des kommissarisch eingesetzten Klassensekretärs und NSDAP-Mitglieds Ludwig Bieberbach (1886-1992) 14 neue Mitglieder gewählt,⁵⁸⁵ die als Kriterium für die Zuwahl neben ausgezeichneter fachlicher Qualifikation auch „eine besondere politische Qualifikation“ aufwiesen.⁵⁸⁶ Damit bestand nun die Möglichkeit, dass der vom Reichserziehungsminister bereits kommissarisch eingesetzte Akademiepräsident Theodor Vahlen erfolgreich aus einer Präsidentenwahl hervorgehen könnte. Dennoch erhielt Vahlen - wie bereits erwähnt - die gleiche Stimmenanzahl wie der schließlich vom REM übergangene Gegenkandidat Hans Stille (1876-1966). In der NS-Zeit wurden noch 15 weitere ordentliche Mitglieder gewählt: zum Teil arrivierte Wissenschaftler wie Werner Heisen-

583 Vgl. SCHAUZ, *Umkämpfte Identitäten*, 2022 [im Erscheinen].

584 Vgl. ÖAW M|I|N|E. Erhoben wurden die Art der Mitgliedschaft in der NSDAP bzw. in einem nationalsozialistischen Verband und das jeweilige Beitrittsdatum.

585 NÖTZOLDT, *Die deutschen Wissenschaftsakademien*, 2014, 161f.

586 Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, II-5-139, Bl. 64f., Sitzung der physik.-math. Kl. v. 19.1.1939, Mitteilung von Bieberbach, zit. n. WALTHER, „Arisierung“, 2000, 108.

berg (1901-1976), aber auch Wissenschaftsverwalter, die zweifellos dem NS-Regime nahestanden.⁵⁸⁷ 1945 wurden von den vor 1939 zugewählten ordentlichen Mitgliedern fünf und von den danach gewählten zehn wegen ihrer NS-Vergangenheit von der Mitgliederliste gestrichen.⁵⁸⁸ Rund jedes fünfte Akademiemitglied (21,7 Prozent) war in der NS-Zeit Parteimitglied gewesen.⁵⁸⁹

Die Bayerische Akademie zählte vor 1940 lediglich zwei Parteigenossen zu ihren Mitgliedern, nämlich ihre Präsidenten Karl Alexander Müller (1936-1944) und Mariano San Nicolò (1944/45). 1940 wurden 15 Parteimitglieder (sechs davon vom REM oktroyiert und ohne Wahl) als oM in die Akademie aufgenommen, bis 1945 noch weitere sechs. Im Mai 1945 zählte die Bayerische Akademie 78 oM, davon 20 Parteimitglieder. Ab 1940 gehörte jedes vierte Mitglied (25,6 Prozent), vorwiegend Vertreter der historisch-philologischen Fächer, der NSDAP an.⁵⁹⁰

Die Heidelberger Akademie hatte ohne äußeren Druck bereits in den Jahren 1934/35 fünf überzeugte Nationalsozialisten als Vertreter vorwiegend naturwissenschaftlicher Fächer zugewählt, u. a. den Physiologen Johann Daniel Achelis, der als „der eigentliche (politische) Führer der Akademie“⁵⁹¹ seit 1937 eine Art „Selbstgleichschaltung“ betrieb.⁵⁹² 1945 wurde die Akademie geschlossen, 1947 wiedereröffnet. Zu diesem Zeitpunkt war die Hälfte der ordentlichen Mitglieder des Jahres 1945 wieder zugelassen. Die andere Hälfte (27 Personen) galt als belastet. Darunter befanden sich zwei Österreicher: Richard Kuhn (1900-1967), Nobelpreisträger für Chemie von 1938 (in Heidelberg: 1931 oM, in Wien: 1940 kM, 1952 EM), und der Althistoriker Fritz Schachermeyr (1895-1987), der in Heidelberg stillschweigend von der Mitgliederliste gestrichen wurde, an der ÖAW aber später zum Mitglied gewählt werden sollte (in Heidelberg: 1940 oM, in Wien: 1954 kM I, 1957 wM).⁵⁹³

In der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen (ab 1940 Akademie der Wissenschaften) trat die Mehrheit der in der NS-Zeit neu gewählten Mitglieder in die NSDAP ein, während unter den vor 1933 zugewählten Mitgliedern nach Hitlers Machübernahme nur wenige den Parteibeitritt vollzogen. Zwischen 1933 und 1945 wählte die Göttinger Gelehrtengesellschaft 41 neue ordentliche Mitglieder zu. Mehr als die Hälfte davon (25) traten zu unterschiedlichen Zeitpunkten in die NSDAP ein. Unter den vor 1933 gewählten

587 Vgl. WALTHER, „Arisierung“, 2000, 113.

588 Vgl. NÖTZOLDT, Die Deutsche Akademie, 2018, 382f.

589 Eigene Berechnung auf der Grundlage der Angaben bei WALTHER, „Arisierung“, 2000, 108-113; NÖTZOLDT, Die Deutsche Akademie, 2018, 382f.; NÖTZOLDT, Zur Zuwahlpolitik, 1996, 149; GRAU/SCHLICKE/ZEIL, Die Jahre, 1979, 150-154.

590 Vgl. STOERMER, Die Akademie, 2013; STOERMER, Kommentar, 2013, 204-206; BERG, Institution, 2018, 457-463.

591 WENNEMUTH, Wissenschaftsorganisation, 1994, 376.

592 WENNEMUTH, Die Heidelberger Akademie, 2018, 479-482; 480.

593 Vgl. WOLGAST, Die im Dritten Reich ..., 2009, XIV; WENNEMUTH, Wissenschaftsorganisation, 1994, 373-377; ders., Die Heidelberger Akademie, 2018, 479-482, 493.

ordentlichen Mitgliedern befanden sich fünf, die sich nach Hitlers Machtübernahme zum NSDAP-Beitritt entschlossen.⁵⁹⁴ Unter den neu gewählten ordentlichen Mitgliedern befanden sich zwei, die bereits vor 1933 in die NSDAP eingetreten waren: der Physiker Georg Joos (1894-1959, 1935 oM), der nach dem Verbot der Partei 1923 wieder ausgetreten war, und der Mineraloge Friedrich Drescher-Kaden (1936 oM), der 1932 der NSDAP beigetreten war.⁵⁹⁵ Drescher-Kaden wurde am 1. April 1939 zum ersten Präsidenten der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen ernannt.

An der Akademie der Wissenschaften in Wien ergab die 1945/46 von ihr selbst durchgeführte und am 20. Jänner 1946 ausgewertete Überprüfung der NSDAP-Parteigenossenschaft ihrer Mitglieder, dass 20 von 59 wM Mitglied der NSDAP oder Parteianwärter gewesen waren. Von den 57 kM I betraf dies 26 Personen. Das entspricht insgesamt einem Anteil von 40 Prozent NSDAP-Mitgliedern (ausgeschlossen oder ruhendgestellt) im Jänner 1946. Eigene Berechnungen haben ergeben, dass der Anteil im Mai 1945 bei 54 Prozent gelegen haben müsste.⁵⁹⁶ Dabei lassen sich drei Kategorien unterscheiden (Grafik 2). In die erste fallen Akademiemitglieder, die zwischen 13. März 1938 und 27. April 1945 neu gewählt wurden und zum Zeitpunkt ihrer Wahl NSDAP-Mitglieder waren. Nach derzeitigem Kenntnisstand war das bei 33 wM und kM I der Fall.⁵⁹⁷ Die zweite Kategorie betrifft bereits gewählte wM und kM I, die nach dem „Anschluss“ Mitglied der NSDAP wurden: insgesamt 24, darunter etwa Kralik-Meyrswalden (1935 wM), Menghin (1936 wM), Nadler (1934 wM) und Srbik (1923 wM). Die dritte Kategorie besteht aus sieben weiteren Personen, die bereits vor dem „Anschluss“ 1938 zu Akademiemitgliedern gewählt worden und in der sogenannten Verbotzeit NSDAP-Mitglied gewesen waren: es handelt sich um den Archäologen Hermann Junker (1914 kM I, 1919 wM, 1933 NSDAP, Kairo), den Musikwissenschaftler Robert Lach (1919 kM I, 1933 NSDAP, Abb. 32), den Chemiker Anton Skrabal (1919 kM I, 1924 wM, Nationalsozialistischer Lehrerbund⁵⁹⁸), den Kirchenrechtler Arnold Pöschl (1920 kM I, 1932 NSDAP), den Historiker Harold Steinacker (1932 kM I, 1934 NSDAP), den Botaniker Fritz Knoll (1934 kM I, 1937 NSDAP) und den Mathematiker Karl Mayrhofer (1937 kM I, 1937

594 Vgl. SCHAUZ, *Umkämpfte Identitäten*, 2022 [im Erscheinen]; hier findet sich auch eine Aufstellung der NSDAP-Mitglieder einschließlich der Angaben zum Jahr der Wahl in die Gelehrtenengesellschaft und zum NSDAP-Beitritt.

595 Vgl. SCHAUZ, *Umkämpfte Identitäten*, 2022 [im Erscheinen].

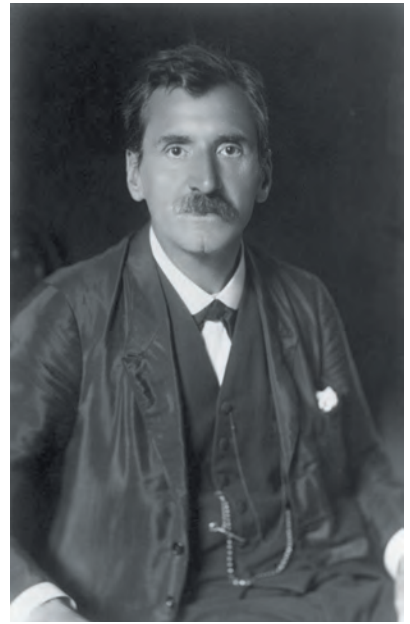
596 Näheres dazu in Kapitel 14 und 30 (Band 3).

597 Vgl. ÖAW MII|N|E.

598 WStLA, 2.7.1.4.A1 Gauakt 1932-1955, Gauakt Anton Skrabal, Schreiben des SD-Oberabschnitt Gau Steiermark, 8.6.1938, zit. n. AUTENGRUBER/NEMEC/RATHKOLB/WENNINGER: *Umstrittene Wiener Straßennamen*, 2014, 124. Zur Kenntnislage: Die Mitgliedschaft im NS-Lehrerbund war laut Verbotsgesetz von 1945 (§ 10, Abs. 3) kein Tatbestand der Illegalität; sie wird nicht als Kriterium angeführt. Lehrerbundmitglieder wurden allerdings mit 1. November 1937 in die Parteimitgliedschaft überführt. Deshalb wurden in der Praxis Lehrerbundmitglieder nach 1945 zu den illegalen Parteimitgliedern gezählt.

Nationalsozialistischer Lehrerbund). Zugleich gab es namhafte Akademiemitglieder, die in der NS-Zeit dem Akademiepräsidium angehörten und niemals der NSDAP beitraten, so Egon Schweidler und Ernst Späth.

Fazit: Die Zahlen der Parteimitglieder an den einzelnen Akademien beliefen sich in Berlin auf rund 20 Prozent, in München auf rund 25 Prozent, in Göttingen auf rund 45 Prozent und in Heidelberg auf rund 50 Prozent. In Wien waren im Mai 1945 mehr als die Hälfte aller Akademiemitglieder ehemalige NSDAP-Mitglieder.⁵⁹⁹ So zeigt ein erster - auf der Grundlage einer noch verbesserungsfähigen Datenlage gezogener - Vergleich zwischen den Akademien im „Altreich“ und in Wien in Bezug auf ehemalige NSDAP-Mitgliedschaften eines deutlich: Wenn man die Parteizugehörigkeit ihrer Mitglieder als Kriterium heranzieht, so war die Akademie der Wissenschaften in Wien neben jener in Heidelberg die nationalsozialistischste aller Akademien im „Dritten Reich“.



32. Robert Lach,
Musikwissen-
schaftler, 1918 kM I

12.4.5 Ausschluss und Verfolgung von Mitgliedern im Akademievergleich

Ausgangspunkt für den Ausschluss „nichtarischer“ Mitglieder war auch an der Akademie der Wissenschaften in Wien ein Erlass des Reichserziehungsministers vom 15. November 1938, der an alle kartellierten Akademien ergangen war. In diesem Erlass wurden die Akademien aufgefordert, binnen kürzester Zeit eine neue Satzung nach den Vorgaben des Ministeriums auszuarbeiten sowie das Ausscheiden der „Nichtarier“, „Mischlinge“ und „jüdisch versippten“ Mitglieder zu veranlassen, widrigenfalls deren Mitgliedschaft widerrufen würde.⁶⁰⁰

Die Akademie nötigte aufgrund dieser Anweisung drei oM und neun kM zwischen Dezember 1938 und Mai 1939 zum „freiwilligen“ Austritt.⁶⁰¹ Bis Februar 1941 entzog die Akademie auf ministerielle Anweisung weiteren acht namentlich vom REM genannten, im Ausland tätigen Mitgliedern aus „rassischen“ und politischen Gründen ihre Mitgliedschaft, darunter den beiden Nobelpreisträgern Victor Franz Hess (1933 kM I, 1938 kM A, ausgeschlossen 1940, Rückberufung als kM A 1945) und Erwin Schrödinger (1928 kM A, 1936

599 Zu dieser Einschätzung basierend auf der Datenauswertung von M|I|N|E siehe Kapitel 29, 384f.

600 Vgl. WENNEMUTH, Heidelberg Akademie, 1995, 120; ders., Wissenschaftsorganisation, 1994, 433.

601 Vgl. die Note des Ministeriums für Inneres und kulturelle Angelegenheiten betreffend die Suspendierung nichtarischer Mitglieder, erwähnt in: AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 16.12.1938 (A 941).

kM I, 1940 ausgeschlossen,⁶⁰² 1945 Rückberufung als kM A, 1956 gewählt zum wM).⁶⁰³

Was die Wiener Akademie betrifft, sah die vom REM bestätigte neue Satzung vom Juli 1938 den Ausschluss der Mitglieder jüdischer Herkunft nicht ausdrücklich vor. Die ministerielle Anweisung, sie zum Austritt zu bewegen, erfolgte vor dem Hintergrund der mit dem Novemberpogrom einsetzenden Aufforderung des REM zur Umgestaltung der Akademiesatzungen im „Altreich“, die nun - im Unterschied zur Wiener Satzung - für jedes bestehende, d.h. nicht nur für jedes neu gewählte Akademiemitglied das Erfordernis der Reichsbürgerschaft verlangten. Infolge dieser Anweisung begannen die Akademien im „Altreich“ noch vor Genehmigung ihrer neuen Satzungen ab 1939 ihre Mitglieder jüdischer Herkunft zum „freiwilligen“ Austritt zu drängen.

Den Anfang machte die Berliner Akademie: Im Oktober 1938 musste der Vorsitzende, Sekretar Max Planck, auf Anordnung des Reichserziehungsministers drei ordentlichen Mitgliedern ihren Austritt nahelegen. Im Dezember 1938 hatte er aufgrund eines neuen Erlasses vom 22. November 1938, der nun auch sogenannte „Mischlinge“ und „jüdisch versippte“ Mitglieder betraf, vier weiteren Mitgliedern (zwei oM und zwei kM) die ministerielle Anweisung ihres Ausscheidens zur Kenntnis zu bringen. Alle legten daraufhin ihre Mitgliedschaft umgehend nieder.⁶⁰⁴ Nach der Bestätigung der neuen Satzung im Juni 1939 wurden bis 1942 schließlich noch fünf weitere Mitglieder, die sich im Ausland befanden, - mit Kenntnisnahme der Gesamt-Akademie - aus dem Mitgliederverzeichnis gestrichen.⁶⁰⁵

Die Akademie der Wissenschaften in Heidelberg hatten ab 1934 drei jüdische oM wegen deren zunehmend nationalsozialistischen Zusammensetzung und Ausrichtung verlassen. Nach dem Erlass vom 15. November 1938 bezüglich der Anwendung des Reichsbürgergesetzes auf ihre Mitglieder trat die Heidelberger Akademie an die vom Ausschluss Betroffenen heran. Ein Mitglied erklärte sich bereit, „freiwillig“ auszutreten, „zwei andere Mitglieder jedoch konnten und wollten der Akademie die Peinlichkeit nicht erspa-

602 Schrödinger wurde 1942 auch aus dem Verzeichnis der Akademie der Wissenschaften in Berlin gestrichen; vgl. STOCK/NÖTZOLDT, Vertrieben aus rassistischen Gründen, 2014, 97.

603 Die ausgeschlossenen Akademiemitglieder sind im Gedenkbuch der ÖAW verzeichnet, ebenso die 45 an Forschungseinrichtungen der Akademie tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bald nach dem „Anschluss“ zur Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen waren; vgl. Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der ÖAW, 2015, <https://www.oeaw.ac.at/gedenkbuch/gedenkbuch> (abgerufen am 23.9.2021).

604 Vgl. NÖTZOLDT, Die deutschen Wissenschaftsakademien, 2014, 158f.; STOCK/NÖTZOLDT, Vertrieben aus rassistischen Gründen, 2014, 41-58.

605 Vgl. STOCK/NÖTZOLDT, Vertrieben aus rassistischen Gründen, 2014, 68; NÖTZOLDT, Die deutschen Wissenschaftsakademien, 2014, 164; namentliche Aufstellung, 168; 1938/39 wurden auch 15 „nichtarische“ wissenschaftliche Mitarbeiter entlassen, unter ihnen der Österreicher Edmund Groag, Mitarbeiter an der Prosopografie des Römischen Reiches. Groag überlebte die NS-Zeit in Wien, vgl. STOCK/NÖTZOLDT, Vertrieben aus rassistischen Gründen, 2014, 74f.

ren, selbst die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.“⁶⁰⁶ Sie wurden nach einem weiteren Erlass des REM vom Februar 1939 ausgeschieden. 1940 veröffentlichte die Heidelberger Akademie erstmals seit 1936 wieder ein Mitgliederverzeichnis. Insgesamt waren seit 1933 sieben oM und fünf kM, d.h. 30 Prozent der math.-nat. Klasse und 15 Prozent der phil.-hist. Klasse aus „rassischen“ Gründen aus der Akademie vertrieben worden.⁶⁰⁷

An der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München wurden aufgrund der Weisung des REM vom 15. November 1938 vier oM zum Austritt genötigt, die noch am selben Tag ihren Rückzug erklärten. 1939 widerfuhr dasselbe Schicksal zwei weiteren oM und sechs kM, die als sogenannte Mischlinge oder „jüdisch Versippte“ die Akademie verlassen mussten. Auch die korrespondierenden Mitglieder im Ausland wurden – soweit über ihre jüdische Herkunft Informationen vorhanden waren – gestrichen.⁶⁰⁸

An der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften wurden aufgrund der Weisung des REM vom 15. November 1938 zwei oM, zwei auswärtige Mitglieder und vier kM dazu veranlasst, die Akademie durch „freiwilligen“ Verzicht auf ihre Mitgliedschaft zu verlassen. Am 14. Dezember konnte dem REM der „Austritt“ von sechs im „Altreich“ ansässigen Mitgliedern gemeldet werden.⁶⁰⁹ Zahlreiche weitere auswärtige Mitglieder, unter ihnen aus Deutschland vertriebene Spitzenforscher, wurden im veröffentlichten Jahresbericht 1938/39 nicht mehr als Angehörige der Göttinger Gelehrtengeellschaft geführt. Die letzten im Ausland befindlichen, als Juden, „Mischlinge“ und „jüdisch versippt“ definierten Mitglieder (insgesamt 29) wurden bis 1941 ohne Aufheben und ohne Mitteilung an die Gelehrtengeellschaft aus dem Mitgliederverzeichnis gestrichen, unter ihnen auch das einzige weibliche Mitglied, Lise Meitner.⁶¹⁰

An der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig wurde der Ägyptologe Georg Steindorff (1861–1951), einziges jüdisches oM, gezwungen, seine Mitgliedschaft aufgrund des REM-Erlasses von November 1938 freiwillig niederzulegen. 1939 wurden zwei kM, 1940 ein weiteres nicht mehr im gedruckten Mitgliederverzeichnis geführt.⁶¹¹

Eine Ausnahme bildete die Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle an der Saale. Sie umfasste 1938 rund 900 Mitglieder, war nicht im Verband wissenschaftlicher Körperschaften (Kartell) vertreten und konnte in der NS-Zeit ihre Satzung weitgehend frei von NS-Ideologie selbstständig ge-

606 WENNEMUTH, Heidelberg Akademie, 1995, 120.

607 Vgl. WENNEMUTH, Wissenschaftsorganisation, 1994, 444–447; WOLGAST, Die im Dritten Reich ..., 2009, X–XIII.

608 Vgl. BERG, Nationalsozialistische Akademie, 2013, 188f.; STOERMER, Die Akademie, 2013, 304–307.

609 Vgl. STARCK, Akademie, 2013, 21.

610 Vgl. SCHAUZ, Wissenschaft und Politik, 2020, 215; SCHAUZ, Umkämpfte Identitäten, 2022 [im Erscheinen], hier findet sich eine Aufstellung der Namen der Ausgeschlossenen und der zum Austritt Gezwungenen, aufgeteilt nach den beiden Klassen.

611 Vgl. PAUL, „stark sein im Geiste ...“, 2015, 111–119.

stalten.⁶¹² Dennoch wurden 94 Mitglieder gestrichen, allerdings ohne diese davon in Kenntnis zu setzen.⁶¹³

Fazit: Was die kartellierten Akademien des Deutschen Reichs betrifft, so wurden in Wien in der NS-Zeit 21 Mitglieder ausgeschlossen bzw. zum Austritt genötigt, in Berlin 14 (einschließlich der beiden Protestaustritte von Einstein, 1933, und Joffé, 1938), in Heidelberg 13 (einschließlich eines aus Protest ausgetretenen Mitglieds), in München zwölf, in Göttingen bis Mitte Dezember 1938 acht, bis 1941 insgesamt 29,⁶¹⁴ und in Leipzig drei.

Von der Wiener Akademie als Institution und von ihren Mitgliedern war gegen die rassistisch motivierten Ausschlüsse kein Widerspruch zu vernehmen. Widerstand gab es hingegen an den Akademien im „Altreich“, wo Mitglieder durch Austritt ihre Empörung bekundeten: so der sowjetische Physiker Abram Joffé (1880-1960), der nach dem Novemberpogrom 1938 die Akademien in Berlin und Göttingen verließ, oder der sowjetische Mathematiker Pavel Aleksandrov (1896-1982) und sein amerikanischer Kollege Oswald Veblen (1880-1960), die ihren Austritt aus der Göttinger Gelehrtenengesellschaft erklärten.⁶¹⁵ In Deutschland selbst trat der Pharmakologe Wolfgang Heubner (1877-1957) unter Protest wegen des Ausschlusses von Mitgliedern jüdischer Herkunft aus der Göttinger Gelehrtenengesellschaft aus.⁶¹⁶ Der Botaniker Ludwig Jost (1865-1947) hatte bereits 1937 aus demselben Grund die Heidelberger Akademie verlassen.⁶¹⁷ Wien verzeichnete keinen einzigen Protestaustritt, konnte aber - im Unterschied zu den Akademien im „Altreich“ - auch kein Mitglied, das den „rassengesetzlichen“ Kriterien nicht entsprach, vor dem Ausschluss bewahren. An der Akademie in Heidelberg konnten sich drei Mitglieder als „Mischlinge“ und „jüdisch Versippte“ in der NS-Zeit behaupten.⁶¹⁸ An der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München konnte ein „jüdisch versippter“ Wissenschaftler, dessen Ehefrau als „Mischling ersten Grades“ klassifiziert worden war, Akademiemitglied bleiben. Für den Verbleib des berühmten Geografen Erich von Drygalski (1865-1949) an der Akademie hatte sich der „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Hess, eingesetzt.⁶¹⁹ In Wien hingegen musste 1940 der Ausschluss des

612 Vgl. GERSTENGARBE, Die Leopoldina, 2016, 292.

613 Vgl. ebd., 393.

614 Unter den ab 1939 Ausgeschlossenen befanden sich mehrheitlich Mitglieder, die aus „rassischen“ Gründen vertrieben worden waren und mittlerweile im Ausland tätig waren. Sie wurden aus der Mitgliederliste gestrichen, ohne davon in Kenntnis gesetzt zu werden; vgl. SCHAUZ, Umkämpfte Identitäten, 2022 [im Erscheinen].

615 Vgl. STOCK/NÖTZOLDT, Vertrieben aus rassistischen Gründen, 2014, 62; SCHAUZ, Wissenschaft und Politik, 2020, 213; SCHAUZ, Umkämpfte Identitäten, 2022 [im Erscheinen].

616 Vgl. SCHAUZ, Wissenschaft und Politik, 2020, 215; SCHAUZ, Umkämpfte Identitäten, 2022 [im Erscheinen].

617 Vgl. NÖTZOLDT, Die deutschen Wissenschaftsakademien, 2014, 162; SCHAUZ, Wissenschaft und Politik, 2020, 209f., 213; SCHAUZ, Umkämpfte Identitäten, 2022 [im Erscheinen]; WEN-NEMUTH, Wissenschaftsorganisation, 1994, 419f.

618 Vgl. WOLGAST, Die im Dritten Reich entrechteten ..., 2009, XIII.

619 Vgl. STOERMER, Die Bayerische Akademie, 1995, 96-99.

in verschiedenen Kommissionen aktiv mitarbeitenden oM Franz Eduard Suess, der noch zu verhindern versucht worden war,⁶²⁰ ebenso zur Kenntnis genommen werden wie das Ausscheiden des „jüdisch versippten“ kM I Josef Weninger. Die Akademie verlor 1939 mit Weninger zwar ihren wichtigsten Anthropologen und Rasseforscher als Mitglied, konnte ihn aber zugleich als neuen Mitarbeiter beschäftigen.⁶²¹ Die ausgeschlossenen Mitglieder wurden in den Mitgliederverzeichnissen, die in den Almanachen veröffentlicht wurden, bis 1945 unter der Rubrik „ausgetreten“ angeführt.

In der Gesamtsitzung vom 16. Dezember 1938 stellte der Generalsekretär der Akademie die Anweisung zum Ausschluss ihrer „jüdischen Mitglieder“ so dar, als ob nicht das REM, sondern die Akademie selbst ihre oM zum „freiwilligen“ Austritt veranlasst habe.⁶²² Nach 1945 behauptete Srbik, die Ausschlüsse seien „in der schonendsten Weise“ erfolgt.⁶²³ Diese Legende wurde später weiter gepflegt und kann auch als Ausdruck eines Unbehagens aufgefasst werden: Der Ausschluss der Mitglieder jüdischer Herkunft, der der Akademie aufgenötigt worden war, hatte das von elitärem Korpsgeist getragene Selbstverständnis der sich durch Zuwahlen selbst ergänzenden Wissenschaftselite verletzt. Es ist bemerkenswert, dass auch in der Zwischenkriegszeit, als sich der Antisemitismus an den Universitäten radikalisierte, manche exzellenten Wissenschaftler auch dann in die Akademie gewählt wurden, wenn sie nach der Ansicht der Antisemiten den „Makel“ hatten, jüdisch zu sein.⁶²⁴ In den Jahren 1938/39 wurden an der Wiener Akademie vier oM und neun kM I zum Austritt genötigt oder ausgeschlossen. Ihr Ausschluss war im Wiener Satzungsentwurf vom April 1938 nicht vorgesehen, obwohl an der Akademie der Antisemitismus keineswegs weniger grassierte als in anderen Wiener bzw. österreichischen Institutionen. Zu den Akademiemitgliedern zählten nicht zuletzt auch so prononcierte Antisemiten wie Robert Lach (1921 kM I) und Othenio Abel (1919 kM I), Gründer der „Bärenhöhle“. Dieses antisemitische Professorennetzwerk an der Universität Wien, zu dem der spätere Akademiepräsident Srbik sich auch selbst als zugehörig zählte, verhinderte u. a. Habilitationen von Nachwuchswissenschaftler/innen jüdischer Herkunft.⁶²⁵ Wie schmal der Grat zwischen der Wahrung des Besitzstandes der institutionalisierten Akademikerelite und einer antisemitischen Grundhaltung war, zeigt sich in den 1945 von Heinrich Srbik verfassten *Erinnerungen*. Darin attackierte er die aus dem „Altreich“ nach Österreich entsandten neuen Machthaber wegen der An-

620 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 9.2.1940 (A 950).

621 Siehe oben, 104.

622 Vgl. AÖAW, Protokoll der Gesamtsitzung v. 16.12.1938 (A 941).

623 SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 145.

624 Siehe Kapitel 11; zur Zuwahl von nach dem „Anschluss“ als Juden verfolgten Akademiemitgliedern siehe oben, 39.

625 Vgl. SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 73; TASCHWER, *Geheimsache Bärenhöhle*, 2016; siehe Kapitel 11, 601.

wendung „brutalster Methoden“, die selbst „vor [...] der Akademie der Wissenschaften nicht Halt machten“. Der springende Punkt war für ihn, dass die NS-Machthaber die Souveränität der Eliteninstitution schwer verletzt hatten: So hatte der Staatskommissar für Unterricht Friedrich Plattner - wie erwähnt - die Teilnahme der NS-Behörden an der Feierlichen Sitzung 1939 vom Ausschluss der jüdischen Mitglieder abhängig gemacht. Srbik schreibt in seinen nach dem Ende der NS-Herrschaft 1945 verfassten - nach wie vor von ungebrochenem Antisemitismus geprägten - *Erinnerungen*, dass die neuen Machthaber „keinen Unterschied zwischen altansässigen und deutschkulturellen Juden und dem scheußlichen Ostjudentum gemacht“ hätten.⁶²⁶

Angesichts des unbestreitbar auch an der Akademie der Wissenschaften vorherrschenden Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit erstaunt die damalige Zuwahl von Wissenschaftlern jüdischer Herkunft. Sie wurden von der Mehrheit der wM gewählt, woraus der Schluss gezogen werden kann, dass auch Wissenschaftler jüdischer Herkunft von der Akademie in der Zwischenkriegszeit als integraler Teil der Wissenschaftlerelite Österreichs angesehen wurden. Für Widerstandshandlungen gegen die aufgenötigten Ausschlüsse war der Korpsgeist in der Akademie aber doch nicht stark genug.

12.4.6 Scheinautonomie – aufgegebene Selbstbestimmung und fremdbestimmte Selbstergänzung

Mitchell G. Ash hat die Autonomieproblematik in seiner Geschichte der Beziehungen von Wissenschaft und Politik im Nationalsozialismus jüngst neu aufgerollt: Die entscheidende Frage sei nicht, „ob die Autonomie der Wissenschaft im Nationalsozialismus möglich war oder nicht, sondern warum Handlungsspielräume, von wem an wen, wofür und auf wessen Kosten gewährt wurden“.⁶²⁷ Diese Fragestellung verspricht - angewandt auf die Akademien der Wissenschaften - neue Erkenntnisse, denn diese hatten trotz ihrer geringen Bedeutung in der Wissenschafts- und Forschungspolitik im „Dritten Reich“ eine Sonderstellung: Ihnen wurden gemäß ihrer NS-Satzungen „die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts“ (§ 2) zugebilligt. Die mit dieser Organisationsform verbundenen Rechte waren unter der NS-Herrschaft allerdings nur noch in „vollständig degenerierter Form“ erhalten.⁶²⁸ Die relativ autonome Stellung, die die Wissenschaftsakademien auf dem Papier genossen, erwies sich in der Praxis als trügerischer Schein, denn trotz mancher kontrollierter Freiräume wurde das Grundrecht auf Selbstbestimmung - wie bereits ausgeführt - gebeugt: Auf Anweisung des REM wurde das Führerprinzip in den Akademien etabliert, den Akademien

⁶²⁶ SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 145.

⁶²⁷ ASH, *Außeruniversitäre Forschung*, 2020, 41.

⁶²⁸ Vgl. KIRSTE, *Theorie der Körperschaft*, 2017, 63 (ausführlich zum Nationalsozialismus 171-231).

der Ausschluss der Mitglieder jüdischer Herkunft und politisch missliebiger Akademiemitglieder aufgenötigt und durch die Bestätigungspflicht des REM⁶²⁹ das Recht auf autonome Selbstergänzung durch Mitgliederwahlen außer Kraft gesetzt.

Selbstbestimmte Handlungsspielräume verblieben den Akademien im Bereich der Forschung. Ohne erkennbare von der Politik ausgehende Impulse initiierten linientreue Forscher an der Akademie der Wissenschaften in Wien neue regimerelevante Forschungsvorhaben. Durch diese Art der Selbstgleichschaltung versuchten sie, ihre autonomen Handlungsräume zu behaupten sowie für neue und größere Staatszuschüsse und institutionelles Wachstum zu werben. Unter diesem Vorzeichen übernahmen nach dem „Anschluss“ 1938 Nationalsozialisten die Leitung der Akademieinstitute;⁶³⁰ zwischen 1938 und 1945 wurden prononcierte Nationalsozialisten, wiewohl manche zugleich namhafte Wissenschaftler, in die Akademie gewählt; in einschlägigen Kommissionen wurden einflussreiche NSDAP-Mitglieder tätig, etwa um die Rasseforschung in der Akademie auf den Weg zu bringen. Diese Handlungsform findet sich nicht nur in Wissenschaftsakademien, sondern ebenso in vielen anderen Institutionen. Akademiespezifisch ist vielmehr eine andere, bislang wenig beleuchtete Handlungsform, die aus der besonderen Rechtsstellung der Akademie - sie war keine Reichsdienststelle, sondern eine Körperschaft öffentlichen Rechts - resultierte. Sie bestand darin, dass die Akademie Teile ihrer relativen Autonomie wieder abgab, denn durch die aufgenötigten NS-Satzungen standen die Akademien vor der paradoxen Situation, für Fremdenscheidungen selbst die Verantwortung tragen zu müssen. Diese eigentümliche Logik ergab sich aus dem Führerprinzip: Von den Akademien wurde Eigenverantwortung in Form von Selbstverwaltung und Selbstergänzung (in nationalsozialistisch kontrolliertem Sinn) eingefordert, die von den Akademiepräsidenten als den lokalen „Führern“ aufgrund der zentralen Führerentscheide und der Bestätigungspflicht der Akademiewahl durch den Reichserziehungsminister nicht eingelöst werden konnten. Der einzige Ausweg schien ein Abtreten der Scheinautonomie nach oben zu sein. An der Akademie der Wissenschaften in Wien zeigte sich diese Handlungsform u. a. darin, dass die öffentlich-rechtliche Organisationsform temporär aufgegeben wurde. Damit war der Zustand weitgehender Abhängigkeit von Berlin - der ohnehin schon gegeben war - verbrieft, die Scheinautonomie aufgehoben. Letztlich erwies sich

629 Im Unterschied zur Wiener Akademie, deren neu gewählte Mitglieder zuletzt im Jahr 1920 - vor der Verabschiedung des Akademiegesetzes 1921 - bestätigt werden mussten, räumte das Statut der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin dem Kultusministerium auch in der Weimarer Republik das Bestätigungsrecht für gewählte Mitglieder ein; vgl. FISCHER/HOHLFELD/NÖTZOLDT, Die Berliner Akademie, 2000, 556.

630 Siehe oben, 18.

aber die scheinautonome Organisationsform, d. h. der Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts, als die bessere Lösung.⁶³¹

1940 hatte das REM sein vorrangiges Ziel erreicht: Mit den bestätigten NS-Satzungen war in jeder Akademie das Führerprinzip eingeführt. Auf die von einzelnen Akademien angestrebte Anpassung der Geschäftsordnung verzichtete der Reichserziehungsminister jedoch, wahrscheinlich bewusst.⁶³² Die Geschäftsordnungen enthielten die Wahlordnungen, mit deren Anpassung an das Führerprinzip jener paradoxe Zustand, der tatsächlich herrschte - eine sich weiterhin durch Wahlen selbst ergänzende, aber in ihrer Zusammensetzung fremdbestimmte Akademie - aufgehoben worden wäre. Der Reichserziehungsminister hatte es gemäß der Satzung praktisch in der Hand, durch die Bestätigung oder Nichtbestätigung der gewählten Mitglieder die künftige Zusammensetzung der Akademien zu gestalten. In zwei Fällen wurde die Wahl nicht bestätigt.⁶³³ 1942 gab es vor diesem Hintergrund eine Absprache zwischen dem Bayerischen Staatsministerium und dem Präsidenten der Bayerischen Akademie, die darauf hinauslief, dass im Sinne einer konsequenten Durchführung des Führerprinzips die Berufung der Mitglieder gleich in die Hand des Ministeriums gelegt werden sollte.⁶³⁴ Der Reichserziehungsminister wies den Vorschlag mit dem Argument zurück, dass „unnötig Verantwortung nach oben verschoben“ würde.⁶³⁵ Durch die direkte Berufung der Mitglieder gewinne das Ministerium nichts, sondern verliere nur wichtige Informationen über lokale Kandidaten und Voten, die nach Berlin übermittelt werden müssten. Dem Reichserziehungsminister genügte die umfassende Kontrolle der Akademiewahlen. Gewonnen hätte als Einziger der lokale „Akademieführer“, da damit ein Stück Scheinautonomie und den Widerspruch zwischen Entscheiden-Müssen, aber nicht autonom Entscheiden-Dürfen aufgehoben worden wäre. Nach 1945 war die verbliebene Scheinautonomie für Srbik und die anderen Aka-

631 Siehe oben, 62.

632 SRBIK, *Erinnerungen*, 2008, 159. Der Wiener Akademiepräsident Srbik bedauerte in einer selbstrechtfertigenden Haltung noch 1945, dass „es nicht möglich [gewesen war], die Geschäftsordnung der Akademie, die zum Teil veraltet war, in eine neue Gestalt zu bringen“.

633 Vgl. BERG, *Nationalsozialistische Akademie*, 2013, 192; BERG, *Karl Alexander von Müller*, 2014, 288f.; MATIS, *Anpassung*, 1997, 38-40. An der Akademie der Wissenschaften in Wien wurden zwei gewählte Mitglieder in der NS-Zeit vom REM nicht bestätigt: der liberale Wirtschaftswissenschaftler Hans Mayer (gewählt zum oM 1941, bestätigt als wM 1945) und der amerikanische Botaniker George Harrison Shull (gewählt 1939 zum kM A, bestätigt 1945). Die 1941 erfolgte Wahl des Juristen Rudolf Köstler zum kM I wurde schließlich 1943 vom REM bestätigt. Mitunter wurden schon im Vorhinein die Chancen auf Bestätigung durch Anfrage in Berlin abgeklärt. So wurde z. B. nach abschlägiger Antwort der Geograf Johann Sölch nicht für die Wahl zum wM aufgestellt; vgl. GRAF-STUHLHOFER, *Die Akademie*, 1995, 141, 144.

634 BArch, R 21/784, Bayerisches Staatsministerium für Kultus und Unterricht an REM, 23.5.1942, zit. n. WENNEMUTH, *Die Wissenschaftsorganisation*, 1994, 467.

635 BArch, R 21/784, Ministerialbericht von Ministerialrat Breuer [REM] v. 1.2.1943, zu WN 850/42, zit. n. WENNEMUTH, *Die Wissenschaftsorganisation*, 1994, 468.

demiepräsidenten mit Nachwehen verbunden, war doch die Verantwortung für die durch fremdbestimmte Selbstergänzung nazifizierte Akademie im Jahr 1945 bei ihnen verblieben.

12.5 Resümee: Die Akademie der Wissenschaften in Wien – eine Akademie im Nationalsozialismus oder eine nationalsozialistische Akademie?

2009 ergab sich auf einer Tagung zur Vorbereitung einer Geschichtsdarstellung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die 2013 erschien, die kontrovers diskutierte Frage, ob diese als eine Akademie im Nationalsozialismus oder als eine nationalsozialistische Akademie zu beurteilen sei.⁶³⁶ Diese Fragestellung soll hier im Hinblick auf die Handlungsweisen der Akademie der Wissenschaften in Wien abschließend aufgegriffen, differenziert diskutiert und weiterentwickelt werden.

Der „Anschluss“ weckte in österreichischen Institutionen, so auch in den wissenschaftlichen, die Hoffnung, diese politische Umwälzung vorteilhaft und gewinnbringend für sich nutzen zu können. An der Akademie der Wissenschaften in Wien ist eine dahin gehende Anpassung des institutionellen Handelns sowie die Herausbildung eines neuen nationalsozialistischen Selbstverständnisses eindeutig feststellbar. Erkennen lässt sich dies nicht nur an Srbiks erster Eröffnungsrede als Akademiepräsident bei der Feierlichen Sitzung am 23. November 1938, in der er die Akademie als „Mitwirkende am Wohl der Volksgemeinschaft“⁶³⁷ „mit direkt gesinnungsbildender Kraft“⁶³⁸ charakterisierte, sondern auch an bestimmten Handlungen und Entscheidungen der Akademie. Durch den „Anschluss“ und die Machtergreifung der österreichischen Nationalsozialisten war die Situation in Wien jedoch eine andere als an den Akademien des „Altreichs“. Unterrichtsminister wM Menghin bestimmte in Absprache mit Reichsstatthalter Seyß-Inquart die Bestellung von Srbik zum Akademiepräsidenten. Durch die Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich wurde auch eine neue Satzung notwendig, die in der vom REM bewilligten Fassung zum Vorbild für die Umgestaltung der Satzungen im „Altreich“ wurde. Die Wiener Akademie verpflichtete sich in ihrem Satzungsentwurf in vorausseilender Anpassung selbst, „Wissenschaft im Dienste des deutschen Volkes [...] zu fördern“ (§ 1).⁶³⁹ Dieses aktive Bekenntnis zum Nationalsozialismus würdigte auch der Reichserziehungsminister, indem er die Wiener Formulierung den

636 Vgl. BERG, Nationalsozialistische Akademie, 2013; STOERMER, Die Akademie, 2013; STOERMER, Kommentar, 2013.

637 Eröffnungsansprache des Präsidenten, in: Alm. 88 (1938), 169.

638 Ebd., 172; vgl. MATIS, Reden, 2013.

639 Vorläufige Satzung v. 22.7.1938, § 1.

Akademien des „Altreichs“ als Leitsatz für ihre neuen NS-Satzungen vorgab. Allerdings wies das REM jene Bestimmungen des Satzungsentwurfs zurück, mit denen die Wiener Akademie ihre Autonomie so weit wie möglich abzusichern versucht hatte.

Die nationalsozialistische Selbstmobilisierung der Akademie unmittelbar nach dem „Anschluss“ zeigt sich vor allem auf der Ebene der Institute und Kommissionen. Unmittelbar nach dem „Anschluss“ übernahmen bereits der (illegalen) NSDAP angehörige Mitarbeiter, in Eigeninitiative und mit Duldung der Akademieleitung, Institute und Kommissionen und nazifizierte die Forschungsprogramme. Die als Juden verfolgten Institutsleiter wurden abgesetzt und durch vormals illegale NSDAP-Mitglieder ersetzt, die Mitarbeiter/innen jüdischer Herkunft freigestellt. Akademiepräsident Heinrich Srbik und der NSDAP-Beauftragte Fritz Knoll ermöglichten dieses Vorgehen; das Eingreifen der Berliner Zentralstellen war nicht notwendig.

Die Akademie der Wissenschaften in Wien versuchte sich in den Jahren 1938 bis 1945 als willfährige NS-Akademie zu profilieren. Als Ergebnis der vergleichenden Analyse ist der Befund des höchsten Anteils an Parteimitgliedern innerhalb der Gelehrtenengesellschaften des Deutschen Reichs - gemeinsam mit Heidelberg - sowie der reibungslose und unwidersprochene Ausschluss der Mitglieder jüdischer Herkunft hervorzuheben. In anderen Akademien gab es erfolgreiche Versuche, einige als Juden verfolgte Mitglieder zu halten. Fallweise gelang es in Wien nicht einmal, einzelne hervorragende Wissenschaftler mit einer „einwandfreien politischen Haltung“, die nicht Parteimitglieder waren, als Akademiemitglied durchzusetzen.⁶⁴⁰ Die Selbstnazifizierung der Wiener Akademie erwies sich aber letztlich als wenig gewinnbringend, denn sie bewirkte langfristig weder die Anerkennung durch die NS-staatlichen Zentralstellen noch erweiterte Handlungsspielräume.

An verschiedenen Beispielen kann gezeigt werden, dass Wiener Initiativen hinsichtlich Forschungsvorhaben und Institutsneugründungen von den Berliner Zentralstellen verhindert wurden. Auch die Angliederung von NS-Forschungseinrichtungen wie dem Institut für Kärntner Landesforschung der SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft „Das Ahnenerbe“ wurde nicht bewilligt. Die vielfachen Vorstöße der Wiener Akademie - die im Unterschied zu den Gelehrtenengesellschaften im „Altreich“ Institute führte - zum institutionellen Ausbau und zur Erweiterung in der nationalsozialistischen Wissenschaftslandschaft stießen im REM auf Ablehnung. Es ist zu vermuten, dass andere ebenfalls in der Zuständigkeit des REM befindliche Wissenschaftsinstitutionen im „Altreich“ eine unliebsame Konkurrenz befürchteten. Das REM trug diesen Interessen in seiner in der Regel ablehnenden Haltung gegenüber Wiener Ansuchen offenkundig Rechnung. Selbst die von

640 AÖAW, Wahlen, K. 4, M. „1941“, Nr. 134/1941, Heinrich Srbik an den REM, 13.3.1942; vgl. GRAF-STUHLHOFER, Die Akademie, 1995, 144.

Reichsstatthalter Seyß-Inquart 1938 in Vorschlag gebrachte Errichtung eines neuen Südost-Instituts in Wien wurde vom REM vereitelt. Trotzdem blieb die Wiener Akademie linientreu auf nationalsozialistischem Kurs. Die Wiener Akademie wollte eine nationalsozialistische Akademie werden, blieb durch die von den Machthabern im „Altreich“ eingeschränkten Handlungsspielräume aber eine Akademie im Nationalsozialismus.

Deutlich sichtbar wird dabei ein Aspekt, der in der Erforschung der Wissenschaftsgeschichte des Nationalsozialismus noch wenig Berücksichtigung gefunden hat: die Durchsetzung hegemonialer Interessen im NS-Staat und, was Österreich betrifft, die wohl nicht unbegründete Befürchtung der „drohenden Provinzialisierung Wiens“⁶⁴¹ als Wissenschaftsstandort.

641 AÖAW, Balkan-Kommission, K. 1, B 8, Hugo Hassinger, Referat über die Erneuerung des „Balkan-Institutes“ an der Universität Wien und über die Aufgaben und Möglichkeiten der wissenschaftlichen Südostarbeiten in Wien. Mit dem Vorschlag einer Begründung einer Österreichischen Forschungsgemeinschaft für den Südosten in der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 6.6.1947.